



# »Gleichstellung im ländlichen Raum«

Eine Expertise erstellt von Jasamin Boutorabi  
für die Bundestagsfraktion DIE LINKE

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Vorbemerkung

Die vorliegende Expertise „Gleichstellung im ländlichen Raum“ ist der erste Teil einer zweiteiligen Gesamtexpertise, die im Rahmen des Erkenntnisinteresses für die Politik erstellt wurde.

Gegenstand des ersten Teils ist die Erfassung und Darstellung der Lebenssituation von Frauen und Männern in verschiedenen lebensweltlichen Bereichen im ländlichen Raum. Insbesondere sollen dabei Probleme, Perspektiven und Chancen in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit herausgestellt werden.

Für den zweiten Teil der Gesamtexpertise ist eine Betrachtung der Kommunal- und Förderpolitiken des ländlichen Raumes vorgesehen. Im Fokus stehen dabei vor allem die Darstellung der politischen Handlungsebenen sowie die Bewertungen politischer Maßnahmen aus geschlechterkritischer Perspektive.

Der erste Expertiseteil ist demnach in dem Bewusstsein zu lesen, dass erst nach Erstellung des zweiten Expertiseteils ein umfassendes Bild bezüglich der „Gleichstellung im ländlichen Raum“ entsteht, welches dann eine vollständige Einschätzung der Situation aus realpolitischer Sicht erlaubt.

Übergeordnete Aufgabe dieser Arbeit war es, die Lebenssituation von Frauen und Männern im ländlichen Raum auf Gleichstellungskriterien hin zu untersuchen sowie den aktuellen Stand und das „Ausmaß“ von Geschlechtergerechtigkeit unter verschiedenen lebensweltlichen Aspekten zu erfassen. Dabei spielen vor allem Fragestellungen nach Unterschieden zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern eine zentrale Rolle.

Für eine Annäherung an eine geschlechterkritische Betrachtung von ländlichen Gesellschaften muss das Leben im ländlichen Raum einerseits in Abgrenzung zur Lebenswelt der städtischen Bevölkerung in vielen Facetten erfasst werden.

Die historische Bedeutung der Landwirtschaft, deren prägender Einfluss auf die Gesellschaft sowie die Entwicklungen des demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels im ländlichen Raum vor und nach der Wiedervereinigung sind von großer Bedeutung, um Lebensbedingungen und Probleme der ländlichen Bevölkerung vollständig begreifen zu können.

Andererseits sollte aber auch der wechselseitige Einfluss und das Sich-Bedingen von Entwicklungen in der Stadt und auf dem Land berücksichtigt werden. Denn nicht zuletzt lassen sich diese Dynamiken nur aus einer Betrachtung der gesamtdeutschen Raumstrukturen heraus erklären.

Welche Auswirkungen die Probleme des ländlichen Raumes auf Frauen, Männer, jugendliche und alte

Menschen haben und in welcher Form die mitunter geschlechtsspezifische Betroffenheit deutlich wird, ist Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit. Dabei werden sowohl die Lebens- und Geschlechterverhältnisse im ostdeutschen als auch im westdeutschen ländlichen Raum betrachtet und differenziert.

Eine Untersuchung von Geschlechtergerechtigkeit im ländlichen Raum kann dabei nicht isoliert von den Grundproblemen des ländlichen Raumes betrachtet werden. Voraussetzung ist demnach eine umfassende Bestandsaufnahme der Lebenssituationen der im ländlichen Raum lebenden Bevölkerung.

Ein Ansatz der Erstellung der Expertise lag in der spezifischen Betrachtung der Bundesländer Brandenburg und Niedersachsen. Dies wurde in dem Bewusstsein entschieden, dass eine tiefgründige Untersuchung der Fragestellungen zur Gleichstellung der Geschlechter bezogen auf den gesamtdeutschen Raum anhand von Literaturrecherchen in drei Monaten nicht zu bewältigen ist. Die Option, für wichtig erachtete Themenbereiche nach Fertigstellung des ersten Teils der Expertise erneut in den Fokus einer tieferen Untersuchung zu stellen, wurde für sinnvoll erachtet.

Im Laufe der Recherchearbeit stellte sich in der Tat heraus, dass auf der einen Seite die Lebenssituationen von Frauen und Männern in ländlichen Gesellschaften in den verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedlich sein können und aus Genderperspektive gründlichen Untersuchungsbedarf aufweisen. Auf der anderen Seite zeigten sich aber auch Tendenzen und Gemeinsamkeiten von Entwicklungen und Bedingungen, die sich in den unterschiedlichen Teilbereichen Deutschlands ähneln und wiederholen.

Die Gegenüberstellung von Gleichstellungsindikatoren der Bundesländer Brandenburg und Niedersachsen erwies sich auf Grund der qualitativ und quantitativ sehr unterschiedlichen Datengrundlage der beiden Länder, vor allem in punkto geschlechtergerechte Erfassung und Aufbereitung der Daten, als sehr schwierig und für die Ableitung wissenschaftlicher Aussagen nicht ausreichend. Die Recherche, Sammlung und Erfassung sowie die geschlechtergerechte Interpretation wissenschaftlich verwertbarer Daten und Statistiken aus diversen Teilbereichen bedürfen eines größeren Zeitbudgets. Verlässliche Daten, die für die Betrachtung der Lebenssituation von Frauen und Männern auf dem Land notwendig sind, fehlen bundesweit in flächendeckender Form, und der Bedarf an geschlechtsspezifischen Erhebungen wird in aller Deutlichkeit sichtbar.

Einige Bundesländer haben vorbildliche Leistungen erbracht, indem sie Datengrundlagen, Zahlen und Statistiken gendergerecht aufgearbeitet haben. Hierdurch können geschlechtsspezifisch erfasste Daten für

weitere wissenschaftliche Forschungen und Analysen genutzt werden<sup>1</sup>.

Trotz des vorgefunden Defizits an zufriedenstellender Datenbasis wurde in dieser Arbeit dem Anspruch der Herausstellung von Ost-West-Unterschieden im Bereich der realpolitischen Gleichstellung auf dem Land durchaus Rechnung getragen. Dabei wurde der gesamtdeutsche Raum hinsichtlich der Gemeinsamkeiten und der immer wieder auftauchenden Differenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern betrachtet und analysiert. So war es möglich, Aussagen über Ost-West-Unterschiede zu treffen, die aus einer Untersuchung des gesamtdeutschen Raumes resultieren und Grundtendenzen aufzeigen, welche sich auf Gegebenheiten, Gemeinsamkeiten und Erfahrungen mehrerer Ländergruppen stützen.

Abweichend vom ursprünglichen Angebot der Auftragnehmerin vom 01.03.2007 werden zusätzlich Themen abgehandelt, die für die vollständige Erfassung und das Verstehen von ursächlichen Entwicklungen und spezifischen Gegebenheiten im ländlichen Raum unabdinglich sind. Ein angemessener Rahmen für eine umfassende Analyse wird dabei durch die Ergänzung der Bereiche Raumordnungspolitik, Demographische Entwicklung, Lebensverhältnisse und regionale Lebensqualität sowie einen Exkurs zur spezifischen Darstellung der Lebenssituation alter Menschen auf dem Land geschaffen.

Aufgrund des geringen Zeitbudgets bietet diese Arbeit in erster Linie eine Informationsbasis zur Erfassung der relevanten Themenbereiche für die Untersuchung von Gleichstellung im ländlichen Raum. Angesichts der Komplexität genderrelevanter Fragestellungen bedarf es für eine vollständige und umfassende Einschätzung der Lebensverhältnisse von Frauen und Männern im ländlichen Raum, aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Arbeit, einer tiefergreifenderen Analyse, die im Rahmen eines Folgeauftrages mit entsprechenden Ressourcen (für Interviews, Umfragen, Reisen) erbracht werden kann

---

<sup>1</sup> Für den gesamtdeutschen Raum ist der 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland 2005 ein großer Meilenstein. Auf Bundesländerebene ist u.a. Sachsen-Anhalt ein gutes Beispiel für gründlich aufgearbeitete geschlechtsspezifische Daten (vgl. Gender-Report 2002 des Gender Instituts Sachsen-Anhalt).

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung</b>	1	6.1.2 Das soziale Schichtengefüge im ländlichen Raum Ostdeutschlands	24
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	3	6.1.3 Schwierigkeiten der gegenwärtigen ländlichen Sozialforschung	24
<b>1. Einleitung 1</b>		6.2 Elemente der Sozialstruktur	24
1.1 Zielsetzung	7	6.2.1 Soziale Normen	24
1.2 Hypothesen	7	6.2.2 Soziale Rollen	24
1.3 Fragestellungen	7	6.2.3 Soziale Positionen und Ränge	25
1.4 Untersuchungsmethode	8	6.2.4 Soziale Kontrolle	25
1.5 Aufbau der Arbeit	8	6.2.5 Partnerschaft, Geschlechterverhältnis und Hofübergabe	25
<b>2. Einführung in den Untersuchungsgegenstand</b>	9	6.2.6 „Als Bauer bekommt man keine Frau“	26
2.1 Grundtypen der Raumstruktur	9	6.2.7 Männlichkeit in der Landwirtschaft	27
2.2 Politische Behandlung und Definition des Begriffes „Ländlicher Raum“	10	6.2.8 Soziale Netze	28
2.3 Der ländliche Raum als Gegenstand der Frauen- und Geschlechterforschung	12	6.3 Soziale Institutionen	28
<b>3. Demographischer Wandel</b>	13	6.3.1 Familie	28
3.1 Kurze Einführung in die demographische Entwicklung	13	6.3.2 Private Haushalte	29
3.2 Gesamtdeutsche Entwicklungen	13	6.3.3 Religion und Kirche	30
3.3 Bevölkerungsbewegungen, Abwanderungen aus dem ländlichen Raum	14	6.3.4 Ländliche Lokalpolitik	31
3.4 Verschärfung räumlicher Diskrepanzen in Deutschland	15	6.4 Soziale Integration	31
3.5 Regionale Alterung	15	6.5 Ausländische Bevölkerung und Fremdenfreundlichkeit/- feindlichkeit	31
3.6 Bevölkerungsentwicklung am Beispiel Brandenburg	15	<b>7. Infrastrukturausstattung des ländlichen Raumes</b>	
3.7 Verschärfung regionaler Disparitäten in Brandenburg durch Abwanderung	16	7.1 Flächennutzung	32
3.8 Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Abwanderung	17	7.2 Siedlungsflächenentwicklung	32
3.9 Haushaltsentwicklungen	17	7.3 Mobilität und Motorisierung	32
3.10 Zukünftige Relation der Geschlechter in den Haushalten	18	7.3.1 Verkehrsmittel und -zwecke	33
3.11 Verlust ländlicher Identifikation	18	7.3.2 Führerschein- und Pkw-Besitz von Frauen und Männern	33
<b>4. Grundtendenzen der Raumentwicklung</b>	19	7.3.3 Mobilität in Abhängigkeit von PKW-Verfügbarkeit, Einkommen und Alter	33
4.1 Wachstum und Schrumpfung im Ost-West-Vergleich	19	7.3.4 Geschlechtsspezifische Wegezwecke	34
<b>5. Lebensverhältnisse auf dem Land</b>	20	7.3.5 ArbeitspendlerInnen	35
5.1. Lebensqualität	20	7.4 Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen in ländlichen Räumen Ostdeutschlands	35
5.2 Regionale Lebensqualität	21	7.4.1 Infrastruktureinrichtungen der Grundversorgung	35
5.3 Lebenszufriedenheit in den Regionen	21	7.4.2 Angebotsseitige Rahmenbedingungen	36
5.4 Lebenszufriedenheit von Frauen in den neuen Bundesländern	21	7.5 Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge in Gesamtdeutschland	36
5.5 Einschätzung ostdeutscher Frauen zur Gleichberechtigung der Geschlechter nach der Wiedervereinigung	22	7.5.1 Grunddaseinsversorgung	36
<b>6. Ländliche Bevölkerung und Sozialstrukturen</b>	23	7.5.2 Zukünftige Tragfähigkeitsprobleme	36
6.1 Sozialstruktur	23	7.6 Schulische Versorgung	37
6.1.1 Strukturmerkmale und soziale Gliederung der ländlichen Bevölkerung	23	7.6.1 Primär - und Sekundarbereich	37
		7.6.2 Hochschulen	38
		7.7 Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten	39
		7.7.1 Regionale Möglichkeiten der Berufsausbildung	39
		7.7.2 Die Bedeutung der Bildung in der modernen Gesellschaft	40
		7.7.3 Bildung von Frauen im Ost-West-Vergleich	40
		7.8 Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung	40
		7.8.1 Ärztliche Versorgung	40
		7.8.2 Krankenhausversorgung	41

7.9 Gesundheit und Versorgung von alten Menschen auf dem Land	41	8.13.1 Geschlechtsspezifische Unterschiede	67
7.10 Gesundheit von Frauen und Männern im Land Brandenburg	43	8.13.2 Ehrenamtliche Arbeit des Deutschen LandFrauenverbands	68
7.11 Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen	43	<b>9. Exkurs: Alter(n) auf dem Land</b>	69
<b>8. Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum</b>	45	9.1 Bildungsniveau und Einkommen	69
8.1 Veränderungen (Wandel) in der Erwerbstätigkeit	45	9.2 Wohnverhältnisse	69
8.2 Bedeutung und Wandel der Frauenerwerbsarbeit	45	9.3 Haushaltsstrukturen und Familienbeziehungen	69
8.3 Beschäftigtenentwicklung und Erwerbstätigkeit im regionalen Vergleich	46	9.4 Soziale Netze und Unterstützungspotentiale	70
8.4 Erwerbsbeteiligung nach Geschlechtern	47	9.5 Freizeit und Kontakte	70
8.5 Erwerbstätigkeit nach Alter	49	9.6 Altenpolitische Kernbereiche und die spezifische Betroffenheit von Frauen	70
8.6 Soziogeographische Raumbeziehungen zur Erklärung von Erwerbsmustern am Beispiel Brandenburg	50	9.7 Pflege als gesellschaftliches Problem	70
8.7 Frauen- und Männereinkommen nach Wirtschaftssektoren	50	<b>10. Ergebnisse, Diskussion und Handlungsempfehlungen</b>	71
8.8 Frauen- und Haushaltseinkommen im ländlichen Raum	53	10.1 Raumordnungspolitik	71
8.9 Nebenerwerbstätigkeiten von Frauen im ländlichen Raum	53	10.1.1 Schwächen der Raumordnung	71
8.10 Erwerbsmöglichkeiten und Lohnniveau von Frauen und Männern in der Landwirtschaft	54	10.1.2 Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung	71
8.10.1 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	54	10.1.3 Geschlechterkritische Betrachtung der Leitbilder und Ziele	72
8.10.2 Beschäftigungsperspektiven ehemals in der Landwirtschaft tätiger Frauen	55	10.2 Demographische Entwicklungen	74
8.10.3 Betriebliche Ausrichtungen, Betriebsgrößen und Erwerbsformen	56	10.2.1 Alterung, Abwanderung und Entleerung des ländlichen Raumes	74
8.10.4 Rechtsformen in der Landwirtschaft	57	10.2.2 Überalterungstendenzen	75
8.10.5 Berufsausbildung in der deutschen Landwirtschaft	57	10.3 Infrastrukturausstattung des ländlichen Raumes	75
8.10.6 Einkommensverhältnisse der FacharbeiterInnen landwirtschaftlicher Betriebe in der DDR	58	10.3.1 Daseinsversorgung	75
8.10.7 Einkommen und Einkommens- kombinationen landwirtschaftlicher Betriebe	58	10.3.2 Geschlechtsspezifische Aspekte der Mobilität	76
8.10.8 Landwirtschaftliche Löhne in Ost und West	59	10.4 Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten	77
8.10.9 Der Beitrag von Frauen am landwirtschaftlichem Gesamteinkommen	60	10.5 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	78
8.11 Erwerbsmöglichkeiten und Lohnniveau von Frauen und Männern in anderen Sektoren	61	10.5.1 Deagrarisierung und Arbeitsplatzverlust	78
8.11.1 Sektoraler Strukturwandel	61	10.5.2 Probleme der (qualifizierten) Beschäftigung und Einkommensunterschiede	78
8.11.2 Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft	61	10.5.3 Arbeitspendeln im ländlichen Raum	80
8.11.3 Beschäftigung im Industrie und Dienstleistungssektor	62	10.5.4 Arbeitslosigkeit	80
8.12 Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern im ländlichen Raum	63	10.5.5 Frauen und Männer im Ehrenamt	80
8.12.1 Regionale Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	63	10.6 Alter(n) im ländlichen Raum	81
8.12.2 Regionen mit wirtschaftlichen Strukturproblemen	63	10.7 Probleme der wissenschaftlichen ländlichen Sozialforschung	82
8.12.3 Regionale Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit	64	10.7.1 Datengrundlage, Datenerhebung und wissenschaftliche Forschung	83
8.12.4 Arbeitslosigkeit und Geschlecht	65	10.7.2 Probleme und Schwierigkeiten der aktuellen BMELV-Studie	83
8.12.5 Arbeitslosigkeit ostdeutscher Frauen	65	10.7.3 Der Umgang mit gewonnenen Erkenntnissen	84
8.13 Frauen und Männer im Ehrenamt	67	<b>11. Fazit</b>	85
		<b>12. Abschließende Bemerkungen</b>	86
		<b>13. Adressen- und Kontaktliste</b>	87
		<b>14. Quellenverzeichnis</b>	88

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Grundtypen der Raumstruktur nach Zentrenreichbarkeit	10	Abb. 25: SchulabgängerInnen	37
Abb. 2: Zentrenreichbarkeit	10	Abb. 26/27: Durchschnittliche SchülerInnenzahlen an Grundschulen und Gymnasien 2002	38
Abb. 3: Siedlungsstrukturelle Kreistypen	11	Abb. 28: Versorgung mit Hausärzten und Hausärztinnen	39
Abb. 4: Bevölkerungsdichte in EinwohnerInnen pro km <sup>2</sup>	13	Abb. 29: Erreichbarkeit von Krankenhäusern der Grundversorgung	42
Abb. 5: Veränderung der Bevölkerungszahl zwischen 2002 und 2020 bzw. 2050	14	Abb. 30: Entwicklung ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigung 1999 bis 2003 in Prozent	45
Abb. 6: Anteil der jungen und alten Bevölkerung in Brandenburg 2002	16	Abb. 31: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 1997 bis 2003 in Prozent	46
Abb. 7: EinwohnerInnen und EinwohnerInnenendichte in Brandenburg 2002	16	Abb. 32: Beschäftigungsentwicklung – mittelfristiger Trend (2010/2015)	47
Abb. 8: Prognose EinwohnerInnenentwicklung 2003 bis 2020 für Brandenburg	17	Abb. 33: Erwerbsbeteiligung nach Geschlechtern 1999/ 2020	48
Abb. 9: Wanderungssalden 1992 bis 2002 für Brandenburg	17	Abb. 34: Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen	49
Abb. 10: Trends der Raumentwicklung	19	Abb. 35: Altersstruktur der Erwerbstätigen nach Berufsbereichen	49
Abb. 11: Anteil der mit dem Leben in der Region zufriedenen Befragten 2003 in Prozent	22	Abb. 36: Arbeitslosenquote abhängig ziviler Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt	50
Abb. 12/13 : Zukünftige Haushaltsdynamik/ Veränderung der Zahl der privaten Haushalte zwischen 2002 und 2020	30	Abb. 37: Erwerbstätige Frauen und Männern nach Wirtschaftssektoren in Deutschland 2004 in Prozent	51
Abb. 14: Bodenfläche und Nutzungsarten in Deutschland 2000	32	Abb. 38: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen nach Wirtschaftssektoren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002	51
Abb. 15: Trend der Siedlungsflächenentwicklung	32	Abb. 39: Beschäftigte im Produzierendem Gewerbe und deren Bruttomonatsverdienste in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Deutschland 2004	52
Abb. 16: Motorisierungsgrad in PKW je 1000 EinwohnerInnen 2004	33	Abb. 40: Nettoeinkommen von Frauen im ländlichen Raum	53
Abb. 17/18: Hauptverkehrsmittel 2002 / Verkehrszwecke 2002	33	Abb. 41: Nettoeinkünfte der Haushalte im ländlichen Raum in Ost- und Westdeutschland	53
Abb. 19: Persönlicher Pkw-Besitz nach Geschlecht		Abb. 42: Bedeutung der Landwirtschaft in der EU	54
Abb. 20: Verfügbarkeit über PKW in verschiedenen Altersgruppen	34		
Abb. 21: Relative Einkommenspositionen verschiedener Altersgruppen	35		
Abb. 22: Wegezwecke von Frauen	35		
Abb. 23: Wegezwecke von Männern	35		
Abb. 24: Zukünftige Tragfähigkeitsprobleme	37		

Abb. 43: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft nach Regionen 2005	54	Abb. 63: Arbeitslosenentwicklung 2000 bis 2004	65
Abb. 44: Arbeitsverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft 2005	54	Abb. 64: Arbeitslosenquote, Langzeit-, Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit	66
Abb. 45: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 2005	54	Abb. 65: Betriebliche Ausbildungsplätze	67
Abb. 46: BetriebsleiterInnen landwirtschaftlicher Betriebe 2003 im EU-Vergleich	55		
Abb. 47: Herkunft von SaisonarbeiterInnen in der deutschen Landwirtschaft	55		
Abb. 48: Landwirtschaftliche Unternehmen nach ihrer betrieblichen Ausrichtung 2005	56		
Abb. 49: Landwirtschaftliche Unternehmen nach ihrem Erwerbscharakter in Deutschland 2005	56		
Abb. 50: Durchschnittliche Flächenausstattung von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben.	57		
Abb. 51: Betriebe nach Rechtsformen in Deutschland 2005	57		
Abb. 52: Deutsche Landwirtschaft im Wandel	57		
Abb. 53: Auszubildende in land- und forstwirtschaftlichen Berufen 2006	57		
Abb. 54: Ausbildungsberuf LandwirtIn	58		
Abb. 55: Bruttomonatseinkommen in Haupterwerbsbetrieben im Vergleich	58		
Abb. 56: Unternehmensergebnis und Vergleichslohn	58		
Abb. 57: Bruttomonatslöhne vollzeitbeschäftigter ArbeiterInnen in der Landwirtschaft	59		
Abb. 58: Einkommen der Bauern und Bäuerinnen	60		
Abb. 59: Sektoraler Strukturwandel	61		
Abb. 60: Beschäftigung im Industrie- und Dienstleistungssektor	62		
Abb. 61: Regionalwirtschaftlicher Entwicklungsstand	64		
Abb. 62: Bruttowertschöpfung	64		

# 1. Einleitung

## 1.1 Zielsetzung

Die vorliegende Arbeit gibt einen Einblick in die Lebenssituation von Frauen und Männern im ländlichen Raum Deutschlands. Im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter werden verschiedene Aspekte der weiblichen und männlichen Lebenswelt auf dem Lande kritisch beleuchtet.

Ziel dieser Expertise ist die Darstellung sozialer, ökonomischer und lebensweltlicher Aspekte aus Genderperspektive.

Übergeordnetes Ziel ist es, zu untersuchen, ob und in wie weit eine Gleichstellung der Geschlechter und die Umsetzung von Gender Mainstreaming auf dem Land in der Praxis gelebt werden und realpolitisch zu erkennen sind.

Geschlechtsblinde Flecke, sofern sie im ländlichen Raum bestehen, sowohl spezifischer als auch systemischer Natur, sollen aufgedeckt werden, um politische Handlungsansätze für weitere Gleichstellungsbestrebungen offen zu legen.

Die Expertise gibt einen schlaglichtartigen Einblick in die Lebenssituation von Frauen und Männern in ländlichen Räumen. Sie versucht, den heterogenen Entwicklungen und Strukturen der ost- und westdeutschen Bundesländer differenziert gerecht zu werden.

Gegenstand der Untersuchung ist in dieser Arbeit neben der Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten des gesamtdeutschen Raumes insbesondere die Gegenüberstellung der ost- und westdeutschen Entwicklungen und Gegebenheiten.

## 1.2 Hypothesen

Die dieser Arbeit zugrunde liegenden Hypothesen lauten:

1. Die Lebenswelt von Frauen und Männern im ländlichen Raum gestaltet sich unterschiedlich. Frauen und Männer unterliegen unterschiedlichen Voraussetzungen, Bedingungen und Zwängen.
2. Probleme des ländlichen Raumes haben geschlechtsspezifische Auswirkungen auf die Bevölkerung. Frauen und Männer sind in unterschiedlicher Weise und Intensität von den Problemen im ländlichen Raum betroffen.
3. Eine querschnittsorientierte Gleichstellung der Geschlechter im Sinne von Gender Mainstreaming ist in einzelnen Aspekten der Lebensverhältnisse auf dem Land nicht immer gewährleistet.

4. Die Perspektiven und Chancen für die Realisierung individueller Lebensentwürfe sind für Frauen und Männer im ländlichen Raum unterschiedlich und ungleich.
5. Sowohl die gegenwärtige als auch die zukünftig absehbare Lebenssituation von Frauen und Männern im ländlichen Raum ist in ost- und westdeutschen Regionen nicht gleich.
6. Es besteht ein großer politischer Handlungsbedarf für die Gewährleistung von Gender Mainstreaming, die Garantie des Nachhaltigkeitsprinzips und die Zielsetzungen des Raumordnungsgesetzes.

## 1.3 Fragestellungen

Zur Überprüfung der aufgestellten Hypothesen werden folgende erkenntnisleitende Fragestellungen formuliert und im Rahmen dieser Arbeit untersucht:

- Wie sieht die Lebenssituation von Frauen und Männern auf dem Lande aus?
- Sind Frauen und Männer im ländlichen Raum auf allen lebensweltlichen Ebenen gleichberechtigt?
- In welchen Bereichen ist die Lebenssituation von Frauen und Männern ungleich bzw. ist Geschlechtergerechtigkeit nicht erfüllt? Wie wirken Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten aus und in welchen Lebensbereichen sind diese präsent?
- Gibt es Unterschiede in den Lebenssituationen von Frauen und Männern zwischen ostdeutschen und westdeutschen Regionen?
- Welche Auswirkungen haben traditionelle Sozialstrukturen und Rollenzuschreibungen auf dem Land auf Frauen und Männer?
- Welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen haben die demographische Entwicklung, die Wohn-, Arbeits- und Bildungssituation im ländlichen Raum?
- Welche Auswirkungen haben die Qualität der Infrastrukturausstattung, die Situation der Grundversorgung und der Daseinsvorsorge auf das Leben von Frauen und Männern auf dem Land?
- Gibt es signifikante Unterschiede im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit zwischen den sogenannten alten und neuen Bundesländern? Wenn ja: welche?
- Welche Hindernisse, Grenzen, aber auch Chancen kristallisieren sich für die Durchsetzung und Umsetzung von Gender Mainstreaming im ländlichen Raum heraus?

- Welche politischen Instrumente und Handlungsansätze versprechen eine Verbesserung der Gleichstellungssituation im ländlichen Raum?

#### 1.4 Untersuchungsmethode

Die gesamte Arbeit beruht auf der Auswertung publizierter Literatur zu den verschiedensten Teilaspekten des Themas „Gleichstellung im ländlichen Raum Deutschlands“.

Ergänzend fließen Informationen ein, die auf einer Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Agrargeschichte zum Thema „Frauen in ländlichen Gesellschaften“ am 15.06.07 in Frankfurt gewonnen wurden.

Die Zusammenstellung fundierter Informationen sowohl zur heutigen Situation als auch zu künftigen Entwicklungen, Trends und Prognosen in verschiedenen lebensweltlichen und für das Expertisethema relevanten Bereichen, führt zu einer Annäherung an die umfassende Untersuchung des Themas „Gleichstellung im ländlichen Raum“.

In dem Zeitbudget war eine sekundäranalytische Aufarbeitung von Datensätzen nicht möglich, ebenso wenig konnten eigene Primärerhebungen angestellt werden.

Neben der Darstellung der aktuellen Lebenssituation der ländlichen Bevölkerung auf Grundlage von Bestands- und Planungsdaten sowie statistischen Auswertungen liegt der Fokus in der Herausarbeitung von geschlechtsspezifischen Auswirkungen und Folgen sowohl normativer, politischer als auch gesellschaftlicher Schienungen, welche die Lebensverhältnisse für Frauen und Männer im ländlichen Raum prägen.

#### 1.5 Aufbau der Arbeit

Kapitel 2 dient der Einführung in den Untersuchungsgegenstand und gibt einen Überblick über die Grundtypen der Raumstruktur in Deutschland, die maßgebend für die Verortung der jeweiligen Raumpolitik sind. In diesem Zusammenhang wird auch der Begriff des „ländlichen Raumes“ definiert und eingegrenzt.

Vor dem Hintergrund der Bedeutsamkeit der deutschen demographischen Entwicklung für die Zukunft wird in Kapitel 3 der demographische Wandel beschrieben. Dabei soll ersichtlich werden, dass im Hinblick auf Bevölkerungsrückgang, Abwanderung und Alterung insbesondere ländliche Regionen vor großen Herausforderungen stehen, die zukünftig politisch und geschlechtergerecht bewältigt werden müssen.

In Kapitel 4 werden die Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung für die Raumentwicklung aufgezeigt. Auch hier werden grundsätzliche Rahmenbedingungen ersichtlich, die für eine Untersuchung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum von großer Bedeutung sind. Probleme von Wachstums- und

Schrumpfungstendenzen werden dabei im Ost-West-Vergleich dargestellt.

Einen Einblick in die Lebensverhältnisse auf dem Land bietet Kapitel 5. Auch regionale Unterschiede bezüglich der Lebenszufriedenheit und -qualität werden darin dargestellt.

Einen agrarsoziologischen Überblick verschafft Kapitel 6. Hier werden wichtige Elemente der Sozialstruktur und soziale Institutionen des ländlichen Raums vorgestellt.

Ein weiterer großer Themenkomplex für die Darstellung der Lebenssituation der ländlichen Bevölkerung ist die Infrastrukturausstattung. Sie wird in Kapitel 7 abgehandelt, wobei sowohl der Ist-Zustand als auch zukünftige Entwicklungen und Probleme in der öffentlichen Daseinsvorsorge betrachtet werden.

Nicht zuletzt wird in Kapitel 8 auf die Einkommenssituation von Frauen und Männern sowohl in einer Gesamtbetrachtung als auch spezifisch im ländlichen Raum eingegangen. Dabei steht neben der Erwerbsbeschäftigung in der Landwirtschaft auch die außerlandwirtschaftliche Erwerbsarbeit im Fokus.

Kapitel 9 widmet sich dem Thema „Alter(n) auf dem Land“ und der spezifischen Situation der Lebensverhältnisse älterer Menschen im ländlichen Raum nicht zuletzt vor dem Hintergrund der zukünftigen demographischen Entwicklung und der daraus resultierenden Brisanz der Probleme.

In Kapitel 10 werden in Bezug zu den Thesen und Fragestellungen der Expertise die Ergebnisse diskutiert, Erkenntnisse abgeleitet sowie Handlungsempfehlungen gegeben.

In Kapitel 11 wird ein kurzer Überblick zu den grundsätzlichen Ergebnissen dieser Arbeit gegeben.

In Kapitel 12 werden abschließende Bemerkungen gegeben, die sich auf den Stellenwert von Geschlechtergerechtigkeit im realpolitischen Kontext beziehen.

Eine Auflistung von Kontaktadressen, die für weitere Befragungen im Rahmen einer Vertiefung der als wichtig erachteten Themen relevant sein können, findet sich in Kapitel 13.

## 2. Einführung in den Untersuchungsgegenstand

Es ist weder hilfreich noch sinnvoll den „ländlichen Raum“ Deutschlands isoliert zu betrachten. Denn ein Einblick in die gesamtdeutschen raumordnungspolitischen Dynamiken zeigt, dass alle Raumstrukturen zu einander spezifische Entwicklungen oder gar Abhängigkeiten aufweisen und diese auch für die Zukunft weiter vollziehen werden.

Ein wichtiger Bestandteil der Raumordnung ist das Ziel der Schaffung „gleichwertiger Lebensbedingungen“ in allen Teilräumen Deutschlands (siehe auch Kapitel 5). Um sich den Bedingungen der Raumstruktur „Peripherer Raum“ oder des Teilraums „Ländliche Region“ umfassend anzunähern, bedarf es eines kurzen gesamtdeutschen Überblicks, um auch die Entwicklungstrends der Zukunft abschätzen und berücksichtigen zu können.

Für eine umfassende Analyse ist es vonnöten, zu wissen, wie viele Menschen wo wohnen, welchen Geschlechts sie sind, welche Alterstrukturen vorliegen, welchen Bedingungen die Menschen ausgesetzt sind und mit welchen regionalen Problemen sie sich konfrontiert sehen. Des Weiteren ist es notwendig, zu untersuchen, wie politische Strategien auch unter Berücksichtigung zukünftiger Prognosen effizient entwickelt und angewandt werden können.

Mit der Wiedervereinigung ist Deutschland „ländlicher“ geworden. Dieses Phänomen wird sich mit der Integration der Beitrittsländer in die EU noch weiter ausweiten. Die Beschäftigung mit den Wandlungsprozessen und das Thema „Land“ werden in Zukunft an Stellenwert gewinnen.

Neben den allgemein zu verzeichnenden Tendenzen bedarf es dabei insbesondere einer kritischen Betrachtung aus konsequenter gleichstellungspolitischer Perspektive. Denn unerfüllte Ansprüche an Geschlechtergerechtigkeit müssen in ihren Ursachen erkannt und seit der Einführung von Gender Mainstreaming politisch verbindlich eingelöst werden. Die Alltags- und Lebenswelten der Frauen und Männer im ländlichen Raum finden im (urbanen) Wissenschaftsbetrieb bisher kaum Beachtung. Dies überrascht nicht zuletzt deshalb, weil knapp ein Drittel der gesamtdeutschen Bevölkerung in ländlichen Gesellschaften lebt.

Bei einer grundsätzlichen Betrachtung der Zukunft des ländlichen Raumes zeichnen sich einige Perspektiven grob ab (vgl. Beetz et al. 2005, S. VIII f.):

- Die Landwirtschaft ist längst nicht mehr Motor der ländlichen Entwicklung. Landwirtschaftsbetriebe sind zunehmend in globale Nahrungsmittelökonomien eingebunden und unterliegen Umstrukturierungsprozessen der Moderne.
- Da ländliche Gesellschaften noch nie uniform waren, sondern vielmehr regional unterschiedlich strukturiert, werden sich auch in Zukunft weitere Differenzierungen herausstellen. Während einige Regionen prosperieren, werden andere ländlich geprägte Räume zu Periphergebieten marginalisiert. Nicht nur bezüglich des ökonomischen Standortwettbewerbs sondern auch aus soziologischer Sicht werden Fragen der Differenzierung und Entwicklung angegangen.
- Mit zu den größten Problemen der ländlichen Räume in Deutschland zählen geringe Wirtschaftskraft, mangelnde Infrastrukturausstattung, hohe Arbeitslosigkeit und Wanderungsverluste. Diese Probleme müssen zukünftig politisch bewältigt werden. Auf raumordnungspolitischer Ebene wird den raumbedingten Ungleichheiten in Deutschland mittels sozialpolitischer Maßnahmen und Programme entgegengewirkt. Der Abbau verteilungspolitischer Prinzipien sowie die Kürzung von grundsichernden Leistungen werden die Probleme der ländlichen Räume in Zukunft noch weiter verstärken.
- Die Potentiale sozialen Kapitals in Gemeinden werden zunehmend zum Hoffnungsträger. Bürgerschaftliches Engagement soll ein Impulsgeber für zukünftige Entwicklungen werden und einen aktiven Beitrag zum Erhalt und zur Verbesserung von Lebensqualität leisten.

Innerhalb der Vielfalt ländlicher Räume gilt die Aufmerksamkeit im Rahmen dieser Expertise weniger den ländlichen Gebieten in unmittelbarer Nähe zu Verdichtungsräumen als vielmehr den dünnbesiedelten peripher gelegenen Regionen (vgl. Eglitis 1999).

### 2.1 Grundtypen der Raumstruktur

Für eine weitere Betrachtung der ländlichen Räume ist es notwendig, eine Abgrenzung zum urbanen Raum aus raumordnungspolitischer Perspektive heranzuziehen.

Wichtige Parameter bei der Strukturierung von Räumen sind die Bevölkerungsdichte für Teilräume Deutschlands und die Ausweisung von zentralen Orten, um Zentralität bzw. Zentrenerreichbarkeit für Regionen einzustufen (BBR 2005, S. 19ff.).

Die Dichtestufe von 100 EinwohnerInnen je km<sup>2</sup> dient der Raumordnung und Landesplanung gängigerweise zur Abgrenzung des „ländlichen Raums“. Zu berücksichtigen ist dabei, dass dieses Kriterium natürlich nicht allein für die Bestimmung von Ländlichkeit ausreicht (ebd.)

Eine problemorientierte Grundtypisierung des Bundesgebietes erfolgt durch eine von den Verwaltungsgrenzen unabhängige Einteilung in Zentralraum, Zwischenraum und Peripherraum nach dem Kriterium der Zentrenerreichbarkeit.

## Grundtypen der Raumstruktur nach Zentrenreichbarkeit und Bevölkerungsdichte

Die Karte veranschaulicht deutlich, dass die neuen Bundesländer hauptsächlich den Peripherräumen zugeordnet sind.

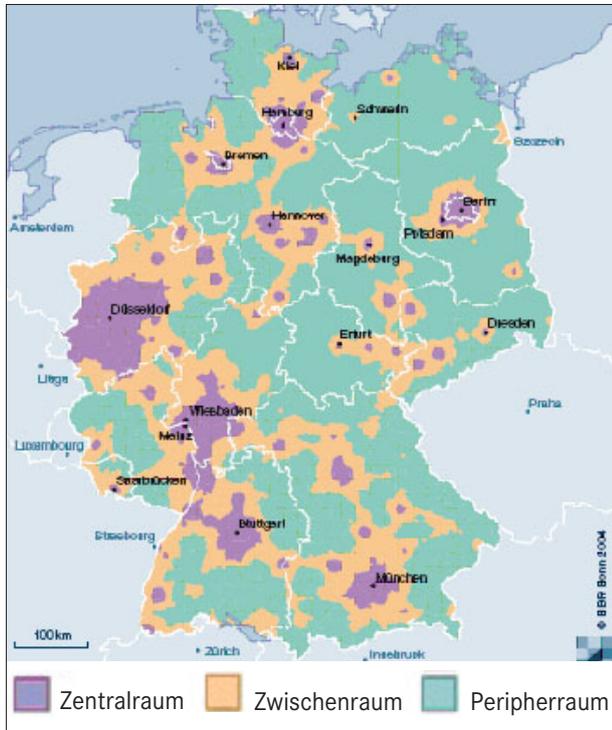


Abb. 1 Grundtypen der Raumstruktur nach Zentrenreichbarkeit (BBR 2005, S. 19)

Die Bevölkerungsdichte des Zentralraumes ist mit 1000 EinwohnerInnen (EW) pro km<sup>2</sup> definiert. Für den Zwischenraum gilt der Wert von 200 EW je km<sup>2</sup> und für den Peripherraum 100 EW je km<sup>2</sup> (Schürt et al. 2005, S. 5f.).

Auf die Zentralräume mit nur 11% der Fläche des Bundesgebietes konzentrieren sich 49% der Bevölkerung und sogar 57% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (Schürt et al. 2005, S. 5f.).

In den Zwischenräumen leben etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung auf 30% des Bundesgebietes (ebd.).

Der Peripherraum nimmt 58% der Fläche des Bundesgebietes ein, und trotz geringer Bevölkerungsdichte lebt hier knapp ein Viertel der Bevölkerung (ebd.).

Im wesentlichen bestimmt die räumliche Verteilung von Zentren die Lageverhältnisse einer Region. Die Erreichbarkeit von zentralen Orten als Träger wichtiger Raumfunktionen ist von regionaler und überregionaler Bedeutung für das Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten und Versorgungseinrichtungen für eine Region (ebd.).

Benachteiligt sind Regionen, die aufgrund mangelnder Nähe zu wirtschaftlich aktiven Räumen nicht von günstiger Lage profitieren und somit auch an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen.

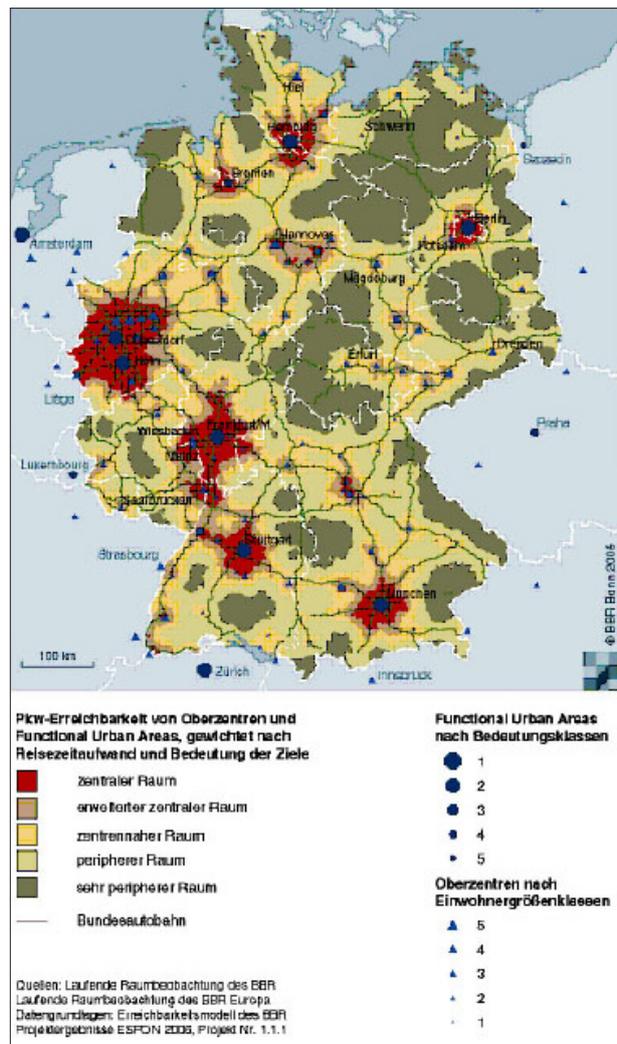


Abb. 2: Zentrenreichbarkeit (Schürt et al. 2005, S. 3)

Die Karte zeigt die ungleiche Verteilung hochrangiger Zentren und die Ausprägung mono- und polyzentrischer Strukturen.

## 2.2 Politische Behandlung und Definition des Begriffes „Ländlicher Raum“

Bei einer Begriffsdefinition wäre es durchaus sinnvoll von „Ländlichen Räumen“ im Plural zu sprechen, denn „ländliche Regionen sind ungleichartig strukturiert, haben ihre je eigenen Traditionen und Entwicklungen, ihre verschiedenartigen Landschaftsbilder. Die Vielfalt ländlicher Räume zeigt sich nicht nur aus planerischer Perspektive, sondern auch in sozialer oder kultureller Hinsicht. Umlandgebiete von Ballungszentren sind anders strukturiert als periphere Regionen“ (Müller 2001, S. 2).

Wichtiges Organisationsmittel der Raumordnung ist die Abgrenzung von Planungsgebieten. Regionen müssen je nach Zielen, Maßnahmen und Trägern der Raumordnungspolitik unterschiedlich abgegrenzt werden (Henkel 2004, vgl. auch Boesler 1982, Schliebe 1985).

In Deutschland existiert eine Vielzahl übereinander lagernder Netze zur Raumgliederung. Hoheitsrecht der Bundesländer ist die Abgrenzung konkreter Planungsregionen. Erhebliche Unterschiede gibt es hinsichtlich

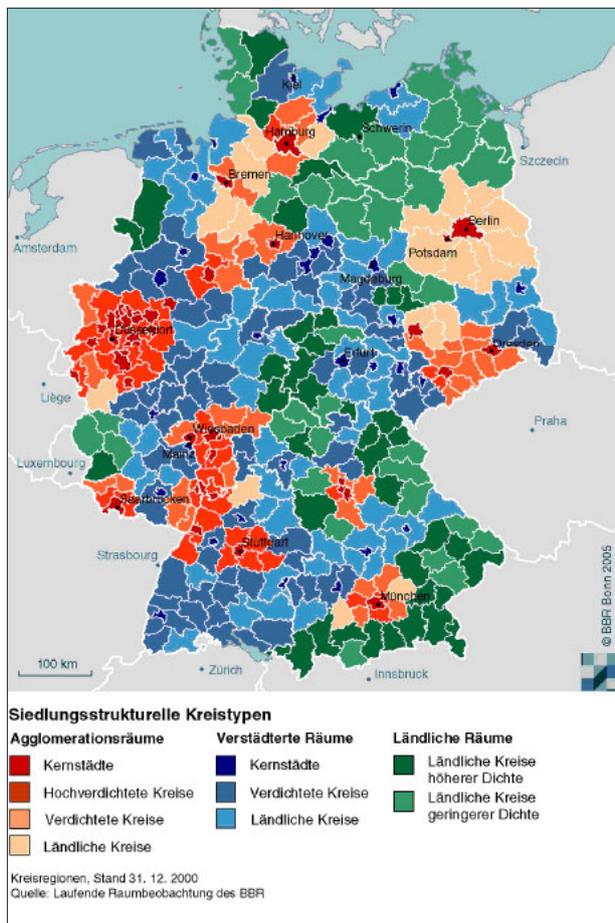


Abb. 3: Siedlungsstrukturelle Kreistypen (Schürt et al. 2005, S. 12)

der Größe und der Anzahl der Regionen innerhalb der Bundesländer (Henkel 2004).

Die Bundesraumordnung unterscheidet auf Kreisebene drei Regionstypen (vgl. ebd. Abb. 71, Tab.9):

- Agglomerationsräume mit ihrem Umland
- Regionen mit Verstädterungsansätzen
- Ländlich geprägte Regionen

Der siedlungsstrukturellen Dreigliederung des Bundesgebietes entsprechend werden auch drei Typen von ländlichen Räumen unterschieden (Henkel 2004, S. 290ff.):

TYP A: Ländliche Räume am Rande von Agglomerationen

TYP B: Ländliche Räume im Umfeld leistungsfähiger Oberzentren

TYP C: Periphere, dünn besiedelte ländliche Räume ohne leistungsfähige Oberzentren

Alle drei Raumtypen machen ca. 90% der Fläche aus und werden von 54% der Bevölkerung des Bundesgebietes besiedelt. In ihrer sozioökonomischen Entwicklungsperspektive für die kommenden Jahre weisen sie sehr unterschiedliche Merkmale auf (ebd.):

TYP A ist gekennzeichnet von einem Zugang zu hochwertigen Arbeitsplatz- und Infrastrukturausstattungen der Verdichtungsgebiete. Ein wachsender Siedlungsdruck von Seiten der Agglomerationen gehört zu den größten Problemen dieser Gebiete. Neue Wohngebiete, Gewerbe- und Verkehrsflächen verdrängen andere Funktionen wie bspw. die dörflichen Strukturen, Freiflächen für Erholung oder Land- und Forstwirtschaft, landschaftlichen Kontrast und ökologischen Ausgleich. Die Sicherung von Freiräumen und der Schutz natürlicher und kultureller Ressourcen sind in diesen Regionen eine Herausforderung für die Zukunft (ebd.).

TYP B genießt sowohl die Nähe zu den leistungsfähigen Oberzentren und damit die Vorteile der Verdichtung insbesondere bezüglich der Infrastruktur und des Arbeitsplatzangebots als auch die Vorzüge des peripheren Raumes.

Diese Räume weisen häufig ein ausgebautes Oberzentrum mit mehreren gut vernetzten Mittelzentren auf und werden aus sozioökonomischer Entwicklungsperspektive zumindest mittelfristig, trotz Berücksichtigung der Belastungen von ausweitenden Verdichtungsräumen, als günstig eingeschätzt (ebd.).

TYP C Dieser Raum wird seit der Wiedervereinigung und der Einbeziehung der besonders peripheren Räume Mecklenburg Vorpommerns und Brandenburgs je nach Bevölkerungsdichte in zwei Kategorien gegliedert (ebd.).

Grundsätzlich ist dieser Raumtyp gekennzeichnet durch geringe Bevölkerungsdichte, verkehrsgeographische Abgelegenheit, Mangel an Arbeitsplätzen und geringe wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Auch die Vorzüge einer naturnahen Landschaft können diese Standortnachteile für die Bevölkerung, Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe nicht wettmachen (ebd.).

In dieser Arbeit wird vordergründig der ländliche Raum des Typs C betrachtet, da sich bereits heute abzeichnet, dass hier der größte politische Handlungsbedarf besteht.

Bestrebungen, die „Außengrenzen“ des ländlichen Raumes zu markieren, sind insbesondere in der Raumordnungs- und Förderpolitik von besonderer Bedeutung. Hier kommt die Negativdefinition zum Einsatz: Gesamttraum Bundesrepublik (A) minus Verdichtungsräume (B) = Ländlicher Raum (C) (Henkel 2004, S. 33).

Die von den Wissenschaften weitgehend übernommene Formel der Bundesraumordnung lautet: „Die ländlichen Gebiete im Sinne des Raumordnungsgesetzes sind bisher nicht abgegrenzt. Sie erstrecken sich auf Gebiete außerhalb der Verdichtungsgebiete und ihrer Randbereiche sowie auf Gebiete außerhalb sonstiger verdichteter Räume“ (Bundesraumordnungsprogramm 1975, S. 5, zitiert in Henkel 2004, S. 33).

Die kurz erfolgte Darstellung der traditionellen und üblichen Definitionen zum ländlichen Raum verdeutlicht die Problematik der Abgrenzung eines immer

heterogener werdenden Raumes. Daraus wird auch ersichtlich, dass der statistische Einschnitt für die Trennung von ländlichem und nicht ländlichem Raum willkürlich ist. Grobmaschige Gebietskategorien oder allenfalls Kreise sind die Bezugsbasis statistischer Daten. Damit wird den regionalen Unterschieden nicht ausreichend Rechnung getragen (Henkel 2004).

Für eine Definition des ländlichen Raums werden landwirtschaftliche, wirtschaftliche, demographische, soziologische, administrative und baulich-physiognomische Kriterien herangezogen. Die Definitionsbemühungen einer Vielzahl von AutorInnen stellen folgende Merkmale zum ländlichen Raum heraus (vgl. Henkel 2004, S. 32f.):

- Das Landschaftsbild ist vornehmlich geprägt durch natürliche bzw. naturnahe Elemente (Ackerfluren, Wiesen, Weiden, Wälder, Gehölze, Gewässer usw.)
- Die Land- und Forstwirtschaft gilt immer noch als wichtiger und die Sozialstruktur und das Ortsbild prägender Wirtschaftsbereiche (deren Wirtschaftsflächen sind erheblich größer als das bebaute Areal).
- Im Vergleich zur Stadt oder städtischen Agglomeration ist die Ortsgröße kleiner, die Bebauungs- und Bevölkerungsdichte geringer
- Die zwischenmenschlichen Beziehungen sind im ländlichen Raum enger und überschaubarer
- Die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume ist heute geringer als die der Verdichtungsgebiete (bspw. bezüglich Bruttoinlandsprodukt und Tertiärsektor)
- Hinsichtlich der Zentralität und Infrastruktur (bspw. Verwaltung, Bildung, Kultur, Krankenversorgung, Verkehr) besteht in der Regel eine starke Abhängigkeit zum städtischen Raum.

Diese Form der Definition anhand traditioneller Kriterien ist durchaus im Wandlungsprozess der Forschung zu hinterfragen, denn auch mit ihnen ist der Komplexität des ländlichen Gefüges nur unzureichend gerecht zu werden.

### **2.3 Der ländliche Raum als Gegenstand der Frauen- und Geschlechterforschung**

Kenntnisse aus den Arbeitsbereichen von Frauen auf dem Land können dank der sogenannten „Hausväterliteratur“ des 17. und 18. Jahrhunderts gewonnen werden (vgl. von Hohenberg 1701). Damals wurden sowohl Frauen als „Hausmütter in allen Geschäften“ als auch das „Wirtschaftssystem der Hausmütter“ beschrieben, in dessen Kontext sie einen großen Anteil an der (Land)Wirtschaft leisteten. Später, mit der Entwicklung und Durchsetzung der rationalen Landwirtschaft, verschwanden Frauen und ihre Wirtschaftsbereiche aus der landwirtschaftlichen Theorie. Erst mit der Berufszählung von 1907 wurden Frauen in der Landwirtschaft wieder sichtbar (vgl. Dyrhrenfurth 1916, S. 50, Schmitt 2005, S. 211f.).

Die „Kommission für Frauenarbeit auf dem Lande“ gab der Landfrauenforschung des 20. Jahrhunderts einen neuen Anstoß. Im Fokus der für das Deutsche Reich flächendeckenden Untersuchungen standen die Auswirkungen der Technisierung der Landwirtschaft sowie das Phänomen der Landflucht der Landarbeiterinnen (ebd.).

In der Folgezeit bemühte sich der Deutsche Landfrauenverband um die Etablierung eines Ausbildungssystems für Mädchen und Frauen in der Landwirtschaft. Nach 1945 war die Agrarsoziologie eher durch Auftragsforschung für die Politik geprägt. Im Zentrum der Betrachtung lagen der Arbeitsalltag von Frauen und deren große Arbeitslast. Die Zuversicht einer zukünftigen Erleichterung durch Modernisierung der Landwirtschaft war in diesen Untersuchungen deutlich zu erkennen. Erst nach der Frauenbewegung der 1970er Jahre kam es zu einer erneuten gründlichen Betrachtung der Bedeutung von Bäuerinnen für das Funktionieren und die Produktivität landwirtschaftlicher Betriebe. Mehrfache Benachteiligungen von Frauen und strukturelle Hintergründe wurden dabei herausgestellt (ebd.).

Anschließende Untersuchungen beschäftigten sich hauptsächlich mit der schlechten sozialrechtlichen Absicherung und den gesundheitlichen Belastungen von Bäuerinnen sowie deren Bewältigungsstrategien (ebd., vgl. Meyer-Mansour et al. 1990, Wonneberger 1995). Neue Aktualität gewannen Arbeiten, die sich mit den Auswirkungen der Wende auf die Arbeits- und Lebenssituation von Frauen in Ostdeutschland auseinandersetzten (ebd., vgl. Panzig 1992, Hoven-Iganski 1999).

Verschiedene Studien vergangener Zeit ließen teilweise gegensätzliche Aussagen zu. Während einige den Eindruck einer zunehmenden Gleichberechtigung vermittelten (vgl. exemplarisch Planck 1964), zeigten spätere Untersuchungen, dass patriarchale Machtstrukturen längst noch nicht überwunden waren und Individualisierungswünsche junger Frauen noch immer nicht berücksichtigt wurden (vgl. exemplarisch Wimer 1984, Schmitt 2005).

Grundsätzlich sind die vielfältigen Entwicklungen des ländlichen Raumes, auch unter Betrachtung der Veränderungen seit der Wende 1989/90, insbesondere aus Genderperspektive schwer zu fassen und zu analysieren.

Erkannt wurde dennoch einvernehmend, dass die Zukunft des ländlichen Raumes stark davon abhängt, wie sich die Situation für Frauen vor Ort gestaltet. Auch in der Politik werden Frauen auf dem Land im Zuge der Zukunftssicherung und Nachhaltigkeitsdebatte in ihrer Relevanz betont (vgl. Agrarbericht der Bundesregierung 2001, Schmitt 2005).

Ein Schlüsselthema ist dabei, die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen auf dem Land zu verbessern. Denn nach wie vor finden viele Frauen keine ihrer beruflichen Qualifikation entsprechenden Beschäftigung in erreichbarer Nähe (siehe auch Kapitel 8) (Schmitt 2005).

### 3. Demographischer Wandel

Die Situation und die Probleme des ländlichen Raumes können nicht unabhängig von der demographischen Entwicklung betrachtet werden. Denn Wachstum, Schrumpfung, Alterung und Abwanderung der Bevölkerung sind Phänomene, die regional sehr unterschiedlich verlaufen und die zukünftige Entwicklung der Räume prägen. Um auch künftig eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Deutschlands zu gewährleisten, ist eine spezifische Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum notwendig. Denn politisch durchgesetzte Programme und Förderungen sind nur nachhaltig, wenn sie die Bevölkerungstrends berücksichtigen und in zukünftige Planungen miteinbeziehen.

#### 3.1 Kurze Einführung in die demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung des ländlichen Raumes ist im 19. und 20. Jahrhundert durch enorme Migrationsverluste zugunsten von Großstädten und Verdichtungsgebieten gekennzeichnet. Der ländliche Raum

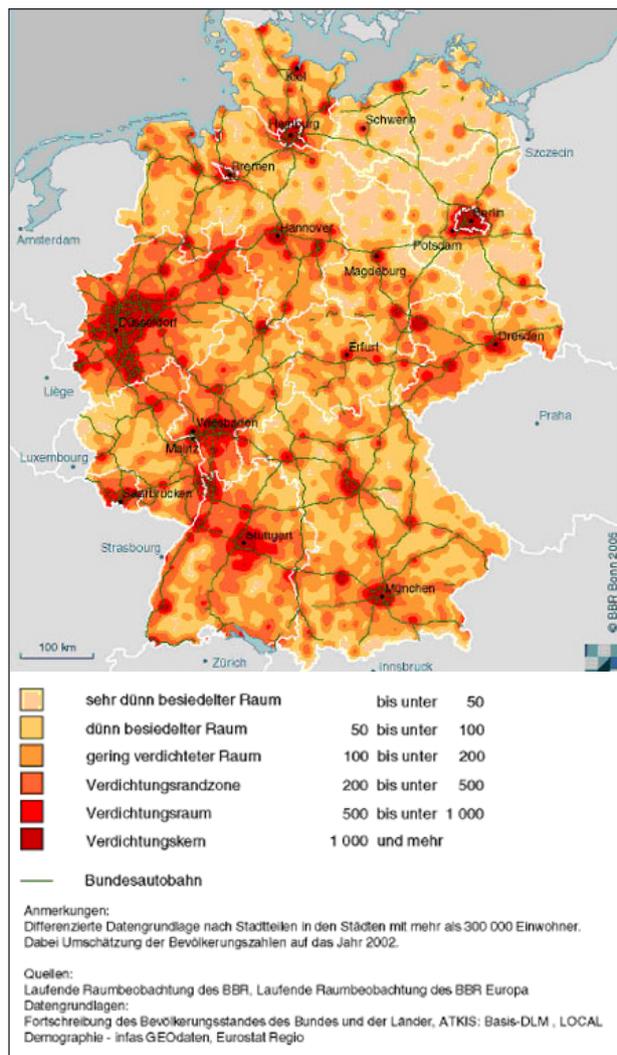


Abb. 4: Bevölkerungsdichte in EinwohnerIn pro km² (Schürt et al. 2005, S.2)

Deutschlands hat seit 1850 mehrere Millionen Menschen durch Abwanderung verloren (Henkel, 2004).

Bei einer Betrachtung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ist auch in Deutschland der internationale Trend zu beobachten, dass die Geborenenziffern mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft stark absinken. Dennoch gibt es große Unterschiede innerhalb der Bundesländer zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. Für die Bundesrepublik Deutschland gilt, dass die Gemeinden des ländlichen Raumes eine signifikant höhere Geburtenhäufigkeit aufweisen als Städte. Des Weiteren ist ein Zusammenhang von höheren Kinderzahlen von landwirtschaftlicher sowie katholischer Bevölkerung gegenüber nichtlandwirtschaftlichen und evangelischen Personenkreisen zu erkennen. Mit wachsendem Bildungsgrad der Ehepaare nimmt die Geburtenhäufigkeit ebenso ab (ebd.).

Die Bundesrepublik Deutschland ist im historischen Wandel der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Zeitkategorie der Postindustriellen Phase, gekennzeichnet durch einen konstanten bis wachsenden Sterbefallüberschuss, zuzuordnen (ebd.).

(unter Einbeziehung der erreichbaren Bevölkerung im Umkreis von 12 km, distanzgewichtet mit Einbindung der Gebiete im benachbarten Umland)

#### 3.2 Gesamtdeutsche Entwicklungen

Drei wichtige Entwicklungstrends können in der demographischen Entwicklung gegenwärtig herausgestellt werden (IÖR 2003, S.7):

1. Der Rückgang des Bevölkerungswachstums bzw. ein absoluter Bevölkerungsrückgang
2. die Alterung
3. die Verschärfung regionaler Disparitäten.

Aktuelle demographische Entwicklungen und auch Prognosen belegen den Trend zu einem Ost-West-Gefälle: Die Bevölkerung im Westen wächst, wohingegen die Bevölkerung im Osten abnimmt. Teilweise gibt es extreme Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung innerhalb einer Region. Der Speckgürtel um Berlin ist gekennzeichnet durch eine Suburbanisierungsdynamik mit starkem Bevölkerungszuwachs. Im Westen kommt es in den Kernstädten eher zu Stagnationen, im Osten konzentriert sich die Dynamik auf den engeren suburbanen Raum der größeren Städte (BBR 2005).

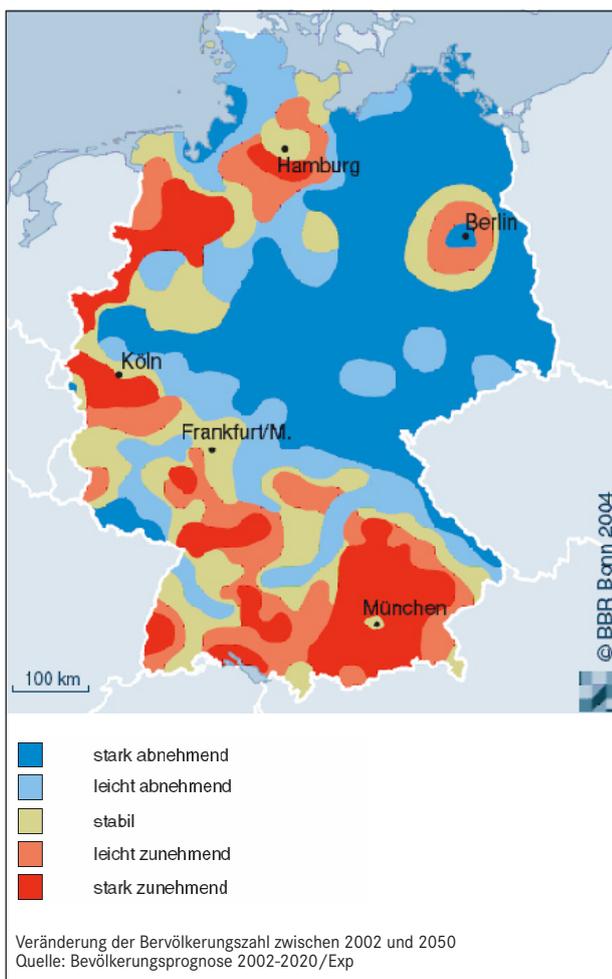
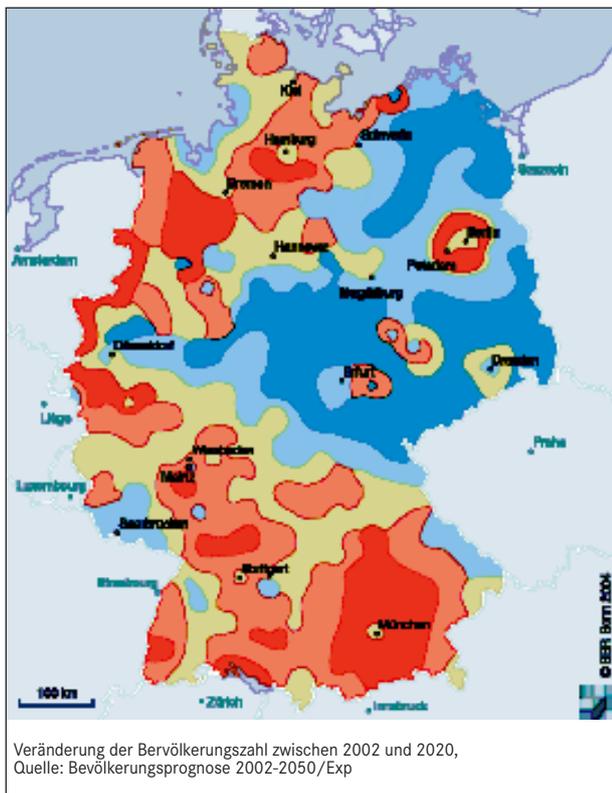


Abb. 5: Veränderung der Bevölkerungszahl zwischen 2002 und 2020 bzw. 2050

Zu erkennen bleibt der Ost-West-Gegensatz der 1990er Jahre, der sich in den prognostizierten Dekaden jedoch abschwächt, weil auch die alten Länder an Dynamik verlieren (BBR 2005).

Mit Ausnahme des suburbanen Raumes zeigt der Osten auch für 2020 das altvertraute Bild der Bevölkerungsabnahme. Noch stärker als im Westen werden die Kontraste von Wachstum und Schrumpfung im Osten deutlich, da nunmehr ohnehin dünnbesiedelte, ländliche Regionen an Bevölkerung verlieren. In den alten Bundesländern nehmen die Gebiete mit Schrumpfungstendenzen weiterhin zu. Grundsätzlich ist eine starke Dynamik in den nördlichen und südlichen Bundesländern festzustellen (ebd.).

Die Verstärkung der spaltenden Dynamiken kann in Zukunft auch neue Siedlungsstrukturen hervorrufen. Denn durch die starke Konkurrenz zwischen den Regionen können sich neue Wandermotive herausbilden. Neue Bevölkerungskonzentrationen könnten sich in wirtschaftsstarke Agglomerationen entwickeln, da diese durch einen Nachfragesog vermutlich junge Erwerbspersonen anziehen werden. Auch für dünnbesiedelte Regionen mit Tragfähigkeitsproblemen in Infrastruktureinrichtungen können neue Abwanderungsmuster entstehen; zu der ökonomisch induzierten kommt nun eine bildungsorientierte Abwanderung von bspw. Eltern mit Kindern hinzu, die in Regionen mit besserer Bildungsinfrastruktur ziehen (siehe auch Kapitel 7.6 und 7.7) (ebd.).

Die Prognosen für 2050, welche mit einem weitaus höheren Prognoserisiko verbunden sind, dennoch als Grundlage für langfristige Investitionsentscheidungen und politische Strategien von Interesse sind, zeigen, dass die Bevölkerungszahl nach 2020 noch schneller sinken wird. Kleine Räume mit Bevölkerungswachstum werden sich auf den Süden, Südwesten und den Nordwesten beschränken. Während die Ost-West-Drift weiterhin anhält wird kein eindeutiges Nord-Süd-Gefälle mehr erwartet. Auch ein Gefälle entlang der Raumstrukturen wird nicht prognostiziert (ebd.).

### 3.3 Bevölkerungsbewegungen, Abwanderungen aus dem ländlichen Raum

Die räumliche Bevölkerungsentwicklung kann mit dem Wanderungssaldo bzw. der Wanderungsbilanz beschrieben werden, die sich aus der Differenz von Zuwanderungen und Abwanderungen ergibt (Henkel 2004).

Die Binnenwanderung aus ländlichen Räumen in die Städte war und ist in Deutschland ein stark verbreitetes Phänomen. Schon um 1900 stammte ein Drittel der deutschen Arbeitskräfte in der industriellen Stadt aus einem Bevölkerungsüberschuss des ländlichen Raumes (ebd.).

Besonders von Abwanderung betroffen sind in Deutschland auch heute wenig industrialisierte sowie naturgeographisch und verkehrstechnisch benachteiligte Agrarräume fernab der Ballungsgebiete. Nach

der deutschen Wiedervereinigung zeichnen sich vor allem in den peripheren Regionen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs Wanderungsverluste ab (siehe auch Abb. 9, Kapitel 3.7) (ebd.).

### **3.4 Verschärfung räumlicher Diskrepanzen in Deutschland**

Für die Zukunft verzeichnen Bevölkerungsprognosen erhebliche Diskrepanzen zwischen Ost- und Westdeutschland. Während die ländlichen Regionen des alten Bundesgebietes wachsen, ist der ländliche Raum in den neuen Bundesländern von überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlusten geprägt (Henkel 2004).

### **3.5 Regionale Alterung**

Die demographische Alterung ist einer der langfristigen Trends der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Die Zahl der über 80jährigen wird aufgrund der zurückgehenden Alterssterblichkeit überproportional steigen (DZA 1998).

Die demographische Entwicklung wird jedoch aufgrund verschiedener Faktoren regional unterschiedlich verlaufen. Ländliche und städtische Regionen werden die Entwicklungen mit entgegengesetzten Vorzeichen durchlaufen (siehe auch Abb. 10). Die Wirkungsprozesse, die innerhalb kleiner Regionen sehr differenziert verlaufen können, sind bisher vergleichsweise wenig beleuchtet worden. Vor allem werden größere Systemzusammenhänge einer klein- und großräumigen Ungleichheit der Bevölkerungsverteilung häufig nur unzureichend erfasst (ebd.).

Die Alterung der Bevölkerung ist ein wesentliches Charakteristikum der demographischen Entwicklung. Die gesunkene Fertilität und die steigende Lebenserwartung führen zu dem Trend, dass in Zukunft der Anteil der jüngeren Jahrgänge geringer wird und der Anteil der älteren Menschen dagegen steigt (BBR 2005).

Auf Bundesebene bilden die Jahrgänge im erwerbsfähigen Alter ca. 56%; Personen unter 20 Jahren und ab 60 Jahren haben etwa den gleichen Anteil von ca. 22%. Der Trend wird bis zum Jahr 2020 entgegengesetzt ablaufen, d.h. der Anteil der Jungen wird sinken, während der Anteil der Alten weiter steigt (ebd.).

Weitgehende Übereinstimmung der Dynamik im Ost-West-Vergleich ist bei den höheren Altersgruppen zu verzeichnen. Die Trends bei den über 40-Jährigen unterscheiden sich maximal in ihrer Intensität. Die neuen Länder weisen Besonderheiten auf (kleiner Geburtenboom in den 1970/80er Jahren, der Wende-Knick), die teilweise auch gegenläufige Trends verursachen. Die Abnahme bei der Bildungsbevölkerung ist in den neuen Bundesländern gravierend. Die Zahl der Schulpflichtigen sinkt rapide ab. Bei einem Betrachtungszeitraum über 2020 hinaus, zeigt sich, dass die alterstrukturellen Veränderungen des Ostens längerfristig auch im Westen eintreten werden (ebd.).

Zusätzlich zur natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburtenrückgang, Zunahme der Lebenserwartung) kommen noch die Auswirkungen der Binnenwanderungen, die ihrerseits stark alterselektiv wirken. Die Zunahme der Hochbetagten in engeren Umlandregionen der großen Städte ist ein Phänomen der alten Länder (ebd.).

Für die neuen Bundesländer gilt, dass die überproportionale Zunahme der Hochbetagten insbesondere in den peripheren, dünn besiedelten Regionen einem Basiseffekt geschuldet ist; wegen der Abwanderung von Rentnern zu DDR-Zeiten waren diese Gruppen bisher schwach besetzt und füllen sich nun wieder auf (ebd.).

Auch die Veränderung der Altersstrukturen, bedingt durch den Bevölkerungsrückgang, bringt künftig neue Herausforderungen mit sich. Das Durchschnittsalter der Männer wächst um 7 auf 47 Jahre und das der Frauen um 6 auf 50 Jahre bis 2020. Während landesweit die Zahl der Kinder und der Personen im erwerbsfähigen Alter zurückgeht, steigt zukünftig die Zahl der Senioren stark an. Die Bevölkerungsstrukturen verschieben sich immer weiter zu Gunsten höherer Altersjahrgänge. Im Jahr 2020 wird jeder vierte in Brandenburg im Rentenalter sein (Beyer 2003).

### **3.6 Bevölkerungsentwicklung am Beispiel Brandenburg**

Wie in allen Bundesländern Deutschlands ist auch die künftige Bevölkerungsentwicklung Brandenburgs zu einem hohen Anteil durch historische Ereignisse vorbestimmt. Die Einschnitte im Altersaufbau sind zum einen das Ergebnis zweier Weltkriege. Zum anderen trugen aber auch die Veränderungen des Geburtenverhaltens in Folge der planbaren Empfängnisverhütung und die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu Einschnitten bei. Besonders bemerkbar machte sich zudem der Einschnitt aufgrund der politischen Wende 1989 (Beyer 2003).

Als „demographisches Echo“ wird das Ergebnis genannt, das infolge des Geburtenrückgangs in der Zeit entsteht, in der Frauen der schwachbesetzten Jahrgänge ins geburtenfähige Alter hineinwachsen (ebd.).

Das Land Brandenburg weist seit 1990 stets einen negativen Saldo aus Geburten und Sterbefällen auf. Dadurch, dass mehr Menschen sterben als geboren werden, verliert das Land jährlich EinwohnerInnenzahlen in der Größenordnung einer Kleinstadt (1993: 16.800 Personen). Prognosen ergeben für das Jahr 2020 ein Anwachsen des negativen Saldos auf über 20.000 Menschen (ebd.).

Annahmen zu den Zuzügen- und Fortzügen sind weitaus schwieriger zu treffen, da hier keine vergleichbaren stabilen Trends zugrunde gelegt werden können. 1989 bis 1991 bestimmten vor allem die Wanderungsverluste an die alten Bundesländer die Tendenzen in Deutschland. Hinzu kamen ab 1992

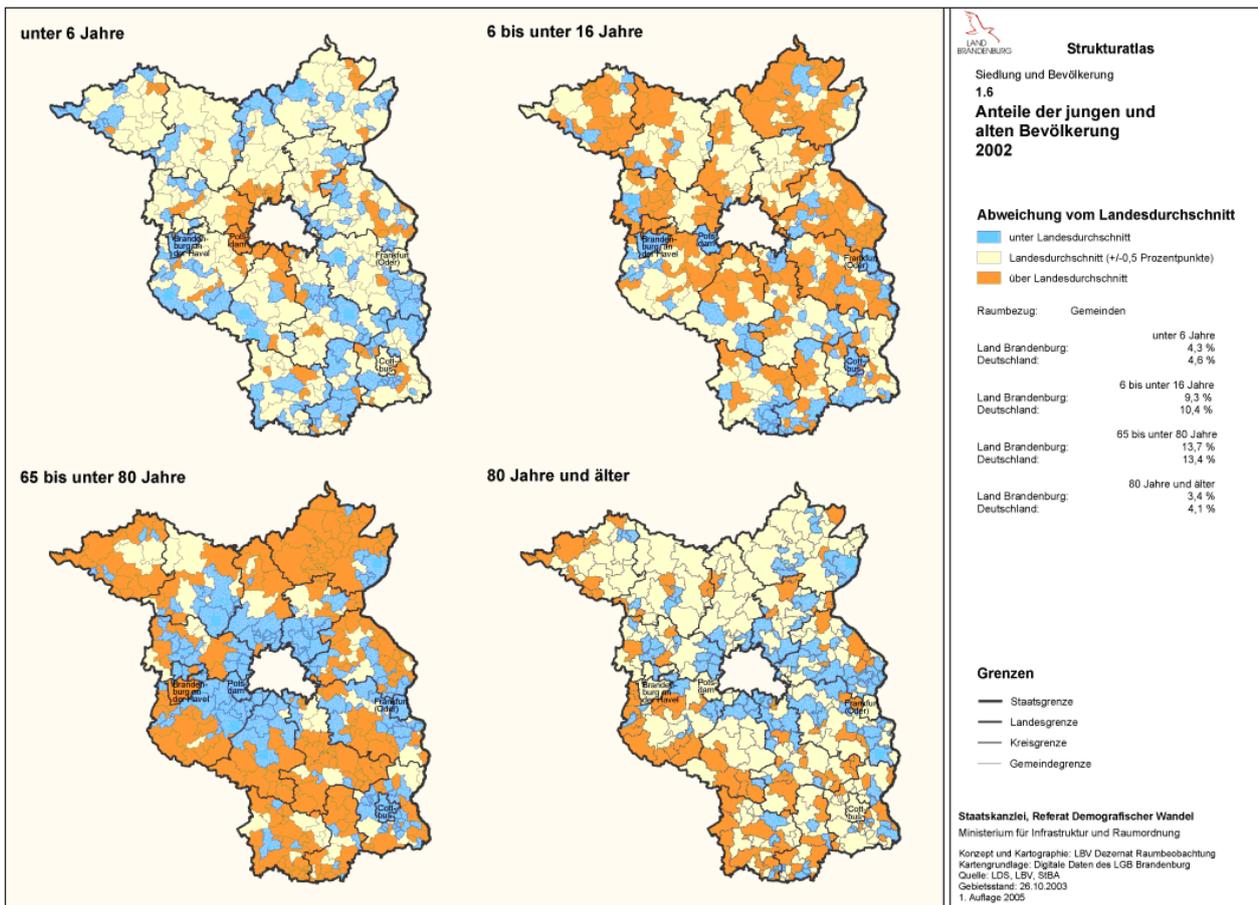


Abb. 6: Anteil der jungen und alten Bevölkerung in Brandenburg 2002 (Strukturatlas Brandenburg 2005)

Zuwanderungen aus dem Ausland sowie ab 1994 zunehmend Wanderungsgewinne aus Berlin für Brandenburg. Diese sind allerdings seit 1999 wieder stark zurückgegangen und die Wanderungsverluste an die alten Bundesländer nehmen erneut merklich zu (Beyer 2003).

Insgesamt wird für das Land bis zum Jahr 2020 mit ausgeglichenen Wanderungsbilanzen, bzw. mit leichten Gewinnen gerechnet (ebd.).

Das Wanderungsverhalten ist in Brandenburg demnach, trotz aller zugestandenen aktuellen Probleme, in seiner Bedeutung zumindest im Durchschnitt geringer als das Problem der Überalterung und der geringen Geburtenzuwächse einzustufen (Hoppe 2005).

### 3.7 Verschärfung regionaler Disparitäten in Brandenburg durch Abwanderung

Auch in Brandenburg sind die Folgen der Zu- und Abwanderungstendenzen spürbar und verschärfen zunehmend die regionalen Unterschiede.

Folgende Darstellung zeigt die Einwohnerdichte im Land Brandenburg im Jahr 2002

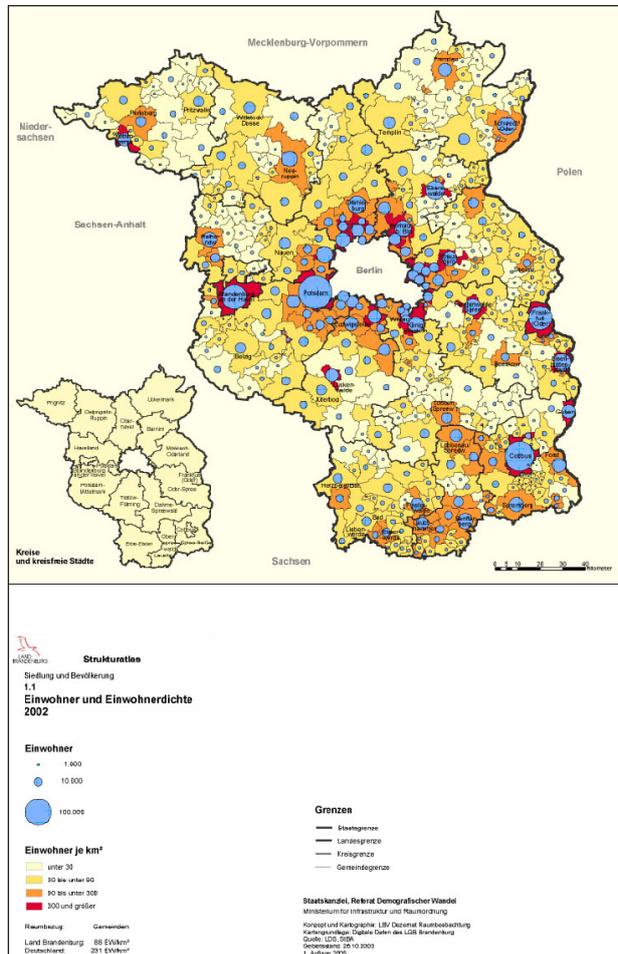


Abb. 7: EinwohnerInnen und EinwohnerInnen-dichte in Brandenburg 2002 (Strukturatlas Brandenburg 2005)

Gegenübergestellt wird die Prognose der EinwohnerInnenentwicklung bis zum Jahr 2020

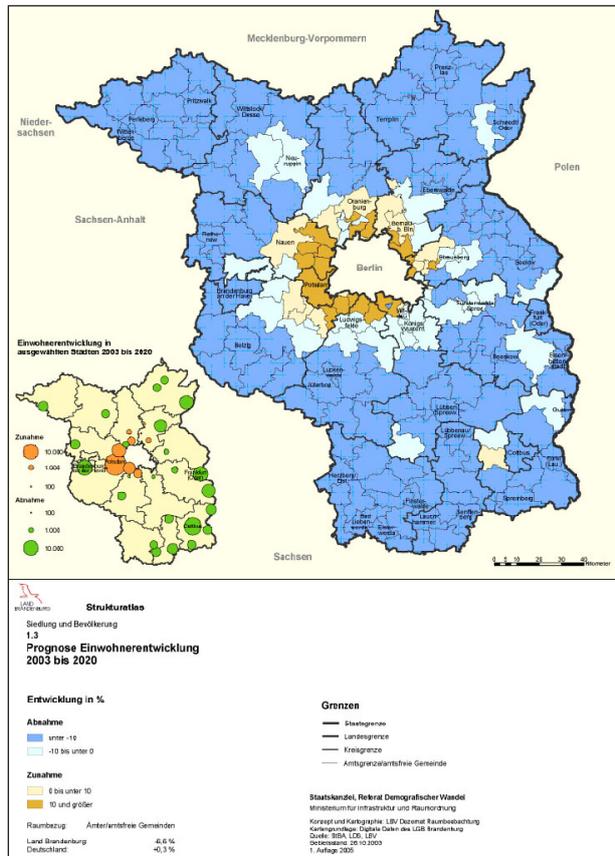


Abb. 8: Prognose EinwohnerInnenentwicklung 2003 bis 2020 für Brandenburg (Strukturatlas Brandenburg 2005)

Für den äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs wird deutlich, dass es bezüglich des Umfangs und des Tempos der Bevölkerungsentwicklung insgesamt in den Städten zu größeren Problemen kommen wird als auf dem Land (vgl. Abb. 8 + 9). Das bedeutet auch, dass die Probleme des Älterwerdens im äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs besonderer Beachtung bedürfen.

Sind es im Jahre 2002 55% der Menschen in Brandenburg, die in Gemeinden bis zu 20.000 EinwohnerInnen leben, so bleibt die Zahl laut Prognosen auch im Jahre 2020 mit 55% stabil (Hoppe 2005). Das bedeutet, dass trotz Berücksichtigung des Bevölkerungsrückgangs, nämlich um ca. 7% in Brandenburg von 2,59 Millionen im Jahre 2001 auf 2,41 Millionen im Jahre 2020 insgesamt, das Thema für die in solchen Regionen lebenden Menschen von stabiler Brisanz bleibt (Beyer 2003, Hoppe 2005).

Zu beachten ist auch, dass sich die Entwicklungen in Brandenburg nicht homogen vollziehen und gar gegensätzliche Entwicklungen in der Bevölkerungsverteilung zu verzeichnen sind. Während die Bevölkerungszahl im Berliner Umland, prognostiziert für den Zeitraum von 2001 bis 2020, um 6,6% wächst, verliert der äußere Entwicklungsraum 14,9 % (Beyer 2003). Auch dies bestätigt die Prognosen, dass sich die ungünstigsten Entwicklungen in den vollständig

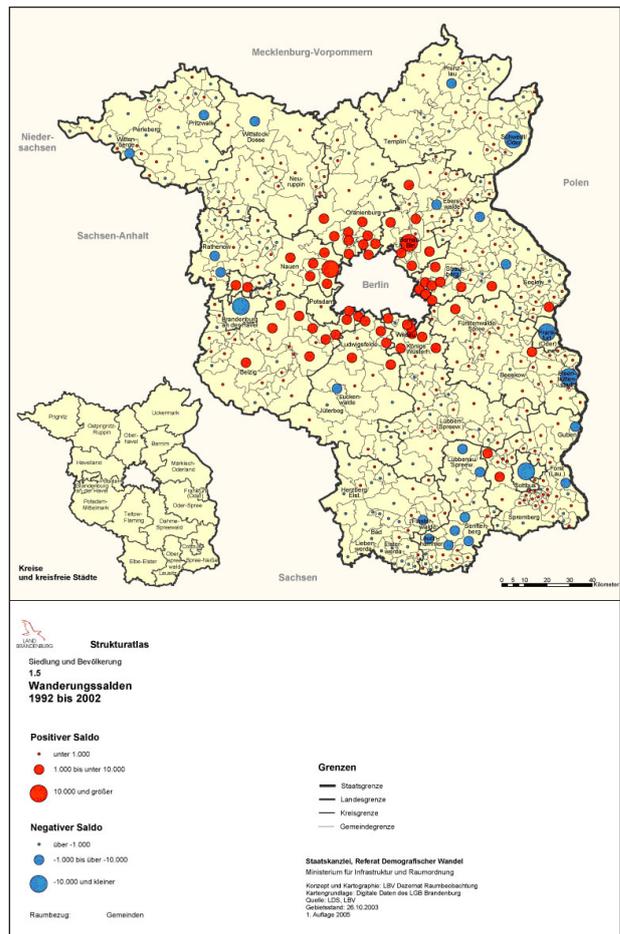


Abb. 9: Wanderungssalden 1992 bis 2002 für Brandenburg

peripher gelegenen Kreisen und in den kreisfreien Städten (mit Ausnahme Potsdams) vollziehen werden (Hoppe 2005).

### 3.8 Geschlechtsspezifische Auswirkungen der Abwanderung

Eine deutliche Folge der Abwanderung aus ländlichen Gebieten ist vielfach eine Störung des Gleichgewichts der Geschlechter. Da Frauen im Gegensatz zu Männern kaum Arbeitsplätze in Landwirtschaft und Handwerk wahrnehmen können (siehe auch Kapitel 8), sind sie häufig zu einer Abwanderung gezwungen. Dadurch herrscht in ländlichen Abwanderungsgebieten häufig ein Mangel an jungen heiratsfähigen Frauen (Henkel 2004).

### 3.9 Haushaltsentwicklungen

Die Haushalte auf dem Land sehen sich trotz der Statusunterschiede in Bildung und Beruf materiell besser gestellt als insbesondere in den Großstädten. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage von den in Städten lebenden Menschen fällt besser aus als die der auf dem Land lebenden Bevölkerung. Dennoch kommen die Haushalte in ländlichen und städtischen Regionen ähnlich gut bzw. schlecht mit dem jeweiligen Einkommen aus. Das liegt vor allem darin begründet, dass in ländlichen Regionen mehr Menschen pro

Haushalt zum Einkommen beitragen (siehe auch Kapitel 8). Zudem belasten die geringeren Wohnkosten im ländlichen Raum weniger als die Mieten in attraktiven großstädtischen Ballungsgebieten (Gensicke 2005).

Im Westen liegen die Haushaltseinkommen auf dem Land erheblich unter dem der städtischen Einkommen (vgl. Motel 2000). Im Osten ist eine wesentlich gleichere Verteilung festzustellen. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind in dieser Betrachtungsweise jedoch größer als die Stadt-Land-Unterschiede (ebd., Brauer et. al 2004).

Einige wichtige Entwicklungen lassen sich aus der Haushaltsprognose innerhalb der Raumordnungsprognose 2010 (Bucher und Koks 1994) herauslesen. Die Ergebnisse der Prognose zeigen, dass die Alterung der Haushalte großräumige Unterschiede in den Regionstypen aufweist. Das Alter der Haushaltsmitglieder ist in ländlich geprägten Regionen höher als im urbanen Raum. Haushalte mit jungen Vorständen sind im ländlichen Raum unterrepräsentiert (DZA 1998).

### **3.10 Zukünftige Relation der Geschlechter in den Haushalten**

Eine Prognose der Haushaltsmitglieder des Jahres 2010 zeigt, dass die Zahl der alten Frauen um 18% ansteigt, dem gegenüber steht die Zahl der alten Männer, die mit 60% sprunghaft ansteigt. Mit dieser Entwicklung ist eine Normalisierung zu erwarten, denn der bisherige starke Überschuss der Frauen der Kohorten (1993 kamen auf 100 alte Männer 186 alte Frauen) war eine Spätfolge des zweiten Weltkrieges. Die Geschlechterrelation der Alten wird sich voraussichtlich bis zum Jahr 2010 auf 140 Frauen : 100 Männer eingependelt haben (DZA 1998).

Unterschiede lassen sich anhand der Zahlen alleinlebender alter Frauen im ländlichen und urbanen Raum großräumig feststellen. Deren Anteil wächst relativ am stärksten in den ländlich geprägten Regionen. Die Zahl alter Männer, die in Zweipersonenhaushalten leben, nimmt sowohl relativ als auch absolut in den Regionen mit großen Verdichtungsräumen am stärksten zu (ebd.).

Dennoch ist grundsätzlich festzuhalten, dass der Alterungsprozess ubiquitär und in seinen Konsequenzen alle Regionen betrifft. Von Bedeutung ist eine bedarfsorientierte Planung altersspezifischer Infrastruktur für kleinräumige Regionen (ebd.).

### **3.11 Verlust ländlicher Identifikation**

Neben den Phänomenen der Überalterung und des Frauenmangels in ländlichen Gebieten gibt es auch durchaus weniger greifbare Kriterien, die schwieriger messbar sind. Dazu gehört der Verlust an ländlicher Identifikation und Lebensweisen. Eine Vernachlässigung und schließlich die endgültige Aufgabe erleben dabei häufig Sprache, Brauchtum, Bauweise oder Handwerk. Der Verlust an kulturlandschaftlicher Subs-

tanz ist mithin die augenfälligste Folgeerscheinung der Entvölkerung ländlicher Räume und wird in nahezu allen Regionen Europas beobachtet (Henkel 2004).

## 4. Grundtendenzen der Raumentwicklung

Die verschiedenen Regionen in Deutschland weisen unterschiedlichste Wachstums- und Schrumpfungstendenzen auf. Neben einigen wachsenden und zukünftig prosperierenden Regionen sind große Teile Deutschlands von Schrumpfungsprozessen betroffen (BBR 2005).

### 4.1 Wachstum und Schrumpfung im Ost-West-Vergleich

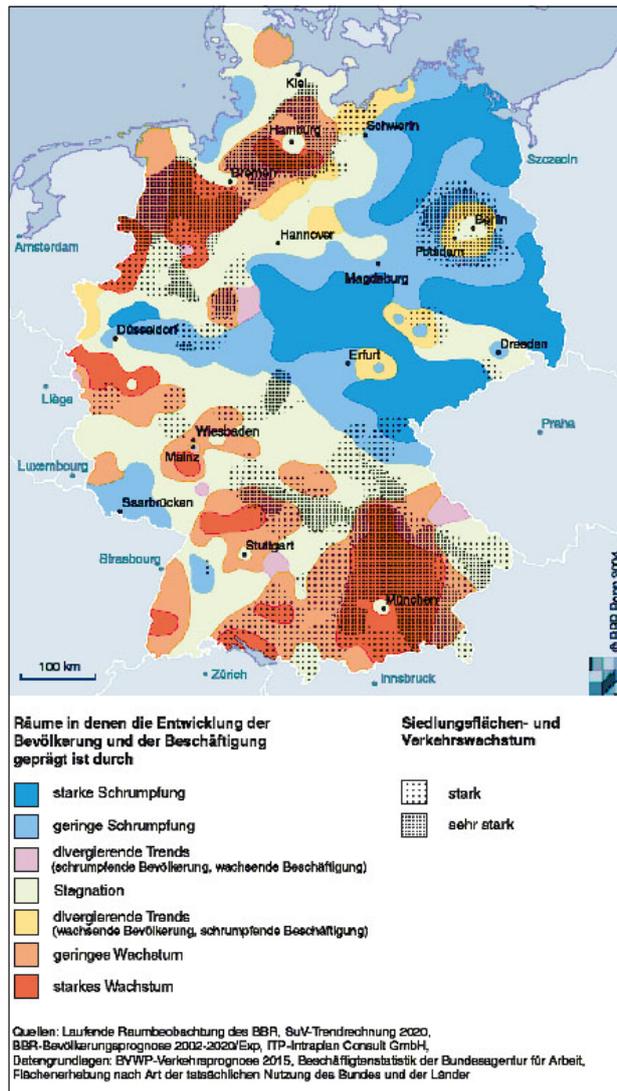


Abb. 10: Trends der Raumentwicklung (BBR 2005, S. 85)

Wie die Abbildung stark verdeutlicht, handelt es sich bei den Regionen mit Wachstumstendenzen fast ausschließlich um Länder Westdeutschlands. Neben den großen Städten und Metropolen sind auch ländlich strukturierte Regionen im Westen von Wachstumsprozessen betroffen. Hierzu zählen bspw. das Emsland, das Münsterland sowie weite Teile des Rheinlands zwischen Köln/Bonn und Wiesbaden/Frankfurt.

Regionen mit Schrumpfungstendenzen, also einem deutlichen Bevölkerungs- und Beschäftigtenrückgang liegen größtenteils in den neuen Ländern. Von den westdeutschen Regionen sind das Ruhrgebiet und das Saarland hiervon ebenfalls stark betroffen. In den neuen Ländern sind es insbesondere die peripheren und dünnbesiedelten Regionen, die unter den starken Auswirkungen der Schrumpfungsprozesse leiden. Dabei ist Schrumpfung nicht nur lediglich durch eine Entleerung der Regionen gekennzeichnet, sondern viel mehr durch einen Rückgang an Infrastrukturanangeboten (siehe auch Kapitel 7), Kaufkraft und regionalen Entwicklungspotentials. Eine ausgleichsorientierte Raumordnungspolitik steht also hier in besonderem Maße vor großen Herausforderungen (BBR 2005).

Der Beschäftigungsrückgang als Katalysator des Schrumpfungsprozesses in den neuen Bundesländern ist sehr markant. Selbst wenn es örtlich Gemeinden in den neuen Ländern gibt, die einen Beschäftigungszugang verzeichnen, so dominiert auf regionaler Ebene noch immer der Rückgang (siehe auch Kapitel 8) (ebd.).

Auch das Wachsen und Schrumpfen von Städten ist in Deutschland ungleich verteilt; im Osten liegen die meisten schrumpfenden, im Westen überwiegend wachsende Städte und Gemeinden. Jede zweite Kommune im Osten ist von Schrumpfung betroffen, dagegen nur weniger als 1% der Städte und Kommunen im Westen. Der Bevölkerungsanteil, der im Osten in schrumpfenden Städten und Gemeinden lebt, beträgt 41%. Die wenigen Wachstumsregionen in den neuen Ländern konzentrieren sich auf das Berliner Umland und die Einzugsgebiete der Großstädte Dresden, Leipzig, Magdeburg und Rostock (ebd.).

## 5. Lebensverhältnisse auf dem Land

Der Begriff Lebensverhältnisse impliziert die Zusammenfassung aller natürlichen und gesellschaftlichen Umweltkomponenten, die für den lebensweltlichen Alltag Grundlage sind (vgl. Grothues 2006).

Vorwiegend werden dabei heute die Bereiche Arbeits- und Freizeitbedingungen, Wohn- und Siedungsverhältnisse, ökologische und infrastrukturelle Verhältnisse sowie die soziale Sicherung betrachtet (vgl. ebd., Band/Müller 2001).

In der Raumpolitik des Bundes und der Länder gehört der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zur zentralen Leitvorstellung der Entwicklung der Teilräume und zur sozialen Sicherung. Dies bezieht sich auf die Aspekte der Daseinsversorgung, des Einkommens und der Erwerbsmöglichkeiten. Nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG sind in den jeweiligen Teilbereichen ausgeglichene wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben (vgl. Grothues 2006).

Dass dies zwar politisch gewollt, aber selbst trotz zahlreicher finanzieller Anstrengungen schwer umsetzbar ist, zeigen die Disparitäten in Deutschland, die sich auch nach der Wiedervereinigung kaum verringert haben. Der zukünftige planerische und politische Fokus liegt nunmehr auf der Umsetzung von flächendeckenden Mindeststandards. Dabei soll es jedoch nicht um eine Gleichstellung von Lebensverhältnissen im Sinne einer strengen Homogenität gehen. Die Förderung der Vielfalt der Teilräume steht noch vor dem Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (§1 Abs. 2 Nr. 5 und 6 ROG). Lediglich die Schaffung der Mindeststandards der Daseinsversorgung hat oberste Priorität (ebd.).

### 5.1 Lebensqualität

Bei dem Begriff „Lebensqualität“ geht es in der Wohlfahrtsforschung sowohl um das materielle, das soziale-emotionale als auch das ökologische Wohlergehen von Menschen. Erweitert wurden Indikatoren gesellschaftlicher Lebensqualität, die aufzeigen sollen, in welchem Maße die Bevölkerung gesellschaftliche Prinzipien wie Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit als realisiert ansieht (Gensicke 2005).

Das Konzept von Lebensqualität wird seit einiger Zeit um die Komponente des Lebensstils erweitert. Dies bringt eine neue Integration von Wertorientierungen und Verhaltensstilen mit in die Wohlfahrtsforschung mit ein (ebd.)<sup>2</sup>.

Kriterien zur Ermittlung der Lebensqualität setzen sich zusammen aus psychischen Zuständen wie Zufriedenheit und Glücksempfinden sowie Betroffenheit von Ängsten und Sorgen. Darüber hinaus erheben bspw. öffentlich finanzierte Wohlfahrtssurveys objektive Tatbestände wie Einkommen, Erwerbs- und Wohnsituation oder Ausstattung der Haushalte. Die Betroffenheit der Bevölkerung von Kriminalität und das Sicherheitsgefühl werden ebenso erhoben (ebd.)<sup>3</sup>.

Für den ländlichen Raum gelten im allgemeinen großzügiges und preiswertes Wohnen, saubere Umwelt und erhöhte persönliche Sicherheit als Aktivposten. In der Stadt sind es eher die Kriterien Arbeit und Ausbildung, Shopping, öffentliche Verkehrsanbindung sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen, die zu einer guten Lebensqualität beitragen (Gensicke 2005).

Bevölkerungsumfragen (exemplarisch Infratest Sozialforschung 2001 und 2002, Freiwilligen-Survey von Rosenbaldt 2001) haben bisher ergeben, dass Menschen, die in ländlich geprägten Regionen leben, ihre persönliche Lebensqualität ähnlich positiv wie die in Klein-, Mittel-, und Großstädten lebenden Menschen einschätzen. 2002 waren 76% der Menschen in den alten Bundesländern und 70% der Menschen in den neuen Bundesländern mit den Lebensverhältnissen in ihrer Stadt oder Gemeinde zufrieden (ebd.).

Auf dem Lande werden die Umweltbedingungen als besonders günstig bewertet. Auch die Sicherheit im Wohnumfeld wird auf dem Land stärker gefühlt. Persönliche Erfahrungen von Wohnungseinbrüchen, Autodiebstählen, Bedrohung, Raub oder Erfahrungen sexueller Bedrohung sind in den ländlichen Regionen denen der Menschen in klein- und mittelstädtischen Regionen ähnlich, jedoch wesentlich geringer als in den Großstädten. In den Großstädten wiederum haben sich die Menschen an die Kriminalitätsbelastung gewöhnt (ebd.).

Im ländlichen Raum ist die Wohnsituation besser als in der Stadt. Sowohl die Anzahl der Wohnräume als auch die Wohnfläche in Quadratmetern ist auf dem Land höher als in der Stadt. In den alten Bundesländern leben im ländlichen Raum bis zu 69%, in den neuen Ländern bis zu 54% der Wohnbevölkerung in Wohnungen mit mehr als drei Räumen. In der Großstadt liegen die Zahlen bei 47% bzw. 32%. Dies liegt u.a. auch darin begründet, dass die Menschen auf dem Land vorwiegend in eigenen Häusern wohnen, die städtische Bevölkerung dagegen überwiegend in Mietwohnungen lebt (ebd.).

<sup>2</sup> Durch diese wertorientierte Erweiterung erlangt die Frage der Geschlechtergerechtigkeit als gelebtes Lebensziel eine neue Priorität in der Bewertung von Lebensqualität [Anm. d. J.B.]

<sup>3</sup> Eine differenzierte Erhebung und Auswertung von Parametern für Lebensqualität ist sicherlich aus gendersensibler Perspektive insofern aufschlussreich, als die unterschiedlichen Kriterien in der alltäglichen Lebenswelt von Frauen und Männer verschieden gewichtet werden [Anm. d. J.B.].

Was den ländlichen Raum bezüglich der Kriterien für Lebensqualität im Vergleich zu Großstädten weit zurückwirft, sind die Möglichkeiten für Erwerbstätigkeit, Ausbildung und Verdienst. Diese werden in der Stadt weitaus besser eingeschätzt. Dabei fällt die Bewertung der Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten in den Städten der neuen Bundesländer schlechter aus als in den Großstadtregionen der alten Länder (ebd.).

Hinzu kommt, dass der urbane Raum mit Einkaufsmöglichkeiten und der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln besser ausgestattet ist als der ländliche Raum (siehe auch Kapitel 7).

Auch die Situation der Kultur- und Freizeitangebote wird auf dem Land weitaus schlechter bewertet als in den Großstädten. Das betrifft vor allem Theater, Kino, Musik, Museen und Kulturveranstaltungen. Ein Gefälle besteht in den alten und neuen Ländern. Die ländlichen Regionen der neuen Länder bleiben in der Bewertung dabei besonders drastisch zurück. Jugendfreizeiteinrichtungen werden gesamtdeutsch mit nur mäßig bis ungenügend bewertet (ebd.).

## **5.2 Regionale Lebensqualität**

Ein wichtiger Beitrag der Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland ist die Schaffung und Bewahrung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen. Es geht dabei jedoch weniger um eine Art Gleichheit als vielmehr um eine Gleichwertigkeit. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die Teilräume Deutschlands objektiv unterschiedlich sind und vor dem Hintergrund subjektiver Wertmaßstäbe unterschiedlich bewertet werden (BBR 2005, S.5). In den jeweiligen Teilräumen sind ausgeglichene wirtschaftliche, infrastrukturelle, soziale, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben (§2 Abs.2 Nr. 1 ROG, vgl. Grothues 2006, S. 39).

Ungleichheiten, die dazu führen, dass nach allgemeinem Konsens wesentliche Lebensgrundlagen und Entwicklungen beeinträchtigt sind, werden im politischen Prozess als ungleichwertig eingestuft. In diesem Fall liegt eine Begründung für den ausgleichenden Eingriff durch den Staat vor (BBR 2005).

Zweifelsfrei sind oftmals regionale Ungleichheiten wie stark unterschiedliche Arbeitslosigkeit, ungleiche Bildungschancen oder Infrastrukturausstattungen festzustellen. Häufig markieren auch Mindeststandards (bspw. in der Wohnraumversorgung) bzw. Obergrenzen (bspw. bei Umweltbelastungen) die Grenze der Ungleichwertigkeit, für die Orientierung politischer Handlungsräume (ebd.).

Die endgültige Entscheidung bei der Bewertung von Ungleichheiten kann nur die betroffene Bevölkerung, bzw. die im Alltag handelnden Akteure liefern. Dabei wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sich bspw. Unternehmen an regionalen Bedingungen orientieren und bei chancenmindernden Ungleichheiten mit einem Standortwechsel reagieren. Wohnungs- und

Arbeitssuchende orientieren sich am regionalen Wohnungsangebot und der regionalen Arbeitsmarktlage. Für Eltern mit Kindern ist die Frage der Bildungsangebote und Zukunftschancen von besonderer Bedeutung (ebd.).

Die Konsequenz der subjektiven Selektierung und Bewertung von regionalen Ressourcen durch die Bevölkerung ist die Verlegung von Haushalten, Unternehmen und Investoren an die jeweilige Region mit für sie spezifisch hoher Lebensqualität. So sehr diese Anpassung der BürgerInnen zu begrüßen ist, so sehr bringt sie auch regionale Problemlagen mit sich. Denn Abwanderungen verlaufen zumeist sozial selektiv, d.h. eine bestimmte Gruppe/ Schicht der Bevölkerung wandert ab, während der Rest zurückbleibt. Häufig sind es die jüngeren, in der Regel besser ausgebildeten, aktiveren und mobileren Menschen, die abwandern. Den ursprünglichen Regionen geht damit Entwicklungspotential verloren (ebd.).

## **5.3 Lebenszufriedenheit in den Regionen**

Insbesondere vor dem Hintergrund der Aufwendungen und Anstrengungen seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Beleuchtung der politischen Zielsetzung der Herstellung von Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den neuen und alten Bundesländern von großem Interesse.

Aber auch die regionalen Disparitäten zwischen Stadt und Land sowie Nord und Süd sind neben der Ost-West-Betrachtung sehr aufschlussreich (vgl. BBR 2005).

Sehr anschauliche Ergebnisse lieferte die in der Zeitschrift „Stern“ publizierte Internetbefragung „Perspektive Deutschland“. Bei der Zustimmung der Aussage „Alles in allem gesehen kann man in der Region, wo ich lebe, sehr gut leben“ ergaben die Ergebnisse eine Spanne von 86% in Starnberg bis 22% in Dessau in der Umfrage von 2003. Dies unterstreicht das eklatante Gefälle zwischen Ost und West (BBR 2005).

Deutlich zeigt sich, dass in Ostdeutschland lebende Menschen am wenigsten zufrieden mit ihrem Leben in der Region sind. Die höchste Zufriedenheit äußert die Bevölkerung im Süden des Landes.

Nicht erfasst wurde in diesem Zusammenhang, ob es geschlechtsspezifische Begründungen für die Bewertung der Regionen gab.

Die Ergebnisse zeigen somit deutlich, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen durch die Raumordnung aus Sicht der ostdeutschen BürgerInnen nicht gewährleistet ist.

## **5.4 Lebenszufriedenheit von Frauen in den neuen Bundesländern**

Die Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit ist neben den sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen auch von den konkreten



Abb.: 11: Anteil der mit dem Leben in der Region zufriedenen Befragten 2003 in Prozent (BBR 2005, S. 6)

individuellen Lebensverhältnissen abhängig. Wertstrukturen, Ungleich- und Gerechtigkeitsvorstellungen im Kontext der Lebensbereiche Partnerschaft, Wohnen, Kinder, Gesundheit und soziales Netzwerk sind aufgrund persönlicher Lebenserfahrungen und Biographien verschieden. So unterscheiden sich auch die Erfahrungen und Erwartungen von ostdeutschen gegenüber denen westdeutscher Frauen (SFZ 2001).

Umfragen ergaben, dass im Jahr 2001 nur 33% der ostdeutschen Frauen aufgrund sozialer Verunsicherungen, verursacht in erster Linie durch Ab- und Umbau des Sozialstaates sowie einer nachlassenden Planbarkeit und der Unüberschaubarkeit des eigenen Lebens, optimistisch in die Zukunft sahen (1995 waren es noch 40%) (ebd.).

Die Identität der ostdeutschen BürgerInnen ist durch unterschiedliche Erfahrungen mit dem Transformationsprozess geprägt. Während Einschätzungen zur deutschen Einigung in der Mitte der 1990er von ostdeutschen Frauen zu 40% mit einem Gewinn durch den Vereinigungsprozess gekennzeichnet waren, sank die Zahl zwischenzeitlich um 10% und lag im Jahr 2001 auf dem Niveau von 34%. 20% der Frauen sahen für sich einen Verlust im Zusammenhang mit der deutschen Einigung. Dabei sprachen vornehmlich die erwerbstätigen Frauen von einem Gewinn, arbeitslose und in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Beschäftigte sahen deutliche Verluste. Das Armutsrisiko Alleinerziehender (85% unter ihnen sind

Frauen) ist allgemein bekannt und begründet auch das Empfinden vieler Frauen mit Erfahrungen aus der Vorwendezeit, denn sie haben in erster Linie direkte Diskriminierungserfahrungen (bei Arbeitsplatzsuche, Sicherstellung von Kinderbetreuung, Einkommen und sozialer Sicherung) gemacht (ebd.).

### 5.5 Einschätzung ostdeutscher Frauen zur Gleichberechtigung der Geschlechter nach der Wiedervereinigung

Die Situation der Geschlechtergleichstellung ist selbst fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung eher auf der negativen Seite zu platzieren. Ostdeutsche Frauen urteilen, die Strukturvariable „Geschlecht“ wirke diskriminierender und hierarchisierender als in der damaligen DDR, auch wenn sich die dort praktizierenden Geschlechterarrangements (bspw. die Verantwortung der Frauen für die „private“ Familienarbeit) an die neuen Geschlechterverhältnisse anschließen ließen (SFZ 2001).

Während die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR einen Gleichstellungsvorsprung gegenüber den Frauen im Westen darstellte, weisen hohe Zahlen arbeitsloser ostdeutscher Frauen auf einen eindeutigen Rückschritt seit der Wiedervereinigung hin. Arbeitslosigkeit, als unbewältigte Folge des sozioökonomischen Wandels zeigt, wie die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt einengt (ebd.).

Umfragen (2001) ergaben, dass rund drei Viertel der ostdeutschen Frauen sich den Männern in der DDR gegenüber gleichgestellt fühlten. Jede Zehnte Frau machte auf Benachteiligungen aufmerksam und 3-5% fühlten sich bevorteilt (ebd.).

Für die gesellschaftlichen Verhältnisse nach der Wiedervereinigung beurteilen ostdeutsche Frauen die Gleichstellungsfrage markant anders. Ca. 75% von ihnen sprechen von einer Benachteiligung von Frauen und nur noch 18% fühlen sich gleichberechtigt. An erster Stelle sehen Frauen den Staat und die Bundesregierung in der Verantwortung für die Veränderung politischer Rahmenbedingungen hin zu einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter. Auch der persönliche Einsatz für die Umsetzung von Geschlechtergleichheit im unmittelbaren Lebensumfeld hat große Bedeutung. Als wirkungsvolle Maßnahmen zur Verbesserung der Gleichstellungssituation werden gerechte Entlohnung von Erwerbsarbeit und der von Frauen geleisteten Familienarbeit sowie die vermehrte Besetzung von Führungspositionen mit Frauen genannt (ebd.).

Grundsätzlich haben sich die Chancen im Arbeitsleben aus Sicht der Frauen seit der Wende verschlechtert (74% Zustimmung) und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erscheint ihnen kaum möglich (73% stellen hier eine Verschlechterung fest) (ebd.).

## 6. Ländliche Bevölkerung und Sozialstrukturen

Unter ländlicher Bevölkerung versteht man allgemein die „Gesamtheit der im ländlichen Raum wohnhaften Personen“ (Planck/Ziche 1979, S.57, zitiert in Henkel 2004, S.45). Dieser definitorische Rahmen wird auch dieser Arbeit zugrunde gelegt.

### 6.1 Sozialstruktur

Die Bevölkerung der Städte und des Landes unterscheiden sich hinsichtlich der Bildungs- und Berufsstruktur. In den alten Bundesländern sind im ländlichen Bereich vermehrt einfache Schulabschlüsse zu verzeichnen. In den neuen Ländern ist der Anteil an Menschen mit Abitur in den Städten erhöht, auf dem Lande hingegen besonders niedrig. Gehobene Positionen nehmen Menschen in ihrem Berufsfeld eher in den Städten ein; in den ländlichen Regionen gibt es wesentlich weniger Menschen in gehobenen Positionen (Gensicke 2005).

#### 6.1.1 Strukturmerkmale und soziale Gliederung der ländlichen Bevölkerung

Die Untergliederung der ländlichen Bevölkerung nach fünf sozialen Merkmalsgruppen gestaltet sich nach UHLIG und LIENAU (1972) wie folgt: Unterhaltsstruktur der Wohnbevölkerung, Verhältnis der Wohnbevölkerung zur Landwirtschaft, soziale Schichtung der Bevölkerung, soziale Ordnungsformen bzw. Gruppenbildungen, Stufen der sozialen Entwicklung (Henkel 2004).

Die Klassifizierung der ländlichen Bevölkerung orientiert sich traditionell an ihrem Verhältnis zur Landwirtschaft bzw. zum Boden (ebd.).

Drei Gruppen werden unterschieden (exemplarisch Meyer 1964, Uhlig/Lienau 1972, zit. in Henkel 2004, S. 70):

Die landwirtschaftliche Bevölkerung betreibt hauptsächlich Landwirtschaft, zumeist in Selbständigkeit. Zu ihr zählen Bauern und Bäuerinnen, die im Vollerwerb in der Landwirtschaft arbeiten.

Die landverbundene Bevölkerung arbeitet zum Neben- und Zuerwerb in der Landwirtschaft sowie als LandarbeiterInnen. Innerhalb dieser Gruppe gibt es wirtschaftlich und sozial große Differenzierungen. Häufig gehört die landverbundene Bevölkerung zu den Pendelnden, da sie einen zusätzlichen Arbeitsplatz außerhalb des Wohnortes hat. Durch ein zunehmendes Auspendeln in Städte wächst unter der landverbundenen Bevölkerung der Anteil an ArbeiterInnen, Angestellten und Beamten (ebd.).

Personen, die weder Land besitzen noch bewirtschaften und außerhalb der Land- und Forstwirtschaft erwerbstätig sind, gehören zu der Gruppe der landwohnenden Bevölkerung.

Eine Berechnung der Größenverhältnisse der drei Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland ergab bereits 1960 (Meyer 1964), dass mehr als zwei Drittel der Landbevölkerung nichts mit Landwirtschaft zu tun hatten (ebd.).

Dennoch sollte nicht unberücksichtigt bleiben, dass auch früher im ländlichen Raum wichtige nicht-landwirtschaftliche Sozial- und Wirtschaftsstrukturen vorhanden waren (Handwerk, Gewerbebetrieb) (ebd.).

In den Untersuchungen von Beyer (1986) kommt eine weitere wichtige Komponente für die Einordnung von Sozialstrukturen im ländlichen Raum zum Tragen. Dabei wurden Unterschiede zwischen ländlich geprägten Einheimischen und den Zugezogenen hinsichtlich des generativen Verhaltens festgestellt. Übereinstimmende Verhaltensmerkmale unter den Ortsbürtigen sind in den Bereichen Eheschließung, Familienstruktur und Kinderzahl sowie religiöse Bindung zu verzeichnen. Die Zugezogenen bringen ein stärkeres Maß urbaner Verhaltensweisen mit. Auch ländliche Arbeitskräfte, die in die Stadt auspendeln, überformen die ländlichen Elemente im Wohnort von innen heraus.

Ein weiterer Untersuchungsgegenstand in der ländlichen Sozialforschung ist die Frage, ob es Unterschiede in der sozialen Schichtung zwischen ländlichen und städtischen Gesellschaften gibt. Abweichungen sind nach PLANCK und ZICHE (1979, zitiert in Henkel 2004, 73f.) ausgehend von Untersuchungen in westlichen, ländlichen Gesellschaften in folgenden Punkten vorhanden:

- es gibt weniger soziale Schichten,
- die Schichten liegen näher nebeneinander,
- das gesamte Schichtniveau liegt tiefer,
- die Schichten tendieren zu einer Mittellage, die nach üblicher Einteilung etwa der oberen Unterschicht entspricht,
- die Schichtgrenzen werden strenger respektiert.

Gegenwärtig hat sich die traditionelle Dorfhierarchie auf der Basis von Grundbesitz zu Gunsten einer beruflich differenzierten Mittelstandsgesellschaft entwickelt. Zumeist existieren heute in den ländlichen Siedlungen zwei Schichtungsprinzipien nebeneinander. Zum einen das an Grundbesitz orientierte agrarische Schichtengefüge, in dem Zugezogenen vorerst schwer einen Status zugebilligt wird, und zum anderen das an Beruf, Einkommen und Freizeitverhalten orientierte Schichtengebäude, in dem neue DorfbewohnerInnen schnell respektiert und eingeordnet werden (Henkel 2004).

Nach dem 2. Weltkrieg erfolgten wesentliche soziale Umschichtungen, die durch die Ansiedlung von Heimatvertriebenen, die Errichtung reiner Wohnbauten und das Aufkommen des Pendlerwesens hervorgerufen wurden. Das Größenverhältnis zwischen landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung hat sich in der Nachkriegsentwicklung gänzlich umgekehrt (ebd.).

### **6.1.2 Das soziale Schichtengefüge im ländlichen Raum Ostdeutschlands**

1945 hat sich das Schichtengefüge des ländlichen Raumes im Gebiet der neuen Bundesländer unter dem Einfluss der sozialistischen Agrarpolitik entwickelt. Vor allem wurde die traditionelle Oberschicht beseitigt (größtenteils der Landadel), die mittelbürgerliche Schicht wurde in eine Randlage gedrängt. Die LPG mit zahlreichen Angeboten und Netzwerken etablierte sich als Träger des öffentlichen Soziallebens sowie als Katalysator neuer Sozialschichtungen (Henkel 2004)<sup>4</sup>.

Mit der Wiedervereinigung 1990 lösten sich die Sozialstrukturen der DDR schockartig auf. Das Dorf verlor durch die gesetzliche Liquidierung der LPG deren gesellschaftliche Fürsorge. Aus einer relativ geschlossenen Dorfgesellschaft entwickelte sich eine den westlichen Standards entsprechende „heterogene Dorfgesellschaft“ (Herrenknecht/ Wohlfarth 1995, zitiert in Henkel 2004, S. 79).

### **6.1.3 Schwierigkeiten der gegenwärtigen ländlichen Sozialforschung**

In Deutschland und auch in den benachbarten Ländern befindet sich die soziale Umschichtung noch immer im Wandel. Eine Erfassung des gegenwärtigen Status Quo bleibt auf generalisierte Schichtendarstellungen reduziert, die den erheblichen regionalen und lokalen Unterschieden nicht Rechnung tragen können. Zudem ist neben den unsicheren und wechselnden Kriterien nur ungenügendes empirisches Material vorhanden, was die Erforschung von Sozialstrukturen vor große Schwierigkeiten stellt. Trendprognosen und Einschätzungen sowie Fragestellungen zu zukünftigen Veränderungen, etwa weg von tradierten agrarischen Schichtungsprinzipien hin zu modernen postindustriellen Kriterien, bleiben offen (vgl. Henkel 2004).

## **6.2 Elemente der Sozialstruktur**

Sozialstrukturen und Sozialsysteme setzen sich aus verschiedenen Bausteinen zusammen; Werte, Normen, Rollen, Positionen, Ränge, Macht, Territorium, Identifikation und Zusammenhalt (vgl. u.a. Planck/ Ziche 1979, Burger 1983, Becker 1997, Henkel 2004).

Die Werte und Werthierarchien sind in jeder Kultur und Gesellschaft unterschiedlich. Zu den allgemein verbreiteten Werten bäuerlicher Gesellschaften zählen Ordnung, Gerechtigkeit, Frieden und Besitz. Aus der

Not geborene Tugenden wie Bedürfnislosigkeit, Demut und Gehorsam kommen hinzu. Fleiß und Gehorsamkeit gelten als traditionelle hohe Werte der deutschen Bauern und Bäuerinnen (Henkel 2004).

Die sogenannte „Hofidee“ ist weniger Ausdruck einer Gewinnmaximierung oder materiellen Orientierung als vielmehr die Wertschätzung des Erhalts des ererbten Hofes als wichtigstes Anliegen der Bauernidee, auch wenn dafür große persönliche Opfer gebracht werden müssen (ebd.).

Gilt die ländliche Bevölkerung und insbesondere die Bauernfamilie gemeinhin als konservativ, so ist dennoch nicht zu übersehen, dass sozioökonomische Veränderungen auch dort zu einem intensiven Wertewandel führen. Kriterien wie Bildung, Leistung und Einkommen lösen die Werte von Herkunft und Besitz ab. An die Stelle des traditionellen Patriarchats treten neue Ziele der Partnerschaft und Selbstverwirklichung (ebd.).

### **6.2.1 Soziale Normen**

Wenn allgemeine Verhaltenserwartungen (Werte) den Zwangscharakter von Handlungszuweisungen annehmen, wird von sozialen Normen gesprochen. Die ländliche Gesellschaft gilt als traditionsgeleitete Gesellschaft, in der das Verhalten von impliziten Normen wie Sitten, Bräuchen und sozialen Gewohnheiten gelenkt ist. Gegenwärtig ist auch im ländlichen Raum erkennbar, dass sich soziale Normen nicht nur wandeln sondern auch an Gewichtung verlieren. Ähnlich den Verhältnissen in der Stadt wird auch im ländlichen Raum das Bestreben nach Gemeinwohl von persönlichen Selbstverwirklichungswünschen der Individuen abgelöst (Henkel 2004).

### **6.2.2 Soziale Rollen**

Konkrete Verhaltenserwartungen an eine Person werden als soziale Rollen definiert. In ländlichen Gesellschaften sind diese häufig fest fixiert und für den Einzelnen zwingend. Jede Rolle ist mit verschiedenen Ansprüchen verknüpft, sodass sie für den Einzelnen sowohl belastende als auch verhaltensstabilisierende Wirkungen hat (Henkel 2004).

Rollenzuschreibungen und Erwartungshaltungen beeinträchtigen die individuellen Gestaltungswünsche von Frauen und Männern. Vor allem, wenn mit ihnen Forderung zur Übernahme vermeintlich traditioneller Geschlechterrollen verknüpft werden. Die Zuschreibung der Pflege von alten Menschen als „Frauenaufgabe“ wurde in der BMELV-Studie 2006 auf ihre Aktualität hin überprüft. Dabei ging es nicht nur um die tatsächliche Pflegeleistung der Frauen für alte Menschen, sondern um eine Erfassung der von Frauen gefühlten an sie gewandte Erwartungshaltung. Von den Frauen antworteten 60%, dass die Übernahme von Pflege und die Versorgung älterer Menschen von Frauen erwartet würde. Weitere 25% der Frauen stimmten dem teilweise zu, 11% stimmten gar nicht zu und 5% konnten keine Angabe machen. Auffällig ist dabei, dass es hier Unterschiede in den Antworten ost- und westdeutscher Frauen gab. Während 61% der

<sup>4</sup>Für ausführliche Informationen über das Alltagsleben im „sozialistischen Dorf“ siehe exemplarisch Schlier 2001.

westdeutschen Frauen diese Rollenzuschreibung für existent empfanden, waren es 56% des ostdeutschen Frauen (BMELV 2006).

Eine durch den Wertewandel verunsicherte Rollenzuschreibung führt in der gegenwärtigen Landbevölkerung häufig zu Konflikten. Wie Wertpluralismus und Wertwandel zu Rollenunsicherheiten führen, kann an dem Bild der Bäuerin gut sichtbar gemacht werden: Während die Bäuerin als Mitarbeiterin im Betrieb, dann zumindest als Ehefrau, Mutter und Hausfrau traditionelle Rollenzuschreibungen erfüllt, sieht sie sich mit dem andersartigen Arbeits-, Konsum-, und Freizeitverhalten gleichaltriger Frauen in nicht bäuerlichen Lebenskontexten konfrontiert (Henkel 2004).

### **6.2.3 Soziale Positionen und Ränge**

In der Regel besetzt jede Person abhängig von Alter und Geschlecht mehrere soziale Positionen. Sie setzen sich zusammen aus Werten, Normen und Rollen und zeigen den Platz an, den die Person zum Funktionieren eines gesellschaftlichen Systems (Familie, Betrieb, Kirche, Verein, Nachbarschaft, Dorfgemeinschaft u.a.) einnimmt. Eine Bündelung von Positionen ist im ländlichen Raum sehr üblich; bspw. haben Gemeinderäte häufig zugleich eine Funktion im Vorstand des Sport- oder Musikvereins oder der Feuerwehr (Henkel 2004).

Der Erwerb einer sozialen Position kann durch Geburt, Geschlecht, Alter, Besitz, Konfession, Parteizugehörigkeit, Beruf, Bildung oder Einkommen geschehen. Während traditionelle Positionskriterien wie Geburt, Besitz und lokale Ansässigkeit auf dem Land in den Hintergrund treten, stehen gegenwärtig mehr die durch persönliche Leistungen erworbenen sozialen Positionen im Vordergrund (ebd.).

Auch soziale Ränge etablieren sich in jeder Gesellschaft und entstehen durch Über- und Unterordnungen. Unmittelbar damit stehen auch Machtstrukturen im Zusammenhang. Sie drücken sich aus in Herrschaft, Autorität, Einfluss, Manipulation, Zwang, Terror und Gewalt. Die Ausübung von Macht kann „konstruktiv“, also aufbauend, oder „obstruktiv“, also ver hindernd erfolgen. In ländlichen Sozialsystemen ist es ein spezielles Merkmal, dass Macht weniger bürokratisch sondern mehr in persönlichen Beziehungen und Kontakten ausgeübt wird (ebd.).

### **6.2.4 Soziale Kontrolle**

Eine Eigenschaft, die in der Vergangenheit Dörfern zugeschrieben wurde, ist die gegenseitige soziale Kontrolle. Durch sie sollte abweichendes Verhalten unterbunden werden. Jedoch vollzieht sich auch im ländlichen Raum ein sozioökonomischer Strukturwandel. Individualisierungsprozesse sind längst nicht mehr nur ein Phänomen des städtischen Lebens. Lebensformen und die Außenbeziehungen der Familien sowie die sozialen Verhältnisse verändern sich auch zunehmend und gegenwärtig auf dem Land (BMELV 2006).

Soziale Kontrollen üben einen enormen Anpassungsdruck aus und bestimmen häufig die Gestaltung des

eigenen und kollektiven Lebens. Die Frage nach der sozialen Kontrolle kann Einblick darüber geben, inwiefern die sozialen Verhältnisse auf das Handeln der Menschen Einfluss nehmen (ebd.).

Beim Thema „soziale Kontrolle“ scheinen sich Frauen stärker reglementiert zu fühlen als Männer. Auf die Frage „Wird die Lebensführung der Frauen kritischer beurteilt als die der Männer?“ antworteten 50% der Frauen mit einem eindeutigen „Ja“. Weitere 13% sahen diesen geschlechtsspezifischen Moment als teilweise gegeben, und 30% der Frauen verneinten die Aussage, 6% konnten keine Aussage treffen („weiß nicht“) (ebd.).

### **6.2.5 Partnerschaft, Geschlechterverhältnis und Hofübergabe**

In vielen ländlichen Gesellschaften verlief und verläuft teilweise noch immer die PartnerInnenwahl nach bestimmten geregelten Verfahren. Insbesondere damals war es üblich, dass Eltern die EhepartnerInnen nach ständischen oder wirtschaftlichen Kriterien auswählten. Obwohl in einigen ländlichen Regionen noch heute traditionelle Verhaltensmuster für die Wahl der LebenspartnerInnen Relevanz haben, gewinnen moderne Tendenzen an Bedeutung. Dazu zählen die Erweiterung des Wahlbereiches, die größere private Entscheidungsfreiheit, die Aufwertung persönlicher Motive und die Dominanz des Liebesmotivs (Henkel 2004).

Lediglich Bauernsöhne sind noch heute durch die Anforderungen, die an Bäuerinnen traditionell gestellt werden, eingeschränkt. Ein Mangel an Bäuerinnen wurde bereits in den 1960er Jahren beklagt (Hildenbrand 2005, vgl. Planck 1980).

### **Hofübergabe**

Durch die traditionelle Gleichzeitigkeit von Hofübergabe und Heirat besteht bei Landwirtschaftsfamilien häufig die Tendenz zu einem höheren Heiratsalter, obgleich sich diese Verhältnisse zunehmend in Richtung Angleichung des durchschnittlichen Heiratsalters bewegen. Dies wiederum führt dazu, dass teilweise vier Generationen gleichzeitig auf dem Hof anwesend sind, von denen drei im arbeitsfähigen Alter sind. Traditionell ist das Beharren auf dem Modell so groß, dass das empfehlenswerte Überspringen einer Generation kaum in Betracht gezogen wird. Auch das Festhalten an der Weitergabe des Hofes an einen männlichen Hoferben ist nach wie vor traditionell fest verankert (Hildenbrand 2005).

Gegenwärtig ist jedoch die Bereitschaft zur Hofübernahme stark zurückgegangen. Doch Entscheidungen gegen eine Hofübernahme werden dabei nicht leichtfertig, emotionsfrei und rational getroffen, denn häufig ist die Entscheidung gleichbedeutend mit dem Ende einer langen Familientradition. Auch ein erheblicher Statusverlust der Familie im Dorf muss dabei in Kauf genommen werden (ebd., vgl. Hildenbrand 1997).

Die strengen Regeln der Hofübergabe verhindern landwirtschaftliche Existenzgründungen durch familienfremde Personen. Der LandFrauenverband

konstatiert, dass 90% der HofnachfolgerInnen den Betrieb ihrer Eltern übernehmen und nur 10% der landwirtschaftlichen Betriebe auf QuereinsteigerInnen zurückzuführen sind. Die Hofübergabe an außerfamiliäre Personen ist in Deutschland nicht verbreitet und verhindert zukünftige Existenzgründungen in der Landwirtschaft durch Familienfremde. Der LandFrauenverband befürwortet eine Förderung der landwirtschaftlichen Existenzgründungen außerhalb der Erbfolge, um die Landwirtschaft in Deutschland auch zukünftig flächendeckend aufrecht erhalten zu können. Zudem wird betont, dass neben finanziellen und strukturpolitischen Fördermaßnahmen hier auch Weiterbildungsangebote eine Unterstützung von Junglandwirtinnen und Junglandwirte außerhalb der Erbfolge bedeuten können (vgl. DLV 2007c).

### **Partnerschaftsmodelle**

Es lassen sich zwei neue Entwicklungen in der Beziehung zwischen Mann und Frau von einer Autorität hin zur Partnerschaft verzeichnen. Ehefrauen von Landwirten gehen zunehmend auch außerlandwirtschaftlichen beruflichen Tätigkeiten nach. Der Familienatlas (Bertram et al. 1993) zeigt, dass die Zahl der mithelfenden weiblichen Familienangehörigen drastisch gesunken ist (von 31% im Jahr 1950 auf 3,8 % 1987). Des Weiteren ist für Frauen in landwirtschaftlichen Haushalten eine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit weitaus lukrativer, da sie vielfach ein höheres Bildungsniveau als Männer haben (siehe auch Kapitel 7.7.3). Teilweise kann erst durch das außerlandwirtschaftliche Erwerbseinkommen der Frau der Betrieb gesichert werden (Hildenbrand 2005).

Grundsätzlich stößt die Infragestellung des Patriarchats insbesondere bei der alterbäuerlichen Bevölkerung auf viel Widerstand. Frauen scheinen die Hauptlast von Modernisierungsprozessen im ländlichen Raum zu tragen. Denn einerseits sind sie Agentinnen der Modernisierung, andererseits müssen mit dem Autonomiezuwachs in traditionell ländlich geprägten Regionen die Herausforderungen im Zuge gewandelter Rollendefinitionen tragen (ebd., vgl. exemplarisch Kiunke/Wittmann 1995, Wonneberger 1995).

Forderungen nach einer individuellen Lebensgestaltung und Berufswahl von Frauen standen bereits im Fokus vieler Untersuchungen. Darin wurden bspw. Wünsche nach einer Rolle der Betriebsleiterin oder Mitunternehmerin artikuliert und Bedürfnisse nach außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten geäußert. Der Frage nach dem Gelingen einer Ablösung von traditionellem Hofdenken der bäuerlichen Familienwirtschaft durch ein „individuell partnerschaftliches Lebensprojekt“ wurde mit Skepsis begegnet. Obwohl Frauen zunehmend die sozialen Strukturen und das hierarchische Geschlechterverhältnis hinterfragen, zum Teil sogar eine Gegenkultur entwickeln, kommt es gleichzeitig zu einer Aufrechterhaltung der patriarchalen Fassade. Das Schwanken zwischen Selbstbewusstsein und anerzogener Bescheidenheit ist unter den Frauen stark verbreitet (Schmitt 2005).

Eine Untersuchung von Schmitt 1997 zeigte, dass professionell ausgebildete Landwirtinnen zwar ein aktives Aufbrechen von tradierten Geschlechterrollen und Verhaltensmuster der bäuerlichen Gesellschaft forcierten und lebten, jedoch trotz günstiger struktureller Bedingungen für egalitäre Partnerschaftsmodelle ein langfristiges Aufbrechen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nicht durchsetzen konnten. Im Einzelfall wurde auch die Praxis der patrilinearen Vererbung durchbrochen, jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt (ebd.).

Auch spätere Untersuchungen zeigen, dass die starke Loyalität von Frauen gegenüber den Partnern und Familien einen Verzicht von gleichen formalen Rechten nach sich zieht. Selbstverwirklichungen lebten Frauen weniger individualistisch als vielmehr partner- und familienorientiert. Das „relationale Selbstbewusstsein“ (Inhetveen/Schmitt 2001) speist sich vorwiegend aus dem Arbeitsvermögen. Frauen beweisen eine enorme Flexibilität, um zur Existenzsicherung der Betriebe beizutragen. Sie sind in der heutigen Konsum- und Erlebnisgesellschaft Expertinnen für eine multifunktionale Landwirtschaft (vgl. Laufenberg-Beermann 2002, Schmitt 2005).

Trotz vielfältiger Bestrebungen war und ist die Eigenständigkeit von Bäuerinnen, selbst in alternativ landwirtschaftlich organisierten Betrieben, nur unvollkommen (vgl. AGS 1989). Untersuchungen zu Genderaspekten im ökologischen Landbau fehlen bisher weitestgehend, sodass die These eines emanzipatorischen Aufbruchs von Frauen auf alternativen Höfen weder bestätigt noch negiert werden kann. Derzeit wird untersucht, inwiefern Frauen die Entwicklung des ökologischen Landbaus mitbestimmen (Schmitt 2005).

### **6.2.6 „Als Bauer bekommt man keine Frau“**

Es gehört zu den ausgeprägten Stereotypen, zu behaupten „als Bauer bekommt man keine Frau“. Verbreitet wird dieses Klischee nicht zuletzt durch belächelte Pressemeldungen, Witze und öffentlichkeitswirksame Aktionen wie „Junggesellenversteigerung mit unbeweibten Bauernburschen“ in Bayern. Auch Privatkanäle des Fernsehens, in denen eine Partnerinnenvermittlung für alleinstehende Landwirte initiiert wird, bedienen das Klischee (Dirscherl 2006).

Es stellt sich die Frage, ob der Beruf des Landwirts in der Öffentlichkeit so wenig Anerkennung genießt, dass potentielle Heiratskandidatinnen abgeschreckt werden. Oder liegt es an den Vorstellungen und Wünschen der Frauen bezüglich ihrer Lebensgestaltung, die sie durch die Angebundenheit an Hof, Arbeit im Betrieb und Kontakt zu Altenteilern gefährdet sehen? Oder liegt es vielmehr an den überhöhten Ansprüchen der Bauern an eine Partnerin, die Frau lediglich als Bäuerin zu sehen, die sich mit Arbeitsfähigkeit und Kompetenz in Haus, Garten, Stall, ggf. für die Altenpflege und vielleicht auch in der Direktvermarktung oder anderen landwirtschaftlichen Dienstleistungen einbringt, um das Einkommen für die Aufrechterhaltung des Hofes zu sichern (ebd.)?

Im Rahmen von Qualifizierungskursen für junge landwirtschaftliche UnternehmerInnen in der Ländlichen Heimvolkshochschule Hohebuch, die vom Evangelischen Bauernwerk durchgeführt werden, wurden diesbezüglich aufschlussreiche Erkenntnisse gewonnen (ebd.).

Die Landwirte wurden nach den Erwartungen an eine künftige Landwirtin befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass das Leitbild der Frau als „nur“ Bäuerin an der Seite des Bauern heute ausgedient hat. Vielmehr artikulieren die Landwirte Wünsche nach Werten wie Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Treue und streben eine offene, ehrliche und solide Beziehung an. Sehr wertgeschätzt werden dabei Selbständigkeit und Selbstsicherheit sowie Selbstbewusstsein einer Frau (ebd.).

Junge Männer in der Landwirtschaft haben direkt miterlebt, wie ihre Mütter und Großmütter ihre Eigenständigkeit oftmals zu Gunsten des Hofes aufgegeben haben und dabei häufig keine glückliche Ehe gelebt wurde (ebd.).

Die Wünsche an die Partnerin werden ergänzt mit Toleranz, Humor, Spontaneität und guter Allgemeinbildung. Auch Sparsamkeit und Engagement sind erwünscht, sollen aber nicht als eine gewünschte Einbindung in den landwirtschaftlichen Betrieb interpretiert werden (ebd.).

Auch mit dem Spruch „Liebe vergeht – Hektar besteht“ können die Junglandwirte heute wenig anfangen und widersprechen den Vorstellungen, das Hofdenken unter den jungen Männern sei nach wie vor stark ausgeprägt. Seit einigen Jahren wird stattdessen eine Trendwende bemerkbar. Was die Wahl der Partnerin angeht, sind junge Landwirte bezüglich des beruflichen und familiären Hintergrundes der Frau sehr flexibel. Im Gegenteil zum tradierten Hofdenken werden gerade Frauen außerhalb der Landwirtschaft positive Attribute zugeschrieben. Die Möglichkeit, durch sie über den eigenen Betriebshorizont hinaus zu blicken und einen neuen Bekanntenkreis zu erschließen, werden dabei gesehen und wertgeschätzt. Auch die Ermöglichung der beruflichen Selbständigkeit der Frau durch außerlandwirtschaftliche Erwerbsarbeit und der Ergänzung des Haushaltseinkommens wird sehr begrüßt (ebd.).

Es zeigt sich damit deutlich, dass patriarchale Einstellungen in der Hinsicht unter jungen Landwirten überholt sind. Als unabdingbar wird von der Partnerin die Akzeptanz des eigenen landwirtschaftlichen Berufes erwartet. Hierfür sollte die Frau tierlieb sein, im Notfall auch mal im Betrieb einspringen, Verständnis für die Priorität der Arbeit gegenüber der Freizeit, auch an Wochenenden, haben (ebd.).

Bemerkenswerterweise tritt das Attribut „kinderlieb“ in allen Befragungen der Junglandwirte einstimmig heraus. Häufig ist der Familienwunsch mit mindestens zwei, wenn nicht sogar drei oder vier Kindern stark ausgeprägt. Dies stellt einen deutlichen Unterschied zur außerlandwirtschaftlichen Realität dar, in der

repräsentative Befragungen zwar eine hohe Familienorientierung ergeben, der Kinderwunsch jedoch vorsichtiger geäußert und wie Geburtenziffern zeigen, seltener realisiert wird (ebd.).

Der Bauernberuf wird nicht als Hindernis für eine Partnerschaft betrachtet, wenn der Landwirt vom Ansehen, Auftreten und Freizeitinteressen seinen außerlandwirtschaftlichen Altersgefährten entspricht. Weiß er mehr als über Milchquote, Hektarerträge und Zugmaschinen zu sagen, hat er auch zu Mode, Kultur und gesellschaftlichen Fragen einen Zugang, so ist der Weg zu einer Partnerin, die sich interessiert und selbstbewusst mehr oder weniger als mithelfende Bäuerin versteht, geebnet (ebd.).

### **6.2.7 Männlichkeit in der Landwirtschaft**

Das Thema Männlichkeit in der Landwirtschaft steht im Spannungsfeld zwischen äußeren Erwartungen, allgemeinen Klischees und dem zunehmenden Wunsch der Männer selbst, eigene Männlichkeit zu entdecken und zu leben. Männer in der Landwirtschaft werden häufig in erster Linie als Landwirte wahrgenommen, die vermeintlich ausschließlich der Pflichterfüllung gegenüber Hof und Familie Rechnung tragen. In der landwirtschaftlichen Familie übernehmen sie eine Doppelrolle. Auf der einen Seite befinden sie sich auf einer Bühne, auf der sich der Held als Landwirt inszeniert, auf der anderen Seite bringt diese Aufführung auch viele Einschränkungen und Zwänge mit sich (vgl. Willnow 2006).

Dabei wird ersichtlich, dass die Gefahr besteht, den Landwirt in seiner Wertschätzung auf seine Zweckdienlichkeit für Hof und Familie zu reduzieren (ebd.).

Eine genauere Betrachtung des Alltagslebens eines Landwirts lässt vermeintlich „männliche“ Attribute aus anderer Perspektive sehen. Demnach dient der Besitz von großen Maschinen schlichtweg dem Erhalt der Produktion und der Wahrung einer auch in widrigen Verhältnissen unabhängigen Existenzsicherung. Lange Arbeitszeiten und ergebnisorientierte Arbeitsweisen sind aufgrund des andauernden Existenzkampfes weniger ausgesprochen „männlich“ als vielmehr überlebensnotwendig (ebd.).

Des Weiteren existieren auch Zwänge im privaten Bereich. „Dominanz, insbesondere gegenüber der eigenen Frau und den Kindern, sind Ausdruck einer Haltung, die im Bestreben, den Bestand des Betriebes dauerhaft zu sichern, auf die Mithilfe aller, auch der Altenteiler und der weichenden Erben, angewiesen ist“ (Willnow 2006, S. 13). Das Angewiesensein und der Einfluss von unentgeltlichen Helferinnen und Helfern führt zu Übergriffen auf die Privatsphäre des Landwirts und seiner Partnerschaft und Familie. Häufig müssen daher hier Kompromisse gefunden werden, die zu Lasten einer eigenen partnerschaftlichen und familiären Lebensgestaltung gehen (Willnow 2006).

Landwirte gelten als „männlich“, wenn sie das Bild des auf den Familienbetrieb festgelegten Mannes reprodu-

zieren. „Männlichkeit“ als Prinzip der Wahrnehmung eigener Befindlichkeiten und der eigenen freien Lebensgestaltung gerät dabei vollends in den Hintergrund (ebd.).

Eine Veränderung der Erwartungshaltung bezüglich der „Männlichkeit“ gegenüber Landwirten führt einerseits zum Verlust des „Mythos ihrer besonderen Männlichkeit“ (Willnow 2006, S. 13), kann aber andererseits auch eine „Option auf mehr Freiheit und menschliche Entfaltung für Männer in der Landwirtschaft, fernab eines idealisierten Bauern- und Naturburschenklischees“ (ebd.) darstellen.

### **6.2.8 Soziale Netze**

Die sozialen Netze sind auf dem Lande gemeinhin sehr ausgeprägt. Sie bilden sich in Haushalten, Arbeitsplätzen, Gärten, Stammtischen, Geschäften, Vereinen, Kaffeekränzchen und Cliquen. Die Kontakte verlaufen zumeist von Angesicht zu Angesicht und sind damit authentisch. Des weiteren gelten die sozialen Netze als dauerhaft und ständig aktiviert. Als wesentliche Elemente der sozialen Netze sind die Nachbarschaft und die Dorfgemeinschaft zu nennen. Während es in früheren Dörfern noch feste Nachbarschaftsrechte und -pflichten gab (Gruß- und Beistandspflicht), dominieren heute eher der Wunsch und die Freizügigkeit, die Nachbarschaft nach individuellen Vorschlägen zu gestalten (Henkel 2004).

Die Dorfgemeinschaft ist durch ein starkes Wir-Gefühl geprägt. Dies impliziert nach BLANCKENBURG (1962), dass die Dorfbevölkerung geistig, ökonomisch und sozial auf die lokale Siedlung bezogen ist. Außerdem stimmen in der Dorfgemeinschaft das private und öffentliche Dasein überein. Feste Normen und Sitten dienen der sozialen Vorgabe und Kontrolle.

Die soziologische Forschung spricht in diesem Zusammenhang heute nicht mehr von einer „idealen Gemeinschaft“, die von gleichrangigen Partnern und einer ländlichen Idylle geprägt ist. Vielmehr wird betont, dass es die homogene und von Harmonie geprägte Dorfgemeinschaft nie gab. Dass „hinter der Fassade“ einer Dorfgemeinschaft oft „zerstrittene Geschwister, rivalisierende Familien, Machtkämpfe, Ränkespiele, kleine Gemeinheiten und grobe Ungerechtigkeiten“ (Planck/ Ziche 1979, S. 138) auch als Teil des ländlichen Alltags vorhanden sind, wurde erst später in der Sozialforschung mitberücksichtigt (Henkel 2004).

Der Zusammenhalt der Dorfgemeinschaft war für die Aufrechterhaltung ständiger sozialer Kontrollen von großer Bedeutung. Diskrepanzen zu den lokal geltenden Verhaltensmustern wurden sanktioniert (ebd.).

Heute hat sich die Dorfgemeinschaft stark gewandelt und anstelle einer engen geschlossenen Gemeinschaft finden wird gegenwärtig ein zunehmend offenes und liberales Sozialsystem in den Dörfern. Dennoch wird das Vorhandensein einer noch immer spezifischen Eigenart der Dorfgemeinschaft sowohl von der Forschung als auch von der ländlichen Bevölkerung selbst betont (ebd.).

## **6.3 Soziale Institutionen**

Die drei Institutionen Familie, Religion und Politik werden für die Befriedigung der sogenannten sozialen Grundbedürfnisse unterschieden (Henkel 2004).

### **6.3.1 Familie**

Zu den ältesten und weltweit meist verbreiteten Institutionen gehört die Familie. Ihre Funktion besteht im Nachwuchs, der Fürsorge von Angehörigen, der Weitergabe der Kultur sowie der Weitergabe von Besitz und sozialer Macht (Henkel 2004).

#### **6.3.1.1 Funktion der ländlichen Familie im Wandel**

In den Anerbengebieten galten als besonderes Merkmal von Landfamilien, die Zusammenführung von Hausgemeinschaft, Produktionsgemeinschaft, Konsumgemeinschaft und Besitzeinheit. Mehrgenerationenhaushalte waren üblich. Neben den Alten lebten auch ledige Geschwister mit im Haushalt (Henkel 2004).

Großfamilien waren deutlich patriarchal organisiert. Der Familienvater hatte erhebliche Rechte und Pflichten und war für die Fürsorge aller auf dem Hof lebenden Menschen verantwortlich (ebd.).

Durch den Wandel der Industriegesellschaft hat sich die Aufgabenvielfalt der Großfamilie stark verändert. Anonyme Sicherungsinstitutionen (Versicherungen, Sozialstaat) haben die Rolle der traditionellen Fürsorgepflichten der Familie abgelöst. Somit trat die moderne Kleinfamilie auch auf dem Lande an die Stelle der multifunktionalen und patriarchal strukturierten Hausgemeinschaft der Großfamilie (ebd.).

Die familiären und verwandtschaftlichen Beziehungen auf dem Land gelten heute noch als sehr intensiv. Die volle Integration in die Dorfgemeinschaft ist für Dorffremde auch heute oft erst durch Einheirat möglich (ebd.).

#### **6.3.1.2 Berufs-, Sozial- und Familienstruktur**

Planck (1970) beschreibt drei zentrale Verschiebungen der Familienformen auf dem Lande nach dem zweiten Weltkrieg (Hildenbrand 2005, S. 122):

1. von der landwirtschaftlichen zur nichtlandwirtschaftlichen beruflichen Tätigkeit
2. von selbständiger und mithelfender Tätigkeit zu abhängiger Beschäftigung
3. von sozial niedriger zu sozial höher bewerteter Berufsstellung

Diese erhebliche Unstrukturierung habe sich durch den Übergang zur urbanen Familie gestaltet, insbesondere durch das Einführen von Freizeit, einem Phänomen, das es bis dato in der Landwirtschaft nicht gab (ebd.).

Die Ablösung von agrarischen Lebensformen ist dennoch nicht vollständig möglich, da die weite Ver-

breitung von Grundbesitz dazu führt, dass ländliche Familieneinkommen nicht in Arbeits- und Sozialeinkommen aufgehen. Vielmehr steuern noch immer hauswirtschaftliche Tätigkeiten und Eigenleistungen (bspw. beim Bau von Eigenheimen) zu einem erweiterten haushaltsbezogenen Einkommen bei (Hildenbrand 2005, Planck 1980).

In der soziologischen Forschung galt die Bauern- bzw. Landfamilie als fruchtbar, erziehungsmächtig, gemeinschaftlich, produktiv und stabil. Heute beurteilen insbesondere die soziologische Untersuchungen die in der Öffentlichkeit häufig anzutreffenden Vorstellungen der „idealen Landfamilie“ sehr kritisch (Henkel 2004).

Die ländlichen Lebensformen unterscheiden sich sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland deutlich von den Lebensformen in der Stadt. Dies spiegelt sich in den entscheidenden Parametern Heiratsquote, Familienbildung und Haushaltszusammensetzung wider (siehe auch Abb. 12/13, Kapitel 6.3.2) (Hildenbrand 2005, vgl. Bertram 1998).

Auf dem Lande, vor allem in bäuerlichen Haushalten, wurden geringere Scheidungsquoten und höhere Wiederverheiratsquoten beobachtet. Auch 1986 bestanden diese Unterschiede noch immer. Während in ländlichen Landkreisen eine Scheidung auf 1000 EinwohnerInnen vorkommt, sind es in städtisch-protestantischen Regionen 4,6. (Hildenbrand 2005, Planck 1980, Bertram et al., 1993, S.34).

In bäuerlichen Haushalten kann eine Scheidung schnell zu einem Verlust des Hofes führen, da die Zugewinnregelung meist die finanziellen Möglichkeiten eines Hofes überfordert. Angesichts der Tatsache, dass Bauernfamilien unter Landfamilien nur noch eine Minderheit darstellen, sind die geringen Scheidungszahlen nicht unbedingt mit den spezifischen Anforderungen in Bauerfamilien zu erklären (Hildenbrand 2005).

Die Studie des BMVEL 2006 bestätigt die starke Bedeutung der Ehe als Institution auf dem Land. 75% der befragten Frauen in den Untersuchungsgebieten waren verheiratet, 4% waren verwitwet. Aber auch nicht eheliche Lebensformen stellen eine „normale“ und tolerierte Alternative zur Ehe dar. Immerhin 7% der befragten Frauen gaben an, in einer so genannten eheähnlichen Lebensgemeinschaft zu leben. Dabei sind die Unterschiede im Familienstand zwischen west- und ostdeutschen Untersuchungsarten gering. In Ostdeutschland lebt ein leicht höherer Anteil von Frauen in eheähnlichen Lebensgemeinschaften (9% zu 6%) und ein leicht geringerer Anteil ist im Vergleich zu den westdeutschen Untersuchungsgebieten verheiratet (71% zu 77%) (BMVEL 2006).

Eheschließungen auf dem Land werden häufig in der Öffentlichkeit mit großem formalen Aufwand und in Anwesenheit der Verwandtschaft und der Dorfgemeinschaft feierlich begangen. Dabei spielt oft auch das lokale Brauchtum eine Rolle (Henkel 2004).

### **6.3.1.3 Hohe Familienorientierung und Kinder**

Ein prägendes Merkmal von Landfamilien sind auch heute noch Kinder. Von „normalen“ Ehepaaren auf dem Land werden auch noch gegenwärtig Kinder erwartet. Kinderlose Ehen werden als Mangel oder gar als persönlicher Makel empfunden. Die Kinderzahl ist in Landfamilien weitaus höher als in der Stadt (Henkel 2004).

Somit steht für Frauen und Männer auf dem Lande das „Leben in Familie“ mit an oberster Stelle der Lebensziele. Die Ehe und Elternschaft sind dominierende Lebensformen in ländlichen Gesellschaften. Darüber hinaus ist aber auch eine zunehmende Pluralisierung von Lebensformen erkennbar; der Anteil an Frauen, die in sogenannten eheähnlichen Lebensgemeinschaften leben ist nicht nur marginal. Das prioritäre Lebensziel der Familie wird von Frauen zukünftig mehr durch den Wunsch nach eigener Erwerbstätigkeit flankiert. Die Frage nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist demnach für Frauen im ländlichen Raum gegenwärtig und auch in absehbarer Zukunft von zunehmend hoher Bedeutung (vgl. auch BMVEL 2006).

Die BMVEL-Studie (2006) verzeichnet einen Wert von 82% der Frauen im ländlichen Raum, die Kinder haben. Von den 18%, die keine Kinder haben, ist die überwiegende Mehrheit (80%) zwischen 18 und 25 Jahre alt, was die zukünftige Entscheidung für Kinder noch offen lässt. 7% der Mütter befinden sich entgegen der Dominanz der Ehe als Institution in keiner partnerschaftlichen Bindung (BMVEL 2006).

Die Anzahl der Frauen mit zwei oder drei Kindern (ca. 60%) dominiert, Frauen mit einem Kind machen einen Anteil von 18% aus, ebenso viele Frauen haben keine Kinder. Leichte Unterschiede gibt es zwischen den ost- und westdeutschen Untersuchungsregionen bezüglich der Kinderlosigkeit, bzw. der Anzahl der Kinder. Der Anteil von Frauen mit Kindern ist in Ostdeutschland um 6% höher als in den alten Bundesländern (ebd.).

Im Gegensatz zu städtischen Gesellschaften ist in der ländlichen Bevölkerung ein starker Kinderwunsch ausgeprägt. Dennoch darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass der allgemeine Trend aufgrund unsicherer wirtschaftlicher Verhältnisse als Hinderungsgrund für die Verwirklichung des Kinderwunsches einen hohen Stellenwert einnimmt (ebd.).

### **6.3.2 Private Haushalte**

Der Parameter der privaten Haushalte ist als demographisches Merkmal für die räumliche Planung von Bedeutung, denn sie haben als Nachfrager und Bedarfsträger auf Wohnungsmärkten oder auch auf anderen Infrastruktursektoren maßgebenden Einfluss (BBR 2005).

Der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte ist aus verschiedenen Gründen auf über 70% angestiegen, unter 16% hingegen sank der Anteil der Haushalte mit vier oder mehr Personen. Der grundsätzliche Trend geht kurzgefasst in folgende Richtung: mehr Haushalte

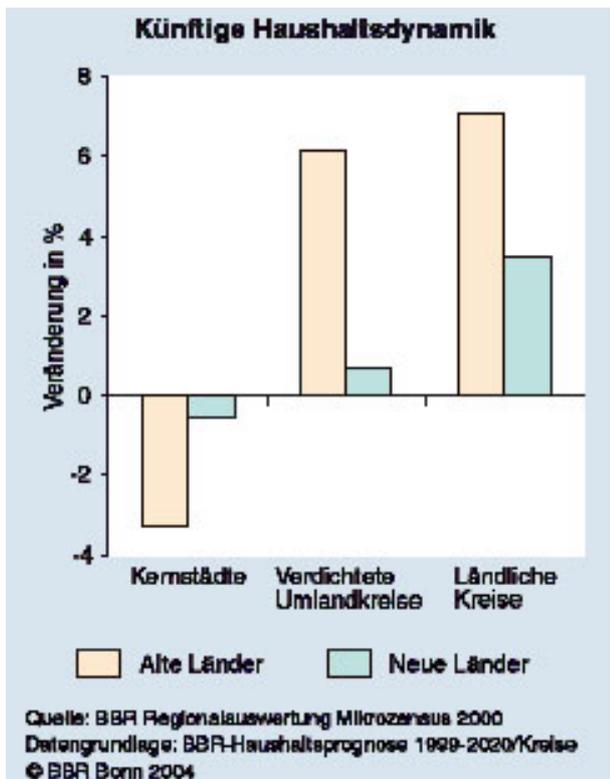


Abb. 12/13 : Zukünftige Haushaltsdynamik/ Veränderung der Zahl der privaten Haushalte zwischen 2002 und 2020 (BBR 2005, S. 40)

te werden immer kleiner, die Einpersonenhaushalte nehmen zu, und die jungen Familienhaushalte nehmen ab (ebd.).

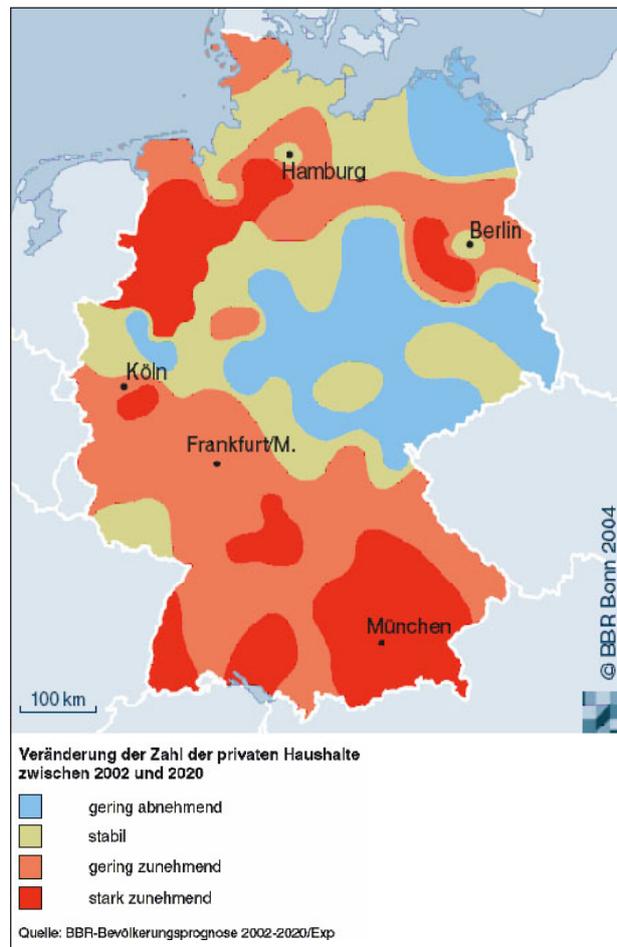
Bis zum Jahr 2020 verbergen sich hinter einer relativ stabilen Gesamtzahl an Haushalten vielfältige Veränderungen im inneren Aufbau, die gravierende Auswirkungen auf die Infrastruktur- und Wohnversorgung haben (ebd.). Die Graphiken zeigen zum einen deutlich, dass die Städte Haushalte verlieren, während das Umland und insbesondere dünn besiedelte ländliche Kreise an Haushalten gewinnen.

Zum anderen ist erkennbar, dass mit Ausnahme von Brandenburg alle neuen Länder einen Abnahme der Privathaushalte zu verzeichnen haben.

In den neuen Bundesländern waren die Strukturveränderungen besonders groß. Da Haushaltsgründungen immer nur soweit möglich sind, wie auch ein Angebot an Wohnraum besteht, wurde durch Aufholprozesse im Wohnungsbau der chronische Rückstau im Osten wieder abgebaut. (ebd.).

Bereits im Jahr 1968 zogen nur noch 18% der frisch verheirateten Paare im ländlichen Raum zu den jeweiligen Eltern. 13% davon wohnten dann bei den Eltern des Gatten (patrilokal) und 5% zogen zu den Eltern der Gattin (matrilokal) (Hildenbrand 2005).

Bezüglich der Haushalte wird auf dem Land demnach eine Tendenz zur Neolokalität (das Ehepaar bezieht eine eigene, von den Eltern getrennte Wohnung) beobachtet (ebd.).



Die Häufigkeit des intergenerationelles Zusammenlebens in Mehrgenerationenhaushalten auf dem Land reflektiert nicht den Umstand, dass teilweise auch ungünstige räumliche bzw. finanzielle Familienverhältnisse dazu führten, gemeinsam leben (zu müssen). Die Vorstellung des heilen ländlichen Dasein in einer Großfamilie ist eher romantischen Unterstellungen als der Realität geschuldet (ebd.).

### 6.3.3 Religion und Kirche

Das Verhältnis der Menschen zu Religion und Kirche ist in den Städten und auf dem Land sehr unterschiedlich. Vor allem in großstädtischen Regionen ist eine erhöhte Konfessionslosigkeit zu verzeichnen. In den ländlichen, aber auch klein- und mittelstädtischen Regionen der alten Bundesländer ist die katholische Konfession stark verbreitet. In den neuen Bundesländern sind beide Konfessionen auf dem Lande überrepräsentiert, insbesondere die evangelische. Demgegenüber steht jedoch auch ein sehr hoher Anteil Konfessionsloser. Die emotionale Verbundenheit zu den Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften ist insbesondere in den alten Ländern in ländlichen Regionen am stärksten. Hier sind auch die intensiveren Besuche des Gottesdienstes auf dem Land zu verzeichnen (Gensicke 2005).

Religion bestimmte in hohem Maße das politische, wirtschaftliche und kulturelle Handeln der Menschen in traditionsorientierten und ländlichen Gesellschaften (Henkel 2004).

Das Dorf bildete nahezu eine religiöse Gemeinschaft und der Kirchhof war vielerorts ein kommunaler Verhandlungsplatz und Gerichtsort. Die kirchliche Gemeinde hatte eine stärkere Integrationskraft als die politische Gemeinde. Dörfer, die keine Kirche hatten, waren nach dem Selbstverständnis der Dorfbevölkerung kein vollständiges Dorf (insbesondere gegenüber dem Nachbarort war das Geltungsbedürfnis häufig sehr ausgeprägt) (ebd.).

Andersgläubige wurden und werden häufig als Fremde oder Minderwertige betrachtet. Die gemeinsame Konfession verbindet die Menschen auf dem Land stärker als die gleiche Berufs- oder Staatszugehörigkeit (ebd.).

Die ländliche Religiosität wird vielfach mit dem Begriff „Volksfrömmigkeit“ umschrieben. Vor allem das „bäuerliche Gottvertrauen“ ist zu einem geflügelten Wort geworden. Riten und Bräuche sind wichtige Bestandteile religiöser Institutionen auf dem Land. Jahreszeitliche Abläufe werden mit kirchlichen Feiern begangen (Advent, Weihnachtszeit, Fastnacht, Osterfestkreis, sommerliche Prozessionen, Wallfahrten, Kirchweihfest, Erntedankfest, Martinsumzüge). Aber auch persönliche Lebensabschnitte wie Taufe, Erstkommunion, Hochzeit und Begräbnis sind in einigen Brauchtümern der Kirche auf dem Land stark präsent (ebd.).

#### **6.3.4 Ländliche Lokalpolitik<sup>5</sup>**

Als die meisten BewohnerInnen noch GrundbesitzerInnen waren, war die aktive Teilnahme am politischen Geschehen nahezu eine existenzielle Pflicht. Auch heute zeichnet sich die Lokalpolitik durch Überschaubarkeit, Nähe, Konkretheit und personelle Betroffenheit aus (Henkel 2004).

Traditionell hatten die alteingesessenen Landfamilien den größten Einfluss auf die Lokalpolitik. Die überproportionale Macht der Bauern bisweilen auch in den heutigen Industrie- und Pendlerdörfern ist auf den bodenpolitischen Charakter von Entscheidungen zurückzuführen (ebd.).

Bis heute setzten sich die Führungspositionen in der lokalen Politik aus der Schicht der GutsbesitzerInnen und der alteingesessenen Bauern- und Handwerkerfamilien zusammen (ländliche Elite). Neu hinzu gekommen ist die Besetzung von Führungspositionen mit Beamten, Angestellten und FacharbeiterInnen (sogenannte Leistungseliten). Sie stützen sich vorwiegend auf überlokale Machtquellen wie Parteien, Gewerkschaften und Verbände und investieren zusätzlich verfügbare Zeit für die Politik. Die alte Elite wird nicht zuletzt durch den zahlenmäßigen Rückgang von Bauern abgelöst (ebd.).

Die Ortsversammlung ist die organisatorische Plattform der Lokalpolitik. Die Kompetenzen dieses Organs werden regional sehr unterschiedlich genutzt. Die Nutzung der Ortsversammlung reicht von einem Informationsforum für wesentliche Gemeindefragen bis hin zur Einflussnahme in allen kommunalen Angelegenheiten (ebd.).

## **6.4 Soziale Integration**

Viele Indikatoren der sozialen Integration unterscheiden sich in Umfragen in groß-, mittel-, kleinstädtischen oder ländlichen Regionen nur wenig, obwohl die Vermutung nahe liegt, dass aufgrund der überdurchschnittlichen hohen Anzahl an 1-Personen-Haushalten in Großstädten das Risiko für Vereinsamung und Vereinsamung größer sei. Die Größe des Freundschafts- und Bekanntschaftskreises ist im ländlichen Raum nur um ein wenig höher. Der Anteil an Befragten, die sich als „eher unglücklich“ bezeichnen (7-8%) und auch jene, die von Einsamkeitsgefühlen betroffen sind, weichen im Vergleich der verschiedenen Siedlungsmilieus kaum voneinander ab. Während in städtischen Bereichen mehr emotionale Verbundenheit zu Freunden als zur Familie dominiert, ist es auf dem Land umgekehrt. In ländlichen Regionen werden Nachbarn und Verwandte als potentielle UnterstützerInnen genannt, in den Städten hingegen sind es vermehrt Freunde und Bekannte, die zu Hilfe gebeten werden. An dieser Stelle ist auch festzustellen, dass die allgemeine Neigung, Menschen zu vertrauen, auf dem Lande nicht größer ist als in der Stadt (Gensicke 2005).

## **6.5 Ausländische Bevölkerung und Fremdenfreundlichkeit/- feindlichkeit**

Der Anteil an ausländischen oder aus dem Ausland stammenden Menschen ist in Großstädten weitaus höher als in ländlichen Regionen. Dies wird auch durch die Wahrnehmung der Wohnumgebung bestätigt. 44% der GroßstädterInnen sehen diese im Wohngebiet in „mittlerem“ oder auch „starkem“ Maße vertreten, 38% in klein- und mittelstädtischen und 27% in ländlichen Regionen. Das Verhältnis zwischen Deutschen und AusländerInnen wird weitestgehend mit „normal nachbarschaftlich“ bis „sehr gut“ (vor allem auf dem Lande in den alten Bundesländern) bewertet. Wenn der Frage nachgegangen wird, ob ein Zusammenleben von Deutschen und AusländerInnen begrüßt wird, gibt es in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern ein starkes Gefälle in Richtung ländlicher Regionen: 57% der Befragten in den neuen Ländern gegenüber 33% der Befragten in Vergleichsregionen der alten Bundesländer ist diese Angelegenheit „egal“. Während 36% der Landbevölkerung der alten Länder Kontakt zu AusländerInnen und deren Familien haben, sind es in den neuen Ländern nur 10% der Landbevölkerung (Gensicke 2005).

<sup>5</sup> Die ländliche Lokalpolitik wird an dieser Stelle im Kontext der sozialen Komponente betrachtet. Die politisch-administrativen Institutionen der Kommunalpolitik werden als vereinbarter Bestandteil im zweiten Teil des Werkauftrags behandelt.

# 7. Infrastrukturausstattung des ländlichen Raumes

## 7.1 Flächennutzung

Das Bundesgebiet ist noch immer stark von der Forst- und Landwirtschaft geprägt. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche überwiegt nach der letzten Flächenerhebung (2000) in der Landnutzung deutlich.

Fast alle Flächennutzungen dehnten sich in der Bilanz jedoch zu Lasten der landwirtschaftlich genutzten Fläche aus.

Den größten Zuwachs zwischen 1999 und 2000 verzeichnen Siedlungs- und Verkehrsflächen (129 ha/Tag, davon 89 ha in den westlichen und 40 ha in den östlichen Bundesländern) (BBR 2005).

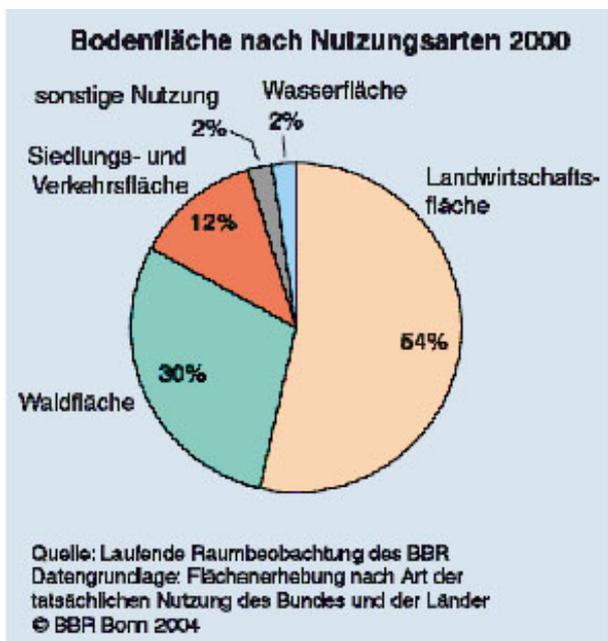


Abb. 14: Bodenfläche und Nutzungsarten in Deutschland 2000 (BBR 2005, S.53)

## 7.2 Siedlungsflächenentwicklung

Trend-Ergebnisse im Berechnungszeitraum bis 2020 ergeben, dass ein täglicher Zuwachs von Siedlungs- und Verkehrsflächen von durchschnittlich 104 ha/Tag zu erwarten ist. Davon 80 ha im Westteil und 24 ha im Ostteil Deutschlands (BBR 2005).

Im bundesdeutschen Vergleich werden voraussichtlich das Binnenland der nordöstlichen Länder, die Lausitz, das Vogtland und Nordthüringen aber auch bereits hoch verdichtete Zentralräume wie Ostwestfalen, Rhein-Ruhr, Rhein-Main-Neckar, Saar und Stuttgart geringe Zuwächse verzeichnen (ebd.).

## 7.3 Mobilität und Motorisierung

Die Raum- und Siedlungsstruktur ist von der Verteilung der Bevölkerung und Arbeitsplätzen geprägt. Siedlungen, Wohnungen, Betriebe und Infrastruktureinrichtungen und

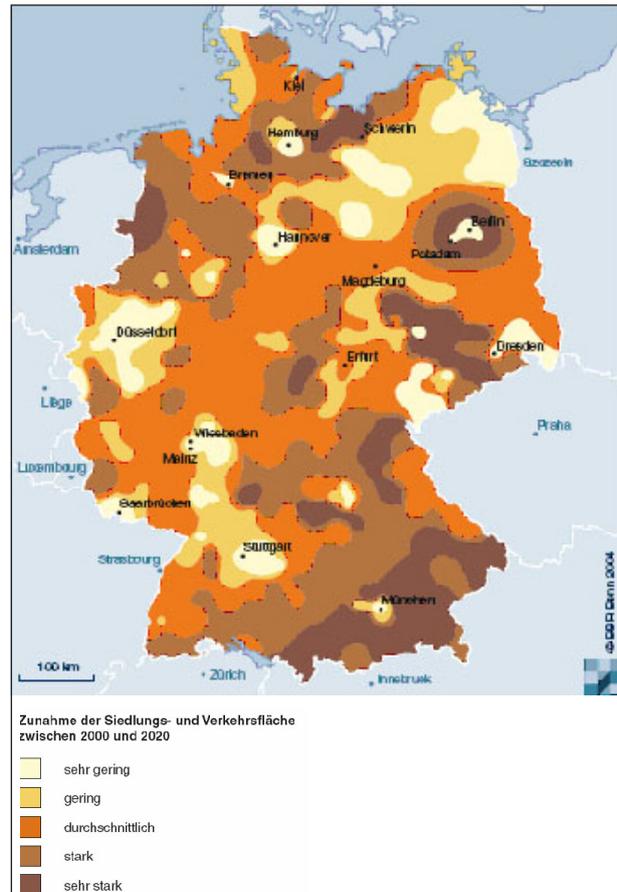


Abb. 15: Trend der Siedlungsflächenentwicklung (BBR 2005, S. 57)

die Aktivitäten der Bevölkerung bilden eine räumliche Verflechtung. Aber auch umgekehrt beeinflusst das Verkehrssystem die Raum- und Siedlungsstruktur. Lagegunst und Aktivitätenstandorte im Raum sind abhängig von der Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems (BBR 2005).

Der öffentliche Verkehr (ÖV) und der motorisierte Individualverkehr (MIV) erfüllen verschiedene Funktionen. Während der ÖV als Massenleistung mehr linienhaft den Raum erschließt, kann mit dem MIV, der durch eine stark individuelle Verkehrsbedienung charakterisiert wird, die Fläche deckend versorgt werden (ebd.).

Verschiedene Mobilitätsformen sind an kollektive und individuelle Ansprüche gekoppelt, die sich wiederum in stetig wandelnden Lebensstilen widerspiegeln. Der Wunsch nach einem „Haus im Grünen“ ist nur ein Beispiel dafür. Dieser kann jedoch aufgrund der gestiegenen Bodenpreise für die breite Bevölkerung nur im Umland der Städte oder in peripheren Räumen umgesetzt werden. Für die moderne Arbeits-, Freizeit- und Erlebnisgesellschaft sind eine Ausweitung der Aktionsräume und steigende Wegelängen eine typische Tendenz. Einen hohen Verkehrsaufwand ziehen ausgelagerte Freizeiteinrichtungen, regional bedeutsame Gewerbegebiete und Großformen des Handels in den Umlandregionen nach sich (ebd.).

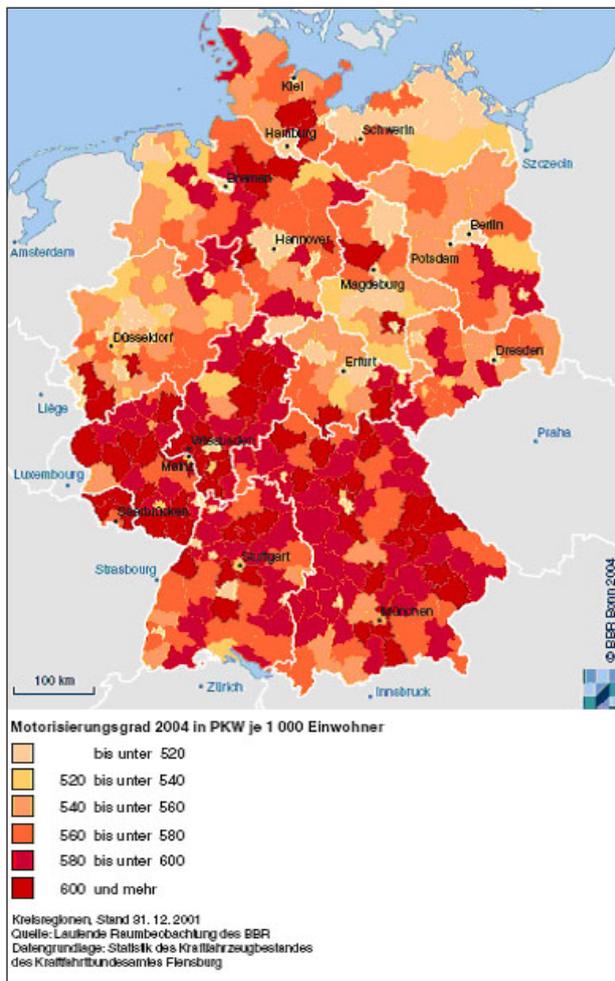


Abb. 16: Motorisierungsgrad in PKW je 1000 EinwohnerInnen 2004 (BBR 2005, S. 73)

### 7.3.1 Verkehrsmittel und -zwecke

In Deutschland werden täglich 270 Mio. Wege im Alltagsverkehr zurückgelegt. Etwa jeder fünfte Weg der BundesbürgerInnen entfällt auf die Wegezwecke Ausbildung und Arbeit. Heute wird bereits jeder zweite Weg für die Zwecke Freizeit und Einkauf zurückgelegt. Für das Erreichen von Arbeitsstätten, Schulen, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen wird am meisten das Auto genutzt (165 Mio. Wege), jeder Dritte Weg wird zu Fuß (62 Mio. Wege) oder per Fahrrad (24 Mio. Wege) zurückgelegt. Jeder Zehnte Weg entfällt auf den öffentlichen Personalverkehr (ÖPV) mit täglich 20 Mio. Wegen (BBR 2005).

### 7.3.2 Führerschein- und Pkw-Besitz von Frauen und Männern

Im Jahr 2002 lag der Führerscheinbesitz der Frauen mit 81% um gut zehn Prozentpunkte unter dem der Männer (93%). Dabei gibt es zusätzlich einen Zusammenhang mit dem Alter. Während in der Gruppe der 18-34-jährigen gleich viele Frauen wie Männer einen Führerschein besitzen, verändern sich die Verhältnisse ab der Altersklasse von 60 Jahren (BMVBW 2004). Aufgrund der soziodemographischen Verhältnisse und der längeren Lebenserwartung von Frauen sind in der Altersverteilung von Ein-Personen-Haushalten in der Altersgruppe 65 Jahre und älter 83% Frauen (vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005).

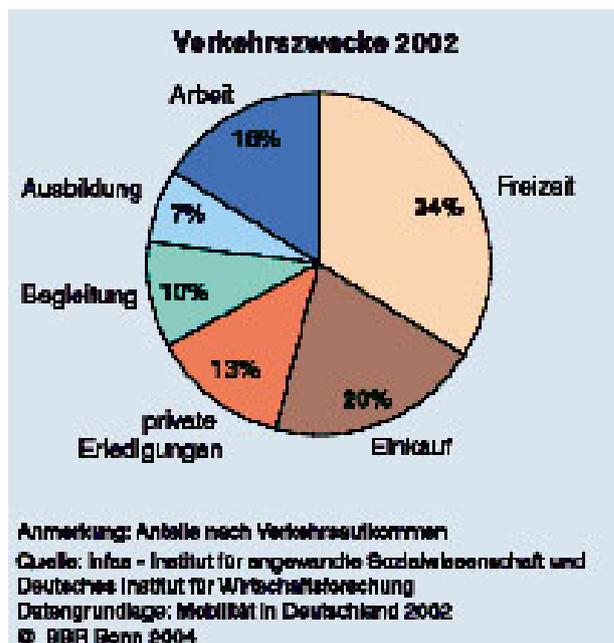
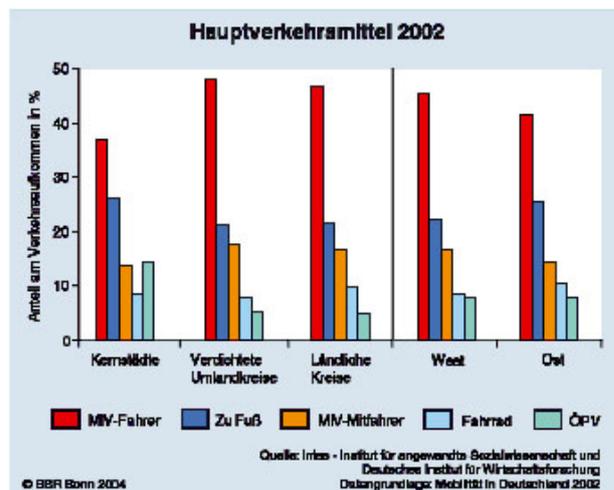


Abb. 17/18: Hauptverkehrsmittel 2002/Verkehrszwecke 2002 (BBR 2005, S. 72/73)

Das Mobilitätsverhalten ist neben den sozialen und altersspezifischen Gesichtspunkten auch vom Kfz-Besitz bestimmt.

Im Jahr 2002 besitzen knapp 60% der Frauen und 80% der Männer einen Pkw (VDA 2004). Wenn auch das Geschlecht ein ausschlaggebendes Kriterium für die Verkehrsteilnahme und Reishäufigkeit ist, so ist für die Verkehrsmittelnutzung die Pkw-Verfügbarkeit die wichtigste Bedingung (Kutter 1986, Amt der NÖ Landesregierung 2005).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Besitz eines Führerscheins und/oder PKW nicht automatisch mit einer Pkw-Verfügbarkeit gleichzusetzen ist. (VDA 2004)

### 7.3.3 Mobilität in Abhängigkeit von PKW-Verfügbarkeit, Einkommen und Alter

Pkw-Verfügbarkeit in verschiedenen Altersgruppen

Eine erste Voraussetzung für die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs ist der Besitz eines Führerscheins. Hier sind aktuelle geschlechtsspezifische Da-

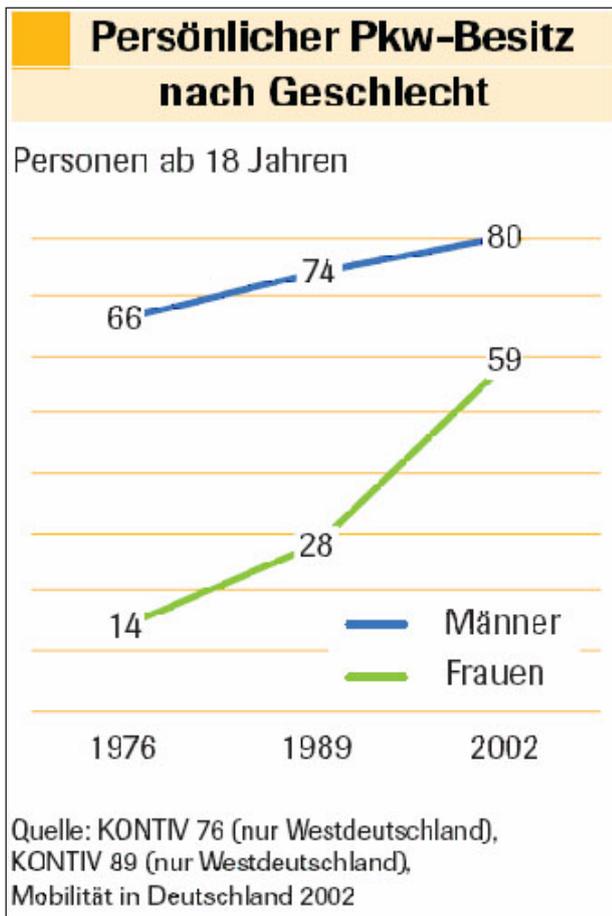


Abb. 19: Persönlicher Pkw-Besitz nach Geschlecht

ten zum Führerscheinbesitz von großer Bedeutung. Im Kapitel 8.10.2 wird im Rahmen der Betrachtung von Beschäftigungsperspektiven in der Landwirtschaft tätiger Frauen ausführlich auf die Folgen der Immobilität durch Fehlen des Führerscheins von ostdeutschen Frauen aufmerksam gemacht. Vor allem für alte Frauen im ländlichen Raum ist Immobilität ein Hindernis für die Nutzung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Für den ländlichen Raum ist die Verfügbarkeit eines Pkw auf Grund der Notwendigkeit der Erreichung wichtiger Infrastruktur mit Daseinsgrundfunktion eine Komponente, die die Lebensqualität erheblich beeinflussen kann. Wie in Kapitel 7.3.2 beschrieben, verfügen weniger Frauen über einen Pkw als Männer. Im Hinblick auf ihre alltäglichen Wegezwecke bedeutet dies einen Mehraufwand an Zeitressourcen, welches nicht immer mit Zeit- und Organisationsmanagement zu bewältigen ist.

Weder im Datenreport 2004 des Statistischen Bundesamtes noch im Gender-Datenreport 2005 werden Angaben zur geschlechtsspezifischen Erfassung der Pkw-Verfügbarkeit gemacht.

Ab der Altersgruppe von 65 Jahren sinkt der Anteil der Kfz-FahrerInnen ebenso wie die Verkehrsbeteiligungsdauer. Die Angewiesenheit auf öffentliche Verkehrsmittel wächst für viele ältere Menschen, die aus gesundheitlichen oder finanziellen Gründen ohne Auto leben (müssen). Die älteren Menschen in dünn

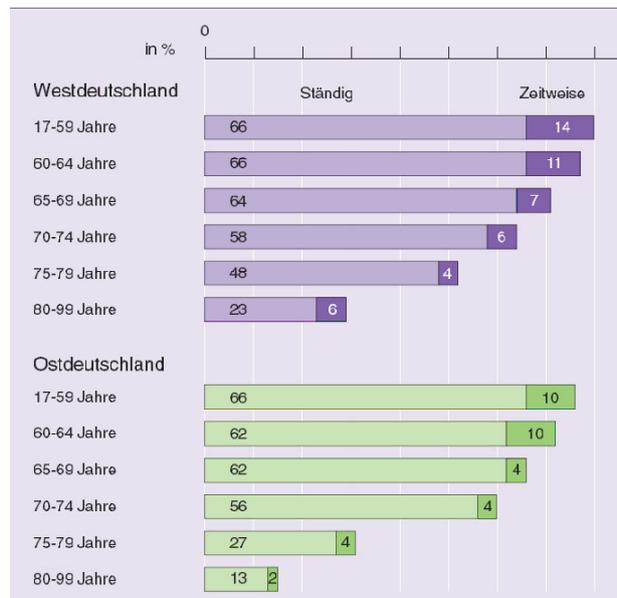


Abb. 20: Verfügbarkeit über PKW in verschiedenen Altersgruppen (Statistisches Bundesamt 2004, S. 567)

besiedelten Regionen werden vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (siehe auch Kapitel 3 und 9) zukünftig immer schwieriger mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sein (BBR 2005).

Personen mit hohem Einkommen<sup>6</sup> legen im Vergleich zu Personen mit niedrigem Einkommen die doppelte Wegestrecke zurück.

Die Tatsache, dass Personen höherer Einkommensklassen doppelt so viele Wege zurücklegen, erweckt das Erkenntnisinteresse nach den Anteilen von Frauen und Männern in dieser Personengruppe.

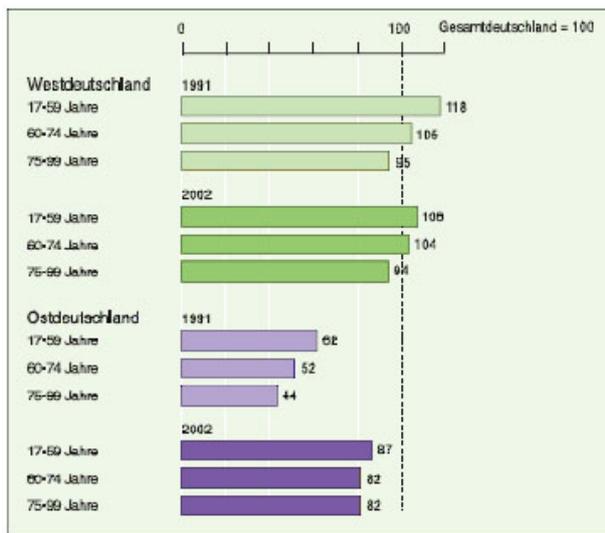
Das relative Einkommen wird im Datenreport 2004 nicht geschlechtsspezifisch erfasst (siehe Abb. 21). Im GenderReport 2005 sind hingegen Angaben zu finden, die besagen, dass das Erwerbseinkommen von Frauen durchschnittlich um 20% unter dem der Männer liegt.

Der mobilste Teil der Bevölkerung findet sich in den Zuwanderungsregionen der suburbanen Räume, da auch hier zunehmend einkommensstarke Familien hinziehen. Mit der Zunahme des Kfz-Besitzes durch Anschaffung von Zweit- und Drittwagen erhöht sich der Motorisierungsgrad der Bevölkerung in Umlandregionen überdurchschnittlich (BBR 2005).

### 7.3.4 Geschlechtsspezifische Wegezwecke

Dass Frauen und Männer ein unterschiedliches Mobilitätsverhalten haben, ist nicht zuletzt auf ihre unterschiedliche Alltagsgestaltung zurückzuführen. Wie verschieden Wegezwecke für beide Geschlechter sein können, wird im Folgenden exemplarisch anhand der Untersuchung „Gender Mainstreaming und Mobilität“ 2005 aufgezeigt (Amt der NÖ Landesregierung 2005):

<sup>6</sup> Aus Genderperspektive ist an dieser Stelle das Verhältnis der Anteile von Frauen und Männern in der Gruppe der Personen, die ein höheres Einkommen haben, von großem Interesse.



Datenbasis: SOEP 1991, 2002

Abb. 21: Relative Einkommenspositionen verschiedener Altersgruppen (Statistisches Bundesamt 2004, S. 566)

Bei einem Vergleich der beiden Diagramme wird deutlich, dass die Wegeziecke von Frauen in den gefragten Kategorien ausgeglichener verteilt sind als die der Männer. Die vielfältigen Wegeziecke der Frauen werden gegenüber dem klaren „Haupt-Wegezieck“ der Männer, nämlich den Wegezieck „Arbeitsplatz/dienstlich/geschäftlich“ (40%) deutlich. An dieser Stelle wird der männliche, stark an der Erwerbsarbeit orientierte Lebensentwurf deutlich. Den zweiten Platz der Wegeziecke nimmt bei Männern die Freizeit mit 21% ein. Während 11% der Wege von Frauen für Bring- und Holdienste getätigt werden, sind es bei den Männern nur 5%. Bei dem Wegezieck Einkauf ergeben sich auch große Unterschiede; 22% der weiblichen Wegeziecke sind für den Einkauf, bei den Männern sind es 12% (ebd.).

### 7.3.5 ArbeitspendlerInnen

Unter Erwerbstätigen auf dem Land ist das Pendeln zur Arbeit weit verbreitet. 72% der erwerbstätigen Frauen arbeiten nicht am Wohnort. Für 28% der Frauen befindet sich der Arbeitsplatz im Wohnort. Ca. 88% der ostdeutschen Frauen und 68% der westdeutschen Frauen pendeln täglich. Die Inanspruchnahme von öffentlichen Verkehrsmitteln ist dabei zu vernachlässigen: 95% der Frauen benötigen ein Auto, um zur Arbeit zu kommen. Die Fahrzeit der Frauen zum Arbeitsplatz beträgt für 87% der Ost- wie Westdeutschen bis zu 30 Minuten. 10% der Befragten müssen bis zu einer Stunde fahren (ebd.). Vor dem Hintergrund der Anforderungen an Frauen bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für sie ein weiter Anfahrtsweg zur Arbeit eine gewichtige zeit- und kostenrelevante Komponente. Bei teilzeitbeschäftigten Frauen muss die Wegezeit insbesondere in vertretbarem Verhältnis zu Arbeitszeit und Einkommen stehen (BMVEL 2006).

Angesichts der Tatsache, dass das Erwerbseinkommen von Frauen durchschnittlich 20% unter dem der Männer liegt, hat dies sicher auch eine geschlechtsspezifische Entsprechung im einkommensabhängigen Mobilitätsverhalten.



Angaben in %

Abb. 22: Wegeziecke von Frauen (ebd., S. 33)



Angaben in %

Abb. 23: Wegeziecke von Männern (ebd., S. 34)

Entgegen der allgemeinen Erwartungen ergab die BMELV-Studie, dass das Arrangement des Fernpendels wesentlich stärker als das Arbeitspendeln ist. 16% der Partner der befragten Frauen bleiben mehrere Tage oder die ganze Woche am Arbeitsort und kehren meist am Wochenende zurück (ebd.).

## 7.4 Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen in ländlichen Räumen Ostdeutschlands

### 7.4.1 Infrastruktureinrichtungen der Grundversorgung

Öffentlich oder privat bereitgestellte Infrastruktureinrichtungen gewährleisten die Versorgung mit Gütern und Diensten des kurzfristigen Bedarfs. Sie sind ein wichtiger Bestandteil für die Gestaltung der alltäglichen Lebenssituation. Die Lebensqualität der Bevölkerung einer Region wird maßgeblich von der Verfügbarkeit und Qualität der lokalen Infrastruktur beeinflusst (Eglitis 1999).

Bestand, Erreichbarkeit, aber auch die Qualität der angebotenen Leistungen und die Öffnungszeiten von Handels- und Dienstleistungsbetrieben bestimmen die Handlungsoptionen und -restriktionen der Bevölkerung einer Region (ebd.).

Vor allem in ländlichen Regionen hat der Wandel der Standortstrukturen viele negative Folgen. Es ist ein erhöhter Entfernungs- und Zeitaufwand notwendig, um einzukaufen oder Dienste in Anspruch zu nehmen. Die Zentralisierungstendenz ist häufig mit einer Entmischung der Funktionen verbunden, wodurch die Möglichkeit entfällt, verschiedene Aktivitäten an einem Ort durchzuführen (ebd.).

Eine Verschlechterung der Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen belastet das Zeitbudget von Haushalten und Individuen. Der wachsende Zeitaufwand wiederum führt häufig dazu, einige Leistungen weniger in Anspruch zu nehmen oder sich auf qualitativ verminderte Angebote zu beschränken. Um ein gleiches Maß an Versorgungsleistung in Anspruch nehmen zu können, muss individuell mehr Geld (bspw. für ein schnelleres Verkehrsmittel) oder Zeit eingesetzt werden (ebd.).

Insbesondere in den dünn besiedelten ländlichen Räumen verfolgen die Landes- und Regionalplanungen das Konzept der dezentralen Konzentration. Hierbei werden Einrichtungen der Grundversorgung an bestimmten Standorten zusammengefasst, damit die Versorgungsinfrastruktur unter Nutzung der Agglomerationsvorteile rentabel bereitgestellt werden kann. Für diese Funktionsansiedlung eignen sich zentrale Orte, die der unteren Stufe der zentralörtlichen Hierarchie angehören (ebd.).

Die Ansiedlung von Handels- und Dienstleistungsfunktionen aus höherrangigen in niederrangige zentrale Orte, bzw. Orte ohne zentralörtliche Aufgaben, wird als Prozess der Dezentralisierung bezeichnet (ebd.).

Die ländliche Bevölkerung ist von einem Verlust der sozialen Infrastruktur in den Dörfern besonders betroffen, weil sie einen erhöhten Zeit- und Kostenaufwand hat, um Grundversorgungsleistungen zu erreichen. Als noch gravierender kristallisiert sich die spezifische Betroffenheit von Personen unter Beleuchtung der Faktoren Alter, Geschlecht, finanzielle Ressourcen und Mobilität heraus (ebd.).

#### **7.4.2 Angebotsseitige Rahmenbedingungen**

Im Rahmen des politisch-ökonomischen Wandels und der Einführung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen stehen sowohl die staatlichen als auch die privaten Anbieter von Versorgungsleistungen unter der Prämisse, Leistungsangebote rentabel zu gestalten. Die Versorgung im Nahbereich auch an unwirtschaftlichen Standorten wurde in der DDR durch staatliche Subventionierungen von Einrichtungen der Grundversorgung gewährleistet. Gegenwärtig spielen jedoch Wirtschaftlichkeit, Kapazitätserfordernisse der Einrichtungen und Untergrenzen der NutzerInnenzahlen eine bedeutsame Rolle in der Abwägung von Standorten der Versorgungsleistungen (vgl. Eglitis 1999).

Die Rentabilität von Versorgungseinrichtungen ist stark abhängig von der demographischen Voraussetzung einer Region (siehe auch Abb. 5 und 10 sowie Kapitel 3). Durch eine negative Bevölkerungsentwicklung und eine Verschiebung des Altersaufbaus verändern sich insbesondere die NutzerInnenzahlen in ländlichen Gebieten. Eine flächendeckende Versorgung verschlechtert sich, sobald altersgruppenspezifische Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen oder Anlagen der Altenhilfe temporär oder dauerhaft in nur geringem Umfang nachgefragt werden und die entsprechenden Träger die Einrichtungen schließen

oder verlagern. Auch Faktoren wie Arbeitslosigkeit und Kaufkraft spielen neben den demographischen Bedingungen eine Rolle (ebd.).

In den ostdeutschen Bundesländern wurden in Raumordnungsprogrammen und -plänen entsprechend der jeweiligen Struktur des Landes zentrale Orte auf mehreren Hierarchiestufen entwickelt. Unterschieden werden dabei die Kategorien Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentrum. Durch Förderung von Kleinzentren bzw. ländlichen Zentralorten soll der negativen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung entgegengewirkt und dem Anspruch der Gleichstellung der Teilräume Deutschlands Rechnung getragen werden (ebd.).

### **7.5 Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge in Gesamtdeutschland**

#### **7.5.1 Grunddaseinsversorgung**

Die Grunddaseinsversorgung (Arbeiten, Wohnen, am Verkehr teilnehmen, sich versorgen, etc.) kann nur mit einer leistungsfähigen Infrastruktur gewährleistet werden. Bereitgestellt werden muss ein Mindeststandard an materieller Infrastruktur (Verkehrswege, Kommunikationsmöglichkeiten, Wasserver- und -entsorgung, Energieversorgung). Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Freizeit- und Kultureinrichtungen zählen zur punktuellen Infrastruktur. Nicht zuletzt bedarf es auch einer personellen Infrastruktur in der öffentlichen Verwaltung und in der Dienstleistung (BBR 2005).

#### **7.5.2 Zukünftige Tragfähigkeitsprobleme**

Für die Abschätzung des zukünftigen Bedarfs ist die Erfassung der regionalen Infrastrukturausstattung unabdinglich. Hierzu liegen jedoch nicht lückenlos bundesweite Regionalstatistiken vor, sodass häufig keine Qualitätsangaben gemacht werden oder Angaben zur Erfüllung allgemein anerkannter Mindeststandards fehlen (BBR 2005).

Auch allein das Vorhandensein des Infrastrukturangebotes reicht nicht aus, um den Versorgungsgrad einer Region zu benennen. Denn für die Nutzung der Infrastruktureinrichtungen sind zumutbare Erreichbarkeitsverhältnisse notwendig (ebd.).

Die Versorgung mit Infrastruktur zeigt regional hohe Disparitäten auf. Vor allem unterscheidet sich die Qualität der Infrastrukturangebote und -leistungen. Am schlechtesten sind Regionen gestellt, in denen durch geringe Nachfrage die Tragfähigkeitsgrenzen erreicht sind. Besonders markant ist dies in den Bereichen Schule, Gesundheitsversorgung und Öffentlicher Personenverkehr (siehe auch Kapitel 7.6 bis 7.8).

In dünn besiedelten und ländlichen Regionen werden die Mindeststandards häufig unterschritten, die Tragfähigkeitsprobleme sind hier überdurchschnittlich groß. Dort, wo die Faktoren geringe Bevölkerungsdichte, Bevölkerungsabnahme, negativer Saldo der Geburten und Sterbefälle sowie hohe Alterung zusammentreffen, zeigen sich die stärksten Tragfähigkeitsprobleme. Angesichts der demographischen Entwicklungen und des

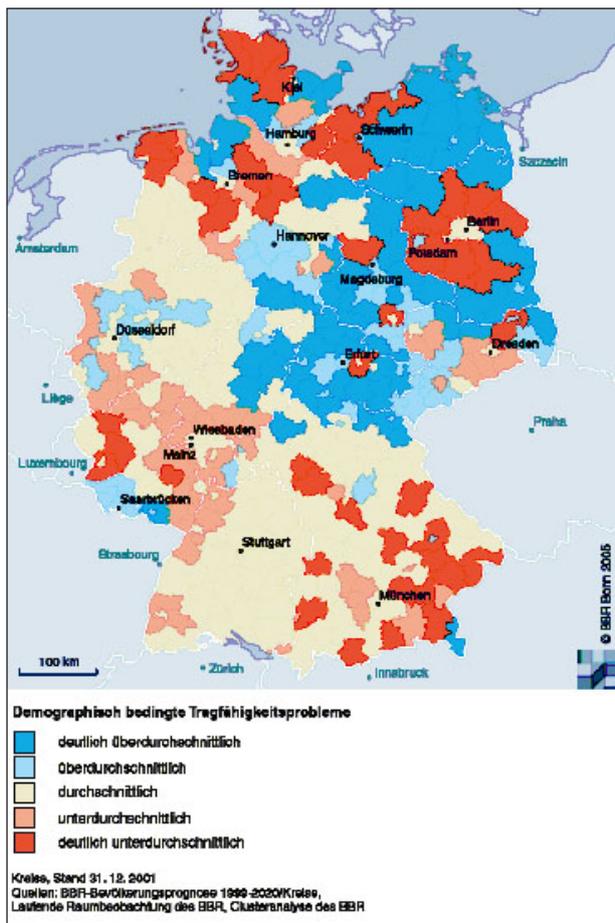


Abb. 24: Zukünftige Tragfähigkeitsprobleme (BBR 2005, S. 110)

voranschreitenden Schrumpfungsprozesses sind dünn besiedelte Regionen mit Entleerungstendenzen am stärksten von Tragfähigkeitsproblemen der Infrastrukturversorgung betroffen (ebd.).

Am stärksten sind die Probleme in den neuen Bundesländern konzentriert, obgleich auch einige altindustrialisierte ländliche Räume in den alten Bundesländern betroffen sind.

Dennoch werden sich auch in Zukunft die Schwierigkeiten der Aufrechterhaltung von Mindeststandards der Infrastrukturversorgung parallel zu dem Phänomen der demographischen Entwicklung verschärfen, womit besonders die peripheren Räume Ostdeutschlands überdurchschnittliche Probleme bekommen.

Der Schrumpfungs- und Abwanderungsprozess wird zusätzlich dadurch beschleunigt, dass schlechte Infrastrukturbedingungen wiederum das Abwanderungsverhalten der ländlichen Bevölkerung begünstigen (ebd.).

## 7.6 Schulische Versorgung

Das deutsche Schulwesen ist untergliedert in Elementarbereich (Kindergarten), Primär- (Grundschule) und Sekundarbereich (verschiedene Schulformen) sowie den tertiären Bereich (Hochschule) (BBR 2005).

Für Familien ist das Angebot an ortsnahen Schulen bei der Wohnortauswahl von großer Bedeutung. Auch für Unternehmen spielt das qualitativ hochwertige Ausbildungsangebot eine Rolle als sogenannter weicher Standortfaktor (ebd.).

### 7.6.1 Primär- und Sekundarbereich

Die Zahl der SchulabgängerInnen mit Abschlüssen im Primär- und Sekundarbereich ist nicht nur länder- und regionalspezifisch, sondern folgt auch siedlungsstrukturellen Gegebenheiten (BBR 2005).

Die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife ist in Städten und verdichteten Räumen höher als in gering verdichteten Räumen. In Zentren ist das Angebot weiterführender Schulen für wohnhafte SchülerInnen weitaus besser als in dünn besiedelten Regionen. In peripheren Räumen hingegen ist die Zahl der SchülerInnen, die die Schule ohne Abschluss abbrechen, weitaus geringer als in den dicht besiedelten Gebieten (ebd.).

Wechselseitig abgestimmte Schulentwicklungspläne der öffentlichen Träger der Schulen (Gemeinde, Kreis, kreisfreie Städte) in den Ländern sollen ein differenziertes und leistungsfähiges regionales Schulangebot gewährleisten. Ein Planungskriterium ist dabei die SchülerInnenzahl. Sinken die SchülerInnenzahlen so stark, dass die Tragfähigkeitsgrenze überschritten

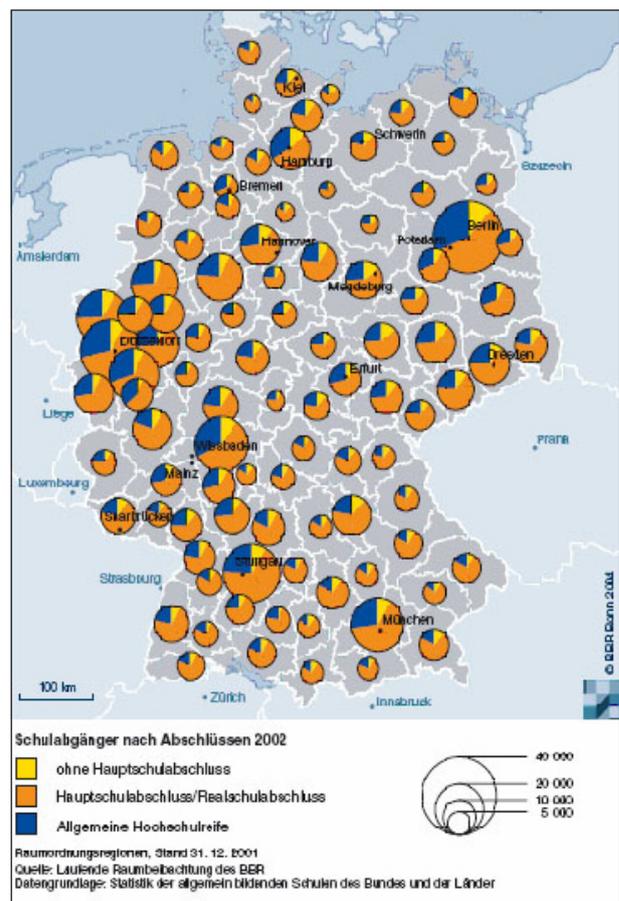


Abb. 25: SchulabgängerInnen (BBR 2005, S. 111)

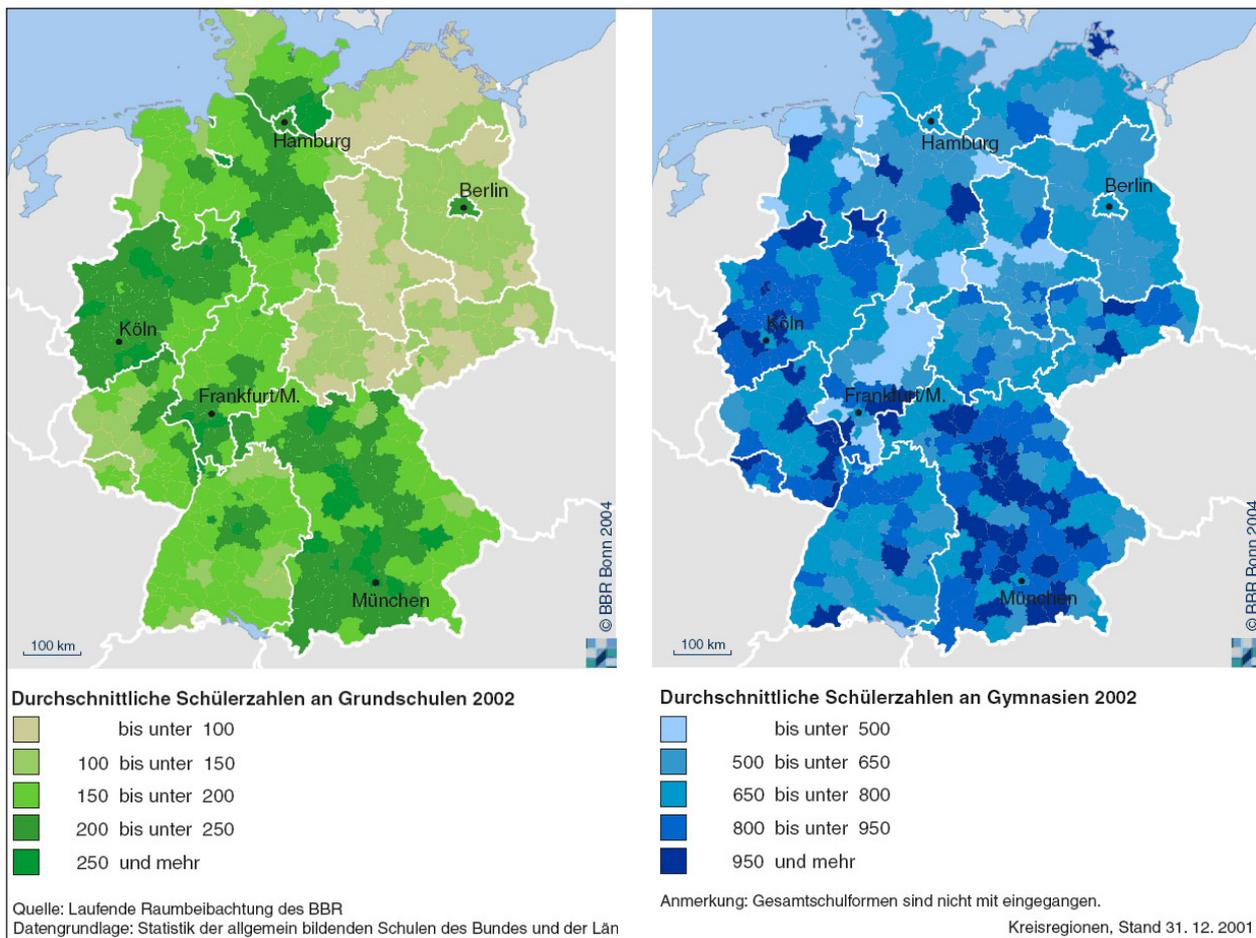


Abb. 26/27: Durchschnittliche SchülerInnenzahlen an Grundschulen und Gymnasien 2002 (BBR 2005, S. 112)

wird, kommt es zur Verringerung der Klassenzahlen an Schulen oder zur Schließung von Schulstandorten oder gar ganzer Schularten (ebd.).

Schon gegenwärtig spürt der dünn besiedelte ländliche Raum den zunehmenden Wegfall der wohnungsnahen schulischen Versorgung. Das Schließen von wohnortnahen Schulen muss durch längere Schulwege kompensiert werden und beeinträchtigt damit stark das Qualitätskriterium der Erreichbarkeit eines vielfältigen Schulangebots. Eine gute Erreichbarkeit ist wiederum ein Kriterium für die Wirtschaftlichkeit von Schulen. Aus Gründen finanzieller Effizienz wird an den Schulen zweizügig unterrichtet, um sich gegenüber den großen Schulen zu halten. Die demnach angestrebte Mindestgröße für Grundschulen beläuft sich damit auf ca. 200 Kinder (ebd.).

Am deutlichsten liegen die Zahlen der tatsächlichen Schulgrößen in den neuen Bundesländern teilweise unter den Mindestgrößen. Aber auch in Schleswig-Holstein, Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz gibt es zunehmend Probleme, die Mindestgrößen zu halten (ebd.).

Die geringen SchülerInnenzahlen in den neuen Bundesländern lassen sich auf den Geburteneinbruch nach der Wiedervereinigung zurückführen (ebd.).

Der demographische Wandel berührt in großem Maße die Situation der Bildungseinrichtungen. Besonders

die neuen Länder sind von einer starken Abnahme der bildungsrelevanten Bevölkerung betroffen. Auf Grund des starken Rückgangs der GrundschülerInnenzahlen in den dünn besiedelten und ländlichen Regionen werden vor allem in den neuen Bundesländern Schulen geschlossen oder verkleinert (ebd.).

Problematisch ist dabei die Erhaltung von Schulen aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Die Schließung von Schulen erhöht das Spannungsverhältnis zwischen guter Erreichbarkeit und wirtschaftlicher Tragbarkeit. Durch die Ausdünnung des Netzes an Schulstandorten kommt es zunehmend zu Erreichbarkeitsproblemen. Für viele junge Familien ist die fußläufige Erreichbarkeit der Grundschulen Voraussetzung für einen qualitativ hochwertigen Wohnstandort (ebd.).

### 7.6.2 Hochschulen

Seit dem Hochschulbauförderungsgesetz 1969 werden beim Aus- und Neubau von Hochschulen überregionale Gesichtspunkte und eine regional ausgewogene Verteilung angestrebt. Ebenso wie in den westdeutschen Ländern seit 1960 neue Universitäten in dünnbesiedelten Gebiete errichtet wurden (Konstanz, Trier, Passau, Bamberg u.a.), sollte die Regionalisierung des Hochschulangebots seit 1990 auch in den neuen Bundesländern umgesetzt werden, um einer Konzentration an wenigen Standorten entgegenzuwirken. Insbesondere Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern hatten erheblichen Nachholbedarf an

Hochschuleinrichtungen. Vor allem neu gegründete Fachhochschulen stellen einen großen Beitrag zur Aufstockung mit Hochschuleinrichtungen in den neuen Bundesländern dar (BBR 2005).

## 7.7 Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten

Das Thema der ländlichen Entwicklung verknüpft mit räumlicher Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen gewinnt angesichts der zunehmenden Bedeutung erworbener Qualifikationen für die Verteilung von Beschäftigungs- und Lebenschancen auch zukünftig an Stellenwert (vgl. Dostal 2005, BMELV 2006).

Für die ländlichen Räume zeigt sich ein Auseinanderfallen von Wohn- und Schulstandort als charakteristisch. Der Schulweg ist nur für diejenigen Kinder kurz, die im Ort der Schule wohnen. Alle anderen müssen zur Grundschule oder zum Kindergarten fahren, bzw. gefahren werden. Angesichts der in vielen Regionen rückläufigen SchülerInnenzahlen stehen vielerorts Rationalisierungs- und Zentralisierungsbestrebungen zur Diskussion (BMELV 2006).

Noch größere Entfernungen ergeben sich für die weiterführenden Schulen zum Wohnstandort. Dabei verschärft sich der Tatbestand auch in Zukunft im Wesentlichen aus zwei Gründen: zum einen ist die öffentliche Verkehrsinfrastruktur durch ortsspezifische Einschränkungen stark begrenzt, zum anderen führt das größere Lehrangebot zu mehr individuellen Wahlfreiheiten, für die ein Mehraufwand (u.a. mehr Organisation und Zeitaufwand für Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen) in Kauf genommen werden muss (ebd.).

Da öffentliche Verkehrsmittel der Situation nicht gerecht werden können, liegt für viele Eltern bspw. die Lösung in der Funktion von „Fahrdiensten“ für ihre Kinder.

### 7.7.1 Regionale Möglichkeiten der Berufsausbildung

Die Zufriedenheit der befragten Frauen der BMELV-Studie (2006) in den westdeutschen Untersuchungsgebieten bezüglich der regionalen Ausbildungssituation ist nicht groß. 50% bis 60% bewerten die Situation als mittelmäßig, 30% bis 50% als sehr schlecht. In einigen Regionen bewerten sogar 61% bis 64% die Lage als eindeutig sehr schlecht. Sofern Auszubildende dennoch Ausbildungsplätze, die weit vom Wohnort entfernt sind, besuchen können, ist ein erheblicher Aufwand hierfür erforderlich, insbesondere bei Auszubildenden unter 18 Jahren, die über keinen Pkw verfügen (BMELV 2006).

Die Ausbildungsplatzsituation stellt sich in den ostdeutschen Untersuchungsgebieten für Frauen noch dramatischer dar. Ein noch größerer Teil beklagt die sehr schlechte Situation regionaler Ausbildungsplätze. Jugendliche, die im Ostteil eine Lehrstelle finden, stehen vor den gleichen und zum Teil noch schwerwiegenderen Problemen als die in westdeutschen Regionen, begründet durch noch höherer Pendlerentfernungen. In

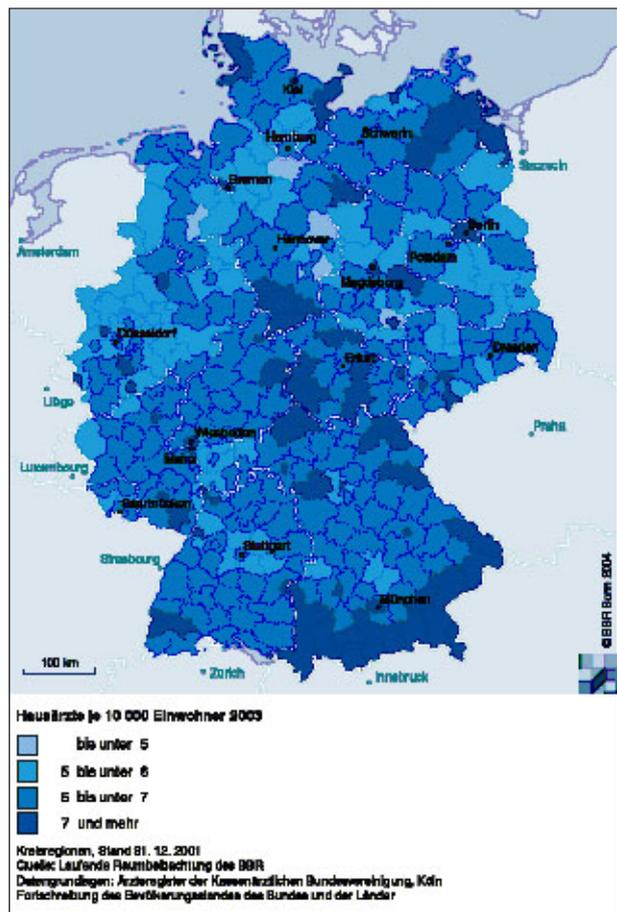


Abb. 28: Versorgung mit Hausärzten und Hausärztinnen (BBR 2005, S. 119)

vielen ostdeutschen Regionen wirkt der Tatbestand des geringeren Lehrstellen- und Ausbildungsangebotes in zu-mutbarer, erreichbarer Entfernung verschärfend (ebd.).

Aus demselben Grund und mangels Pendlermöglichkeiten kommt es zu einer Abwanderung sowohl in west- als auch in ostdeutschen Regionen. Während aus der früheren Elterngeneration die Menschen nach Verlassen des Wohnortes zum Ziele der Absolvierung einer Ausbildung nach Beendigung selbstverständlich zurückkehrten, bleibt heute ein großer Teil der Ausbildungsabwandernden am Ausbildungsort zurück. Eine Rückkehr von Ausbildungsabwandernden verzeichnen lediglich Wohnorte, in denen ein Pendeln in Ballungszentren möglich ist (ebd.).

Zu dem Spannungsverhältnis, das sich aus der Diskrepanz zwischen Qualifizierungswünschen und Ausbildungsplatzangeboten im ländlichen Räumen ergibt, gesellt sich ein weiterer verschärfender Aspekt: Auch das Streben nach höheren Bildungsabschlüssen und die Ausübung eines Berufes in sich immer weiter veränderten Ansprüchen an spätere Arbeitsplätze kollidieren mit dem Arbeitsplatzangebot auf dem Land. Die Ausübung des Berufes in einem der Qualifizierung entsprechenden Bereich war schon früher und ist heute immer weniger möglich, was zum Verlassen ländlicher Wohnorte führt (ebd.).

### **7.7.2 Die Bedeutung der Bildung in der modernen Gesellschaft**

Für die Gestaltung von Lebensentwürfen ist in den modernen Gesellschaften die Frage nach Bildung im Sinne einer Zusammenfassung von schulischer und beruflicher Ausbildung von großer Bedeutung. Insbesondere schulische Abschlüsse gewinnen an Gewichtung, da diese die Möglichkeiten für den zukünftigen Weg stark beeinflussen. Daher trägt Bildung in ihrer Gesamtheit auch zur Statusdistribution und zur Reproduktion sozialer Gleichheiten oder Ungleichheiten bei. Auf Grund des aktuellen Wandels der Wissensgesellschaft zur Informationsgesellschaft nimmt die Nachfrage nach anders und besser ausgebildeten Arbeitskräften stetig zu (BMELV 2006).

Das sich zunehmend verstärkende Spannungsverhältnis zwischen Ausbildung und beruflichen Möglichkeiten ist ein zentrales Problem für Frauen im ländlichen Raum (vgl. ebd.).

### **7.7.3 Bildung von Frauen im Ost-West-Vergleich**

Ein Vergleich der höchsten Schulabschlüsse von Frauen in für die BMELV-Studie (2006) untersuchten Gebieten in Ost- und Westdeutschland zeigt wesentliche institutionelle Unterschiede des Bildungssystems in den beiden Teilen Deutschlands auf (BMELV 2006).

Dennoch wird auch deutlich, dass die Unterschiede im Niveau der Schulbildung innerhalb der westdeutschen und ostdeutschen Gebiete größer sind als zueinander (ebd.).

49% aller Frauen im ostdeutschen Untersuchungsgebiet haben einen Polytechnischen Oberschulabschluss (begründet durch die 10-jährige Pflicht- und Regelschule der DDR ab 1959) (vgl. auch Gukenbiehl 2001, Glaebner 1989, BMELV 2006.).

Dem gegenüber haben die in Westdeutschland stark vertretenen Volks- bzw. Haupt- und Realschulabschlüsse mit 14% und 9% eine geringere Bedeutung.

In den ostdeutschen Regionen ist der Anteil, der einen Fachhochschul- oder Allgemeinen Hochschulabschluss hat, mit 24% etwas höher als im Westteil mit 20% (BMELV 2006).

Ein Grundmuster der deutschen Sozialstruktur ist die Bildungsexpansion seit den 1950/60er Jahren in Deutschland, d.h. eine Ausweitung der Bildungsbeteiligung hat im großem Maße stattgefunden. Dabei ist vor allem der Anteil von Frauen an der Bildungsbeteiligung gestiegen (ebd.).

### **7.8 Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung**

Lösungsansätze zur zukünftigen Sicherung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung zielen vor allem auf Modernisierung und Flexibilisierung der Versorgungsstrukturen ab. Als notwendig erachtet

wird jedoch auch ein gezieltes Monitoring, welches die Veränderungen der sich wandelnden regionalen Versorgungsstrukturen beobachtet (BBR 2005).

Durch einen zukünftig weitergeführten Wettbewerb von Krankenhäusern auf Grund möglicher Spezialisierungen besteht auch die Gefahr räumlicher Spezialisierungsprozesse. Demnach müssen Krankenhäuser, deren Tragfähigkeit gefährdet ist, identifiziert und mittels Gewährung eines Sicherstellungszuschlages gefördert werden, um regionale Benachteiligungen der Bevölkerung zu unterbinden (ebd.).

Da durch die Einführung des leistungsorientierten Vergütungssystems Marktelemente mit in die Krankenhausfinanzierung einfließen, haben besonders Krankenhäuser in peripheren ländlichen Lagen Schwierigkeiten, wirtschaftlich zu arbeiten, da sie infolge des Sicherstellungsauftrages auch unwirtschaftliche Behandlungsleistungen erbringen müssen. Die weitreichenden Folgen der Einführung des leistungsorientierten Vergütungssystems auf die Versorgungssituation in der Fläche können derzeit nicht kalkuliert werden und lassen für die Zukunft die Frage der Sicherstellung offen (vgl. ebd.).

### **7.8.1 Ärztliche Versorgung**

Im internationalen Vergleich ist die ambulante und stationäre medizinische Versorgung in Deutschland auf hohem Niveau. Das Netz der medizinischen Grundversorgung ist flächendeckend durch nicht staatliche Träger gesichert. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitswesens wird in Anbetracht der stetig steigenden Gesundheitsausgaben je EinwohnerIn auch in Zukunft groß sein (BBR 2005).

#### **Ambulante Versorgung**

Die Ambulante Versorgung wird von AllgemeinärztInnen, praktischen ÄrztInnen, Zahn- und FachärztInnen erbracht. Die kassenärztliche Vereinigung regelt die Versorgung über die Bedarfsplanung, die auch Ziele der Raumordnung und Landesplanung mit einbezieht (BBR 2005).

Dabei sind Schwellenwerte für regionale ambulante Über- oder Unterversorgung durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) in der „Bedarfsplanung-Richtlinien-Ärzte“ definiert.

Maßgeblich ist dabei die gegebene Versorgungssituation in den alten Bundesländern Ende 1990, differenziert nach siedlungsstrukturellen Kreistypen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (ebd.).

Während die bundesweite Versorgung mit HausärztInnen zwischen den Raumtypen eher geringe Unterschiede aufweist, sind die Differenzen bei der Versorgung mit FachärztInnen sehr groß. Sie unterliegt starken Abweichungen im Siedlungsstrukturgefälle (ebd.).

Wird in einem Planungsgebiet, gemessen an der aktuellen Bevölkerung, die angemessene Relation von ÄrztInnen zu EinwohnerInnen um mehr als 10%

überschritten, so liegt eine Überversorgung gemäß der KBV-Richtlinie vor (ebd.).

Liegt die hausärztliche Versorgung um 25%, die fachärztliche Versorgung um 50% unter dem Wert der bedarfsgerechten Versorgung, so ist eine Unterversorgung vorhanden (ebd.).

In den dünnbesiedelten Regionen sind die Anfahrtswege zur ambulanten medizinischen Versorgung im Vergleich zu verdichteten Räumen um ein Vielfaches länger. Hinzu kommt die schlechtere Versorgung mit Angeboten der Infrastruktur im ländlichen Raum.

Die Anzahl der ÄrztInnen als Vorgabewert zur bedarfsgerechten Versorgung im ländlichen Raum ist im Verhältnis zur EinwohnerInnenzahl relativ gering, d.h. ein Arzt/ eine Ärztin hat mehr Personen zu versorgen als es für die verdichteten Gebiete vorgegeben ist. Ein Nichterreichen der Mindestvorgabe der ÄrztInnenzahl pro EinwohnerIn bedeutet für den ländlichen Raum demnach eine ungleich größere Benachteiligung der Unterversorgung mit ambulanten Leistungen.

Auch im Kontext der Alterungsprozesse und des dadurch vermehrten Anstiegs der Inanspruchnahme medizinischer Versorgung verschärfen sich die Probleme in erster Linie in den dünn besiedelten Regionen der neuen Ländern (ebd.).

### **7.8.2 Krankenhausversorgung**

Im gesamtdeutschen Raum übernehmen die Krankenhäuser die Funktion der akutstationären Versorgung. Krankenhäuser der Grund- oder Regelversorgung sollen flächendeckend die wohnraumnahe Versorgung sichern. Die Krankenhausausstattung ist rückläufig; die Zahl der Krankenhäuser ist zwischen 1999 und 2002 um 7,9%, die Zahl der bereitgestellten Betten ist in den im gleichen Zeitraum um 17,7% zurückgegangen (BBR 2005).

Von den Krankenhäusern mit Grundversorgung werden Krankenhäuser mit höherer Versorgungsstufe unterschieden. Diese verfügen über ein breit gefächertes Spektrum an Fachabteilungen (bspw. Psychiatrie und Neurologie) und versorgen überörtlich. Da die Zuordnung der Krankenhäuser in Versorgungsstufen länderspezifisch uneinheitlichen Verfahren unterliegt, ist die akutstationäre Versorgungssituation nur eingeschränkt darstellbar (ebd.).

Für die Erfassung der Krankenhäuser mit Grundversorgung führte das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Institut der AOK (Wi-dO) eine Erreichbarkeitsanalyse durch.

Ausgehend von regionalen Bevölkerungsverdichtungen ist die räumliche Verteilung der Krankenhausstandorte stark am Zentrale-Orte-System orientiert (BBR 2005).

Die flächendeckende Versorgung der gesamtdeutschen Bevölkerung gemessen an der Erreichbarkeit

von Krankenhäusern ist als gut einzustufen. Drei Viertel der Bevölkerung erreicht ein Krankenhaus in 10 Minuten Pkw-Fahrzeit. 98% wohnen innerhalb eines 20-Minuten Radius`. Mehr als 20 Minuten Fahrzeit zum Krankenhaus benötigen 2,3% der Bevölkerung (ebd.).

Hierbei werden allerdings Gynäkologie und Geburtshilfe nicht als Fachabteilung der Grundversorgung mitbetrachtet. Bei vollständiger Betrachtung würde sich der Anteil der Bevölkerung mit einer Fahrzeit von 20 Minuten (PKW) um 4 Prozentpunkte auf 6,3% erhöhen. Diese Differenz um 4 Prozentpunkte betrifft ausschließlich den weiblichen Anteil der Bevölkerung und stellt eine geschlechtsspezifische Benachteiligung dar [Anm. d. J.B.].

Von besonderer Bedeutung sind Krankenhäuser, die räumlich sehr isoliert sind. Eine mögliche Schließung aus wirtschaftlichen Gründen hätte hier verheerende Folgen für die Versorgungssituation der Bevölkerung. Hinweise auf geographisch isolierte Standorte von Krankenhäusern bieten die in der Abb. 29 schraffierten Flächen, bei denen ein Wegfallen von regional bedeutsamen „Sole Provider“ mit einem Einzugsgebiet von über 500 km<sup>2</sup> zu einer großen Benachteiligung für akut betroffene Personen in diesen Regionen führt (BBR 2005).

Deutlich ist zu erkennen, dass vor allem weiträumige Regionen in Mecklenburg Vorpommern in Zukunft versorgungstechnisch gefährdet sein werden. Deutlich ist zu erkennen, dass vor allem weiträumige Regionen in Mecklenburg Vorpommern in Zukunft versorgungstechnisch gefährdet sein werden.

### **7.9 Gesundheit und Versorgung von alten Menschen auf dem Land**

Eindeutige Aussagen über den Gesundheitszustand von alten Menschen im ländlichen Raum lässt die derzeitige Datengrundlage nicht zu. Subjektive Einschätzungen, die bisher nicht empirisch belegt sind, gehen von einem schlechterem Gesundheitszustand von alten Menschen auf dem Lande im Vergleich zur Stadt aus (Schweppe 2005).

Untersucht und erfasst werden kann jedoch die infrastrukturelle Versorgungsleistung in Hinblick auf Gesundheitseinrichtungen, ambulante Pflegemöglichkeiten sowie soziale Dienste. Die Versorgung mit Arztpraxen und Krankenhausbetten ist im ländlichen Raum um ein Vielfaches geringer als in der Stadt, wo eine hohe Dichte von Facharztpraxen, Krankenhäusern und medizinischer Versorgung für alte Menschen zur Verfügung steht. Alte Menschen im ländlichen Raum können auf diese Netze selten zugreifen, weil sie überwiegend auf eine Versorgung in Wohnnähe angewiesen sind. Hier spielen erneut die Fragen der Mobilität, der Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen und die Qualität des öffentlichen Verkehrsnetzes eine bedeutende Rolle (ebd.).

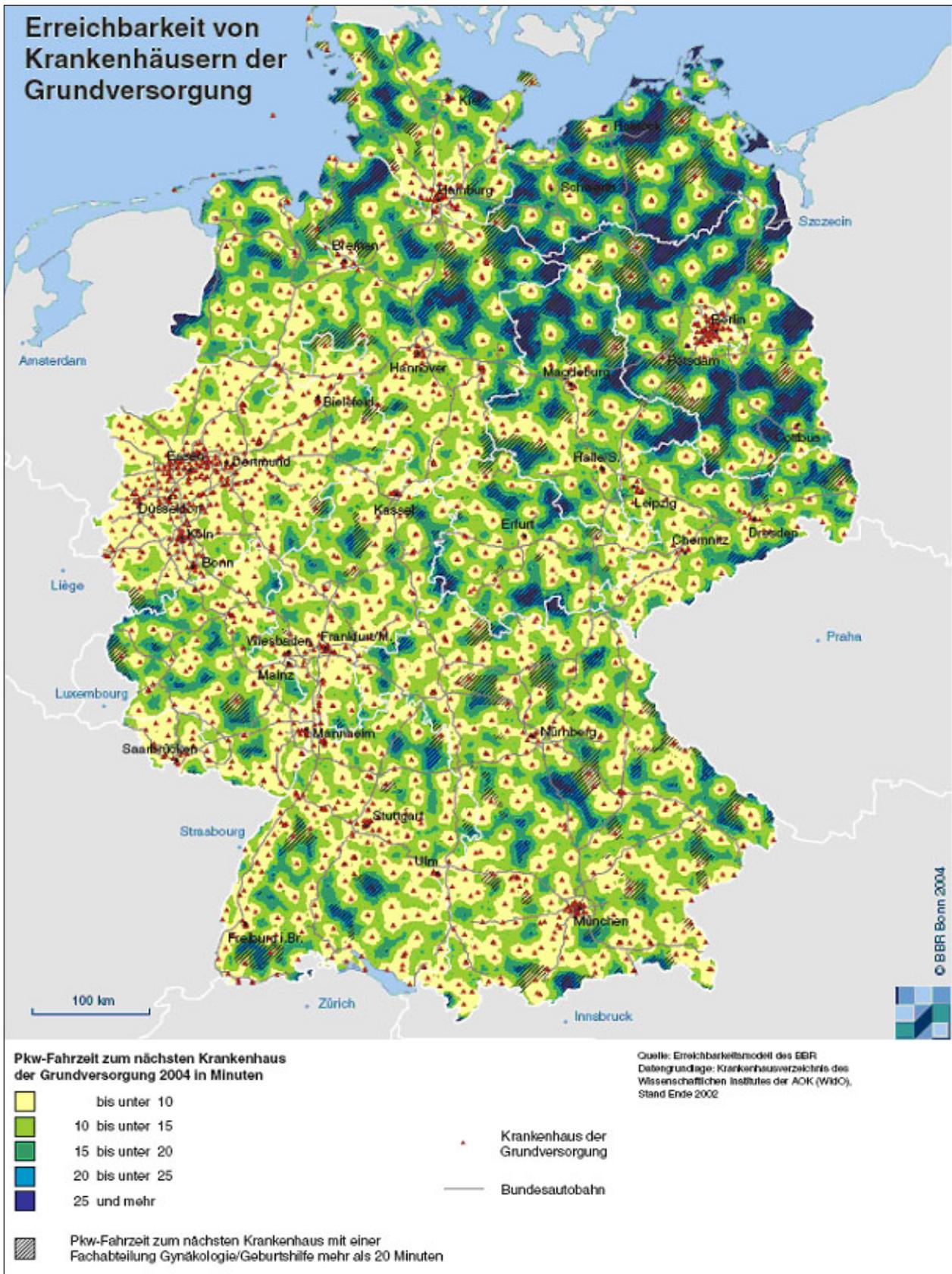


Abb. 29: Erreichbarkeit von Krankenhäusern der Grundversorgung (BBR 2005, S. 122)

Es existiert wenig Wissen über die pflegerische Versorgungsleistung der Menschen auf dem Land. Durch die Einführung der Pflegeversicherung hat sich zwar die Situation auf dem Land verbessert, dennoch gibt es dort spezifische Probleme. Das Pflegepersonal hat aufgrund der weiten Fahrtwege höhere Fahrkosten, die jedoch aus dem (gleich hohen) Pflegegeld bezahlt werden müssen (ebd.).

Hinzu kommt das Problem, dass alte Menschen auf dem Land häufig sehr spät professionelle und externe Pflegehilfe in Anspruch nehmen, oft erst, wenn die Grenzen der Belastbarkeit erreicht und medizinische Hilfe notwendig geworden ist. Dies liegt sicherlich auch darin begründet, dass traditionelle Vorstellungen die Pflege von Alten nach wie vor den Familienangehörigen zuschreiben (ebd.).

### **7.10 Gesundheit von Frauen und Männern im Land Brandenburg**

In der früheren Gesundheitspolitik, bzw. in der gesundheitlichen Versorgung wurden geschlechtsspezifische Aspekte zu sehr auf den Fokus von Frauenheilkunde reduziert.

Da Frauen und Männer unterschiedlich krank werden, sind neue Handlungsansätze gefragt, die die geschlechtsspezifischen Fragen der Gesundheit konsequent berücksichtigen.

Ein Blick aus der Perspektive von Gender Mainstreaming zeigt, dass auch in diesem Bereich einige weiße Flecken auf der Landkarte zu finden sind (MASGF 2003).

Wichtig für die Betrachtung einer geschlechtsspezifischen Annäherung sind Kenntnisse bspw. über die unterschiedlichen Arbeitsbelastungen von Männern und Frauen, die geschlechtsspezifische Versorgung von demenziell Erkrankten, über Unterschiede der Suchtgefährdung und die Konsequenzen für die Prävention. Einige Erkenntnisse können dabei von lebenswichtiger Bedeutung sein, denn bspw. eine Nichtberücksichtigung vonseiten der Ärzte und Ärztinnen, dass sich Herzinfarkte bei Frauen anders bemerkbar machen als bei Männern (deren Symptomatik als „typisch“ gilt), kann Leben kosten (ebd.).

Um den gesundheitlichen Bedürfnissen beider Geschlechter gerecht zu werden, ist eine Bewusstmachung und Wahrnehmung folgender Aspekte von Nöten (MASGF 2003, S.8):

- „Die gesundheitliche Lage von Frauen und Männern ist verschieden.
  - Männer und Frauen sind hinsichtlich ihrer körperlichbiologischen Bedingungen nicht gleich.
  - Die gesundheitlich relevanten Arbeits- und Lebensbedingungen der Geschlechter sind nicht gleich.
- Der geschlechtsspezifische Umgang mit Belastungen und gesundheitlichen Störungen ist von unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen geprägt.
  - Männer und Frauen werden im Gesundheitswesen nicht gleich behandelt und nehmen Versorgungsangebote unterschiedlich in Anspruch.
  - Die Geschlechtsspezifik muss daher ein strategisches Gestaltungsmerkmal aller Bereiche der Gesundheitspolitik sein.“

(vgl. auch BMFSFJ 2001, Lange und Ziese 2002)

Da die Gesundheit von Männern und Frauen auch in großem Maße eine Folge von gesellschaftlichen Rollenerwartungen und gesellschaftlich geprägter Verhaltensweisen ist, ist die Untersuchung vielseitiger Aspekte notwendig, um die geschlechtsspezifische Gesundheits- und Versorgungssituation eines Landes zu erkennen.

Häufig fehlt es hierbei an einer grundlegenden Datenerfassung. Für das Land Brandenburg fehlen insbesondere geschlechtsspezifische Daten zur ambulanten medizinischen Versorgung und Daten zur gesundheitsökonomischen Bewertung geschlechtsspezifischer Über-, Unter- und Fehlversorgung (vgl. MASGF 2003).

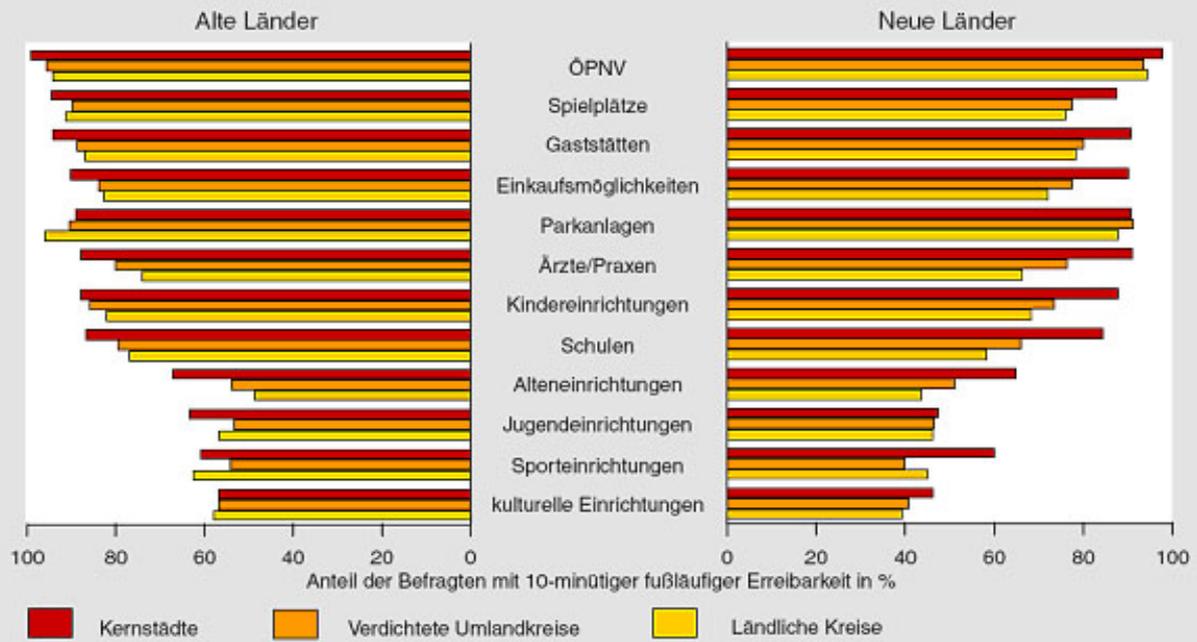
### **7.11 Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen**

Ergebnisse der „Laufenden BBR-Umfrage“, zuletzt von 2003, ergeben, dass es hinsichtlich der Infrastrukturversorgung bezüglich einiger Einrichtungen noch Ost-West-Unterschiede gibt. Nahezu gleich fallen die Ergebnisse zur Angabe der Erreichbarkeit von Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel in 10 Minuten zu Fuß mit über 95% aus. Parkanlagen, Spielplätze, Gaststätten und Einkaufsmöglichkeiten wurden in beiden Teilen mit über 80% bewertet (BBR 2005).

Hinsichtlich der Erreichbarkeit von medizinischer Versorgung, Kindereinrichtungen und Schulen gibt es jedoch eindeutige Ost-West-Unterschiede. Über 80% der Befragten im Westen geben an, in kurzer Zeit die Einrichtungen zu erreichen, wohingegen dies nur 67-74% im Osten bestätigen (ebd.).

Vor allem bei den Sport-, Jugend-, Alten- und kulturellen Einrichtungen vergrößert sich die Schere; während 57% der Befragten im Westen die Einrichtungen innerhalb von 10 Minuten Fußweg erreichen, sind es im Osten unter 50% der Befragten, denen derart wohnortnahe Einrichtungen zur Verfügung stehen (ebd.).

## Fußläufige Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen im Wohngebiet



© BBR Bonn 2004

Quelle: Laufende Raumbewertung des BBR  
 Datengrundlage: Laufende BBR-Umfrage

## 8. Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum

An Erwerbsarbeit ist im Allgemeinen der Grad des Wohlstandes und der sozialen Absicherung geknüpft. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ist die Bedeutung der Erwerbsarbeit zunehmend größer geworden. Auf den ländlichen Raum wirken sich die Entwicklungen des Wandels der Erwerbsarbeit (siehe Kapitel 8.1) unterschiedlich aus. Die Prozesse in den neuen Bundesländern sind stark von den Folgen der Transformation geprägt (BMVEL 2006).

### 8.1 Veränderungen (Wandel) in der Erwerbstätigkeit

Entwicklungen der Vergangenheit zeigen eindeutige Auswirkungen des sektoralen Strukturwandels. Dienstleistungen gewinnen immer mehr an Bedeutung und der Zuwachs an Arbeitsplätzen im tertiären Sektor ist enorm. Im Dienstleistungsbereich sind es die Sektoren Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen, die die größten Zuwächse verzeichnen. Deutlich geringer sind die Zugänge im Bereich Handel, Gaststätten und Verkehr, öffentliche und private Dienstleistungen. Eingebüßt hat nach wie vor das Produzierende Gewerbe.

Im gesamtdeutschen Durchschnitt liegt die Erwerbstätigkeit im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei 82 %. Es ist jedoch ein stetiger Rückgang zugunsten von Erwerbsverhältnissen in geringfügiger Beschäftigung zu verzeichnen.

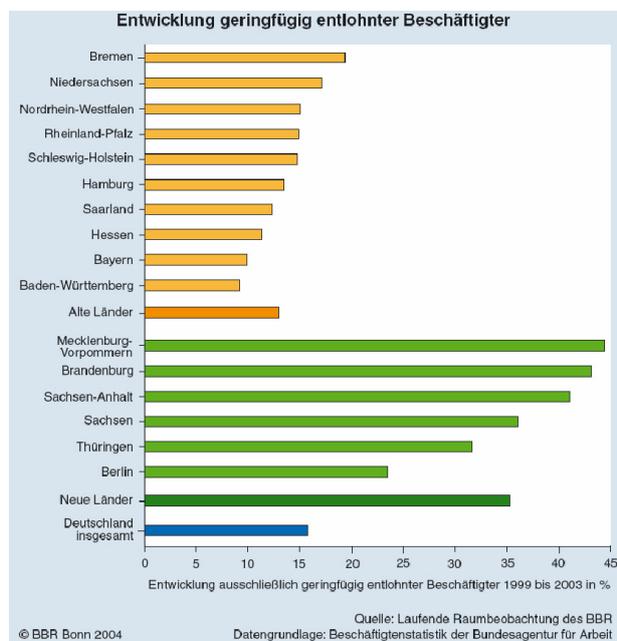


Abb. 30: Entwicklung ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigung 1999 bis 2003 in Prozent (BBR 2005, S. 41)

Der Zuwachs an geringfügiger Beschäftigung bei gleichzeitigem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern bis zu drei mal so hoch (35,3% zu 12,9 %) (BBR 2005, S.41).

Seit der deutschen Einheit hat sich das ursprüngliche Süd-Nord-Gefälle der Arbeitsplatzentwicklung der alten Länder zu einem West-Ost-Gefälle entwickelt. Das ist zum großen Teil dem Transformationsprozess der neuen Länder geschuldet, der mit enormen Arbeitsplatzverlusten einherging (ebd.).

Beim allgemeinen Niveau hat die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in den neuen Ländern inzwischen gut 93% des westdeutschen Beschäftigungsgrades erreicht. Der durchschnittliche Beschäftigungswert der alten Länder liegt bei 331 Beschäftigten je 1000 EinwohnerInnen, in den neuen Ländern gibt es Regionalwerte von 361 für die Raumordnungsregion Oberes Elbtal/ Osterzgebirge bis 248 für Uckermark-Barnim (ebd.).

### 8.2 Bedeutung und Wandel der Frauenerwerbsarbeit

Auch der Wandel in der Frauenerwerbstätigkeit trifft im ländlichen Raum auf heterogene Strukturen und betrifft unterschiedliche soziale Schichten. Die Tradition der Erwerbstätigkeit für ostdeutsche Frauen führt zu dem Ergebnis, dass 77% der Frauen die eigene Erwerbsarbeit für sehr wichtig halten. In westdeutschen Untersuchungsgebieten geben dies nur 51% der Frauen an. Für west- sowie ostdeutsche Frauen ergibt jedoch eine Gesamtbewertung der eigenen Erwerbsarbeit mit sehr wichtig und wichtig Prozentwerte von 90,5% bzw. 97% (BMVEL 2006).

Für 52% der Frauen ist der wichtigste Aspekt der Erwerbstätigkeit die „finanzielle Unabhängigkeit“ gefolgt vom Aspekt des „wichtigen Familieneinkommens“ (18%) und dem des „Zuverdienstes“ (8%). Damit ist eine Veränderung der Rolle der damals als sicher propagierten Versorgungsgemeinschaft der Ehe eingetreten (vgl. ebd.).

Obwohl die Orientierung an Erwerbstätigkeit nicht die Familienorientierung ablöst, ist für 30% der ostdeutschen und 13% der westdeutschen Frauen der Beruf so wichtig, dass sich „das Familienleben anzupassen hat“ (ebd.).

Bei der Vollzeitwerbstätigkeit dominieren Frauen ohne Kinder. Ost-West-Unterschiede spitzen sich bei einer Betrachtung der Arbeitszeiten von Frauen mit Kindern im Alter von 7-15 Jahren zu. 46% der ostdeutschen und nur 11% der westdeutschen Mütter sind in Vollzeit erwerbstätig (ebd.).

Die größte Chance einer Erwerbsbeteiligung bietet noch immer die Teilzeiterwerbstätigkeit. Für einen Großteil der Frauen bietet sie die einzige Möglichkeit, den Anforderungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerecht zu werden. Auf der anderen Seite sei hervorgehoben, dass die Teilzeitarbeit von Frau-

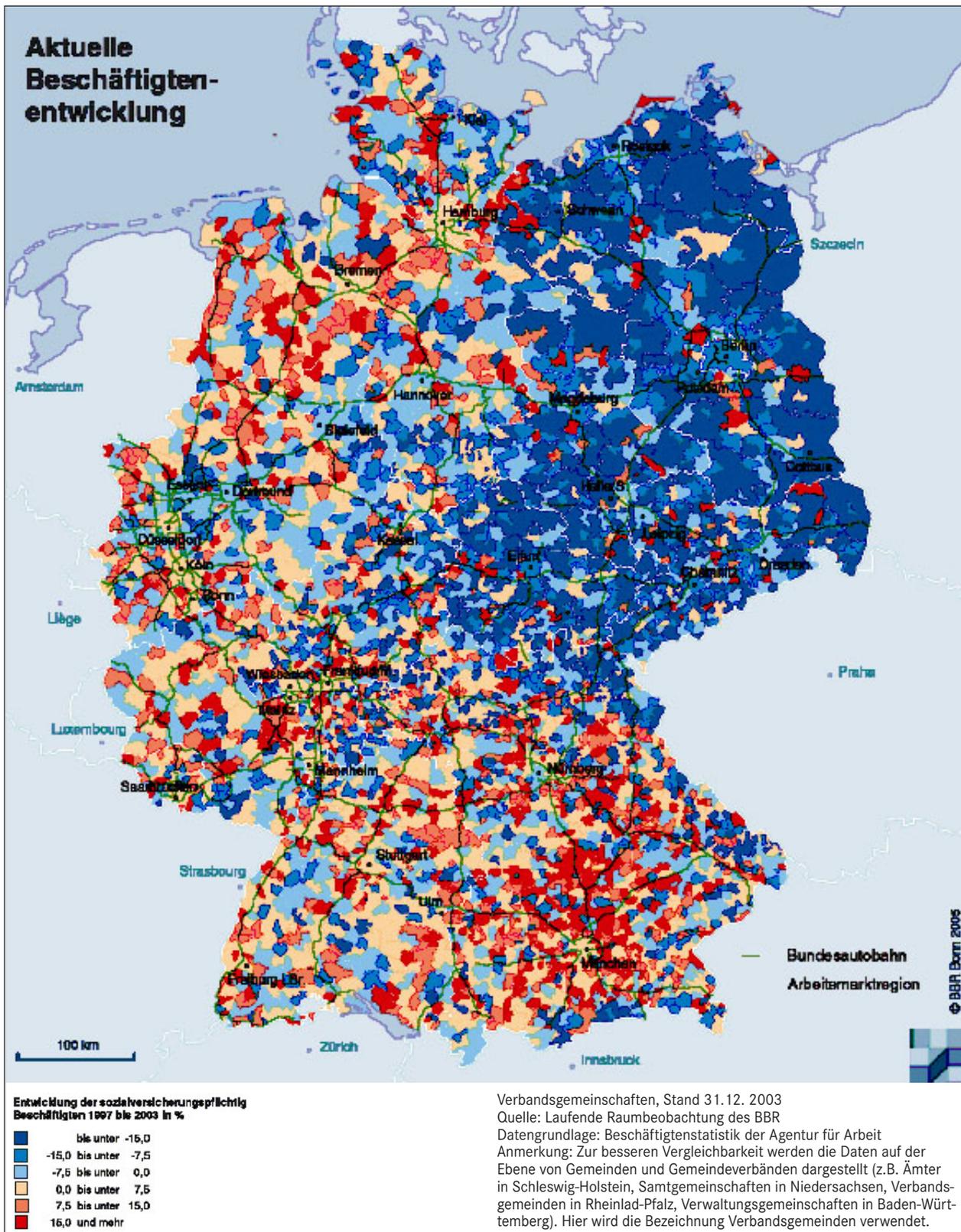


Abb. 31: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 1997 bis 2003 in Prozent (BBR 2005, S. 45)

en nicht immer freiwillig gewählt sondern vielmehr den vorherrschenden Bedingungen und Strukturen geschuldet ist. Ebenso ist auch die volle Erwerbstätigkeit häufig Bestandteil der Arbeitsplatzbedingungen, sodass auch hier nicht immer von einer Freiwilligkeit ausgegangen werden kann (ebd.).

### 8.3 Beschäftigtenentwicklung und Erwerbstätigkeit im regionalen Vergleich

Die Entwicklung der regionalen Beschäftigung in Deutschland war in den 1970er und 1980er Jahren stark vom Aufholen der ländlichen Regionen geprägt. Große industrielle Aktivitäten wurden aus den Agglomerationsräumen in gut erreichbare Randbereiche

verlagert. Dabei spielte der Ausbau der großräumigen Verkehrsinfrastruktur eine bedeutende Rolle. Erreichbarkeit und Lagegunst der peripheren Regionen wurden damit verbessert. Weitere begünstigende Standortfaktoren waren niedrige Bodenpreise und Flächenverfügbarkeit. Bezüglich der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte eröffnete sich ein vielseitiger Komplex an günstigen Bedingungen; von niedrigen Lohnkosten im ländlichen Raum, über die Bindung der Beschäftigten an Unternehmen bis hin zur Bereitschaft zur Schichtarbeit (BBR 2005).

Dieser Trend wurde im raumordnungspolitischen und wissenschaftlichen Diskurs als regionale Dekonzentration bezeichnet. Seit Ende der 1990er Jahre sind die Veränderungsraten in den Periphereräumen nur noch unterdurchschnittlich. Spätere Betrachtungszeiträume zeigen, dass die Entwicklungsdynamik vorwiegend auf die äußeren Zentralräume beschränkt bleibt (siehe auch Abb.2, Abb. 5, vgl. Kapitel 3). Zu den positiven Standortfaktoren, die die äußeren Zentralräume innehaben, zählen die Verfügbarkeit preiswerter Flächen, die günstige Verkehrsinfrastruktur der Ballungsräume und die Partizipation an anderen Agglomerationseffekten (ebd.).

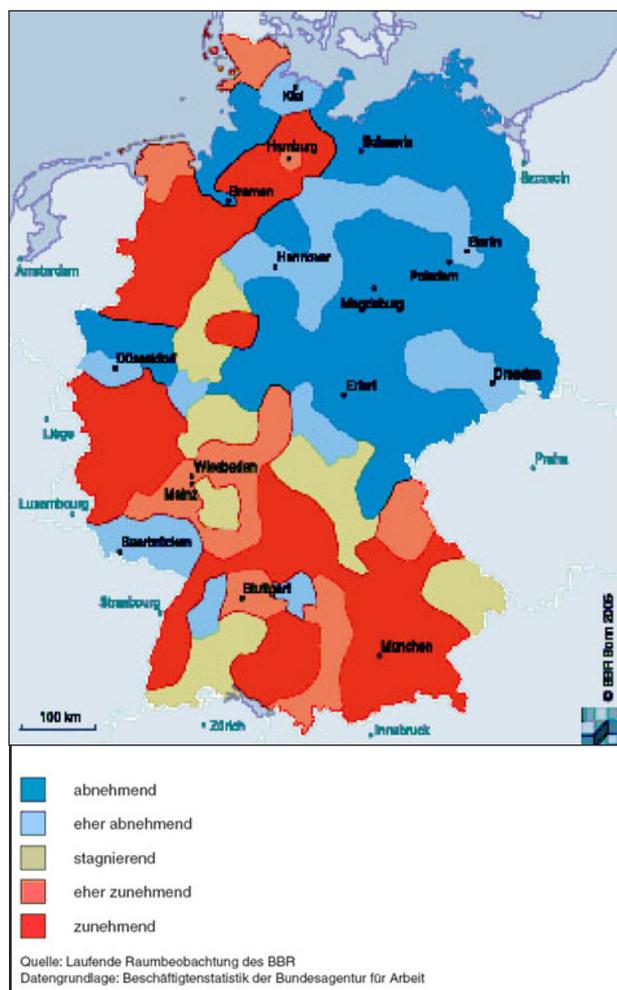


Abb. 32: Beschäftigungsentwicklung – mittelfristiger Trend (2010/2015) (BBR 2005, S. 46)

Die Abbildungen 31 und 32 zeigen, dass die Beschäftigungssituation vor allem in Ostdeutschland weder in naher Vergangenheit eine positive Entwicklung aufweist noch in Zukunft positive Veränderungen zu erwarten sind.

Für die einzelnen Gemeinden Deutschlands zeigen Erhebungen, dass die Zunahme und Abnahme in der Arbeitsmarktentwicklung räumlich oft dicht beieinander liegen. Besonders deutlich ist dies in den neuen Bundesländern zu erkennen, aber auch die westdeutschen Länder weisen eine starke Heterogenität innerhalb einer Region auf. Die Entwicklung der Arbeitsmarktsituation ist nicht nur abhängig von spezifischen Stärken und Schwächen einer Region, sondern auch von den dort lebenden Akteuren. Die Bedeutung der Bereitschaft und Fähigkeit zu regionaler Zusammenarbeit ist in diesem Kontext nicht zu unterschätzen (BBR 2005).

Ein besonderes Beschäftigungswachstum können jene Gemeinden erzielen, die in der Nähe von Kernstädten liegen. Auch wenn es dort zu Konkurrenzsituationen kommen kann, profitieren sie von einer günstigen Verkehrsanbindung. Für die alten Bundesländer besteht, mit einigen Ausnahmen, tendenziell ein positiver Zusammenhang zwischen der Beschäftigungsentwicklung der Kernstädte und ihres Umlandes (ihrer Arbeitsmarktregion) (ebd.).

Trendszenarios für die zukünftige Entwicklung der Beschäftigten zeigen für Westdeutschland einen mittelfristig moderaten Aufbau.

Auf Grund der spezifischen Probleme der ostdeutschen Länder und begründet durch methodische Probleme der Trendforschung, ist es weitaus schwieriger für die Regionen in Ostdeutschland, Prognosen zur Beschäftigungsentwicklung herzustellen. Dem Szenario liegt ein weiterer Rückgang der Erwerbstätigkeit der neuen Länder zugrunde, denn nur ein weitaus höheres Wirtschaftswachstum als derzeit abschätzbar könnte zu einer Angleichung der Verhältnisse in Ost und West führen. Nicht einkalkuliert werden konnte die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Ansiedlung von international tätigen Industrieunternehmen in Ostdeutschland (ebd.).

#### 8.4 Erwerbsbeteiligung nach Geschlechtern

Eine Prognose der künftigen Erwerbsbeteiligung nach Geschlechtern in den verschiedenen Regionen basiert auf Annahmen langfristiger Trends unter Ausblendung kurzfristiger konjunktureller Schwankungen. Miteinbezogen werden Schätzungen zum Wanderungsverhalten, sehr langfristig die Fertilität, eingeschränkt die Mortalität und auch die altersspezifische Erwerbsbeteiligung, die vor allem bei Frauen von Bedeutung sind (BBR 2005).

Dabei werden zum Teil große regionale Unterschiede ersichtlich. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den neuen Bundesländern besonders hoch, was

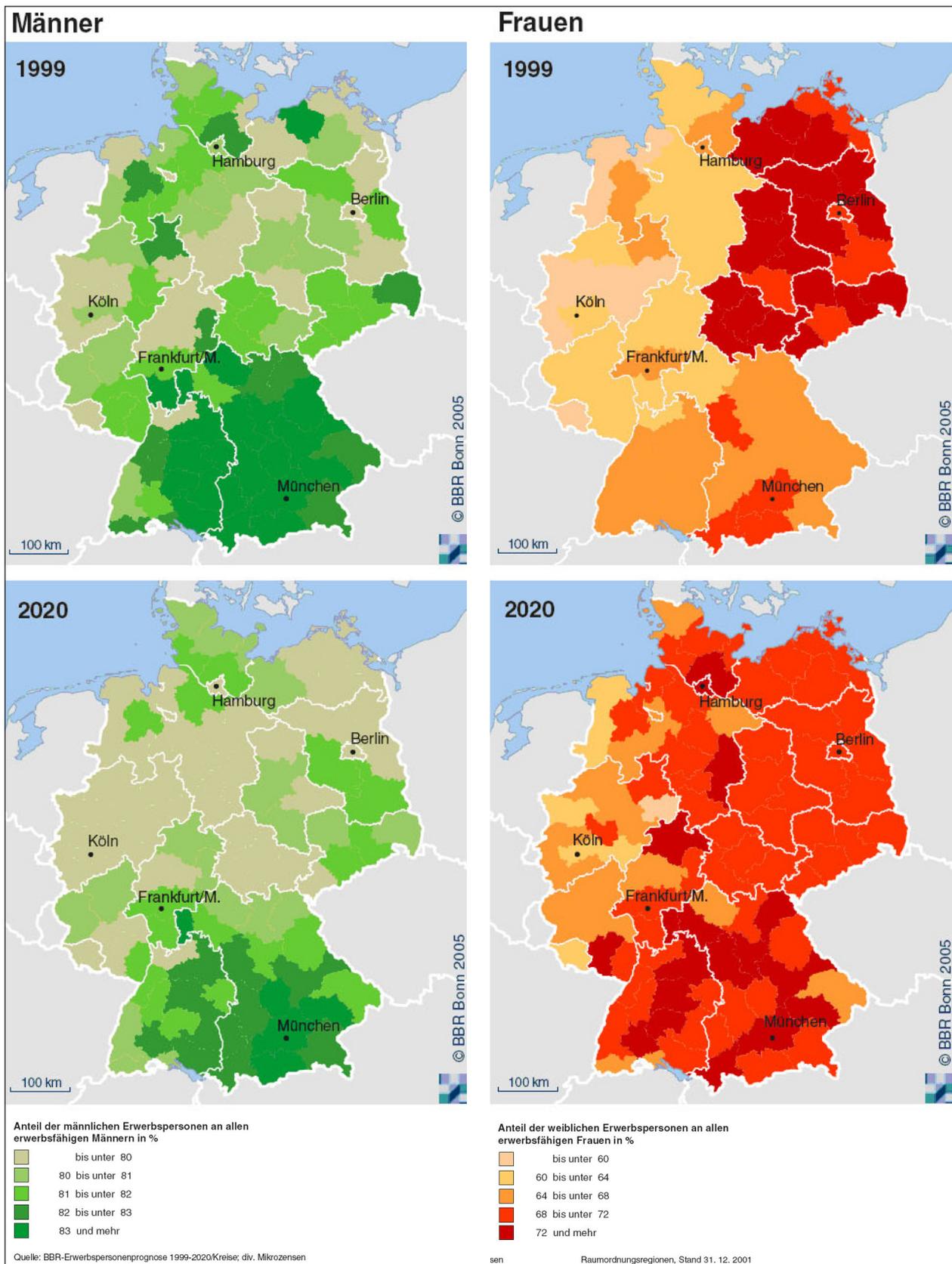


Abb. 33: Erwerbsbeteiligung nach Geschlechtern 1999/ 2020 (BBR 2005, S.51).

sicherlich auf die spezifische Situation des Arbeitsmarktes für Frauen in der ehemaligen DDR zurückzuführen ist. Eine Annäherung bei den jüngeren Frauen an westdeutsche Verhältnisse hat bereits stattgefunden, und für die Zukunft wird auch für die anderen Altersgruppen eine Annäherung prognostiziert. Bis

2020 werden die Ost-West-Unterschiede weitestgehend abgebaut sein, nicht zuletzt durch einen weiteren Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen in den alten Ländern. Die regionalen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung sind bei den Männern nur sehr gering (ebd.).

Insgesamt wird sich die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1999 und 2020 nicht nennenswert verringern. In den neuen Bundesländern wird es gegenüber 2020 allerdings 13% Prozent weniger Erwerbspersonen geben, während der Bestand in den alten Ländern leicht ansteigt (ebd.).

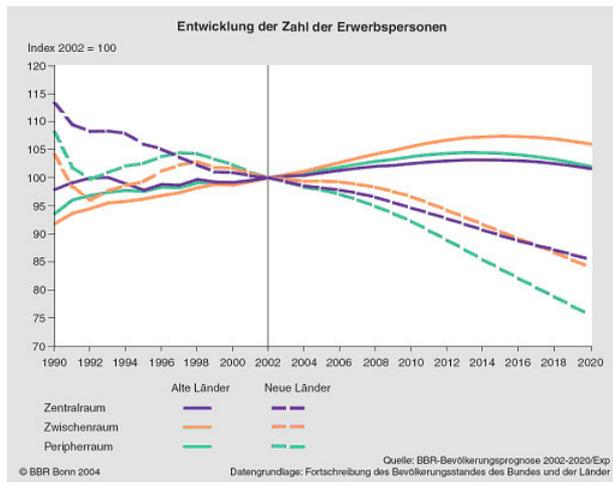


Abb. 34: Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen (BBR 2005, S.52)

Demographische Wellen und ein starker West-Ost-Unterschied in der Zahl der Erwerbspersonen werden in Zukunft die Entwicklung prägen. Dabei sind Abnahmen im Osten, mit Ausnahme des Berliner Umlandes, und Zunahmen und stabile Verhältnisse im Westen kennzeichnend (siehe Abb.34) (BBR 2005).

Unter Erwerbstätigen werden Personen verstanden, die in einem Arbeitsverhältnis stehen oder selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben bzw. einen freien Beruf ausüben (vgl. Maier 2005).

Die ländliche Gesellschaft unterliegt einem starken erwerbsstrukturellen Wandel, d.h. die Erwerbsstrukturen entwickeln sich hin zu einer dauerhaften Veränderung. Damit einher geht auch ein Bedeutungswandel der verschiedenen Wirtschaftszweige (ebd.).

Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet einen Rückgang der Erwerbstätigen in der Forst- und Landwirtschaft bei gleichzeitiger Zunahme des gewerblichen Sektors. Seit den 1980er Jahren besteht ein kontinuierlicher Anstieg des Dienstleistungssektors (ebd.).

Charakteristisch für die ländlichen Räume sind Erwerbskombinationen. Daher sind strikt getrennt betrachtete Wirtschaftsbereiche nicht aussagekräftig. Es lassen sich vielmehr zahlreiche Kombinationen finden wie bspw. Landwirtschaft/Gastronomie, gewerbliche Mischformen, Nachbarschaftshilfe oder Schattenwirtschaft. Bis in die 1990er Jahren waren noch hohe Anteile von Selbständigen (etwa im Handelsbereich) in Form einer Vielzahl kleiner Betriebe im ländlichen Raum zu finden, die erst durch eine zunehmende Konzentration zurückgingen bzw. verdrängt wurden. Durch die Verringerung der beruflichen Vielfalt im ländlichen Raum fehlt es an alternativen Einkommensmöglichkeiten, was insbesondere für Jugendliche zu Problemen führt (ebd.).

Männliche Jugendliche müssen sich oft mit standardisierten Ausbildungsrichtungen für Kfz-Mechaniker oder Bauberufen arrangieren, bei Schulabgängerinnen führt ein fehlendes Ausbildungsangebot zum Einstieg in Berufe mit wenig entwicklungsfähiger Zukunft. Insbesondere junge Menschen in Nordostdeutschland verlassen daher häufig aus beruflichen Gründen ihre Heimat. Landflucht als ein altbekanntes Phänomen ist neben der beruflichen Perspektivlosigkeit auch den sozialstrukturellen Gegebenheiten der dörflichen Gemeinschaft geschuldet (ebd.).

## 8.5 Erwerbstätigkeit nach Alter

Bezüglich der Erwerbssituation alter Menschen zeigen sich starke Ost- West- Unterschiede. In den östlichen Untersuchungsregionen sind ca. 10% aller 60-64 jährigen Männer und Frauen regelmäßig erwerbstätig. In den westdeutschen Regionen sind ca. ein Drittel der Befragten derselben Altersgruppe in einem Beschäftigungsverhältnis (DZA 1998).

Für den ländlichen Raum ergeben sich weitere Differenzierungen. In ruralen Gebieten der alten Bundesländer sind es ca. 13% der 60- 85jährigen, die in irgendeiner Form erwerbstätig sind. In den neuen Bundesländern sind es hingegen nur 3%. Im urbanen Raum gibt es in dieser Hinsicht keine deutlichen Unterschiede zwischen Ost und West (Brauer et al. 2004).

Es fällt auf, dass in westdeutschen Untersuchungsregionen ein wesentlich höherer Anteil an Selbständigen zu verzeichnen ist. In ostdeutschen Regionen sind hingegen mehr ArbeiterInnen und Angestellte beschäftigt. Hausfrauen und BeamtInnen sind fast ausschließlich in den alten Bundesländern vertreten (DZA 1998).

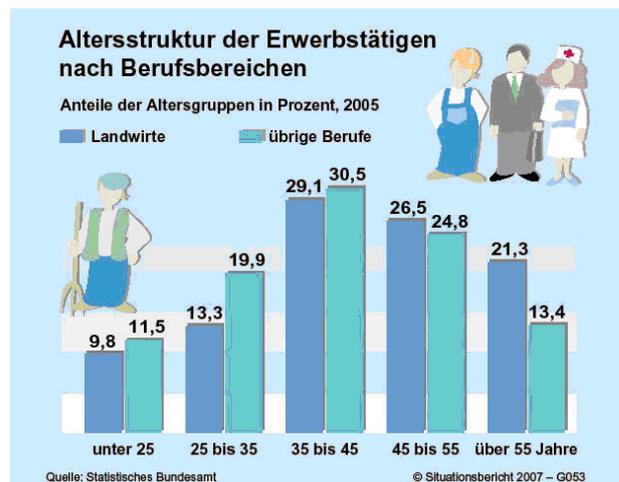


Abb. 35: Altersstruktur der Erwerbstätigen nach Berufsbereichen (DBV 2006, S. 143)

Die in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen sind im Vergleich zur übrigen Erwerbsbevölkerung deutlich älter. Von allen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ist ein Anteil von 48% älter als 45 Jahre. In der übrigen Erwerbsbevölkerung beträgt hingegen der entsprechende Anteil zehn Prozentpunkte weniger

(nur 38%). Der Anteil jüngerer BetriebsinhaberInnen ist von 1995 bis 2005 von 17 % auf 8% gesunken. Dennoch zählen die deutschen LandwirtInnen im europäischen Vergleich zu den Jüngsten (DBV 2006).

### 8.6 Soziogeographische Raumbeziehungen zur Erklärung von Erwerbsmustern am Beispiel Brandenburg

Eine historische Betrachtung von Stadt-Land-Beziehungen bezüglich der Erwerbsformen und wirtschaftlichen Beziehungen zeigt, dass eine Entwicklung von polarisierten Gegensätzen hin zu einer Annäherung und letztlich zu einer diffusen Raumbeziehung stattfand. Eine Suburbanisierung, Industrieansiedlung und Tourismusentwicklung stellte zunehmend ein Stadt-Umland-Kontinuum her (Maier 2005).

Dass es den einheitlichen ländlichen Raum zumindest in Deutschland nicht gibt, zeigt eine genaue Betrachtung der Indikatoren Erwerbsstruktur und Arbeitslosigkeit. Nicht generell sind die ländlichen Gebiete am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen, wenn auch die Quote im Vergleich zu Verdichtungsräumen etwas höher liegt. Die Uckermark als eine Region mit extrem hoher Arbeitslosigkeit steht bspw. der Region Oberland/Bayern mit einer der geringsten Quoten der Republik gegenüber (ebd.).

Die Karte veranschaulicht deutlich, dass sowohl die Uckermark als auch Teile des Märkisch Oderlandes,

der Spree-Neiße und des Havellandes von einer Arbeitslosenquote abhängig ziviler Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt von über 25% betroffen sind. Der engere Verflechtungsraum weist dagegen flächendeckend Werte unter 18% auf.

### 8.7 Frauen- und Männereinkommen nach Wirtschaftssektoren

Weibliche und männliche Beschäftigte konzentrieren sich in deutlich unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen. Auffällig ist dabei die Tatsache, dass Männer oft stärker in den gut bezahlten Branchen, Frauen in den schlecht bezahlten Bereichen vertreten sind.

Frauen sind im Dienstleistungssektor mit 82% sehr dominant vertreten. Im Vergleich zu den erheblich niedrigeren Verdiensten in der Land- und Forstwirtschaft, in der vorwiegend Männer arbeiten, haben sich Frauen damit eine relativ gute Positionierung geschaffen. Das bedeutet, dass sie demnach nicht per se dazugewinnen würden, wenn sie sich den männlich dominierten Fertigungsberufen zuwenden würden. Innerhalb einzelner Sektoren werden jedoch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ungleich bezahlt (siehe Abb. 38) (Dressel 2005).

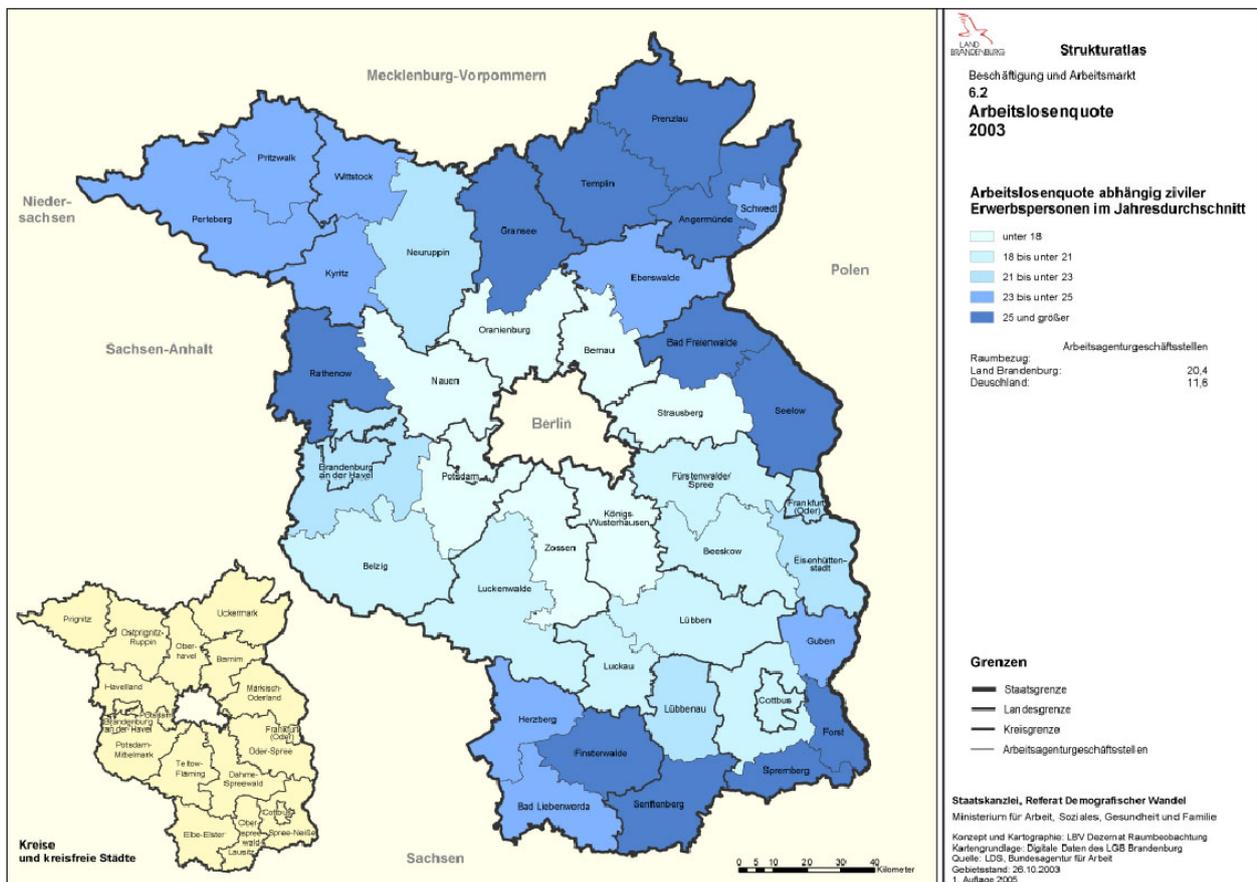


Abb. 36: Arbeitslosenquote abhängig ziviler Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt (Strukturatlas Brandenburg 2005)

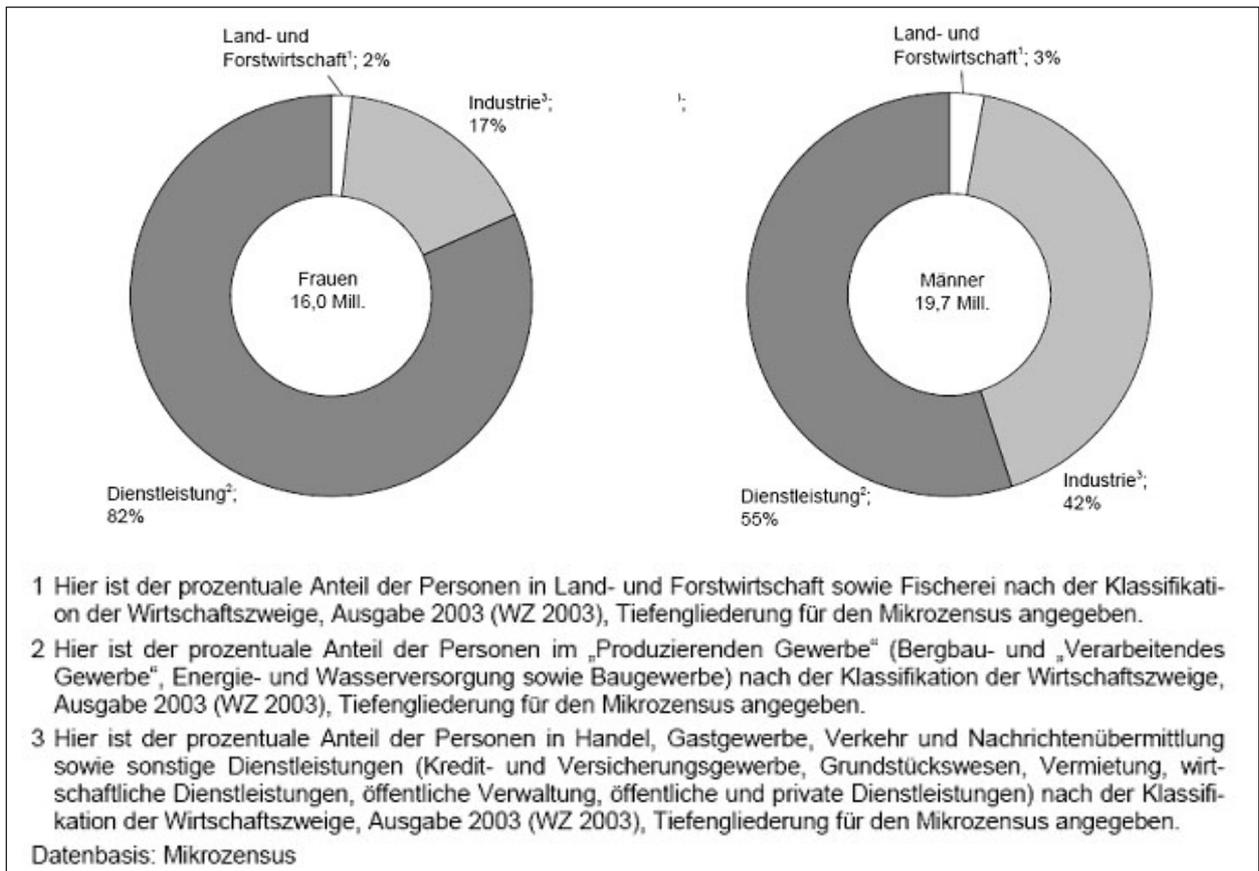


Abb. 37: Erwerbstätige Frauen und Männern nach Wirtschaftssektoren in Deutschland 2004 in Prozent (Dressel 2005, S. 135)

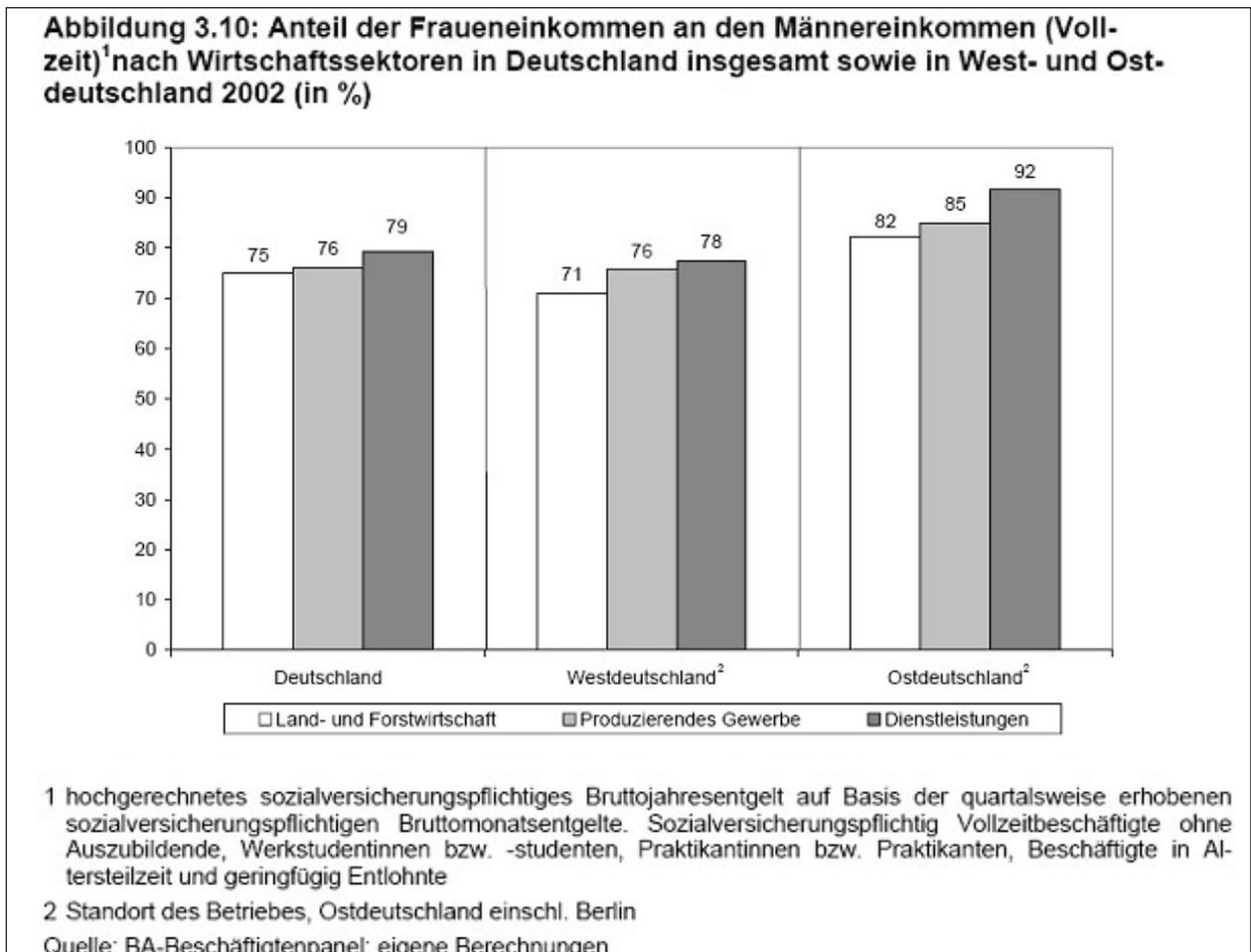


Abb. 38: Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen nach Wirtschaftssektoren in Deutschland insgesamt sowie in West- und Ostdeutschland 2002 (Cornelißen et al. 2005, S. 188)

Ersichtlich wird, dass Frauen im Jahr 2002 in der westdeutschen Land- und Forstwirtschaft nur 72%, in Ostdeutschland 82% der Männerlöhne erhalten. Damit haben sich die Einkommensabstände zwischen Frauen und Männern im Zeitraum 1997 bis 2002 vergrößert. Diese drastische Entwicklung fällt bei einer Gesamtbetrachtung der vollzeitlich beschäftigten Frauen allerdings kaum ins Gewicht, da nur 2% aller Frauen in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten (Cornelißen et al. 2005).

In den ostdeutschen Bundesländern verschlechterten sich im gleichen Zeitraum auch die Verdienstrelationen für Frauen im Produzierenden Gewerbe. Lediglich im westdeutschen Dienstleistungssektor gewannen Frauen an Verdienstanteilen zwischen 1997 und 2002. Durchschnittlich erreichen sie 77,5% der Männerlöhne. In Ostdeutschland erreichen Frauen im Dienstleistungssektor 92% der männlichen Verdienste (vgl. Abb. 38) (ebd.).

Da auch im Osten die überwiegende Mehrheit der Frauen im Dienstleistungssektor arbeitet, ist ein Erhalt des erreichten Gleichstellungsniveaus von großer Bedeutung. Dennoch muss betont werden, dass trotz der von Frauen in Ostdeutschland erzielten Verdienstanteile von über 90% der Männerlöhne, sie auch im Dienstleistungsbereich nicht an die Löhne der westdeutschen Frauen herankommen und mit einem wesentlich geringerem Einkommen als westdeutsche Männer auskommen müssen (ebd.).

Darüber hinaus lässt sich auch feststellen, dass Frauen innerhalb der Wirtschaftszweige im Produzierenden Gewerbe noch einmal schlechter gestellt sind.

Im Fahrzeugbau bspw. verdienen Frauen nur 87% des durchschnittlichen Männereinkommens, im Ledergewerbe sind es sogar nur 73% (siehe Abb. 39) (ebd.).

**Tabelle 3.3: Beschäftigte (Vollzeit) im Produzierenden Gewerbe und deren Bruttomonatsverdienste in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Deutschland 2004**

Ausgewählte Wirtschaftszweige	Bruttomonatsverdienst insgesamt		Anteil des Fraueneinkommens in % der Männereinkommen
	Euro	Rang	
Fahrzeugbau	3.420	1	86,7
Energie- und Wasserversorgung	3.356	2	82,7
Chemische Industrie	3.307	3	84,7
Herst. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. Einrichtungen, Elektrotechnik <sup>1</sup>	3.201	4	69,7
Maschinenbau	3.165	5	81,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2.972	6	82,9
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	2.875	7	95,7
Metallerzeugung, -bearbeitung, Herst. v. Metallzeugnissen	2.779	8	81,0
Glasgewerbe, Verarbeitung von Steinen und Erden <sup>2</sup>	2.608	9	81,7
Herst. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2.589	10	76,4
Ernährungsgew. und Tabakverarbeitung	2.566	11	74,1
Hoch- und Tiefbau	2.559	12	90,8
Herst. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Recycling	2.420	13	79,3
Holzgewerbe <sup>3</sup>	2.378	14	82,7
Ledergewerbe	2.319	15	72,6
Textil- und Bekleidungsgewerbe	2.272	16	76,2
Produzierendes Gewerbe insgesamt	2.971	-	79,9

1 auch Rundfunk und Medizintechnik etc.

2 auch Keramik

3 ohne Herstellung von Möbeln

Verdiensterhebung als Stichprobenerhebung in Betrieben Juli 2004

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005I

Abb. 39: Beschäftigte im Produzierendem Gewerbe und deren Bruttomonatsverdienste in ausgewählten Wirtschaftszweigen in Deutschland 2004 (Cornelißen et al. 2005, S. 190)

Im Gesamtüberblick lässt sich festhalten, dass von allen Wirtschaftssektoren im „primären Sektor“, also der Landwirtschaft, und auch im Baugewerbe unterdurchschnittlich verdient wird. In diesen Bereichen dominieren Männer. Gleichzeitig wird in Sektoren, in denen Frauen weniger als 20% der Belegschaft stellen, besser verdient als in Sektoren, in denen Frauen mehr als 40% der Stellen belegen (ebd.).

Dabei wird auch offensichtlich, dass diese Lohnunterschiede nicht ausschließlich auf die Bedingungen des freien Marktes und der Produktivität der Beschäftigten zurückzuführen sind. Vielmehr werden staatliche Subventionen und Regulierungen getätigt, die Hochlohnbranchen unterstützen, in denen vorwiegend Männer arbeiten. In der Vergangenheit wurden vermehrt auch von Krisen geschüttelte Großunternehmen, in denen in erster Linie Arbeitsplätze von Männern bedroht waren, durch staatliche Stützungsmaßnahmen gerettet (ebd.).

### 8.8 Frauen- und Haushaltseinkommen im ländlichen Raum

Die BMELV-Studie 2006 hat u.a. auch die Einkommensverhältnisse der im ländlichen Raum lebenden Frauen untersucht. Dabei ließen sich einige Ost-West-Unterschiede verzeichnen. Der Unterschied bei der Selbsteinordnung in die Kategorie „kein persönliches Einkommen“ tritt dabei am auffälligsten hervor. Hier geben 7% der ostdeutschen und 20% der westdeutschen Frauen an, kein eigenes Einkommen zu haben (BMELV 2006).

Von den 1000 Frauen, die Angaben zu ihrem monatlichen Einkommen machten, hatten 16% kein eigenes Einkommen, 19% verfügten über ein Einkommen unter 400 Euro, 24% hatten Nettoeinkünfte zwischen 400 und 799 Euro, 12% in der Größenordnung von 800 bis 999 Euro. Weitere 19% der Frauen hatten Nettoeinnahmen zwischen 1.000 und 1.499 Euro. Ab der Grenze von 1.500 Euro wurde die Belegung eindeutig kleiner: 7% hatten Nettoeinkünfte zwischen 1.800 und 1.999 Euro, 4% zwischen 2.000 und 2.900 Euro und nur 0,4% (also vier Frauen) verdienten über 3.000 Euro (siehe Abb. 40) (ebd.).

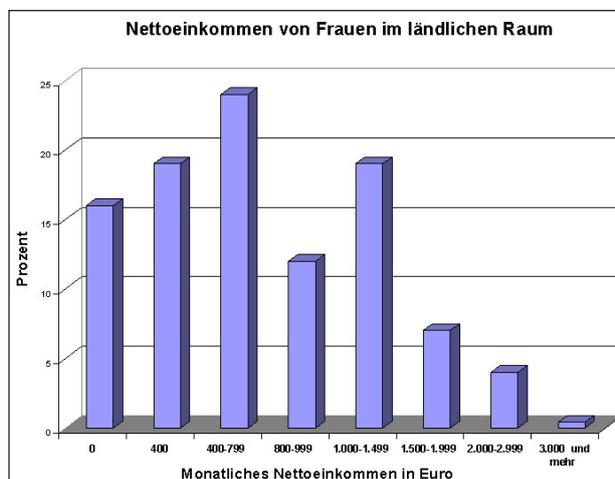


Abb. 40: Nettoeinkommen von Frauen im ländlichen Raum (Datenquelle: BMELV 2006, Darstellung: eigene)

Die Darstellung der Einkommenssituation der befragten Frauen stellt jedoch auf Grund der starken Familienorientierung und der damit zu erwartenden höheren Anzahl an Personen pro Haushalt nur einen unzureichenden Analyserahmen dar. Von Bedeutung für die finanzielle Situation von Frauen und Männern ist die Höhe des Haushaltseinkommens, insbesondere wenn sie auch Kinder zu versorgen haben.

Obwohl laut BMELV-Studie kein dominierender Einfluss der Haushaltsgröße auf das Haushaltseinkommen erkennbar ist, geben durchschnittliche Einkommenswerte dennoch einen ersten Eindruck. Bei der Betrachtung der Darstellung sollte berücksichtigt werden, dass ca. die Hälfte der Einkommensgruppen in 2- bis 3-Personenhaushalten lebt und 42% der Haushalte 4 bis 5 Personen umfassen. In 6% der Haushalte leben sogar mehr als 6 Personen (BMELV 2006).

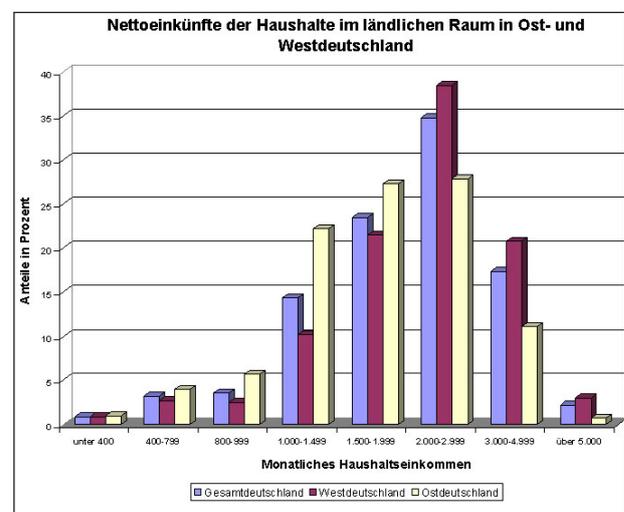


Abb. 41: Nettoeinkünfte der Haushalte im ländlichen Raum in Ost- und Westdeutschland

Signifikante Ost-West-Unterschiede bezüglich der Einkommenssituationen von Haushalten im ländlichen Raum sind deutlich erkennbar. Während in den niedrigen bis mittleren Einkommensstufen die ostdeutschen Haushalte überdurchschnittlich vertreten sind, überwiegt die Belegung der höheren Einkommensstufen mit westdeutschen Haushalten.

### 8.9 Nebenerwerbstätigkeiten von Frauen im ländlichen Raum

Die Bedeutung der Nebenerwerbstätigkeit ist für Frauen im ländlichen Raum sehr groß. In erster Linie stellt sie eine Möglichkeit des Zuverdienstes dar. Dabei arbeiten Frauen in der Nebenerwerbslandwirtschaft, im landwirtschaftlichen Familienbetrieb oder sonstigen Betrieben als Familienarbeitskraft, üben (kunst-)handwerkliche Tätigkeiten aus, arbeiten im Gastronomiebereich und im Fremdenverkehr als Kellnerin/Aushilfe, im Verkauf/Direktvermarktung, im Pflegedienst und der Kinderbetreuung, als gewerbliche Saison- oder Industriearbeitskraft, in Dienstleistungen verschiedener Art wie Buchführung, Versicherungsververtretung und Marketing (vgl. BMVEL 2006).

17% der Frauen, die zusätzlich eine Nebenerwerbstätigkeit ausüben, sind voll erwerbstätig. 18% sind mit 15-34 Stunden in Teilzeit beschäftigt und 36% der Frauen, die sich als Hausfrau bezeichnen, gehen einer oder mehreren Nebenerwerbstätigkeiten nach (ebd.).

### 8.10 Erwerbsmöglichkeiten und Lohnniveau von Frauen und Männern in der Landwirtschaft

2,4% der Erwerbspersonen in Deutschland sind in der Landwirtschaft tätig. Im europäischen Vergleich ist dieser Anteil relativ gering.

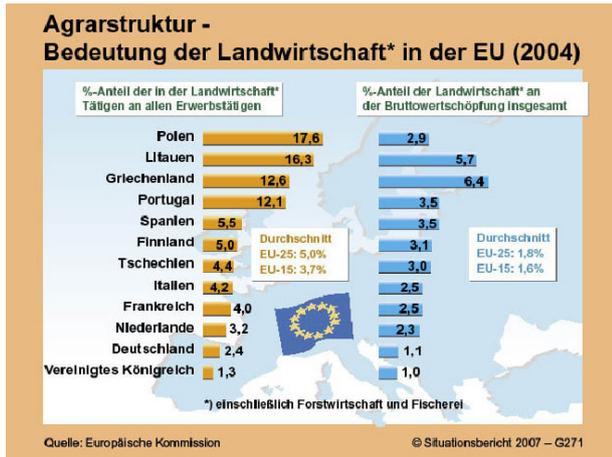


Abb. 42: Bedeutung der Landwirtschaft in der EU (DBV 2006, S. 146)

Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen hat sich von 1950 bis 2005 um 84% verringert. Ca 1,3 Mio. Menschen waren im Jahr 2005 in der gesamtdeutschen Landwirtschaft beschäftigt (DBV 2006).

Waren in den landwirtschaftlichen Betrieben in der DDR im September 1989 noch rund 850.000 Personen beschäftigt, so waren es Mitte 2005 mit 165.000 ca. 81% weniger (ebd.).

#### 8.10.1 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft bestehen aus Familienarbeitskräften, SaisonarbeiterInnen und ständigen ArbeitnehmerInnen.

Im Jahr 2005 liegt der Anteil der Familienarbeitskräfte an den in der Landwirtschaft Beschäftigten bei 61%. Dieser Wert ist gegenüber 2003 um 5% zurückgegangen (DBV 2006).

In den alten Bundesländern liegt der Anteil der Familienarbeitskräfte mit 67% um 17 Prozentpunkte über dem in den neuen Bundesländern. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der ArbeitnehmerInnen mit 51% gegenüber 9,3% in westdeutschen Regionen signifikant überproportional (siehe Abb. 43).

<sup>7</sup> Im Jahr 2004 standen sektorübergreifend abhängig erwerbstätige Frauen zu 43% in Teilzeitbeschäftigung (31 Stunden pro Woche und weniger). Bei den Männern sind dies nur 7% (vgl. Dressel 2005, S. 121)

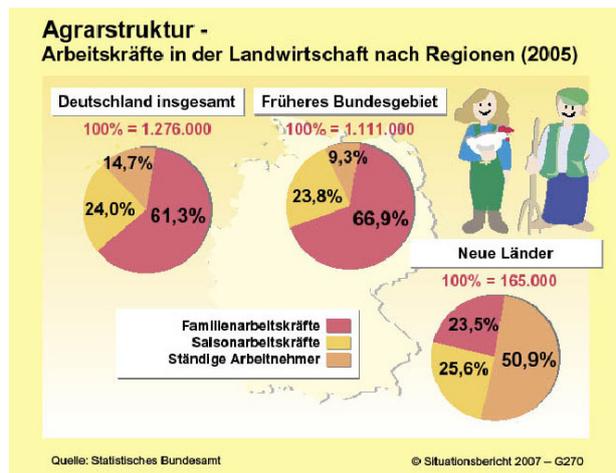


Abb. 43: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft nach Regionen 2005 (DBV 2006, S. 141)

Von knapp einer halben Million Menschen (494.000), die in der Landwirtschaft als ArbeitnehmerInnen tätig sind, arbeiten 187.000 in Voll- oder Teilzeit und 307.000 nur saisonal (DBV 2006).

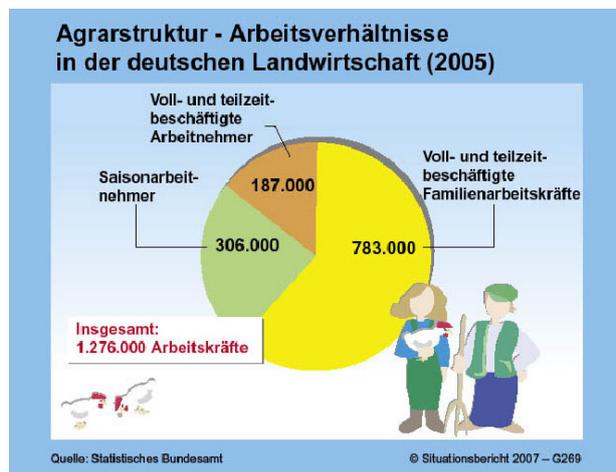


Abb. 44: Arbeitsverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft 2005 (DBV 2006, S. 141)

In der Literatur wird erwähnt, dass vor allem Frauen in der Landwirtschaft in überwiegender Mehrheit im Teilzeitbereich arbeiten. Damit ist die Teilzeitarbeit auch im Landwirtschaftssektor eine „weibliche Domäne“<sup>7</sup>.

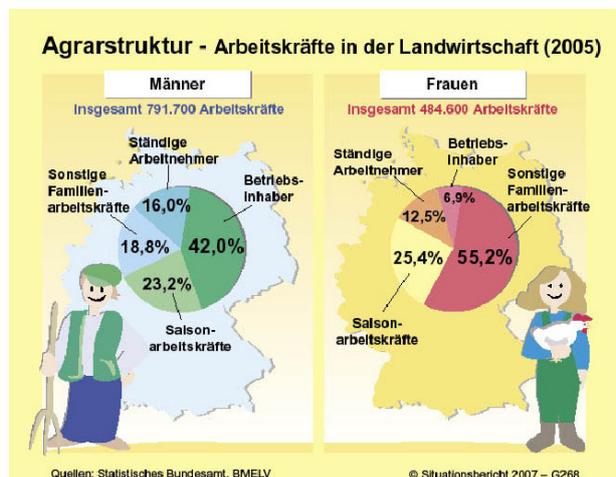


Abb. 45: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 2005 (DVB 2006, S. 142)

38% der landwirtschaftlichen Arbeitsleistung wurden im Jahr 2005 von Frauen erbracht. Sie arbeiteten zu 55% als Familienarbeitskraft, dem gegenüber arbeiteten nur ca. 19% der Männer als Familienarbeitskraft. Der Anteil an Saisonarbeitskräften ist mit 25,4% bei den Frauen gegenüber 23,2% bei den Männern nur geringfügig höher.

Den größten Anteil belegen Männer in der Landwirtschaft als Betriebsinhaber mit 42%, dem gegenüber steht der Wert von 7% Betriebsinhaberinnen (siehe Abb. 46) (DBV 2006).

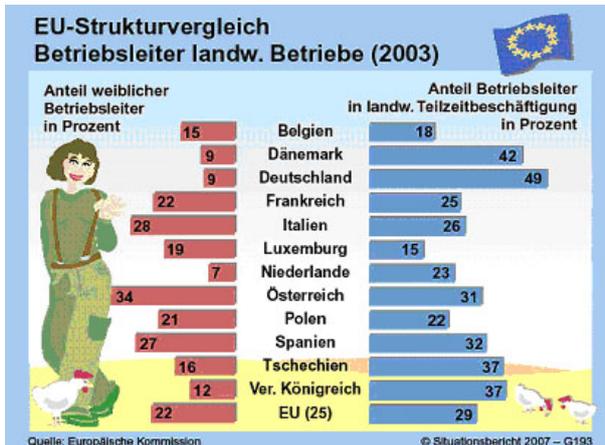


Abb. 46: BetriebsleiterInnen landwirtschaftlicher Betriebe 2003 im EU-Vergleich (DBV 2006, S. 142)

Der Wert von 7% als Anteil von Frauen an der Betriebsleitung landwirtschaftlicher Betriebe im Jahr 2005 zeigt, dass gegenüber 2003 ein Rückgang von 2 Prozentpunkten zu verzeichnen ist. Auch im europäischen Vergleich glänzen deutsche Betriebe nicht in puncto weiblicher Betriebsführung; sie besetzten zusammen mit den Niederlanden und Dänemark die letzten Plätze (vgl. Abbildung 46). Spitzenreiter ist Deutschland jedoch bezüglich der Beschäftigung in der Betriebsführung in Teilzeit mit fast 50% (DBV 2006).

Unter den SaisonarbeiterInnen ist die nichtdeutsche Herkunft die Regel. In der deutschen Landwirtschaft arbeiten überwiegend polnische und andere osteuropäische Saisonarbeitskräfte, die zwar kein Visum jedoch eine Arbeitserlaubnis benötigen (ebd.).

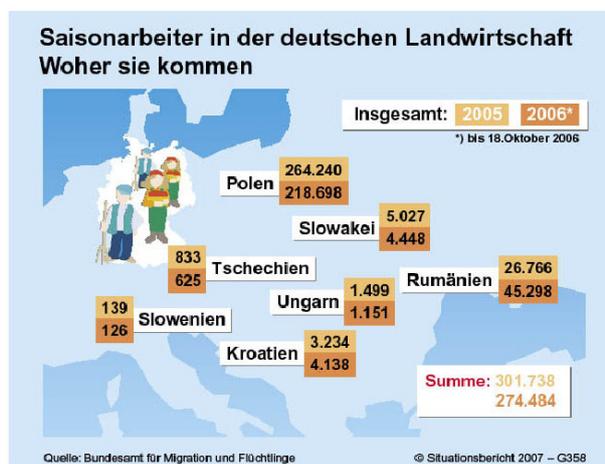


Abb. 47: Herkunft von SaisonarbeiterInnen in der deutschen Landwirtschaft (DBV 2006, S. 141)

### 8.10.2 Beschäftigungsperspektiven ehemals in der Landwirtschaft tätiger Frauen

Studien zeigen, dass der agrarstrukturelle Wandel vor allem Frauen berührt. In erster Linie sind ehemals in der Landwirtschaft beschäftigte Frauen nachteilig betroffen (vgl. exemplarisch LASA 1996).

Die Arbeitslosigkeit von Frauen im ländlichen Raum in Ostdeutschland kann jedoch nicht los-gelöst von einer Betrachtung der gesamten schwierigen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation der neuen Bundesländer, gesehen werden. Die starke Rückläufigkeit der Erwerbstätigenzahlen insbesondere in den Jahren 1989 bis 1992 hatte auch erhebliche Konsequenzen für die Erwerbssituation von Frauen. Im Jahr 1994<sup>8</sup> sind 44% aller Beschäftigten in den neuen Bundesländern Frauen, 46% sind sozialversicherungspflichtig erwerbstätig. Dass Frauen stärker als Männer aus der Erwerbstätigkeit ausgeschieden sind, zeigt der Anteil von Frauen an allen Erwerbstätigen in der DDR mit ca. 48%. Die Entwicklung vollzog sich weiter bis zu einem Frauenanteil von zwei Drittel unter den Arbeitslosen und drei Viertel unter den Langzeitarbeitslosen (LASA 1996).

Untersuchungen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin ergaben, dass ca. 45% der aus der Landwirtschaft freigesetzten Frauen in Rente bzw. Vorrente gingen. Ohne gekündigt zu werden, fanden 15% einen neuen regulären Arbeitsplatz. 40% der Frauen wurden durch den ehemaligen Agrarbetrieb betriebsbedingt gekündigt, davon wiederum wurden 43% arbeitslos, 15% fanden einen neuen Arbeitsplatz und 19% beteiligten sich an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Keine näheren Angaben konnten für ein Viertel aller ehemals in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen gemacht werden (ebd.).

Es zeigte sich, dass nur geringe Beschäftigungsperspektiven für Frauen in der Landwirtschaft vorhanden sind. Dies ist zum einen den generell schwierigen Entwicklungsperspektiven im landwirtschaftlichen Beschäftigungssektor geschuldet und zum anderen in Abhängigkeit von den individuellen Voraussetzungen der Frauen zu sehen. Im Landwirtschaftsbereich fanden sie häufig nur saisonal eine weitere Beschäftigung. Auf der einen Seite gab es einen großen Anteil an Frauen, die aufgrund des landwirtschaftlichen Beschäftigungssystems hoch qualifiziert und spezialisiert waren. Sie mussten zum größten Teil eine berufliche Neuorientierung angehen. Auf der anderen Seite gab es viele formal qualifizierte Frauen, die jedoch real ein geringes Bildungsniveau aufwiesen, und damit kaum Chancen auf einen neuen dauerhaften Arbeitsplatz hatten (ebd.).

Laut Angaben des Mikrozensus 1994, in dem ein Prozent aller Haushalte befragt wurden

Die Arbeitsmarktsituation für ehemals in der Landwirtschaft beschäftigte Frauen im Betrachtungszeitraum April 1992 bis Oktober 1995 zeigte ungünstigere Entwicklungen als für männliche Berufskollegen. 1992 waren von den aus der Landwirtschaft kommenden Personen zu 56,7% Frauen, im Jahr 1995 stieg der Frauenanteil auf 61,4% (ebd.).

Eine weitere differenzierte Betrachtung ergab, dass in erster Linie Personen aus der Gruppe der in der agrarischen Primärproduktion Tätigen am stärksten sowie die Altersgruppe zwischen 25 bis unter 35 Jahren leicht überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen waren (ebd.).

Ein interessanter Aspekt ergibt sich bei der genaueren Betrachtung der Mobilität der Arbeitssuchenden. Befragungen ergaben, dass über ein Drittel der agrarisch beschäftigten Frauen keinen Führerschein und kein Auto besitzen. Da ein Großteil der Frauen in der DDR ihren Arbeitsplatz in einer ortsansässigen oder im Nachbarort angesiedelten LPG per Fahrrad erreichen konnten, gab es keine Notwendigkeit für den Führerscheinbesitz. Auch für den Ankauf selbsterzeugter Produkte gab es mobile Aufkaufstationen. Ebenso konnten Lebensmittel entweder im Dorfladen oder über mobile Verkaufseinrichtungen erworben werden. Der Zwang zur Mobilität war demnach nicht gegeben. Als entscheidende Bedingung für ein neues Beschäftigungsverhältnis kann daher die fehlende Mobilität unter einem Großteil der Frauen nicht als „Randproblem“ betrachtet werden. Nicht nur verkehrstechnisch sondern auch häufig aufgrund familiär-sozialer Gebundenheit haben Frauen beträchtliche Zugangsprobleme durch Immobilität zu bewältigen (ebd.).

Resümierend bleibt festzuhalten, dass sich der agrarstrukturelle Wandel auf die Beschäftigungssituation von Frauen differenziert ausgewirkt hat. Gute Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben vor allem Frauen, die gut qualifiziert, jung, flexibel und mobil sind. Ältere, geringer Qualifizierte und jene Frauen, deren Mobilität insgesamt eingeschränkt ist, haben es ungleich schwerer einen neuen Arbeitsplatz zu finden (vgl. auch ebd.).

### 8.10.3 Betriebliche Ausrichtungen, Betriebsgrößen und Erwerbsformen

Gemäß der EU-Typologie sind 43% der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland Futterbaubetriebe (Milch, Rinder, Schafe), 23% Ackerbaubetriebe (Getreide und andere Verkaufsfrüchte), 1% Dauerkultur (Wein, Obst) und Gartenbaubetriebe sowie 2% Veredlungsbetriebe (Schweine, Geflügel, Eier)<sup>9</sup> (DBV 2006).

Insgesamt 366.000 landwirtschaftliche Betriebe (ab zwei Hektar LF) existierten im Jahr 2005 mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von 17 Mio. Hektar. Ebenso erfasst wurden daneben 30.600 Betriebe mit weniger als zwei Hektar LF, die aufgrund von Tierbeständen, Spezialkulturen oder einer Mindestwaldfläche mitgezählt wurden. 8 % der Betriebe mit über 100 Hektar LF bewirtschaften die Hälfte der

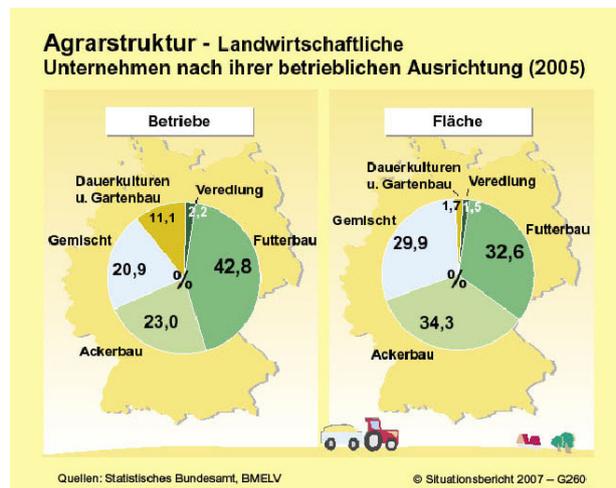


Abb. 48: Landwirtschaftliche Unternehmen nach ihrer betrieblichen Ausrichtung 2005 (DBV 2006, S. 138)

Gesamtwirtschaftsfläche. Der größte Teil dieser 30.300 Betriebe befindet sich in den neuen Bundesländern (DBV 2006).

Im Jahr 2005 wurden in Deutschland 45% der landwirtschaftlichen Einzelunternehmen (ab 2 Hektar Landfläche) im Haupterwerb und 55% im Nebenerwerb bewirtschaftet<sup>10</sup>.

Flächenanteilig nehmen Landwirtschaftsbetriebe im Haupterwerb 76% und im Nebenerwerb 24% der Gesamtwirtschaftsflächen in Deutschland ein (siehe Abb.49).

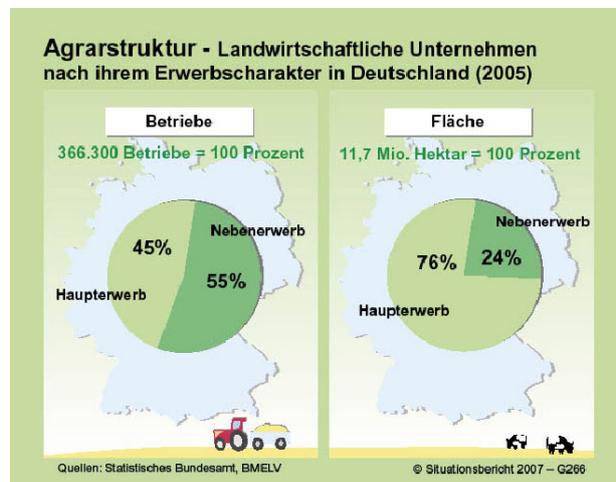


Abb. 49: Landwirtschaftliche Unternehmen nach ihrem Erwerbscharakter in Deutschland 2005 (DBV 2006, S. 138)

<sup>9</sup> Maßgebend für die Einteilung der Betriebe ist die Flächennutzung. Damit ist der gering erscheinende Anteil der Veredelungsbetriebe zu erklären (DBV 2006, S. 138).

<sup>10</sup> Nach aktueller Definition der Betriebsformen (EU-Typologie) sind Hauptbetriebe Betriebe der Rechtsformen Einzelunternehmen und Personengesellschaften mit 16 und mehr „Europäischen Größeneinheiten“ (EGE, 1 EGE= 1.200 Euro Gesamtdeckungsbeitrag) und mindestens einer Arbeitskraft (AK). Klein- und Nebenbetriebe sind Betriebe von 8 bis unter 16 EGE oder unter einer AK (DBV 2006, S. 138).

Abb. 50 zeigt, dass Mecklenburg Vorpommern den größten Flächenanteil im Haupterwerb landwirtschaftlich bewirtschaftet, gefolgt von Sachsen Anhalt und Brandenburg.

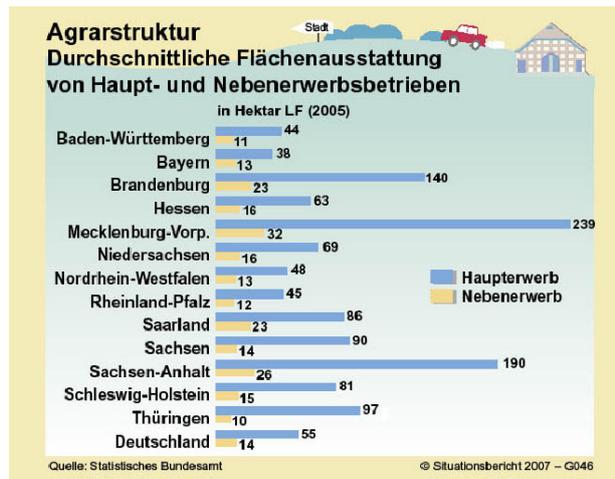


Abb. 50: Durchschnittliche Flächenausstattung von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben (DBV 2006, S. 139)

### 8.10.4 Rechtsformen in der Landwirtschaft

Die Familienbetriebe machen als landwirtschaftliches Einzelunternehmen den größten Teil der Rechtsform in der Landwirtschaft mit 94% aus. Personengesellschaften mit 5% und juristische Personen mit 1% sind zwar betriebsanteilig gering, bewirtschaften jedoch insgesamt 31% der landwirtschaftlichen Fläche und sind vor allem in den neuen Bundesländern von Bedeutung (siehe Abb. 51) (DBV 2006).

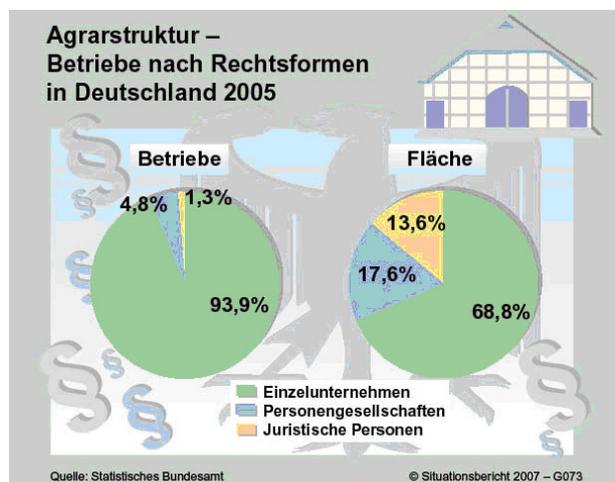


Abb. 51: Betriebe nach Rechtsformen in Deutschland 2005 (DBV 2006, S. 133)

Während in den alten Bundesländern die Zahl der Betriebe bei gleichzeitiger Vergrößerung der Betriebsfläche sinkt, erhöht sich die Zahl der Betriebe in den neuen Bundesländern mit gleichzeitiger Reduzierung der Fläche (siehe Abb. 52).

### 8.10.5 Berufsausbildung in der deutschen Landwirtschaft

Zu den 14 „grünen Berufen“ gehören neben dem Landwirt auch die Ausbildungsberufe Hauswirtschafterin,



Abb. 52: Deutsche Landwirtschaft im Wandel (DBV 2006, S. 133)

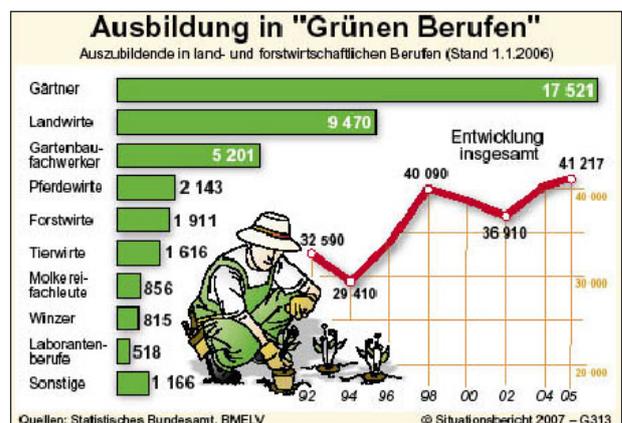


Abb. 53: Auszubildende in land- und forstwirtschaftlichen Berufen 2006 (DBV 2006, S. 144)

Winzer, Gärtner oder Tierwirt und als neuester Beruf die Fachkraft Agrarservice<sup>11</sup> (DBV 2006, S. 144).

Insgesamt 41.200 junge Frauen und Männer erlernten Ende 2005 einen land- oder forstwirtschaftlichen Beruf, eine geschlechtergetrennte Erfassung ist hier nicht aufgeführt. Grundsätzlich ist ein Anstieg der Auszubildenden um insgesamt 2% zu verzeichnen, für den Beruf des Landwirts/ der Landwirtin ergab sich sogar eine Zunahme von 3% gegenüber des Vorjahres. Für ausgebildete LandwirtInnen existiert ein Überangebot an Ausbildungsplätzen, die Zahl der unbesetzten Stellen wird auf mehrere Tausend geschätzt (DBV 2006).

Verglichen mit der weiblichen Gesamtbevölkerung Deutschlands haben Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben eine höhere schulische und berufliche Qualifikation. Ihr Bildungsniveau ist in den letzten 20 Jahren auffallend angestiegen.

95% der befragten Frauen haben mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung. Während der größte Teil im Bereich der Hauswirtschaft ausgebildet ist, orientieren sich jüngere Frauen auch zunehmend in Richtung anderer Berufe (Fahning 2001).

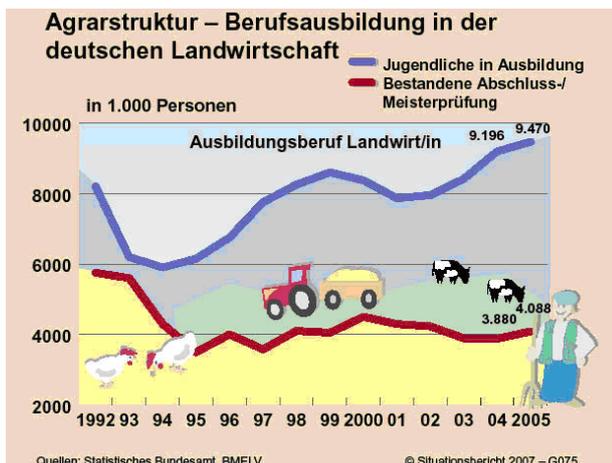


Abb. 54: Ausbildungsberuf Landwirt/in (DBV 2006, S. 144)

### 8.10.6 Einkommensverhältnisse der FacharbeiterInnen landwirtschaftlicher Betriebe in der DDR

In der DDR zählten spezialisierte FacharbeiterInnen landwirtschaftlicher Betriebe mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen von über 1.000 Mark zu den SpitzenverdienerInnen (Augustin 1992, S. 40)<sup>12</sup>. Zusätzlich wurden Mieten, Tarife des öffentlichen Personennahverkehrs, Grundnahrungsmittel, Energiekosten und soziale Leistungen wie die Kinderbetreuung vom Staat bezuschusst (Eglitis 1999).

Die Haushaltseinkommen haben zwar seit 1999 im allgemeinen stark zugenommen. Im Gegenzug sind jedoch auch Großteile der staatlichen Subventionen abgebaut worden, was zu einer Belastung der Haushalte durch höhere Ausgaben führte (ebd.).

Ein besonders geringes Kaufkraftniveau herrscht in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. Dies zeigt sich vor allem in den ländlich geprägten Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns und anderen peripheren, strukturschwachen Räumen auch anderer Länder (siehe auch Abb. 61, 63, 64, Kapitel 8.12) (ebd.).

### 8.10.7 Einkommen und Einkommenskombinationen landwirtschaftlicher Betriebe

Die Unternehmensergebnisse von Haupterwerbsbetrieben sind in den Bundesländern verschieden. Sie liegen im Wirtschaftsjahr 2005/2006 durchschnittlich in Gesamtdeutschland bei 31.700 € (vgl. DBV 2006).

Schleswig-Holstein belegt dabei mit 41.040 € den ersten Platz, gefolgt von Niedersachsen mit 39.031 € und Rheinland-Pfalz mit 38.282 €. Die neuen Länder weisen durchschnittlich ein Ergebnis von 35.465 € auf. Sie stehen bezüglich der Einbußen im Vergleich zum Vorjahr mit einem Minus von 24,5% an erster Stelle. Aus den alten Bundesländern folgen Baden-

<sup>12</sup> Nach Angaben der Statistik lag das durchschnittliche monatliche Nettoarbeitsentgelt der vollbeschäftigten ArbeiterInnen und Angestellten in der Landwirtschaft im Jahr 1989 mit 1.090 Mark hingegen leicht unter dem Durchschnitt aller vollbeschäftigten ArbeiterInnen und Angestellten mit 1.136 Mark (Statistisches Amt der DDR 1990, S. 144)

Württemberg mit einem Minus von 13,7% und Nordrhein-Westfalen mit einem Minus von 8,3% (ebd.).

Bezüglich der Betriebsform sind auch klare Tendenzen abzulesen. Vergleiche mit Vorjahreszahlen ergeben, dass insgesamt Einbußen von 15,5 % in den Ackerbaubetrieben zu verzeichnen sind. Lediglich die Betriebsformen des Futterbaus Milch mit einem Plus von 10,2% und des Sonstigen Futterbaus mit einem Plus von 1,5% erzielten im Vergleich zum Vorjahr Gewinne (ebd.).

Das Unternehmensergebnis je Familienarbeitskraft beträgt im Wirtschaftsjahr 2005/06 im Durchschnitt der Betriebe 22.400 €. Der von der Bundesregierung herangezogene gewerbliche Vergleichslohn wird um ca. 17% verfehlt (siehe Abb. 55 und 56) (ebd.).

Die Haushaltseinkommen haben zwar seit 1999 im allgemeinen stark zugenommen. Im Gegenzug sind jedoch auch Großteile der staatlichen Subventionen abgebaut worden, was zu einer Belastung der Haushalte durch höhere Ausgaben führte (ebd.).

Ein besonders geringes Kaufkraftniveau herrscht in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. Dies zeigt sich vor allem in den ländlich geprägten Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns und anderen peripheren, strukturschwachen Räumen auch anderer Länder (siehe auch Abb. 61, 63, 64, Kapitel 8.12) (ebd.).

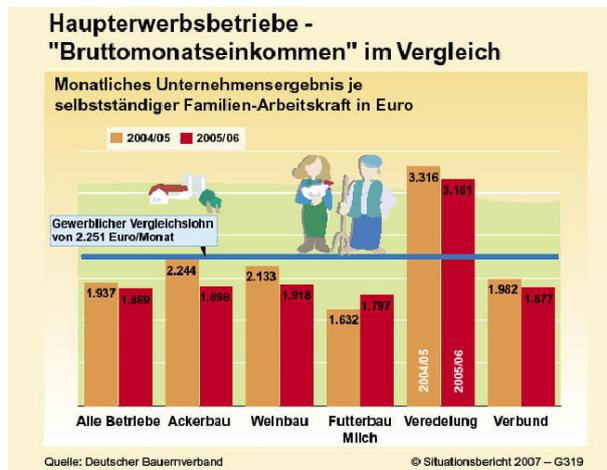


Abb. 55: Bruttomonatseinkommen in Haupterwerbsbetrieben im Vergleich (DBV 2006, S. 264)

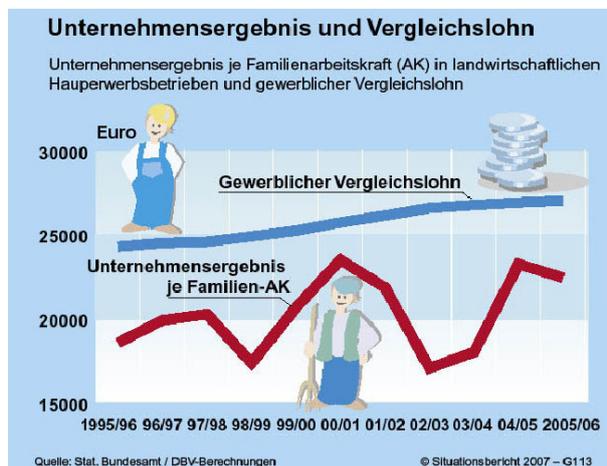


Abb. 56: Unternehmensergebnis und Vergleichslohn (DBV 2006, S. 265)

Ebenfalls nicht zufriedenstellend sind die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2005/2006 unter dem Blickwinkel der Entlohnung der im Betrieb eingesetzten Faktoren Arbeit und Kapital. Würden für die durchschnittlichen 1,41 Familienarbeitskräfte eines Betriebes ein Lohn, der auch für fremde Arbeitskräfte einschließlich Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung gezahlt wird und ein Zinsansatz von 3,5% für das eingesetzte Eigenkapital angesetzt, so müsste das durchschnittliche Unternehmensergebnis bei 50.000 € liegen. Bei einem Unternehmensergebnis deutscher Haupterwerbsbetriebe von durchschnittlich 31.700 € wird der erforderlichen Faktorentlohnung nur zu etwas zwei Dritteln Rechnung getragen (ebd.).

Die betrieblichen Erträge im Wirtschaftsjahr 2005/06 sind im Durchschnitt aller Betriebsformen um 0,2% auf 182.800 € zurückgegangen. Dagegen stiegen die betrieblichen Aufwendungen um 0,5% an. Vor allem die Aufwendungen für Energie und Treibstoff (+11,2%), Saatgut (+4,4%) und Düngemittel (+3,7%) sind angestiegen (ebd.).

### Zusätzliche Einkommensquellen

Viele landwirtschaftliche Betriebe erzielen ein zusätzliches Einkommen aus Tätigkeiten im landwirtschaftlichen Nebenbetrieb, außerhalb der Landwirtschaft oder mit sonstigen Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung etc. (Fahning 2001).

Durch die Schwerpunktsetzung ihres Arbeitseinsatzes auf dem Betrieb oder außerhalb bestimmten traditionell die Männer, ob der Betrieb im Haupt- oder Nebenerwerb bewirtschaftet wurde. Die meisten Frauen übernahmen ebenso traditionell die verbleibenden betrieblichen Tätigkeiten oder suchten nach Tätigkeitsfeldern für zusätzliche Einkommensquellen (ebd.).

Im Laufe der letzten Jahrzehnte nimmt die Zahl der Frauen zu, die außerhalb der Landwirtschaft weiter ihren Beruf ausüben und damit zum Familieneinkommen beitragen. Frauen, die noch im landwirtschaftlichen Betrieb zu erledigende Arbeiten verrichten müssen, sind auf einen Arbeitsplatz in ihrem außerlandwirtschaftlichen Beruf in der Region angewiesen. Da diese selten vorhanden sind, entscheiden sich Frauen häufig für alternative Erwerbskombinationen im landwirtschaftlichen Betrieb. Dabei werden persönliche Begabungen und Qualifikationen, Potenziale des Betriebes oder der Region genutzt, bspw. leerstehende Gebäude oder touristische Attraktionen, um eine neue Einkommensquelle zu initiieren (ebd.).

### Außerbetriebliche Erwerbstätigkeit

Vor allem für die landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe (NE-Betriebe) ist die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit von größerer Bedeutung, wengleich auch ein Teil der Haupterwerbsbetriebe (HE-Betriebe) außerlandwirtschaftliche Einkommen erzielen (Fahning 2001).

Die Arbeitsmarktsituation der Region und die eigene berufliche Qualifikation sind die wichtigsten Faktoren,

welche die Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebs beeinflussen (ebd.).

Im einem Betrachtungszeitraum von Mai 1998 bis April 1999 erzielten in Niedersachsen 42% der landwirtschaftlichen Einzelunternehmen ab 2 ha LF ein außerbetriebliches Erwerbseinkommen, von den Nebenerwerbsbetrieben waren es 79%, von den HE-Betrieben nur 12% (ebd.).

Es zeigt sich zudem eine größere Bedeutung der außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit für die kleineren Betriebe. In Niedersachsen liegt die außerbetriebliche Erwerbstätigkeit bei Betrieben unter 50 ha bei 53%, bei Betrieben mit über 50 ha bei 14% (ebd.). Eine in Bayern durchgeführte Studie bestätigt den Zusammenhang zwischen Betriebsflächen unter 50 ha und höheren Anteilen an außerhäuslicher Berufstätigkeit (Weinberger-Miller et al. 1996, zitiert in Fahning 2001, S. 15).

### 8.10.8 Landwirtschaftliche Löhne in Ost und West

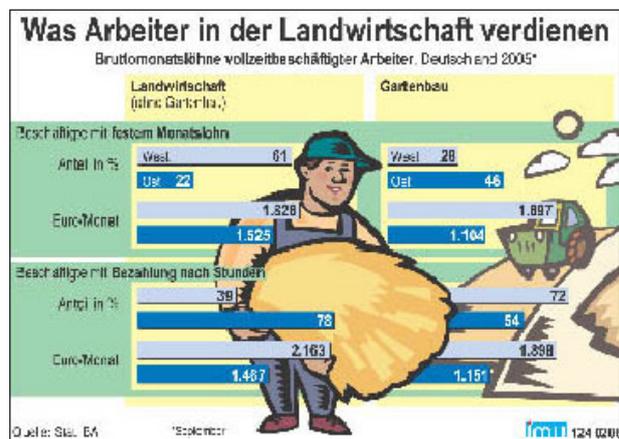


Abb. 57: Bruttomonatslöhne vollzeitbeschäftigter ArbeiterInnen in der Landwirtschaft (DBV 2006, S. 194)

Im September 2005 beträgt der Bruttomonatslohn der in der Landwirtschaft vollzeitbeschäftigten männlichen Arbeiter (ohne Gartenbau) in den alten Bundesländern mit einem Anteil der Beschäftigten von 61% mit festem Monatslohn 1.828 Euro, in den neuen Bundesländern mit einem Anteil von 22% der Beschäftigten mit festem Monatslohn 1.525 Euro. Beschäftigte mit Bezahlung nach Stunden, die im Westen einen Anteil von 39%, im Osten einen Anteil von 78% ausmachen, verdienen monatlich 2.163 Euro bzw. 1.467 Euro (siehe Abb. 57) (DBV 2006).

Im Gartenbau sind 28% im Westen mit einem festen Monatslohn von 1.897 Euro beschäftigt und stehen den ostdeutschen Beschäftigten mit einem Anteil von 46% mit einem festen Monatslohn von 1.104 Euro gegenüber. 72% der Westdeutschen sind mit Bezahlung nach Stunden beschäftigt und erhalten monatlich 1.898 Euro, die 54% der ostdeutschen nach Stunden bezahlten Beschäftigten erhalten im Monat 1.151 Euro. Im früheren Bundesgebiet ist der durchschnitt-

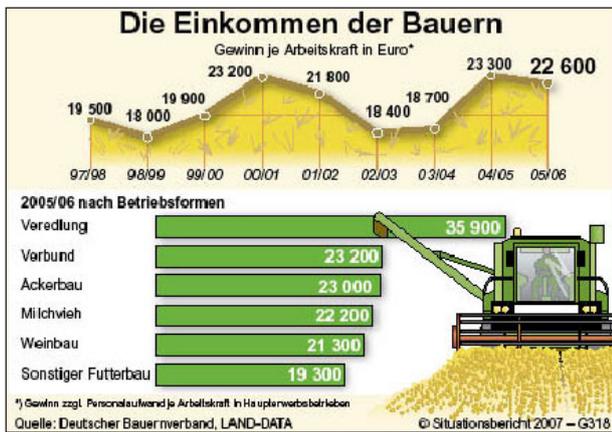


Abb. 58: Einkommen der Bauern und Bäuerinnen (DBV 2006, S. 268)

liche Bruttostundenverdienst im Jahr 2005 mit 10,75 Euro im Vergleich zum Vorjahr um 33 Cent geringer. In den neuen Ländern liegt der entsprechende Stundenverdienst bei 7,33 Euro (im Vorjahr 7,43 Euro) (siehe Abb. 57) (ebd.)<sup>13</sup>.

Angaben zu den Löhnen von Frauen im Landwirtschaftssektor sind an dieser Stelle nicht gegeben.

### 8.10.9 Der Beitrag von Frauen am landwirtschaftlichem Gesamteinkommen

Der Arbeitseinsatz von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben hat eine erhebliche soziale und wirtschaftliche Bedeutung für landwirtschaftliche Familien und Betriebe und nicht zuletzt auch für die soziale Infrastruktur im ländlichen Raum. Frauen arbeiten im Haus, auf dem Hof, in außerlandwirtschaftlichen Erwerbsbereichen, in der Politik und im Ehrenamt und bringen sich in unterschiedlichsten Bereichen ein (Fahning 2001).

Eine im Jahr 2000/2001 durchgeführte Studie der Agrarsozialen Gesellschaft sollte dem Mangel an verlässlichen Zahlen zum wirtschaftlichen Beitrag von Frauen auf landwirtschaftliche Betriebe entgegenwirken (ebd.).

Die Studie ergab, dass Frauen in Haupterwerbsbetrieben wöchentlich 63 Stunden arbeiten. Damit liegt die durchschnittliche Arbeitszeit höher als die der Frauen mit 57 Stunden in Nebenerwerbsbetrieben. In den vier großen Arbeitsbereichen der Frauen Hauswirtschaft, Landwirtschaft, landwirtschaftliche Nebenbetriebe und außerbetriebliche Tätigkeiten lassen sich keine saisonalen Schwankungen der Arbeitszeiten feststellen (ebd.).

Den größten Anteil ihrer Arbeitszeit leisten Frauen in unbezahlten Tätigkeitsbereichen. 32 Stunden, damit also die Hälfte ihrer Arbeitszeit, dient der Lebensqualität ihrer Familien. Neben den hauswirtschaftlichen Tätigkeiten zählen dazu Kindererziehung und betreu-

ung, die Versorgung alter und kranker Menschen und zudem die Arbeit im Nutz- und Ziergarten. 81% der Frauen in Haupterwerbsbetrieben und 86% der Frauen in Nebenerwerbsbetrieben erledigen die Arbeit im Haushalt überwiegend allein. Auch wenn die Frauen einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nachgehen oder einen landwirtschaftlichen Nebenbetrieb verantworten, so steigern die Partner ihren Arbeitseinsatz im Haushalt nur unwesentlich (ebd.).

94% der befragten Frauen arbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb. Von allen betrieblichen Arbeitsbereichen liegt die durchschnittliche Arbeitszeit mit 4 Stunden pro Woche im Bereich der Buchhaltung, in der die meisten Frauen (82%) arbeiten. Viel arbeitsintensiver ist jedoch die Tierhaltung, in der ebenfalls viele Frauen arbeiten (für Milchkühe sind 54% und für Schweine 28% der Frauen zuständig). Die Milchviehhaltung ist mit 21 Stunden pro Woche, gefolgt von der Schweinehaltung mit 14 Stunden pro Woche ist besonders arbeitsintensiv (ebd.).

Für landwirtschaftliche Nebenbetriebe haben Direktvermarktung und Urlaub auf dem Bauernhof eine größere Bedeutung. Vor allem größere landwirtschaftliche Betriebe bieten Direktvermarktung und Bauernhofurlaub an, für einzelne landwirtschaftliche Betriebe ist dies eine wichtige Einkommensquelle. Für die Direktvermarktung arbeiten Frauen von Haupterwerbsbetrieben durchschnittlich 12 Stunden pro Woche, von Nebenerwerbsbetrieben 6 Wochenstunden. Für die nebenbetriebliche Einkommensquelle im Bereich Urlaub auf dem Bauernhof beträgt der Arbeitsanfall für Haupterwerbsbetriebe 8 Wochenstunden (ebd.).

### Außerbetriebliche Erwerbstätigkeit als wichtige Einkommensergänzung

Von Haupterwerbsbetrieben sind 20% der Befragten außerbetrieblich erwerbstätig, von Nebenerwerbsbetrieben sind es 41%. Die Frauen gehen durchschnittlich 18 Wochenstunden, zumeist in Teilzeit, einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nach. Die Bedeutung dieser außerbetrieblichen Beschäftigung ist für Frauen von Betrieben unter 50 ha von größerer Bedeutung als für Frauen, die in Betrieben mit über 50 ha arbeiten. Die überwiegende Mehrheit ist außerbetrieblich in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt. Frauen, die von größeren Betrieben sind, erzielen ihr Einkommen zunehmend aus selbständiger Tätigkeit (Fahning 2001).

Die Hälfte aller Befragten engagiert sich zusätzlich zu den häuslichen und beruflichen Arbeiten in ehrenamtlicher Form. Dies vornehmlich in der Landfrauenarbeit, in Kirche, Politik, Schule oder Sport. Sie leisten damit einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum (ebd.).

Das Engagement für die Verbesserung der Rechte von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben wird vor allem durch die Mitarbeit im Landfrauenverein erbracht (ebd.).

<sup>13</sup> Die Angaben zum Bruttostundenverdienst beziehen sich auf die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Landarbeiter in der Landwirtschaft (DBV 2006, S. 194).

### Anteil des durch Frauen erwirtschafteten landwirtschaftlichen Gesamteinkommens

Einkommensbeiträge aus der Landwirtschaft, landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit und sonstigen Einkommen ergeben zusammen das Einkommen von landwirtschaftlichen Betrieben. Trotz zusätzlicher Einkommensquellen bei Haupterwerbsbetrieben (HE-Betriebe) macht das Einkommen aus der Landwirtschaft den größten Anteil am Gesamteinkommen aus. Bei Nebenerwerbsbetrieben (NE-Betriebe) ist die Bedeutung des landwirtschaftlichen Einkommens per Definition geringer und zugunsten des außerlandwirtschaftlichen Einkommens ausgelegt (Fahning 2001).

Im Wirtschaftsjahr 1999/2000 betrug das durchschnittliche Gesamteinkommen in niedersächsischen HE-Betrieben über 2 ha 75.263 DM pro Einzelunternehmen. Durchschnittlich ein Drittel des Gesamteinkommens von Betriebsleiterehepaaren wird von Frauen erwirtschaftet. Werden auch die von Betriebsleiterehepaaren erbrachten Arbeitsleistungen der reproduktiven Tätigkeiten für Familie, Haushalt und Hof im landwirtschaftlichen Betrieb monetär bewertet, ergibt dies einen Wert von 38.000 DM. Frauen leisten mit 95% damit einen Wert von 36.000 DM (ebd.).

Zu niedrige Einkommen sind für Frauen ein Grund für betriebliche Änderungsvorhaben. Zwei Drittel der Frauen sind mit ihrer Arbeitssituation nicht unzufrieden, vielmehr sind sie hinsichtlich der Wertschätzung ihres persönlichen Verdienstes und des betrieblichen Einkommens insgesamt unzufrieden (ebd.).

### 8.11 Erwerbsmöglichkeiten und Lohnniveau von Frauen und Männern in anderen Sektoren

#### 8.11.1 Sektoraler Strukturwandel

Zwei Drittel aller Arbeitsplätze in Deutschland entfallen auf den Dienstleistungsbereich. Dabei liegt das Niveau in den neuen Ländern über dem der alten Länder.

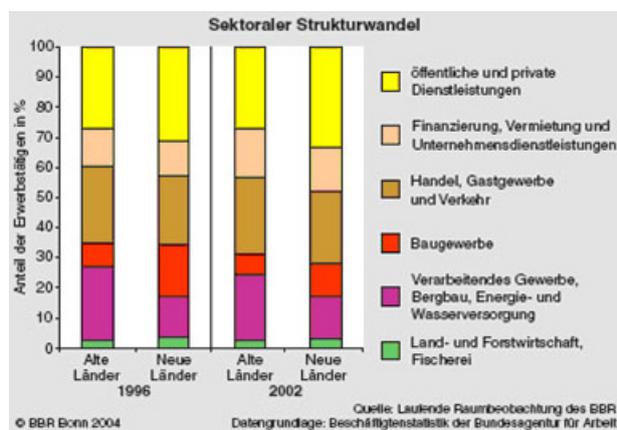


Abb. 59: Sektoraler Strukturwandel (BBR 2005, S.48)

Dies kann auch darin begründet liegen, dass ein Rückgang des Produzierenden Gewerbes zwangsläufig mit einem Anstieg des Tertiärsektors einher geht. Rückschlüsse auf eine positive Bewältigung des sektoralen

Wandels sind demnach daraus nicht abzuleiten. Der gesamte Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen ist in Ostdeutschland weiterhin überrepräsentiert. Ansonsten sind die Unterschiede im tertiären Sektor zwischen den alten und neuen Ländern kleiner geworden (BBR 2005).

#### 8.11.2 Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft

Die ländliche Gesellschaft unterliegt einem enormen strukturellen Wandel. Damit vollziehen sich auch dauerhafte Veränderungen der Erwerbsstruktur, die einen bedeutenden Einfluss auf verschiedene Wirtschaftszweige haben. In der Bundesrepublik Deutschland nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in der Forst- und Landwirtschaft bei gleichzeitiger Zunahme des gewerblichen Sektors deutlich ab (Maier 2005).

Eine Verringerung der beruflichen Vielfalt im ländlichen Raum erschwert die Erwerbstätigkeit in sonstigen Einkommensalternativen. Von dieser Situation sind insbesondere die Jugendlichen betroffen, für die nur eine begrenzte Auswahl und Anzahl an Ausbildungsplätzen vor Ort vorhanden ist. (siehe auch Kapitel 7.6 und 7.7) (ebd.).

Mit Förderpolitik in ländlichen Regionen versuchte der Staat, regionalpolitische Ziele zu verfolgen und positive Entwicklungen für die Erwerbssituation zu schaffen. In den 1960er Jahren dominierte die Industriepolitik, die im ländlichen Raum die Gründung neuer Betriebe (häufig Zweigbetriebe im Textil- und Bekleidungssektor) förderte. Ende der 1960er Jahre kamen Tourismusprojekte hinzu, die aus anfänglich privaten Angeboten (Pensionen, Urlaub auf dem Bauernhof) bestanden und später forciert durch Grenzlandabschreibungen Dimensionen von Großprojekten (mit mehr als 300 Gästebetten) annahmen. Die 1980er Jahre waren raumplanerisch vom Leitbild der ökologischen Stadt- und Regionalplanung geprägt. Sogenannte sanfte Strategien der Regionalpolitik mit der Zielsetzung „aus den Regionen für die Regionen“ förderten die Dezentralisierung staatlicher Einrichtungen. In dieser Zeit kam es zu vielen Gründungen von Hochschulen und Fachhochschulen, die neue Bildungsmöglichkeiten für SchülerInnen im ländlichen Raum darstellten und die Ober- und Mittelzentren aufwerteten (ebd.).

Die polarisierten Gegensätze von Stadt und Land in Form städtischer Erwerbsmöglichkeiten versus Landwirtschaft haben sich im Zuge der Suburbanisierung und der wirtschaftlichen Fördermaßnahmen von Industrie und Tourismus einander angenähert (ebd.).

Bezüglich der Erwerbsstrukturen und Arbeitslosigkeit gibt es keine einheitliche Zuordnung für den ländlichen Raum. Obwohl die Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum tendenziell über den Quoten der Verdichtungsräume liegt, sind nicht generell ländliche Gebiete stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Während bspw. die Uckermark eine extrem hohe Arbeitslosenquote hat, weist die ländliche Region Oberland/Bayern die

kleinsten Quoten auf. Dies zeigt, dass eine Analyse der Erwerbsmöglichkeiten nicht ausschließlich an der Raumkategorie „Ländlichkeit“ abgearbeitet werden kann. Vielmehr ist ein polarisationstheoretischer Ansatz zur Definition peripherer Räume hilfreich, in dem die Abhängigkeit der Regionen von wirtschaftlichen Zentren in unterschiedlicher Intensität erfasst wird. Damit wäre dem Einfluss von großen, überregional wirtschaftenden Unternehmen (bspw. halbstaatliche Einrichtungen, im Handelsbereich die Discounter und Handelsketten, in der Landwirtschaft die großen Milch- und Fleischvermarktungsbetriebe) auf die Region Rechnung getragen (ebd.).

Strukturschwache ländliche Räume zeichnen sich dadurch aus, dass für die durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft freigesetzte Erwerbsbevölkerung keine Arbeitsplätze im produzierenden sowie Dienstleistungsbereich vorhanden sind.

Den durch die Bildungsmaßnahmen der 1970er Jahre vorhandenen gut ausgebildeten jungen Frauen und Männern stehen nicht ausreichend qualifizierte Arbeitsplätze in der Region zur Verfügung. Vor allem in den peripheren Räumen der neuen Bundesländer bahnen sich Probleme der sozialen Erosion an (ebd.).

Umso bedeutender ist die für den ländlichen Raum charakteristische Einkommenskombination. Auf der

Suche nach Marktnischen und mittels Mehrfachbeschäftigungen, bspw. in der Kombination der Landwirtschaft und des Tourismus, versucht die ländliche Bevölkerung, die Potenziale für Einkommensalternativen zu nutzen. Weitere Chancen bietet der Erhalt von Handwerk und Kleingewerbe durch Einbindung regionaler Konzepte der Regional-, Energie-, und Verkehrspolitik (ebd.).

Das Beispiel der Region Uckermark in Brandenburg wurde im Raumordnungsbericht der Bundesregierung 2000 benannt. Seit der Wende erfuhr der Kreis einen drastischen Bevölkerungsrückgang und wies mit 22% die höchste Arbeitslosenquote der Republik auf. Hier lagen die Schwerpunkte auf der Förderung im touristischen Bereich, der Schaffung von Arbeitsplätzen für arbeitslose Frauen sowie grenzüberschreitenden Projekten nach Polen (ebd.).

### 8.1.1.3 Beschäftigung im Industrie und Dienstleistungssektor

Die Schaffung wettbewerbsfähiger Industriestrukturen und damit eines höheren Anteils an Erwerbstätigkeiten im verarbeitenden Gewerbe ist politisch gewollt und stellt eine Herausforderung dar. In diesem Punkt liegt der Erwerbstätigenanteil in den neuen Bundesländern trotz Erfolgen beim Aufbau der ostdeutschen Industrie weit hinter den alten Ländern. Regional vergleichsweise schwach ausgeprägt sind in Ostdeutsch-

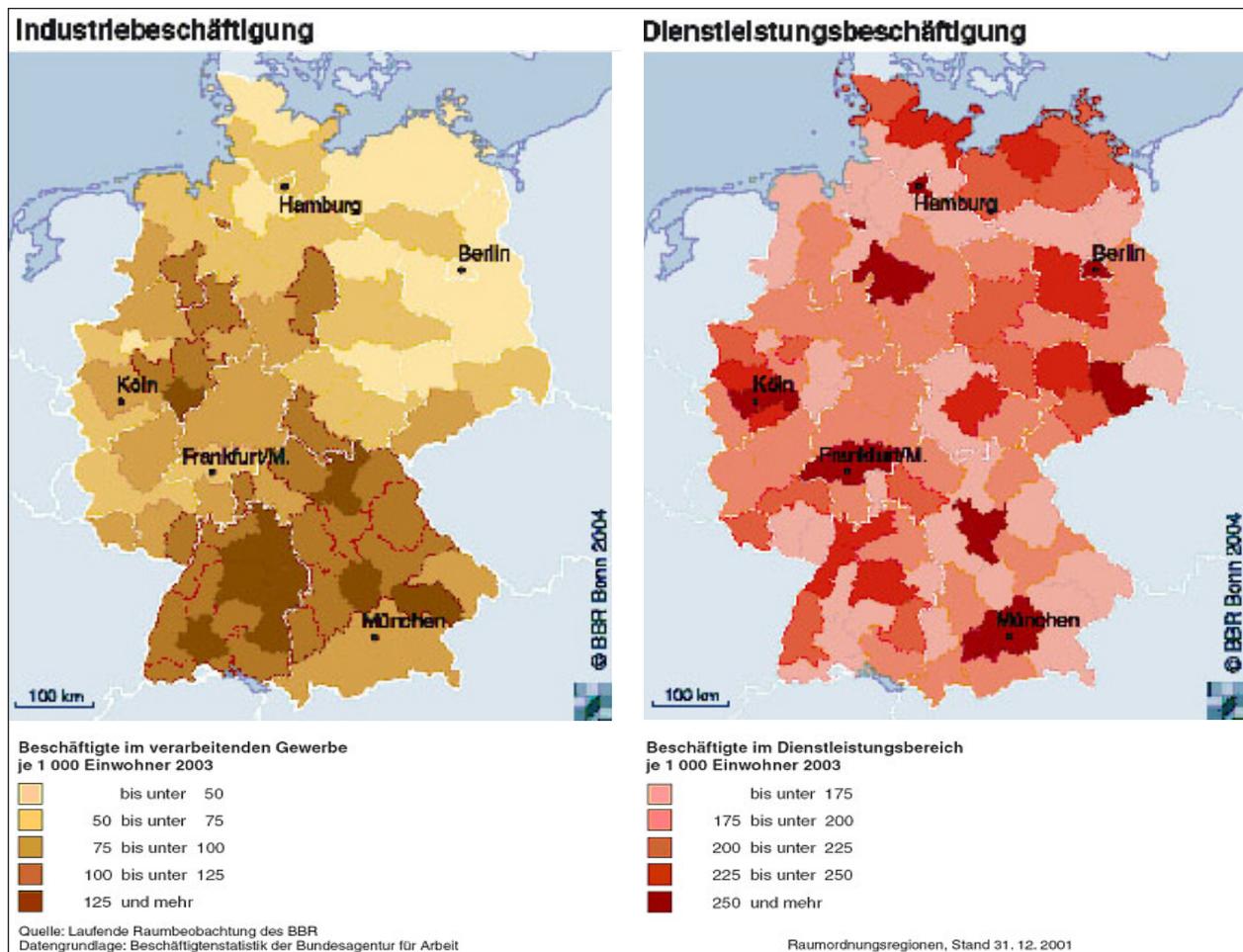


Abb. 60: Beschäftigung im Industrie- und Dienstleistungssektor (BBR 2005, S. 49)

land die Branchenschwerpunkte. Der größte Teil der Beschäftigung gründet in Ostdeutschland auf Branchen, die es in fast allen Regionen gibt (BBR 2005).

Von den 23 ostdeutschen Raumordnungsregionen weist nur Südthüringen eine Ausstattung mit Industriearbeitsplätzen über dem westdeutschen Durchschnitt auf. Da Thüringen und Sachsen, bezogen auf 1000 EinwohnerInnen, am besten mit Industriearbeitsplätzen ausgestattet sind, kann hier von einem ostdeutschen Süd-Nord-Gefälle gesprochen werden. Einen etwas höheren Wert als die westdeutschen Länder erreicht Ostdeutschland bezüglich der Dienstleistungsbeschäftigung. Hinzu kommt in diesem Sektor ein prägendes Stadt-Land-Gefälle, denn marktbestimmte Dienstleistungen siedeln sich zumeist in Städten und Orten mit zentralörtlichen Funktionen an, um die für ein effizientes Angebot nötige Mindestmarktgröße gewährleisten zu können (ebd.).

## **8.12 Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern im ländlichen Raum**

Die Chancen und Möglichkeiten, am Erwerbsleben teilzunehmen und damit ein Einkommen zu erzielen, sind in den deutschen Regionen aufgrund verschiedener Entwicklungstendenzen und -probleme ungleich verteilt (vgl. BBR 2005).

In den alten Ländern hat seit 1990 noch immer ein Süd-Nord-Gefälle Bestand. In den neuen Bundesländern gestaltet sich das Bild etwas differenzierter. Im Laufe der Zeit bildet sich jedoch offenbar ebenfalls ein Süd-Nord-Gefälle heraus (ebd.).

### **8.12.1 Regionale Beschäftigung und Arbeitslosigkeit**

Für die Einschätzung und Einordnung der deutschen Regionen bezüglich ihres regionalen Entwicklungsstandes werden Regionalindikatoren herangezogen (BBR 2005).

Ein Indikator ist dabei die Veränderungsrate der Bevölkerung. Ein Rückgang der Bevölkerung wird dabei als Zeichen einer schlechten wirtschaftlichen Entwicklung interpretiert. Abwanderungen aufgrund fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote verschärfen die wirtschaftlichen Versorgungsprobleme der Region (ebd.).

Ein weiterer Indikator ist die Veränderungsrate der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Sie dokumentiert die Fähigkeit einer Region, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Der sogenannte Beschäftigtensatz drückt dabei das Verhältnis der Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter zur EinwohnerInnenzahl aus (ebd.).

Die regionalen Probleme auf dem Arbeitsmarkt zeigt die durchschnittliche Arbeitslosenquote. Es sollte dabei jedoch berücksichtigt werden, dass vor allem durch die Verstärkung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in vielen der neuen Länder und

einigen westdeutschen Regionen das regionale Defizit an Arbeitsplätzen nicht vollständig durch die Arbeitslosenquote abgebildet wird (ebd.).

Der Indikator der Bruttowertschöpfung je Erwerbsperson ist Maßwert für die wirtschaftliche Leitungskraft und die Produktivität einer Region. Überdurchschnittliche Einkommen und höherwertige Arbeitsplätze führen in einer Region im Allgemeinen zu einer hohen regionalen Produktivität (ebd.).

Als letzter maßgebender Indikator ist der Anteil der technischen Berufe an allen Beschäftigten zu nennen.

Als wichtige Standortfaktoren werden im Rahmen der Raumordnung und Wirtschaftsentwicklung häufig die Qualifikation der Arbeitskräfte und die Fähigkeit zur Innovation genannt. Diese Qualitäten lassen sich laut Raumordnungsbericht in einer Region anhand der technischen Berufe ermitteln. Im Raumordnungsbericht 2005 wird dabei von „Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern in forschungsintensiven Wirtschaftszweigen sowie dem Personal in Forschungseinrichtungen“ gesprochen (ebd.).

Eine gesamtdeutsche Betrachtung stellt deutlich ein West-Ost-Gefälle bezüglich des regionalwirtschaftlichen Entwicklungsstands heraus. In diesem Punkt ist eine differenzierte Betrachtung sehr wichtig. Denn beispielsweise bilden die schlechtesten westdeutschen Regionen wie Bremerhaven und Gelsenkirchen gemeinsam mit den besten ostdeutschen Regionen eine Gruppe (siehe Abb. 61) (ebd.).

Weiterhin ist festzustellen, dass in den neuen Ländern die Arbeitsmarktsituation in unmittelbarer Nachbarschaft zu westdeutschen Regionen besser gestellt ist als die Regionen entlang der polnischen Grenze. Vermutlich ist dies darauf zurückzuführen, dass ostdeutsche Berufstätige in westliche Regionen auspendeln, um dort einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

In den alten Bundesländern ist noch immer das Süd-Nord-Gefälle erkennbar. Einige südliche Regionen heben sich mit einem überdurchschnittlichen regionalen Entwicklungsstand von den übrigen Ländern ab (vgl. Abb. 61) (ebd.).

### **8.12.2 Regionen mit wirtschaftlichen Strukturproblemen**

Die größten Probleme haben altindustrialisierte Regionen und ländliche strukturschwache Räume. In den altindustrialisierten Regionen führen Anpassungsprobleme durch die starke einseitige Konzentration auf bestimmte Branchen (Werften, Stahl, Kohle) zu wirtschaftlichen Entwicklungsproblemen. Kennzeichnend für solche Regionen sind eine hohe Arbeitslosenquote und ein überdurchschnittlicher Anteil an Langzeitarbeitslosen sowie damit einhergehende Abwanderungen. Der Bevölkerungsrückgang verschärft die schwierige demographische Ausgangslage für die regionale Entwicklung (BBR 2005).

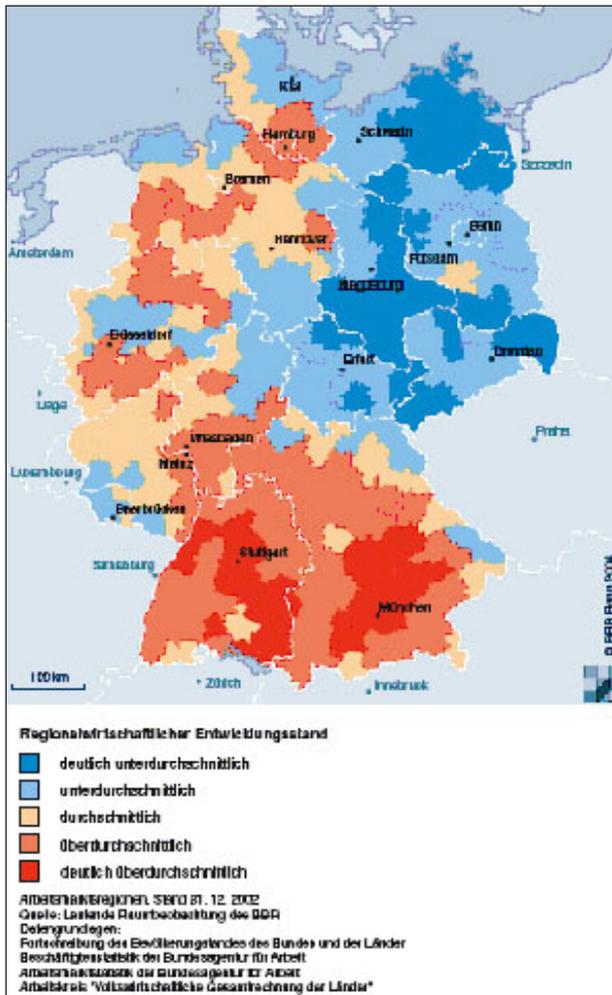


Abb. 61: Regionalwirtschaftlicher Entwicklungsstand (BBR 2005, S. 151)

Die Strukturprobleme der ländlichen Regionen sind häufig auf die periphere Lage, eine schwach entwickelte Industriestruktur, das niedrige Einkommensniveau und ein begrenztes Wachstum des Dienstleistungssektors zurückzuführen (ebd.).

Vor allem durch die Umstrukturierung der Landwirtschaft besteht nach wie vor ein latentes Freisetzungspotenzial an Arbeitskräften (ebd.).

In ländlichen Regionen wird häufig individuell auf die begrenzten Beschäftigungsmöglichkeiten reagiert. Dies kann sich in Abwanderung, Fernpendeln, der Aufnahme einer Beschäftigung unterhalb des persönlichen Qualifikationsniveaus oder im Rückzug in die stille Reserve (Erwerbsverzicht) ausdrücken (ebd.).

In Ostdeutschland weisen die strukturschwachen ländlichen Regionen häufig eine schlechte großräumige Erreichbarkeit auf. Hinzu kommen eine schwache Industriestruktur und eine unterdurchschnittliche Ausstattung mit höherwertigen Funktionen und wissensorientierten Dienstleistungen. Die Tragfähigkeitsgrenze für Infrastrukturausstattungen ist in diesen Regionen nicht zuletzt durch die geringer werdende Bevölkerungsdichte erreicht (siehe auch Kapitel 7) (ebd.).

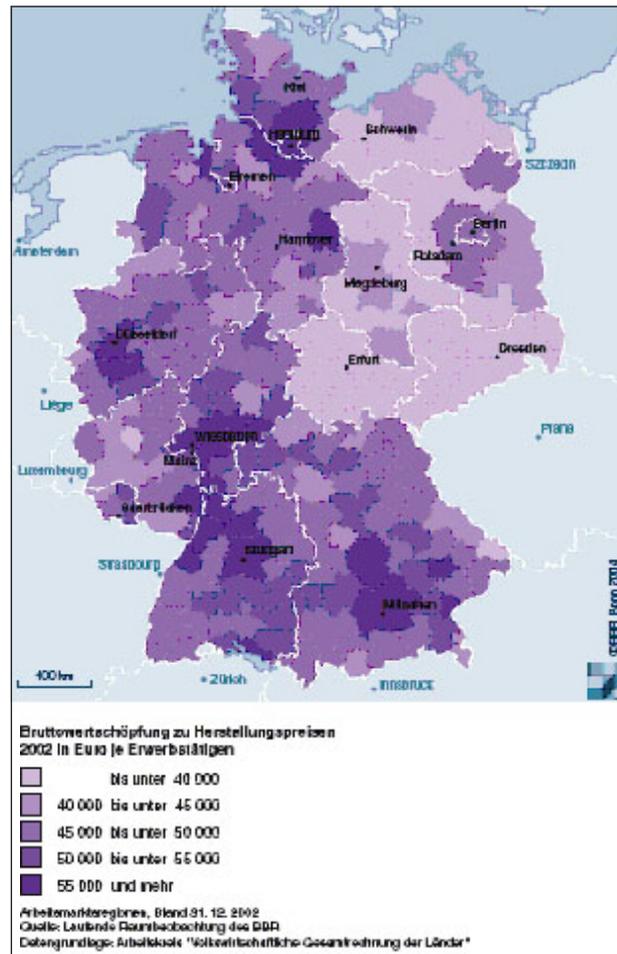


Abb. 62: Bruttowertschöpfung (BBR 2005, S. 150)

Vor allem die mobile Bevölkerung, in erster Linie junge Menschen mit besserer Qualifizierung, wandert aufgrund der überaus schlechten Arbeitsmarktlage und des Defizits an Ausbildungsplätzen ab, was zu einer weiteren Verschlechterung für die Ausgangsbedingungen zukünftiger regionaler Entwicklungschancen führt (siehe auch Kapitel 3) (ebd.).

### 8.12.3 Regionale Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit

Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ist nicht nur für die neuen Länder eine der größten zukünftigen Herausforderungen, auch viele westdeutsche Regionen sind von Arbeitsplatzmangel betroffen. Für die regionalen Muster in Westdeutschland gilt noch immer das traditionelle Nord-Süd-Gefälle. Süddeutsche Regionen weisen die niedrigsten Arbeitslosenzahlen auf; die höchste westdeutsche Arbeitslosenquote verzeichneten 2004 u.a. die nordrhein-westfälischen Regionen und einzelne Regionen in Norddeutschland (BBR 2005).

Mit 19,7% war die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland im September 2004 mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland mit 9,2%. Mindestens ein Viertel aller Erwerbstätigen in neun der insgesamt 67 ostdeutschen Arbeitsmarktregionen sind arbeitslos gemeldet (ebd.).

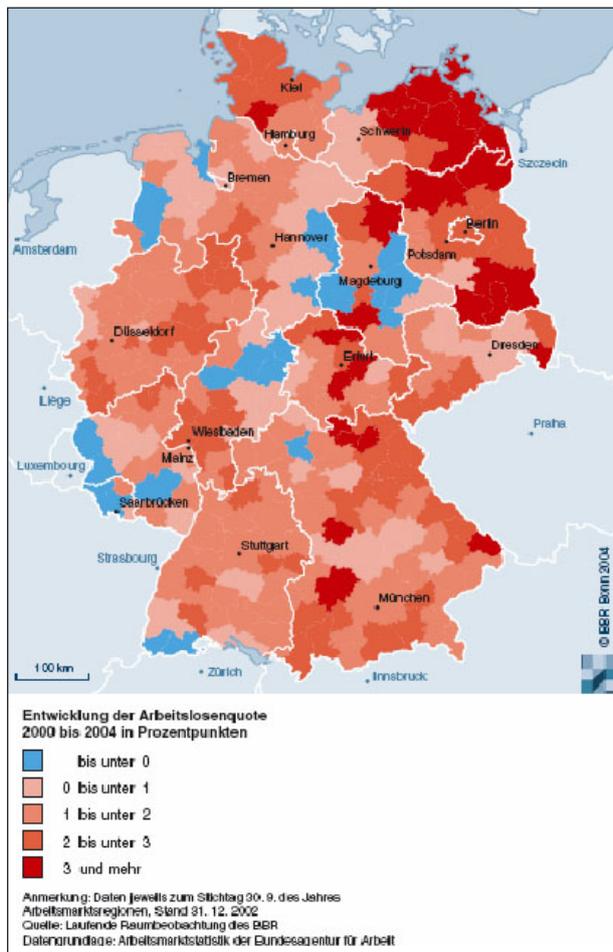


Abb. 63: Arbeitslosenentwicklung 2000 bis 2004 (BBR 2005, S. 153)

Die höchsten Arbeitslosenquoten sind in Mecklenburg Vorpommern (Pasewalk 31,5%) und Sachsen Anhalt (26,7%) zu finden. Thüringen weist die niedrigsten Quoten mit Sonneberg (12%) und Eisenach (13,6%) und auch anderen Regionen des Landes auf. Dies ist vermutlich mit der Nähe zu den alten Bundesländern zu erklären. Die Arbeitslosenquote stieg in den neuen Ländern mit 2 Prozentpunkten stärker als in den westdeutschen Ländern. Die regionalen Unterschiede bezüglich der Arbeitslosigkeit haben sich offensichtlich verfestigt (ebd.).

Von Bedeutung ist dabei auch die Betrachtung der Struktur der Arbeitslosigkeit, denn die einzelnen Gruppen sind ungleichmäßig stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Vor allem Menschen ohne berufliche Ausbildung finden schwer einen Arbeitsplatz auf dem aktuellen Arbeitsmarkt. 40,3% aller gesamtdeutschen Arbeitslosen sind langzeitarbeitslos, d.h. sie sind seit einem Jahr und länger ohne Arbeit. Trotz schwerpunktmäßigen Einsatzes von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den neuen Bundesländern ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Ostdeutschland weiterhin ansteigend. Inzwischen liegt er fast 8 Prozentpunkte über dem westdeutschen Durchschnitt (45,3% zu 37,5%) (BBR 2005).

#### 8.12.4 Arbeitslosigkeit und Geschlecht

Eine allgemein schlechte Arbeitsmarktlage und die Konkurrenz männlicher Erwerbspersonen um die

knappen Arbeitsplätze (Vordringen in „klassische“ Frauenberufe) zeigt auch Auswirkungen auf eine geschlechtersensible Betrachtung der Arbeitslosigkeit. Der Anteil ostdeutscher Frauen an den Arbeitslosen ist im Vergleich zur westdeutschen Situation weitaus höher. Dies ist vermutlich auch auf die traditionell höhere Erwerbsbeteiligung von ostdeutschen Frauen zurückzuführen (vgl. BBR 2005).

Von einer hohen Frauenarbeitslosigkeit sind neben den ostdeutschen Bundesländern auch süddeutsche Regionen betroffen. Durch den Strukturwandel sind auch hier Wirtschaftsstrukturen mit hohem Anteil an weiblichen Erwerbstätigen (bspw. Bekleidungsindustrie) verloren gegangen (BBR 2005).

Der Strukturwandel hat zudem auch zu einem Wegfall von betrieblichen Ausbildungsplätzen in traditionellen Branchen geführt. Hier konnten neue Wirtschaftszweige keine ausreichende Kompensation anbieten.

Obwohl auf Grund der demographischen Entwicklung die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gesunken ist, führte ein noch stärkerer Rückgang an Ausbildungsplatzangeboten zu Engpässen.

#### 8.12.5 Arbeitslosigkeit ostdeutscher Frauen

Die soziale Gruppe der Frauen ist sehr heterogen, und unter ihnen vollzieht sich eine deutliche Verstärkung sozialer Ungleichheit. Auch die Lebenslagen von ostdeutschen Frauen sind sehr spezifisch. Große Veränderungen ergaben sich seit der Wiedervereinigung hinsichtlich ihres Erwerbsstatus. Waren 1990 noch 86% der Frauen im Alter von 18-59 Jahren erwerbstätig, sank die Zahl im Laufe der 1990er Jahre auf 50%. 1992 zählte mit 23% die Arbeitslosigkeit zur zweitgrößten Statusform der Frauen. An dieser Stelle wird von einer Verfestigung von Frauenarbeitslosigkeit gesprochen. Mit der Verringerung der Zahl erwerbstätiger Frauen um 40% und einer Betroffenheit von Arbeitslosigkeit jeder fünften Frau veränderte sich der Erwerbsstatus zwei Jahre nach der Wende in drastischer Weise und blieb seitdem grundlegendes Muster der Strukturverhältnisse (SFZ 2001).

Eine differenzierte Erfassung der Soziallagen von Frauen ist durch die Betrachtung der sozialen Lebenszusammenhänge möglich. Dabei spielt die Lebensform eine große Rolle. Es zeigen sich Unterschiede im Erwerbsstatus in Abhängigkeit zur Lebensform. Sie wurde in folgenden Kriterien zusammengefasst: 1. Frauen mit (Ehe-)Partnern und Kindern, 2. Frauen mit (Ehe-)Partnern ohne Kinder, 3. alleinerziehende Frauen mit einem oder mehreren Kindern im Haushalt und 4. Frauen, die alleine wohnen und leben (Singles) (ebd.).

Es stellt sich dabei ein besonderer Umstand heraus: Frauen, die mit Partner und Kindern zusammenleben, sind häufiger erwerbstätig (im Jahr 2001 59%) als alleinerziehende Frauen. Umgekehrt verhält es sich bei der Arbeitslosigkeit, hier liegt der Anteil an alleinerziehenden Frauen mit 8% über dem Anteil der mit einem Partner und Kindern zusammenlebenden Frauen.

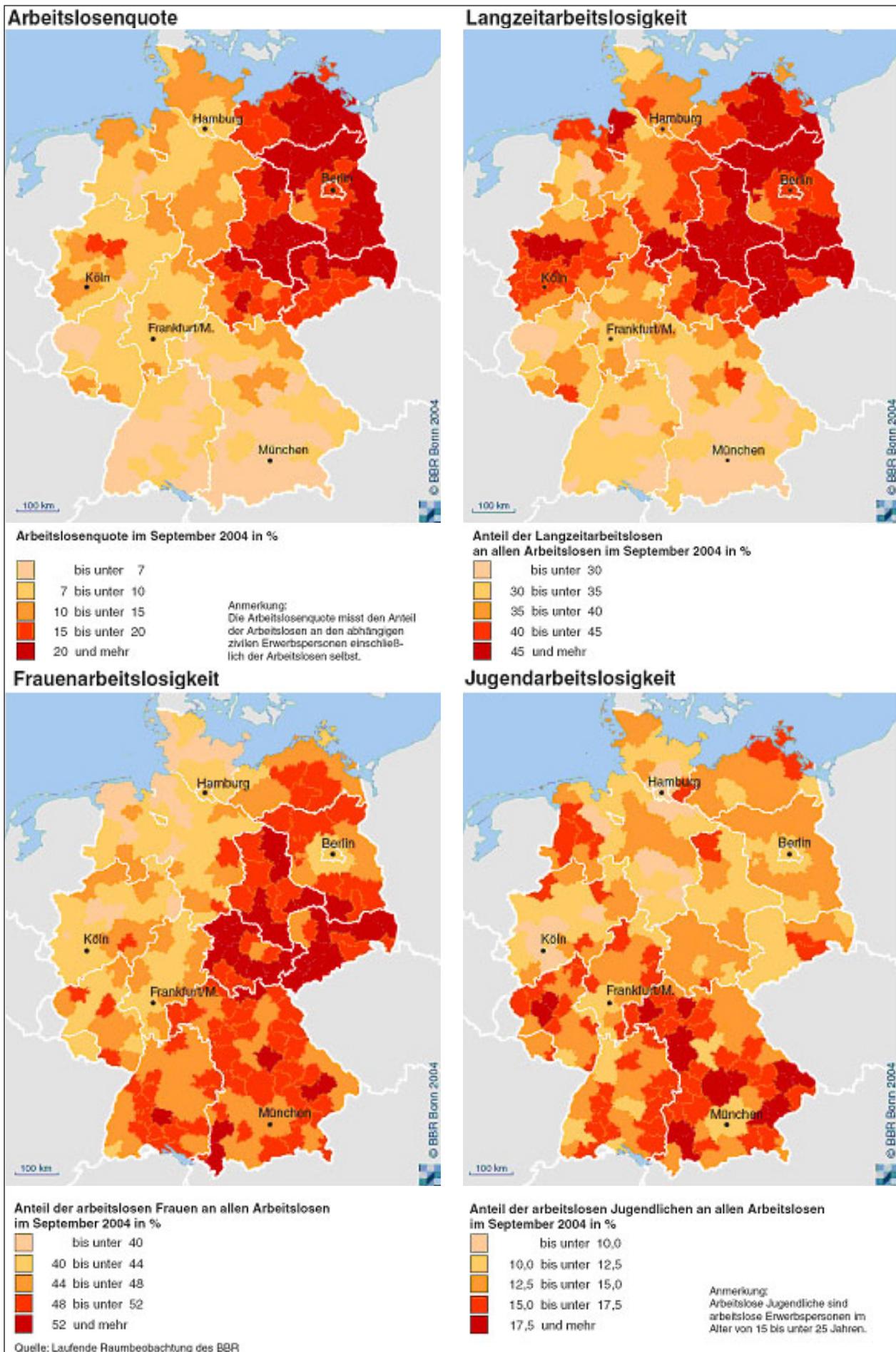


Abb. 64: Arbeitslosenquote, Langzeit-, Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit (BBR 2005, S. 154)



Abb. 65: Betriebliche Ausbildungsplätze (BBR 2005, S. 155).

Angesichts der hohen Wertzuschreibung der Erwerbstätigkeit für Frauen (über drei Viertel der Frauen halten diese für sehr wichtig) weist dieser Tatbestand auf eine eindeutige Diskriminierung allein erziehender Frauen auf dem Arbeitsmarkt hin (ebd.).

Gestützt wird diese Schlussfolgerung durch einen weiteren Vergleich von in Familie lebenden und alleinerziehenden Frauen. Beide Gruppen hatten im Jahr 1991 eine fast gleiche Erwerbstätigenquote von 83,3%. Sechs Jahre später sank die Quote unter den Frauen mit Kindern um 10% und unter alleinerziehenden Frauen um 20%. Die Ursachen für die größere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit alleinerziehender Frauen liegt dabei weniger in individuellen Fähigkeiten oder familiären Gegebenheiten begründet, als vielmehr in der Furcht der Arbeitgeber vor höherem Arbeitsausfall und weniger effizientem Arbeitseinsatz alleinerziehender Frauen (ebd.).

### 8.13 Frauen und Männer im Ehrenamt

Sowohl die Mitgliedschaft in Organisationen, als auch freiwilliges Engagement und ehrenamtliche Tätigkeiten sind vor allem auf dem Land, aber auch in Klein- und Mittelstädten stärker verbreitet als in großstädtischen Regionen.

#### 8.13.1 Geschlechtsspezifische Unterschiede

34% aller Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich (Stand im Jahr 1999). Sie bringen sich dabei in Verbänden, Initiativen und Projekten ein. Ein weiteres Drittel der BundesbürgerInnen ist in Vereinen und Gruppen aktiv, ohne dabei eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen. Zusammen sind demnach insgesamt zwei Drittel der Bevölkerung in eine gesellschaftliche Gruppierung eingebunden (Picot 1999).

Am stärksten ist das Engagement auf die Bereiche Sport und Bewegung, Schule, Kindergarten und Kirche konzentriert. Weniger gefragt sind Betätigungen in Form von politischem oder sozialem Ehrenamt. Studien zeigen aber auch, dass Frauen und Männer bei einer verstärkten Motivation bereit sind, sich auch in diesen Bereichen stärker zu engagieren (ebd.).

Es existieren bereits verschiedene empirische Studien zur Freiwilligenarbeit unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten (vgl. Behr et al. 1998, Behr et al. 1999), die zeigen, dass eine nähere Betrachtung dieses Feldes interessante Fragestellungen aufwirft. Ein Untersuchungsschwerpunkt ist dabei die Rolle der Frauen im Vergleich zu Männern in der Freiwilligenarbeit. Dabei wird u.a. auch der Frage nachgegangen, ob Frauen, entsprechend des Bildes der auf-opfernden weiblichen Helferinnen, überwiegend in familiären und sozialen Bereichen engagiert sind und Männer hingegen häufiger in Leistungsfunktionen, gewählter Funktion, in Sportbereichen oder Bereichen mit größerer Berufsrelevanz zu finden sind (Picot 1999, S. 11).

Bei einer Betrachtung der Freiwilligenarbeit aus gendersensibler Perspektive ist die Erfassung der Ausgangslage von großer Bedeutung. Der allgemeine Wertewandel mit dem Trend zur Individualisierung verändert auch die Bedingungen für ehrenamtliche Arbeit. Die Höherbewertung von Flexibilität und Mobilität sind Veränderungen, die in allen Bereichen des Lebens sowohl für Frauen als auch für Männer zutreffen. Vor allem Frauen erleben dabei eine Veränderung ihrer Lebensentwürfe; sie haben im Bildungsniveau zu den Männern aufgeschlossen, und Erwerbstätigkeit ist zum festen Bestandteil ihres Lebens geworden.

Die Parallelität von Erwerbsarbeit und Familientätigkeit ist zum Lebensmodell geworden. Westdeutsche Frauen versuchen, Beruf und Familie vorwiegend durch Teilzeitarbeit zu vereinbaren, ostdeutsche Frauen hingegen streben eher eine Vollzeitbeschäftigung an. Männer halten an der Vollzeittätigkeit fest. Frauen leisten nach wie vor hauptsächlich die Arbeit in und für die Familie, was einen großen Einfluss auf ihren Zeitspielraum und damit auch auf die für die Freiwilligenarbeit verfügbare Zeit hat (Zierau 1999).

Die genauere Betrachtung der Zeitressourcen im Rahmen einer Zeitbudgetstudie im Jahre 1996 war sehr aufschlussreich. Sie ergab, dass 17% der befragten Personen freiwillig tätig waren. Die Quote der Männer lag dabei mit 20% deutlich über der der Frauen mit 15% (ebd.).

Bei der näheren Betrachtung der Tätigkeitsfelder, ergaben Repräsentativumfragen (vgl. Rosenblatt 2000), dass es deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt, sofern der Bereich Sport außer Acht gelassen wird. Der Bereich Schule/Kindergarten liegt mit nur einem Prozentpunkt hinter dem Sportbereich, gefolgt von dem religiösen/kirchlichen<sup>14</sup> und dem sozialen Bereich. Dabei ist eine getrennte Betrachtung der Bereiche zum Teil irreführend. Denn der kirchliche/religiöse Bereich ist vorwiegend auch durch soziale Tätigkeit geprägt. Eine Zusammenfassung des „sozialen“ und des „kirchlich/religiösen“ Bereiches setzt das Tätigkeitsfeld von Frauen an die erste Stelle. Dies bestätigt die hohe Repräsentanz von Frauen in der sozialen freiwilligen Arbeit (Zierau 1999).

Bei den Männern steht der Sport an erster Stelle, gefolgt von dem Bereich Freizeit/ Geselligkeit, der jedoch nur halb so stark besetzt ist wie der Sportbereich. Von Männern werden also Bereiche mit hohem freizeitorientierten Profil bevorzugt (ebd.).

Eine Differenzierung der Betrachtung ost- und westdeutscher Frauen hebt einige Unterschiede hervor. Frauen in Ostdeutschland sind in den Bereichen Sport/ Bewegung, Freizeit/Kultur, sowie im sozialen und kirchlich/religiösen Bereich anteilig deutlich weniger freiwillig tätig als ihre westdeutschen Geschlechtsgenossinnen (ebd.).

### **8.13.2 Ehrenamtliche Arbeit des Deutschen LandFrauenverbands**

In landwirtschaftlichen Familien ist die Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Verantwortung in Vereinen oder Berufsständen besonders groß. Aus zwei Dritteln aller Landwirtschaftlichen Betriebe kommen Frauen und Männer, die sich ehrenamtlich engagieren.

Die Bedeutung dieser ehrenamtlichen Arbeit für den ländlichen Raum betont der Deutsche LandFrauenverband (DLV). Er trägt mit seinem ehrenamtlichen Engagement stark dazu bei, den ländlichen Lebensraum attraktiv zu gestalten. Mit ca. 110.000 Bildungsangeboten und einer Teilnehmerinnenzahl von 2,6 Mio. im Jahr ist der Verband für Frauen eine der tragenden Säulen der Erwachsenenbildung im ländlichen Raum. Daher fordert der DLV weiterhin die öffentliche Förderung ihrer Bildungsarbeit (DLV 2006a).

Erika Lenz als Präsidentin des DLV´s betont, dass vor allem Frauen ein herausragendes ehrenamtliches Engagement im Bereich der Schulen und Kindergärten leisten. Damit entfacht sich auch die Diskussion des „Ehrenamtes contra Arbeitsplatz“ (vgl. DLV 2006d).

Der DLV fordert dazu auf, die ehrenamtliche Arbeit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einfließen zu lassen, um auch ihren gesellschaftlichen Nutzen angemessen zu würdigen. Ehrenamtliches Engagement soll laut DLV in der ökonomisch bestimmten Welt sichtbar gemacht werden (DLV 2006a).

Eine stärkere Förderung der Weiterbildungs- und Bildungsangebote fordert der DLV auch angesichts der Tatsache, dass bspw. ehrenamtliche Führungspositionen ähnliche Anforderungen an Zeitaufwand, Kompetenz und Verantwortung stellen wie eine Erwerbsarbeit (vgl. ebd.).

Auch der DLV konstatiert, dass vor allem Männer ehrenamtlich in Bereichen arbeiten, die mit gesellschaftlicher Macht und Anerkennung verbunden werden. Frauen leisten vielmehr unbezahlte, fürsorgliche Arbeit ohne Führungspositionen (ebd.).

Die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt stellt das Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht dar. Der DLV setzt sich auch hier dafür ein, dass die flächendeckende ehrenamtliche Arbeit der Landfrauen im Gemeinnützigkeitsgesetz auch als gemeinnützig eingestuft wird, zumal auch dem Amateurfunken explizit Gemeinnützigkeit zugesprochen wird (DLV 2007b).

<sup>14</sup> Für ausführliche Darstellungen und Ergebnisse zur Bedeutung und Rolle des Ehrenamtes für Frauen im kirchlich-religiösen Bereich siehe exemplarisch Bühler 1995.

## 9. Exkurs: Alter(n) auf dem Land

Das „Alter(n) auf dem Land“ ist in den Sozialwissenschaften noch immer ein Randthema wohingegen der wachsende Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung und dessen Folgen intensiver Bestandteil der Forschung sind (Schweppe 2005).

In den Forschungsansätzen zum Thema „Altern auf dem Land“ lassen sich zwei Zugänge finden. Zum einen werden sozialökonomische und sozialstrukturelle Dimensionen des Alterns untersucht: Zum anderen sind seit den 1990er Jahren Studien mit dem Fokus auf die mit dem ländlichen Raum verbundene spezifische Sozialwelt und deren spezifischen Deutungsmustern und Mentalitäten beschäftigt (ebd.).

Die ersten Untersuchungen fanden in den 1980er Jahren statt (vgl. exemplarisch Bröschen 1983, MAGFS 1986, DZA 1991) und versuchten, einen empirischen Zugang zu Stadt-Land-Vergleichen bezüglich der Lebenssituation alter Menschen herzustellen. Aufgrund der beispielhaften Untersuchungsgebiete waren die Ergebnisse nicht repräsentativ und wurden in den 1990er Jahren mittels weiterer quantitativer Studien ergänzt. Dabei traten zunehmend spezifische Fragestellungen die nach dem Selbsthilfepotential älterer Menschen und nach der Situation der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung in den Vordergrund (ebd.). Allen Studien und Daten ist gemein, dass sie einer dringenden Aktualisierung bedürfen.

### 9.1 Bildungsniveau und Einkommen

Der Anteil an Älteren auf dem Land in den unteren Bildungsgruppen ist im Vergleich zur Stadt erhöht. Auch Hochschulabschlüsse sind unter Älteren unterrepräsentiert. Die Berufsstruktur weist ähnliche Differenzen auf. Nicht überraschend ist dabei der erhöhte Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen sowie der ehemaligen ArbeiterInnen an der alten Landbevölkerung. Für die Stadt stellt sich das Bild anders dar; der Anteil an angestellten Männern ist hier drei mal so hoch wie auf dem Land (DZA 1991).

Gravierend sind insbesondere geschlechtsspezifische Unterschiede zu Ungunsten der Landfrauen. DZA-Studien zeigen auf, dass ca. ein Viertel der Frauen keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Hinzu kommen 40% der Frauen auf dem Land, die nur kurze Zeit berufstätig und die längste Zeit Hausfrauen waren. Während in der Stadt 46% der Frauen als Angestellte erwerbstätig waren, waren es auf dem Land nur 9%. Der Anteil an Arbeiterinnen betrug in der Stadt 21%, auf dem Land hingegen nur 8%. Die ländlichen Frauen waren zu 12% helfende Familienangehörige und in den seltensten Fällen als Betriebsleiterinnen in der Landwirtschaft tätig (DZA 1991, vgl. Schweppe 2005).

Zu Ungunsten der alten Landbevölkerung fällt auch ein Stadt-Land-Vergleich bezüglich der Einkommens-

situation aus (DZA 1991). Von Bedeutung sind hierbei der auf dem Land formal niedrigere Bildungsstand und die weniger qualifizierte Erwerbsbiographie. In ländlichen Regionen erzielen Frauen die niedrigsten Einkommen (ebd.).

### 9.2 Wohnverhältnisse

Eine Angleichung der Wohnverhältnisse von alten Menschen auf dem Land und in der Stadt vollzog sich in den letzten Jahren in Bezug auf die Größe des zur Verfügung stehenden Wohnraums, die Verfügbarkeit eigener Räumlichkeiten, die Ausstattung der Räume und den Besitz langlebiger Güter. Es gibt jedoch nach wie vor wesentliche Unterschiede bezüglich der Eigentumsverhältnisse und Wohndauer in städtischen und ländlichen Regionen (DZA 1991, Wahl et al. 2000, vgl. Schweppe 2005).

Laut DZA Studie verfügen 76% der alten Menschen auf dem Land über Wohneigentum, in der Stadt hingegen sind es nur 6% (Schweppe 2005).

### 9.3 Haushaltsstrukturen und Familienbeziehungen

Zwischenzeitlich wurde in Untersuchungen die Tendenz der räumlichen Trennung der Generationen in ländlichen Raum nachgewiesen. Dennoch leben ländliche Alte weiterhin zum großen Teil in Mehrgenerationshaushalten (Wahl et al. 2000, vgl. Schweppe 2005). Größere Haushalte, Mehrgenerationenhaushalte und das Zusammenleben mit Kindern im selben Haus oder in der Nähe sind in den sehr ländlich geprägten Räumen verstärkt zu finden (MSG 1991).

Als Besonderheit sei in Landwirtdfamilien der Altenteil hervorgehoben. Hier werden Regelungen getroffen, die als Teil des Übergabevertrages des landwirtschaftlichen Besitzes an die jüngere Generation, mündlich oder schriftlich vereinbart wurden. Dabei geht es u.a. um die Ansprüche und Rechte der alten Generation, einschließlich des zur Verfügung stehenden Wohnraums und des Inventars des Hofes (vgl. Schweppe 2005, Brennecke 2007)

Entgegen dem harmonisierten Bild vom familiären Zusammenleben mit Älteren auf dem Land, zeigen Studien, dass es sehr häufig zu erheblichen Konflikten kommt (Rosenmayr 1992, Schweppe 1994).

Studien, die das geringe Einkommen von Mehrgenerationenhaushalten mit dem der räumlich von den Kindern getrennten Haushalte vergleichen, legen nahe, dass vor allem auch ökonomische Motive ein Grund für das Zusammenleben sind. Durch Altenteilverträge, geringe Einkommen, gemeinsame Grund

## 9.4 Soziale Netze und Unterstützungspotentiale

In der Beschaffenheit der sozialen Netze sind die größten Unterschiede zwischen Stadt und Land zu erkennen. Für die alte Landbevölkerung ist die Familie die stärkste Unterstützungsquelle. Bezahlte Hilfskräfte, NachbarInnen oder professionelle HelferInnen werden nur als Ergänzung zu der hauptsächlich von der Verwandtschaft aufgebrauchten Pflegeleistung in Anspruch genommen.

Dabei sind die überwiegende Mehrheit der Hilfspersonen Frauen. Unterstützung für ältere Ehepaare ist in erster Linie der jeweilige Partner, die jeweilige Partnerin, wobei Frauen viel geringer von ihren Ehepartnern unterstützt werden als umgekehrt. Kinder, Schwiegerkinder und sonstige Verwandte ersetzen die Hilfsleistungen im Falle des Fehlens der ehepartnerlichen Unterstützung. In der Stadt sind die wechselseitigen Unterstützungsbeziehungen zwischen den Ehepartnern ausgeglichener (Schweppe 2005). Auch die eigenen erwachsenen Kinder helfen im Fall der Pflegebedürftigkeit ihrer Eltern in ruralen Regionen überraschenderweise eher seltener als in der Stadt. Auf dem Land gibt es zudem weniger finanzielle Transfers zwischen den Generationen, und in städtischen Regionen wird die emotionale Bindung zu den Vätern höher eingeschätzt als bei den ländlichen Befragten (vgl. Brauer 2002, Hildenbrand 2005).

Grundsätzlich gilt dennoch für den ländlichen Raum, dass ein Großteil der Pflege- und Hilfsleistungen innerfamiliär und damit überwiegend von Frauen geleistet wird. Ab dem relativen Rückgang der 20-40-jährigen Personen, prognostiziert für das Jahr 2030, und damit einer Veränderung der Relation potentieller junger Hilfskräfte zu älteren Menschen wird es voraussichtlich zu sehr ungünstigen Pflegepotentialentwicklungen kommen (siehe auch Kapitel 3 und 9) (vgl. Schweppe 2005, Schultz-Nieswandt 2000).

Es zeigt sich auch, dass idealisierte Vorstellungen eines ausgeprägten Netzes der nachbarschaftlichen Hilfe in Dörfern im Hinblick auf die Pflege von alten Menschen nicht zutreffen. Vielmehr wird in dieser Hinsicht eine Bedeutungslosigkeit nachbarschaftlicher und ehrenamtlicher Dienste festgestellt (vgl. Schweppe 2005). Ursachen sind u.a. die traditionellen Bindung der Hilfe in familiären Zusammenhängen, Distanzwünsche, die Scheu vor Einblicken fremder Menschen in Familienverhältnisse, strengere Reziprozitätsregeln und der Wunsch nach Aufrechterhaltung von Unabhängigkeit seitens der Pflegebedürftigen (ebd., Ühlein/Evers 2000).

## 9.5 Freizeit und Kontakte

Entgegen der Vorstellung von guten Beschäftigungsmöglichkeiten und ehrenamtlichen Tätigkeiten für alte Menschen im ländlichen Raum, ergeben Untersuchungen ein anderes Bild: Ehrenamtliche Tätigkeiten werden laut DZA-Studie von 1991 von 19% der Män-

ner und 8% der Frauen in der Großstadt, jedoch nur von 8% der Männer und 2% der Frauen auf dem Land ausgeübt (DZA 1991, vgl. Schweppe 2005).

Auch die Zahl der Vereine ist auf dem Land um ein Vielfaches geringer als in der Stadt, da-her ist auch das Teilnehmen älterer Menschen am dörflichen Vereinsleben weniger ausgeprägt als landläufig gedacht. Mit zunehmendem Alter, der Verschlechterung des Gesundheitszustandes und dem Verlust des Partners/ der Partnerin ziehen sich alte Menschen größtenteils aus dem Vereinsleben zurück. Begünstigt sind auf dem Land alte Menschen, die einen Garten besitzen oder zumindest Zugang zu einem Garten haben. Demnach beschäftigen sie sich viel mehr mit Tätigkeiten der Gartenarbeit als alte Menschen in der Stadt (Schweppe 2005).

Das Alter auf dem Land ist weitestgehend entberuflicht. Nur ein geringer Teil der alten Menschen hat einen Betrieb oder hilft bei der Bewirtschaftung mit. Bei denen, die noch in Betrieben mitarbeiten, ist die Frage der ökonomischen Notwendigkeit zu untersuchen und deren-Folgewirkungen für die gesundheitlichen Ressourcen (ebd.).

## 9.6 Altenpolitische Kernbereiche und die spezifische Betroffenheit von Frauen

Soziale Ungleichheit kann in der Altersphase in eine soziale Gefährdung umschlagen. Alte Menschen, bei denen sich gesundheitliche und psychosoziale Beeinträchtigung, fehlende Netzwerke sozialer Unterstützung und unzureichendes Einkommens wechselseitig verschärfen, sind sozial gefährdet. Dies betrifft insbesondere hochaltrige Frauen. Noch immer leisten Familien und Verwandte einen Großteil der sozialen Unterstützung im Alter. Nicht nur auf Grund der demographischen und kulturellen Strukturveränderungen, sondern auch aufgrund der Doppelbelastung von Frauen mit Pflege- und Sorgearbeit (häufig bezogen auf drei Generationen) und Erwerbsarbeit, ist schon heute die Grenze der Belastbarkeit erreicht (Zeman 2000).

## 9.7 Pflege als gesellschaftliches Problem

Der Anteil der Pflegebedürftigen wird im Jahr 2030 auf 2,2% der Gesamtbevölkerung (laut MUGSLA-Studie, BMFuS 1993) ansteigen. Unterschiede bezüglich hauswirtschaftlicher Hilfebedürftigkeit sind in den neuen und alten Ländern zu verzeichnen (3,4% in den östlichen und 2,5% in den westlichen Bundesländern) (BMFuS 1993, vgl. Zeman 2000).

Es wird angenommen, dass insbesondere eine stärkere Pflegebedürftigkeit bei älteren Frauen (trotz Wachstum auch des Anteil an pflegebedürftigen Männern) und eine überproportionale Zunahme der hochaltrigen Hilfe- und Pflegebedürftigen (80 Jahre und älter) auftreten wird (Zeman 2000).

# 10. Ergebnisse, Diskussion und Handlungsempfehlungen

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit diskutiert und dargestellt. Ziel ist es dabei, zum einen Defizite und Schwächen der Gleichstellungspolitik in Zeiten von Gender Mainstreaming herauszustellen und zum anderen Handlungsansätze und Potentiale für die zukünftige konsequentere Einlösung von Geschlechtergerechtigkeit aufzuzeigen.

Die Abhandlung der einzelnen Themenkomplexe ist dabei an der Gliederung dieser Arbeit und den darin zugrundeliegenden Fragestellungen orientiert. Dennoch muss berücksichtigt werden, dass auf Grund der komplexen Verknüpfungslinien zwischen den einzelnen Themenkomplexen eine strikte Trennung in der Beleuchtung einzelner genderrelevanter Aspekte weder möglich noch sinnvoll ist. Die Vollständigkeit einer gesamten geschlechtersensiblen Betrachtung ergibt sich demnach vielmehr aus dem Bewusstsein, dass alle Bereiche in komplexen Wechselwirkungen und Bedingtheiten zueinander stehen.

## 10.1 Raumordnungspolitik

Die Arbeit hat gezeigt, dass der ländliche Raum vor einer Vielzahl großer Herausforderungen steht. Auch aus geschlechterkritischer Sicht erweisen viele Probleme einen akuten Handlungsbedarf. Eine geringe Bevölkerungsdichte, schwach ausgeprägte Wirtschaftsstrukturen, ein Mangel an Arbeitsplätzen, Abwanderung und Überalterung bilden Problemkomplexe, die der Politik für den ländlichen Raum auch in Zukunft effiziente Lösungen abverlangen werden.

Eine Schlüsselfunktion und damit große Bedeutung für die Gestaltung der zukünftigen Entwicklung für ländliche Räume hat dabei die Raumordnungspolitik.

### 10.1.1 Schwächen der Raumordnung

Die Betrachtung des ländlichen Raumes hat gezeigt, dass bisherige Ergebnisse der Raumordnungspolitik eher ernüchternd sind: Bisher ist ein Abbau von Disparitäten zwischen den Großstädten und Verdichtungsgebieten auf der einen Seite und dem ländlichen Raum auf der anderen Seite nicht gelungen. Die Konzentration von Entwicklung in der Nähe von Kernstädten bei gleichzeitiger Schrumpfung von ländlich geprägten Gemeinden wird damit auch dem raumordnerischem Leitbild der *dezentralen Konzentration* nicht gerecht<sup>15</sup>.

Dieser Tatbestand wird nicht nur in den Raumordnungsberichten sondern auch in Recherchen der Wissenschaft immer wieder deutlich. Angesichts der Tatsache, dass sich auch in Zukunft die großräumigen Disparitäten zu Ungunsten der ländlichen Räume entwickeln werden, gehört der ländliche Raum mit Abstand zu den herausragendsten Problemen der Raumordnung.

Dabei wird der Raumordnung häufig ein Versagen bezüglich der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Abschaffung räumlicher Disparitäten vorgeworfen. Die Diskussionsstränge hierzu sind in der Literatur vielfältig<sup>16</sup>. Einige AutorInnen verdeutlichen die grundsätzlichen Schwierigkeiten der Steuerungsgrenzen von Raumordnung. Andere betonen den stetig vorhandenen Zielkonflikt zwischen den verschiedenen Daseinsgrundfunktionen wie Wohnen, Verkehr und Sich-Erholen. Steuerungsschwächen und Vollzugsdefizite werden aber auch in der Aufspaltung der Verantwortlichkeiten in einer Vielzahl von Fachplanungen gesehen. Auch aus geschlechterkritischer Sicht bringt die Bewertung der Raumordnung ein Ergebnis mit eindeutig negativem Vorzeichen hervor.

### 10.1.2 Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung

Ein gründliches Lesen des Raumordnungsberichtes aus geschlechterkritischer Perspektive offenbart bereits einige Defizite bezüglich der Implementierung von Gender Mainstreaming sowohl im Erstellungs- als auch im Planungsprozess. Häufig fehlt es an geschlechtsspezifischer Datengrundlage<sup>17</sup> für die Darstellung der Ist-Situation sowie für die Entwicklung künftiger Trends, Prognosen und Szenarien. Der Berichterstattung lässt damit selten auf eine Sensibilität für Geschlechterfragen schließen. Auch in bereits gut etablierten Bereichen der feministischen Forschung bspw. im Bereich Verkehr und Mobilitätsverhalten aber auch bezüglich der klassischen Themen wie Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit mangelt es an geschlechtsspezifisch aussagefähigen Darstellungen und Prognosen. Die Ursache ist dabei mitnichten allein auf unzureichende Gender-Kompetenz bei der Datenerfassung und Berichterstellung zurückzuführen (siehe dazu exemplarisch Kapitel 7.8.2) Vielmehr ist das Problem systemischer Natur und erfordert eine genauere Untersuchung der Raumplanung aus geschlechtersensibler Sicht.

Eine Grundvoraussetzung für die Integration von Geschlechtergerechtigkeit in die Raumplanung ist eine detaillierte Analyse der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen und Männern einer Region. Eine gründliche geschlechtsspezifische Datenerhebung ist hierfür mindestens in den Bereichen Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur, Erwerbs- und Beschäftigtenstruktur, Mobilitätsverhalten, Wohnsituation und Infrastrukturausstattung notwendig.

Rechtliche Dimensionen zur Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Belange

<sup>15</sup> Vgl. Henkel 2004

<sup>16</sup> Vgl. exemplarisch Väh 1980

<sup>17</sup> Zur Relevanz geschlechtergerechter Datenerfassung siehe Kapitel 10.7

Auch die rechtliche Dimension der Rahmenbedingungen zur Berücksichtigung von Frauen- und Männerbelangen in der Raumplanung ist dabei von großer Bedeutung. Das Grundgesetz räumt dem Bund für das Raumordnungsrecht nur eine Rahmenkompetenz ein. Der Einfluss der Raumordnung auf die kommunale Ebene ist durch die Ergänzung mit Landesplanungsgesetzen gewährleistet. Dieses soll die generellen Leitlinien für die räumliche Entwicklung umsetzen.

Ein Bewusstsein für Geschlechter(un)gerechtigkeit und die Implementierung von Gender Mainstreaming sind im Raumordnungsgesetz (ROG) nicht zu finden. Auch eine explizite Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Belange für die gesamtträumliche Planung Deutschlands ist nicht Bestandteil des Gesetzes. Interpretativ lassen sich jedoch §2 Abs. 2.1 ROG „freie Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft und in der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen zu gewährleisten“ sowie §2 Abs. 2.6 „gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen herzustellen“ ableiten.

Wie diese Arbeit gezeigt hat, ist ein ausgleichender Eingriff durch den Staat, hin zu sozial gleichwertigen Lebensbedingungen bezüglich geschlechtergerechter Chancengleichheit in allen Teilräumen Deutschlands, aber vor allem in den ländlichen Regionen nahezu systematisch notwendig. Die hierfür zur Verfügung stehenden Instrumente, Mittel, Förderungen und Programme müssen auf geschlechtsspezifische Auswirkungen geprüft und ggf. modifiziert werden. Die für den zweiten Teil dieser Expertise vorgesehene Betrachtung der politischen Maßnahmen und Förderungen für den ländlichen Raum hat deshalb hohe Priorität.

Für eine weitere Untersuchung der Gerechtwerdung von Geschlechtergerechtigkeit im ländlichen Raum ist aus o.g. Gründen eine detaillierte Beleuchtung des Raumordnungsgesetzes, dessen formulierte Ziele, Leitvorstellungen und Orientierungen durch die „Genderbrille“ von Nöten.

Mit großer Sorgfalt sollte in diesem Kontext untersucht werden, ob und inwiefern das Instrument der Raumordnung das Prinzip der Nachhaltigkeit mit Geschlechtergerechtigkeit als Selbstverständnis verknüpft. Vor allem im Hinblick auf die übergeordnete politische Funktion der Raumordnungsplanung ist eine Intervention im Sinne der Einbringung geschlechtersensibler Perspektiven und Leitvorstellungen unabdinglich. Durch diesen „Top-down“-Ansatz kann die Raumplanung mittels Steuerung und Prioritätensetzung eine geschlechtergerechte und nachhaltige Entwicklung sowohl in räumlicher und wirtschaftlicher als auch sozial gerechter Richtung fördern. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn das Instrument der „laufenden Raumbeobachtung“ (nach ROG §21 verpflichtend) auch geschlechterspezifische Zusammenhänge erkennt, analysiert, darstellt und berücksichtigt. Die Berichterstattung über „die bei der räumlichen Entwicklung des Bundesgebietes zugrunde zu legen-

den Tatsachen (Bestandsaufnahme, Entwicklungstendenzen)“ (ROG§21, Abs.1) berücksichtigt nicht die notwendige Erfassung geschlechtsspezifischer Daten und Erhebungen zur Darstellung der unterschiedlichen Lebenswelten von Frauen und Männern<sup>18</sup>. Deshalb ist in vielen Fachressorts eine Erfassung geschlechtsrelevanter Daten und das Aufdecken „genderblinder“ Flecken von Nöten und die Implementierung von Gender Mainstreaming als politisches Instrument für eine geschlechtergerechte Planung durchzusetzen.

Da im Rahmen dieser Arbeit nicht genügend Zeit zur Verfügung stand, wird empfohlen, eine Untersuchung der Potentiale und Schwächen der Raumordnungsplanung für die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus einer vertiefenden Analyse zu nehmen, um Handlungsansätze für die konsequente Durchsetzung von Gender Mainstreaming konkreter aufzeigen zu können. Da die Raumordnung als wirtschaftliche und politische Rahmenkompetenz in Form des Top-Down-Prozesses den Grundstein für die wirtschaftliche und politische Ausgestaltung der (ländlichen) Teilräume Deutschlands darstellt, ist es unerlässlich, an dieser Stelle die Umsetzung der Grundsätze und Prinzipien von Gender Mainstreaming konsequenter als bisher einzufordern.

### **10.1.3 Geschlechterkritische Betrachtung der Leitbilder und Ziele**

Angesichts der Bandbreite von Problemen des ländlichen Raumes und der Suche nach adäquaten Lösungen stellt sich auch die Frage nach den der Raumordnungspolitik bisher zugrundeliegenden Leitbildern und Zielen. Bei einer genauen Betrachtung wird deutlich, wie wenig das Konzept von Gender Mainstreaming darin als querschnittsorientiertes Instrument verstanden und umgesetzt wird.

Eine geschlechterkritische Betrachtung der Stellungnahme der Bundesregierung zum Raumordnungsbericht 2005<sup>19</sup> weist auf einige geschlechtsblinde Flecken hin. Dies soll im Folgenden dargestellt und diskutiert werden.

#### ***Sicherung der öffentlichen Daseinsversorgung***

Einrichtungen und Dienste der öffentlichen Daseinsversorgung sollen aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und der Zunahme des Anteils älterer Menschen umstrukturiert und neu angepasst werden.

Die Bundesregierung erklärt, „(...) auf Grundlage einer Neuausrichtung ihrer Strategien, Standards und Instrumente sowie im Einvernehmen mit den Fachpolitiken und nach breiter öffentlicher Debatte Mindeststandards der öffentlichen Daseinsvorsorge zu definieren und zu sichern, die flexibel der regio-

<sup>18</sup> siehe auch Kapitel 10.7.1 und 10.7.3

<sup>19</sup> vgl. Bundesregierung 2005

nenal Nachfrage und den finanziellen Möglichkeiten angepasst sind“ (Bundesregierung 2006, S. 1). Diese sollen sich orientieren an „regionaler Nachfrage, zumutbaren Erreichbarkeitsverhältnissen und finanziellen Möglichkeiten“ (Ministerkonferenz für Raumordnung 2005, S. 2).

Hier stellt sich sofort die Frage nach der Ausgestaltung der öffentlichen Debatte und der Partizipation von BürgerInnen. Darüber hinaus muss geklärt werden, ob und wer die Ausgewogenheit der weiblichen und männlichen Bedürfnisse und Ansprüche in den Abwägungsprozessen zur Entwicklung eines Rahmens für Mindeststandards auf Geschlechtergerechtigkeit hin überprüft.

Ebenso keine Erwähnung findet die explizite Berücksichtigung von Gender Mainstreaming bei allen Neuausrichtungen und der Entwicklung neuer Instrumente.

Bezüglich der Entwicklung, Förderung und Sicherung der Mobilität sollen „zielgenaue Instrumente“ entwickelt werden, die u.a. auch die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen besonders berücksichtigen. Auch hier fehlt das Bewusstsein für geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bedürfnisse bspw. im Bereich Infrastruktur und Mobilität (siehe auch Kapitel 7 und 9). Die Implementierung von Gender Mainstreaming muss auch hier erst in konsequenter Form Anwendung finden.

### **Wachstumspotentiale und Regionen stärken**

Laut Stellungnahme der Bundesregierung sollen insbesondere in den neuen Bundesländern Arbeitsmarktgleichgewichte und Wachstumsschwächen mittels Innovationen und beschäftigungsfördernder Reformen überwunden werden. Auf die spezifische Situation der Arbeitsmarktlage im Osten und den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften soll unter anderem mit dem Ausbildungsplatzprogramm Ost und dem nationalen Arbeitspakt reagiert werden. Die geschlechtsspezifische Komponente findet im Erwerbsleben nur insofern Berücksichtigung, als eine Anhebung der Erwerbsquote von Frauen forciert werden soll.

Ein Bewusstsein für weitere Dimensionen der Geschlechtsspezifik bezüglich der Arbeits- und Ausbildungsplatzproblematik, wie sie in dieser Arbeit aufgezeigt wurden, scheint nicht gegeben. Unberücksichtigt bleiben auch grundsätzliche Aspekte der ungleichen Einkommensbedingungen, die sowohl ein West-Ost- als auch Mann-Frau-Gefälle aufweisen (vgl. auch exemplarisch Kapitel 8.7 und 8.8).

Die Bundesregierung betont, dass den unterschiedlichen Teilräumen Deutschlands in ihrer Überwindung von Entwicklungshemmnissen übergeordnet Rechnung getragen werden soll, insbesondere in den Bereichen Wohnen und Arbeiten, Erholung und Tourismus oder Ressourcenbereitstellung. Für periphere und dünn besiedelte Räume sollen die agrarische Nutzung, der Ausbau von Tourismus und eine ökologi-

sche Inwertsetzung zur Sicherung der Funktionen des Gesamttraumes beitragen.

Unbeachtet bleibt bei dieser Art von pauschaler Zielsetzung das Bewusstsein für regionale Unterschiede, demographische Disparitäten und unterschiedliche developmentpolitische Ausgangssituationen. Ebenfalls nicht erwähnt bleibt die Überwindung von Entwicklungshemmnissen bezüglich der konsequenten Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Teilräumen Deutschlands, was vermutlich auf ein fehlendes Bewusstsein für die vielfältigen Formen von Geschlechterungerechtigkeit zurückzuführen ist.

### **Management räumlicher Nutzungskonflikte**

Nachhaltiges Management der Raumnutzung, Ressourcenschutz und die Sicherung endogener Potentiale, Berücksichtigung unterschiedlicher Nutzungsansprüche, Entwicklungspotentiale und Schutzinteressen eines Raumes sollen sowohl fachübergreifend als auch überörtlich abgestimmt und in Einklang gebracht werden.

An dieser Stelle ist es von besonderer Bedeutung, zu gewährleisten, dass alle relevanten Fachressorts an der Abstimmung partizipieren, um dem Anspruch der Überfachlichkeit Rechnung zu tragen. Des Weiteren beinhaltet die Formulierung „in Einklang gebracht werden“ keine explizite Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Belange. Insbesondere in den Abwägungs- und Abstimmungsprozessen müssen diese jedoch berücksichtigt und Entscheidungen auf geschlechtsspezifische Auswirkungen geprüft werden.

Für die tatsächliche Gewährleistung der Integration und Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Bedürfnisse sind an dieser Stelle die Inanspruchnahme professioneller Beratungsleistung hinsichtlich der Erhebung, Be- und Auswertung/Evaluierung von Informationen sowie die Abschätzungen von Entscheidungen durch GenderexpertInnen als permanente Prozessbegleitung zu empfehlen.

### **Leitbilder und Handlungsstrategien**

Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat sich auf drei strategische Leitbilder verständigt<sup>20</sup>:

„Wachstum und Innovation“

„Daseinsvorsorge sichern“

„Ressourcen bewahren“

Dabei erfährt der Ausgleichsauftrag zur Konkretisierung des Gleichwertigkeitspostulates insbesondere in den Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang und starkem Anwachsen des Anteils älterer Menschen eine neue Gewichtung.

<sup>18</sup> siehe auch Kapitel 10.7.1 und 10.7.3

<sup>19</sup> vgl. Bundesregierung 2005

<sup>20</sup> Ministerkonferenz für Raumordnung 2006

Unter anderem soll die Neuausrichtung von Strategien, Standards und Instrumenten der Raumordnung unterstützt werden. Damit sollen zukünftig wertgleiche Lebensverhältnisse gewährleistet werden. Die Bereitstellung und Erreichbarkeit von Dienstleistungen und Infrastrukturen in allen Teilräumen Deutschlands steht dabei im Fokus.

Landes- und Regionalplanung werden dazu angehalten, zukünftig vor allem über Raumordnungspläne und -programme die räumliche Struktur im Sinne der gemeinsamen Leitbilder zu gestalten. Die Siedlungs- und Standortentwicklung soll damit aktiv gelenkt werden. Entsprechende Instrumente sollen hierfür weiter entwickelt werden.

Von großer Relevanz ist an dieser Stelle die Frage der Gleichstellungsverträglichkeit solcher neu entwickelten Instrumente. Die Ausgestaltung und Umsetzung der Leitbilder und Handlungsstrategien, welche in den raumbezogenen Strategien der Fachplanungen des Bundes und der Länder Eingang finden sollen, müssen verstärkt das Prinzip von Gender Mainstreaming einfordern und anwenden. Gegebenenfalls müssen ExpertInnen hinzugezogen werden, um Geschlechtergerechtigkeit in der Neuausgestaltung von Strategien und Instrumenten zu gewährleisten.

Es ist jedoch unabdinglich, insbesondere auf der Ebene der Raumordnungsplanung die Weichen für eine geschlechtergerechte Planung zu stellen. Eine herausragende Rolle spielen dabei auch die im April 2002 von der Bundesregierung beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategien in „Perspektiven für Deutschland“. Darin sind langfristige Orientierungen hinsichtlich der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklungen des Landes formuliert, die auch für die Raumordnung gelten. Dabei gilt es zu untersuchen, welche Kriterien der Nachhaltigkeit zugrunde gelegt sind und welchen Stellenwert Geschlechtergerechtigkeit einnimmt.

## 10.2 Demographische Entwicklungen

Die demographische Entwicklung als ein wesentlicher Faktor für die Abschätzung der zukünftigen Entwicklungen in den Teilräumen Deutschlands muss bei politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen und Strategien zur Ausgestaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse grundlegend berücksichtigt werden. Wie die vorliegende Expertise aufgezeigt hat, gibt es geschlechtsspezifische Besonderheiten innerhalb der demographischen Bewegungen. Sowohl die Betroffenheit von als auch die Motive der Abwanderung können für Frauen und Männer verschieden sein. Auch die Altersstrukturen weisen nicht nur auf Grund biologischer Gegebenheiten geschlechtsspezifische Unterschiede auf. Neben den historischen Aspekten und den daraus resultierenden Einflüssen sind in der heutigen Gesellschaft zunehmend auch Fragen von Individualisierung und Lebensausgestaltung für die Bevölkerungsentwicklung relevant.

### 10.2.1 Alterung, Abwanderung und Entleerung des ländlichen Raumes

Der demographische Wandel hinterlässt bereits seit einigen Jahren deutliche Spuren. Die Tatsache, dass es bereits in wenigen Jahren Landkreise geben wird, in denen ein Drittel der EinwohnerInnen über 60 Jahre alt ist, macht die Alterung selbst zu einem Phänomen, das politisches und gesellschaftliches Einlenken erfordert. Zusätzlich zu dem fortschreitenden, teilweise drastischen Bevölkerungsrückgang werden auch die Folgen der zunehmenden Abwanderung in den ländlichen Regionen spürbar. Dabei sind vor allem die Konsequenzen der sozial selektiven Abwanderung als kritisch zu beurteilen. In erster Linie wandern junge, mobile, gut qualifizierte Menschen ab und vor allem auch Frauen. Damit bleibt ein ebenfalls sozial selektiver Anteil der Bevölkerung zurück; die Alten, die Immobilen, die niedrig Qualifizierten und die Arbeits- und Perspektivlosen. Um diesem Phänomen Einhalt zu gebieten, muss der ländliche Raum in vielerlei Hinsicht eine Aufwertung erfahren.

In diesem Zusammenhang hat die vorliegende Arbeit u.a. aufgezeigt, dass von allen demographischen Faktoren die Wanderung am ehesten zu beeinflussen ist. Denn die Wanderungstendenzen nehmen ab, wenn Arbeitsplätze für die arbeitsfähige Bevölkerung in zumutbarer Entfernung zum Wohnsitz zur Verfügung stehen. Den Ursachen für die Entvölkerung ländlicher Räume kann demnach in erster Linie mit ökonomisch relevanten Faktoren begegnet werden.

Das bedeutet die Schaffung und dauerhafte Stabilisierung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im ländlichen Raum. Da sich die Arbeits- und Ausbildungssituation für Frauen und Männer im ländlichen Raum verschieden gestaltet, muss dies auch bei der Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze berücksichtigt werden. Frauen, die häufig in traditionell männlichen oder handwerklichen Berufen auf dem Land keinen Einstieg finden und sich u.a. auch deshalb anderweitig qualifizieren, stehen nicht allein vor dem Problem der fehlenden Arbeitsplätze für Höherqualifizierte im ländlichen Raum. Die Schaffung qualifizierter und langfristig stabiler Arbeits- und Ausbildungsplätze stellt sich demnach auch im Kontext der Bekämpfung von Abwanderungs-, Entleerungs-, und Schrumpfungstendenzen als ein Schlüsselement heraus.

Deshalb sind insbesondere Programme und Maßnahmen der Raumordnungspolitik gefragt, die sich den Problemen dieser „klassischen“ strukturschwachen Regionen stellen und sie bewältigen. Im Fokus sollten dabei für alle Politikbereiche die Schaffung infrastrukturell günstiger Voraussetzungen für wirtschaftliche Aktivitäten stehen. Auch die Förderung und Etablierung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze und eine grundsätzliche Aufwertung der Lebensqualität in ländlichen Räumen sowie die Steigerung der Attraktivität der Orte bspw. durch Dorferneuerungsmaßnahmen sind hierfür essentiell. Der ländliche Raum muss insgesamt ökonomisch, volkswirtschaftlich und politisch wieder positiv bewertet werden, um dem Entsiedelungsprozess Einhalt zu gewähren.

An dieser Stelle empfiehlt sich eine eingehende Betrachtung der Förderpolitik für den ländlichen Raum, wie sie für den zweiten Teil der Expertise vorgesehen ist. Dabei ist insbesondere zu untersuchen, welchen Ansatz und Schwerpunkt politisch durchgesetzte Fördermaßnahmen verfolgen und ob und in wie weit dabei Genderaspekte berücksichtigt werden. Des Weiteren ist es von Interesse, welche bisher durchgeführten Maßnahmen positive und nachhaltige Auswirkungen auf den ländlichen Raum, nicht zuletzt aus gleichstellungskritischer Perspektive, erzielt haben.

### **10.2.2 Überalterungstendenzen**

Ein weiteres prägendes Merkmal der demographischen Entwicklung ist die „Überalterung“ der Bevölkerung. Vor allem im ländlichen Raum bleiben überproportional viele alte Menschen zurück, nachdem eine sozial selektive Abwanderung stattgefunden hat. Daher sind neue Strategien und politische Ansätze für eine Bewältigung der „Überalterungstendenzen“ dringend gefordert. Dabei sollte es jedoch nicht nur darum gehen, altersgerechte Arbeitsplätze, altersgerechten Wohnraum, mehr Pflegeheimplätze und Pflegedienste zu schaffen, sondern darum auch für sogenannte „junge Alte“ entsprechende Angebote zu unterbreiten. Alte Menschen, die nicht mehr im Arbeitsprozess stehen, aber dennoch vital und unternehmungsfreudig sind, sollten in Zukunft stärker die Möglichkeit bekommen, Zugang zu Sport, Bildung, Kultur und Reisen zu erlangen.

### **10.3 Infrastrukturausstattung des ländlichen Raumes**

Durch die deutsche Einheit hat sich die Bundesrepublik mit den neuen Bundesländern um große Regionen dünn besiedelter und peripher gelegener Siedlungen erweitert. Damit ist auch die Infrastrukturversorgung des ländlichen Raumes verstärkt in den Blickpunkt der Politik gerückt. Diese Arbeit hat die vielfältigen Facetten der Infrastrukturausstattung in ländlichen Regionen beleuchtet. Sowohl die Möglichkeiten und Grenzen der Mobilität als auch die Ausstattung mit Einrichtungen der Grundversorgung wurden untersucht. Dabei hat sich herausgestellt, dass durchaus Handlungsbedarf hinsichtlich der Gleichwertigkeit deutscher Teilräume im Infrastrukturbereich vorhanden ist. Vor allem in Hinblick auf geschlechtsspezifische Auswirkungen mangelnder oder fehlender Infrastruktureinrichtungen und –ausstattungen sowie deren Folgen für den lebensweltlichen Alltag von Frauen und Männern im ländlichen Raum werden Probleme sichtbar.

#### **10.3.1 Daseinsversorgung**

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass vor allem eine überregionale Schrumpfung und die daraus resultierenden Folgeprobleme die zukünftige und langfristige Daseinsvorsorge in den betroffenen Regionen vor große Herausforderungen stellen.

Auch wenn die Versorgungssituation gegenwärtig grundsätzlich als relativ günstig bewertet werden

kann, muss berücksichtigt bleiben, dass sie für einige Bevölkerungsgruppen (bspw. ältere und wenig mobile Personen) nicht durchweg positiv gestaltet.

Gemäß des Raumordnungsgesetzes müssen auch in Zukunft dezentrale Versorgungsstrukturen aufgebaut werden. Nur so ist auch gewährleistet, dass sich strukturschwache ländliche Räume entwickeln können. Zentrale Orte als wichtige Funktionsträger werden in Zukunft eine regionale Unterversorgung der ländlichen Regionen nicht vollständig abpuffern können. Die Arbeit hat gezeigt, dass sich insbesondere Versorgungsdefizite in den neuen Bundesländern herausgestellt haben. Sie sind überdurchschnittlich von einem Rückgang der Handels- und Dienstleistungsbetriebe betroffen. Betriebswirtschaftliche Erfordernisse für die Rentabilität von Versorgungsleistungen gehen zu Ungunsten des Zeitbudgets der Bevölkerung. Eine Diskussion über die Gewährleistung einer Mindestausstattung mit öffentlichen Infrastruktureinrichtungen in zumutbarer Entfernung muss auch in Zukunft, vor allem verstärkt unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Auswirkungen, auf (raumordnungs-) politischer Ebene weitergeführt werden.

Denn eines wurde in dieser Arbeit zweifelsfrei ersichtlich: auf Grund der noch immer größtenteils von Frauen wahrgenommenen und gelebten Verantwortung für Versorgungs- und Familienarbeit sind sie in stärkerem Maße von fehlender Infrastruktur betroffen als Männer. Im Kapitel 7 wurde aufgezeigt, wie differenziert sich der Alltag von Frauen und Männern im ländlichen Raum darstellen lässt und wie verschieden ihr Mobilitätsverhalten ist.

Der finanzielle und zeitliche Aufwand für Frauen/ Mütter für das Holen und Bringen der Kinder zum Kindergarten, zur Schule, zu ärztlicher Infrastruktur und Freizeiteinrichtungen ist gegenwärtig noch nicht vollständig empirisch erfasst. Da Frauen nachgewiesenermaßen (siehe Kapitel 7.3.4) auch mehr Zeit als Männer für Wegeketten aufbringen, die der gesamten Familie zugute kommen, liegen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen ungünstiger Versorgung mit Einkaufseinrichtungen auf der Hand. Eine defizitäre Grunddaseinsversorgung im ländlichen Raum hat demnach geschlechtsspezifische Auswirkungen. Probleme der fehlenden Infrastruktur und der mangelnden Mobilität werden „ins Private“ verlagert. Familien müssen zwangsläufig individuelle und private Lösungen finden, um Defizite der staatlichen und öffentlichen Leistungen zu kompensieren. Dies erfordert innerfamiliäre Arrangements und ist nicht losgelöst von gesellschaftlichen Zwängen zu sehen. Die Möglichkeit für eine gleichberechtigte Lastenverteilung zwischen den Geschlechtern ist nicht zuletzt von ökonomischen Faktoren abhängig. Solange Frauen weiterhin mehrheitlich die Versorgungs- und Familienarbeit leisten und es aus ökonomischen Gründen lukrativer ist, dass der Mann in den Hauptteil des Familieneinkommens beisteuert, wird auch die alltägliche Kompensation von defizitären Infrastruktureinrichtungen in erster Linie von Frauen getragen werden müssen.

Sowohl Frauen mit Betreuungspflichten für junge oder ältere Menschen, als auch ältere Menschen selbst sowie alle weiteren weniger mobilen Personen sind ungleich stärker von einer ungünstigen Versorgungsinfrastruktur im ländlichen Raum betroffen.

Um diese Benachteiligungen in Zukunft beseitigen zu können, bedarf es neuer Handlungskonzepte, die vor allem auch im Hinblick auf eine zukünftige negative Bevölkerungsentwicklung in dünnbesiedelten Gebieten längerfristige Lösungen anbieten. Die vorliegende Arbeit hat dabei gezeigt, dass es für die Effizienz regionaler Entwicklungsstrategien offensichtlich wichtig ist, Kernstädte und deren Umland als eine Einheit zu begreifen, um Potentiale und Schwächen auszugleichen. Die Unerlässlichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit in der Zukunft wird damit deutlich. In den Bereichen Wirtschaftsförderung, Öffentlicher Personennahverkehr, Ver- und Entsorgung wird diese Form der politischen Zusammenarbeit eine verstärkte Rolle spielen. Aber auch bei den Aktivitäten der öffentlichen Daseinsvorsorge zeigt sich, dass hier Städte und Gemeinden nicht mehr die alleinige Verantwortung tragen können, wenn sie einen Beitrag zur Gewährleistung einer gleichwertigen flächendeckenden Daseinsgrundversorgungsinfrastruktur leisten wollen.

An dieser Stelle ist eine Betrachtung der Leitbilder und Fördermöglichkeiten, sowohl im Hinblick auf die Potentiale einer Verbesserung der Infrastrukturausstattung als auch auf die Berücksichtigung geschlechterspezifischer Bedürfnisse bezüglich der Notwendigkeit und Nutzung der Einrichtungen von entscheidender Bedeutung.

### **10.3.2 Geschlechtsspezifische Aspekte der Mobilität**

Wie die Arbeit gezeigt hat, sind Regionen im ländlichen Raum nicht zuletzt durch Lagegunst und Leistungsfähigkeit der Infrastruktursysteme in ihrer Attraktivität als Wohn- und Arbeitsraum gekennzeichnet.

Es ist auch deutlich geworden, dass Infrastruktur und Mobilität im ländlichen Raum nicht isoliert betrachtet werden können. Öffentliche Verkehrsmittel (ÖV) und der motorisierte Individualverkehr (MIV) sind eng verbunden mit der persönlichen Mobilität der ländlichen Bevölkerung und damit mit der Erreichbarkeit von existenziellen Daseinsgrundfunktionen. Auch für die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes ist das Auto häufig einziges Verkehrsmittel. Auffällig ist die rasante Geschwindigkeit, mit der der Ausbau von Straßen und Siedlungsflächen täglich stark zunimmt. Das Auto als Transportmittel erringt dabei einen immer höheren Stellenwert, und der Trend geht zum Zweit- und Drittwagen.

Des Weiteren wurde ersichtlich, dass die Bevölkerung im ländlichen Raum viel Zeit und auch finanzielle Ressourcen für Arbeitswege aufbringen muss. Dabei gibt es durchaus geschlechtsspezifische Unterschiede bezüglich der Anzahl der Wege, Wegelängen und der dafür notwendigen Zeit.

Die Expertise hat aus dem Raumordnungsbericht 2005 detaillierte Informationen zu Verkehrswegen und Infrastrukturausstattungen gewonnen. Auch der Motorisierungsgrad der Bevölkerung in den einzelnen Regionen Deutschlands und die Anzahl der täglich mit dem Kfz zurückgelegten Wege sind darin gründlich beschrieben. Allerdings finden einige für die geschlechtsspezifische Erfassung des Mobilitätsverhaltens notwendige Kriterien im Raumordnungsbericht keine Berücksichtigung und lassen daher aus gleichstellungskritischer Perspektive diverse Fragen offen.

Als Messgröße für Mobilität wird zumeist die Anzahl der zurückgelegten Wege pro Person (einschließlich der Wege zu Fuß) herangezogen. In der feministischen Verkehrsforschung ist es keine neue Erkenntnis, dass Mobilität auch immer in das bestehende Geschlechterverhältnis der Gesellschaft eingebettet ist, demnach auch eng mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und den strukturellen Rollenzuweisungen von Versorgungs-, Haus-, und Reproduktionsarbeit verknüpft ist. Hohe Mobilität ist darüber hinaus auch nicht mit der Überwindung großer Distanzen gleichzusetzen. Sie ergibt sich ebenso aus einer großen Anzahl von Wegen zu unterschiedlichen Zwecken, die innerhalb eines Tages (24 Stunden) außer Haus zurückgelegt werden. Auf Grund des unterschiedlichen Alltags von Frauen und Männern ergeben sich auch verschiedene Nutzungsformen und -zeiten von Mobilität<sup>21</sup>.

Häufig sind die Ergebnisse bei einem Vergleich von Mobilitätsbeteiligungen und Wegehäufigkeiten von Frauen und Männern widersprüchlich. Dies ist nicht selten auf das Erhebungsdesign der Umfragen zurückzuführen. Vor allem nichtmotorisierte Wege, Begleitwege und Wegeketten, wie sie für den Alltag von Frauen typisch sind, werden häufig nicht ausreichend erfasst. Geschlechtsspezifische Untersuchungen belegten schon Anfang der 1990er Jahre, dass bspw. Frauen in Haushalten mit Kindern die daraus resultierende Mobilitätsbelastung vorwiegend alleine tragen<sup>22</sup>. Während Männer stark berufsbezogen sind und häufig nur von zu Hause zur Arbeit und zurück den Pkw nutzen, haben Frauen vielfältige, simultan auszuführende Aufgaben. Von der Gruppe der Erwerbstätigen weisen Frauen eine höhere Mobilitätsbeteiligung und Wegehäufigkeit auf als Männer. Während bei Frauen der Wegezweck „Einkauf“ überdurchschnittlich hoch ist, ist es bei den Männern der Zweck „Freizeit“<sup>23</sup>.

Die Expertise hat u. a. herausgestellt, dass für das Mobilitätsverhalten von Frauen im Unterschied zur Gesamtgruppe der Männer einige Kriterien bestimmend sind:

- „Die starke Einbindung in nichtberufliche Pflichten (Haus- und Familienarbeit, Wege mit Gepäck, Wege zur Begleitung),

<sup>21</sup> Vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005)

<sup>22</sup> vgl. Kunert 1992, UK 1996, S.13

- die Notwendigkeit, vielfältige Wegebedürfnisse zu Kettenwegen zu koordinieren,
- die geringe Pkw-Verfügbarkeit,
- die Unsicherheit im öffentlichen Raum als ein Aspekt der strukturellen und personellen Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die dazu führt, dass Frauen sich in ihrem Verhalten einschränken und auf Mobilität verzichten“ (UK 1996, S. 14).

Mobilität, eingebettet in den sozialen Kontext des Gesamtalltags nimmt für Frauen und Männer im ländlichen Raum unterschiedliche Gestalt an. Neben der Erwerbsarbeit leisten Frauen vorwiegend die notwendige Versorgungs- bzw. Familien- und Hausarbeit. Relevante Eckpunkte der Ausgangslage der Wege sind demnach die Wohnung, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schule, Einkaufsmöglichkeiten und Arbeitsplatz. Das Schrumpfen von Angeboten der Infrastrukturversorgung im ländlichen Raum und damit die Notwendigkeit der längeren Wege für die Erreichung von Einrichtungen mit Daseinsgrundfunktionen hat einen direkten Einfluss auf die Mobilität und die Organisation des Alltags in erster Linie von Frauen und Müttern. Es zeigt sich also, wie stark sich geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen und Rollezuschreibungen auf die alltägliche Lebenswelt auswirken (siehe auch Kapitel 10.3.1).

Geschlechtsspezifische Fachliteratur und einschlägige Untersuchungen der Mobilitätsforschung weisen auf die besondere Situation der Mobilität von Menschen mit Betreuungspflichten hin. In der Alltagsbewältigung müssen Menschen mit Betreuungspflichten für Kinder, in unserer Gesellschaft mehrheitlich Frauen, aus Zeitgründen, aber auch auf Grund struktureller Rahmenbedingungen (Lage der Wohnungen/Häuser, Kindergärten, Schulen, Spiel- und Sportplätze etc.) die Kinderbring- und Holdienste mit den Freizeitaktivitäten des Nachwuchses, den Einkäufen und den persönlichen Erledigungen verknüpfen<sup>24</sup>.

Dadurch dass Frauen die oben erwähnten Aufgaben zum größten Teil übernehmen, wird deutlich, dass sie neben ihren eigenen viele Wege für andere zu erledigen haben. Demnach müssen die Zeitanprüche der eigenen (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit, die Zeitsysteme der betreuten Personen (Kinder oder ältere Angehörige) und der Zeitbedarf der Reproduktionsarbeit bewältigt werden. Dabei liegen die Phasen hoher Verdichtung und als sinnlos erlebtes Warten oft dicht nebeneinander<sup>25</sup>. Vollzeitätige Menschen (in Deutschland waren im Jahr 2004 fast 94% der Männer vollzeiterwerbstätig, siehe auch Kapitel 8) nehmen dieses komplexe Geflecht des Gesamtarbeitsalltags nur sehr selektiv, wenn überhaupt, wahr, da der gesamte Be-

reich der Versorgungs- bzw. Familien- und Hausarbeit noch immer auf Grund der geschlechtsspezifischen Sozialisation und Rollenbildern den Frauen überlassen bleibt<sup>26</sup>. Wie tief diese Zuschreibungen auch aus verkehrspolitischer Sicht das Mobilitätsverhalten und die Nutzung von Verkehrsmitteln geschlechtsspezifische beeinflussen, hat diese Arbeit in vielfältiger Weise zum Ausdruck gebracht.

#### 10.4 Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten

Die Ergebnisse des Kapitels Erwerbsarbeit, stark gestützt durch die BMELV-Studie (2006) zeigen auf, dass Bildung für die Gestaltung des Lebens von Frauen und Männern einen hohen Stellenwert hat. Die Zunahme von Bildungsabschlüssen seit der 1950er und 1960er Jahren spiegelt sich auch in der verstärkten Bildungsbeteiligung von Frauen wider. Die Arbeit hat gezeigt, dass das Niveau der Bildungsabschlüsse von Frauen in ländlichen Regionen und damit der Zugang zu unterschiedlichen Zukunfts- und Lebenschancen teilweise sehr unterschiedlich ist .

Die ländliche Bevölkerung sieht sich demnach in diesem Bereich mit vielfältigen Anforderungen konfrontiert. Denn die Zentralisierung von Bildungseinrichtungen sowie die vorhandenen Engpässe und untragbaren Lücken der öffentlichen Verkehrsversorgung wirken sich zu Lasten der Bildungsbevölkerung aus. Für den ländlichen Raum stellt sich die Lösung dieser Probleme als äußerst schwierig dar, denn erschwerend kommen Auswirkungen der Abwanderung durch zunehmenden Wahlmöglichkeiten für Ausbildungszweige innerhalb Gesamtdeutschlands hinzu. Für Familien ist nicht zuletzt die Bewältigung der Gewährleistung guter Bildungschancen für ihrer Kinder ein Einflussfaktor für die Bestimmung von Wohn- und Arbeitsort.

Viele Jugendliche, die von einem Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten und dem Fehlen höher qualifizierter Arbeitsplätze in ländlichen Regionen direkt betroffen sind, müssen notgedrungen abwandern oder aber lange Pendlerwege in Kauf nehmen.

Für die Zukunft besteht die Herausforderung darin, das Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach Bildungsabschlüssen und beruflicher Qualifikation auf der einen Seite und den Möglichkeiten diese im ländlichen Raum umzusetzen zu können auf der anderen Seite, durch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten zu lösen. Gerade die Bereitschaft und das Streben nach höheren Bildungs- und Berufsabschlüssen im ländlichen Raum darf nicht länger unberücksichtigt bleiben und sollte vielmehr als wirtschaftsstärkende Chance betrachtet und in Politiken Eingang finden.

Diese Bildungssituation gestaltet sich innerhalb der „Gruppe“ Frauen sehr verschieden, denn die Gesamtbreite der Bildungsdifferenzierungen ist zwischen ihnen in den letzten Jahren eher noch größer geworden. Dabei haben Bildungsunterschiede auf Lebens-

<sup>23</sup> vgl. Hautzinger/Tassaux 1989

<sup>24</sup> Vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005, S. 29

<sup>25</sup> ebd.

<sup>26</sup> vgl. Amt der NÖ Landesregierung 2005

<sup>27</sup> vgl. auch BMELV 2006

gestaltung und gesellschaftliche Teilhabe erheblichen Einfluss. Insbesondere in Zukunft werden sich Differenzen bezüglich des Bildungsniveaus als Teilelement der sozialen Ungleichheit unter Frauen auswirken. Denn unter dem Druck der Arbeitsmärkte sind immer höhere Bildungsqualifikationen erforderlich.

Bei einer Betrachtung der Bildungs- und Ausbildungssituation von Frauen und Männern im ländlichen Raum fällt schnell ein Zusammenhang bezüglich der Erreichbarkeit von Ausbildungseinrichtungen ins Auge. Die Bedeutung der Mobilität der jungen ländlichen Bevölkerung im Kontext der (hoch-) schulischen Bildung aber auch der betrieblichen Ausbildung wird angesichts der Analyse der Infrastrukturversorgung deutlich. Aber auch die chronische Unterversorgung der ostdeutschen (nicht nur) ländlichen Regionen mit betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten tritt deutlich zu Tage. Besonders betroffen sind dabei weite Teile Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns.

Angesichts der Tatsache, dass die Ausbildung die Grundlage für jegliche zukünftig stabile Einkommensmöglichkeit ist, stellt auch der Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen die ländliche Bevölkerung vor große Probleme.

Auch hier bedarf es neben einer Überprüfung von Lösungsansätzen auf raumplanungspolitischer Ebene ebenso einer intensiven Untersuchung der politischen und wirtschaftliche Instrumente und Maßnahmen zur Förderung der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Die Frage, inwieweit geschlechtsspezifische Aspekte bei einer Lösungsfindung berücksichtigt werden und zum Tragen kommen sind angestrebter Bestandteil des zweiten Teils der Expertise.

## **10.5 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit**

Zusammenfassend konnte im Rahmen dieser Arbeit herausgestellt werden, dass das Problem der Arbeit und Beschäftigung im ländlichen Raum zentral ist. Dabei gestaltet sich die Situation für Frauen auf Grund der Anforderungen an Vereinbarkeit von Familie und Beruf anders als die der Männer.

### **10.5.1 Deagrarisierung und Arbeitsplatzverlust**

Wie die Arbeit zeigen konnte, lassen sich allgemeine Kennzeichen der Veränderung des Erwerbslebens der ostdeutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung feststellen. Die Verschiebung des „Gewichts“ einzelner Wirtschaftsbereiche drückt sich nicht zuletzt durch eine Deagrarisierung aus. Während die Arbeitsplatzverluste in anderen Wirtschaftsbereichen nicht ganz so drastisch sind, so ist der Bedeutungsverlust der Landwirtschaft durch einen massiven Arbeitsplatzabbau gekennzeichnet.

Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit als Folge und Begleiterscheinung der Anpassungsprozesse der DDR-Wirtschaft an die marktwirtschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik haben, wie diese

Arbeit deutlich zeigt, durchaus geschlechtsspezifische Auswirkungen. Dabei muss auch betont werden, dass die Konfrontation mit verbreiteter Arbeitslosigkeit für die Menschen der neuen Bundesländer eine neue tiefgreifende Erfahrung ist, da zuvor Arbeitsplatzsicherheit und soziale Strukturierung der Gesellschaft durch Betriebe in der DDR gewährleistet waren.

Des Weiteren hat die Arbeit verdeutlicht, dass bei der Frage nach „GewinnerInnen und VerliererInnen“ die geschlechtsspezifische Komponente relevant ist. Die Hauptdifferenzierungslinie bei der Betrachtung des Transformationsprozesses im Erwerbsbereich verläuft neben der Geschlechterzugehörigkeit zunehmend zwischen „Arbeitsplatzbesitzenden“ und Personen ohne Arbeit. Dabei wurde in dieser Arbeit vor allem ersichtlich, dass in erster Linie Frauen in der Landwirtschaft von Arbeitsplatzabbau betroffen waren und auch ihre Chancen auf Wiedereingliederung in den neuen Arbeitsmarkt im Vergleich der ihrer männlichen Berufskollegen ungleich geringer war. Auch der Zwang zur Mobilität, sowohl für die Neuorientierung im Beruf und als auch für das Finden eines neuen Arbeitsplatzes, stellte sich für Frauen im ländlichen Raum zu einer Hürde heraus, da zu DDR-Zeiten keine zwingende Notwendigkeit für Mobilität gegeben war.

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze auf Grund der Deagrarisierungstendenzen an Bedeutung gewonnen haben. Während der Umstrukturierungsprozesse wirkte das Produzierende Gewerbe häufig als Stabilisator des dörflichen Erwerbslebens. In ländlichen Regionen, in denen die jedoch die Gewerbestruktur auf Grund hauptsächlich ländlicher Prägung bereits vor 1989 nur gering vorhanden war, konnten auch im Zuge der Transformation nur äußerst selten gewerbliche Entwicklungen Fuß fassen. Vor allem waren und sind diese Regionen von einem besonders hohem Ausmaß an Arbeitsplatzverlusten und langfristiger Arbeitslosigkeit betroffen.

Auch hier stellt sich erneut die Frage, mit welchen Instrumenten die Arbeitsplatzsituation im ländlichen Raum verbessert werden kann, und welche langfristigen Lösungen es für die Schaffung nachhaltiger Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und Männer auf dem Land gibt. Dabei muss unbedingt auch der geschlechtsspezifischen Problematik Rechnung getragen werden. Sowohl die ungleichen Ausgangsbedingungen von Frauen und Männern bei der Suche nach Erwerbsarbeit und ihre verschiedenen Zugangbedingungen zu Arbeitsplätzen als auch ihre ungleichen Arbeitsbedingungen selbst, müssen dabei in Förderprogrammen und anderen politischen Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbssituation auf dem Land Berücksichtigung finden.

### **10.5.2 Probleme der (qualifizierten) Beschäftigung und Einkommensunterschiede**

Die vorliegende Arbeit konnte die vielfältigen Erscheinungen der verschiedenen Ausgangsbedingungen für eine regional differenzierte Beschäftigten-

wicklung in Deutschland aufzeigen. Deutlich wurde dabei, dass die Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern schlechter als die in den alten gestellt ist. Begünstigende Bedingungen finden Regionen vor, die sich in der Nähe von Kernstädten befinden. Große Teile des peripheren und ländlichen Raumes, insbesondere in Ostdeutschland, können demnach nicht von diesen Vorzügen profitieren. Im Gegenteil; ostdeutsche ländliche Regionen nehmen in mittelfristigen Trends der Beschäftigungsentwicklung bereits den letzten Platz ein und werden auch in Zukunft mit einer sich diesbezüglich verschlechternden Situation konfrontiert sein.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in Ostdeutschland signifikant höher als in Westdeutschland, dahingegen sind bundesweite Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Männern weniger ausgeprägt.

Die Arbeit hat gezeigt, dass sich die insgesamt rückläufige Beschäftigtenentwicklung in Ostdeutschland auf die Geschlechter verschieden auswirkt. Deutlich konnte festgestellt werden, dass seit der Wiedervereinigung ostdeutsche Frauen im ländlichen Raum stärker aus der Erwerbstätigkeit ausgeschieden sind als Männer. Zudem hat sich der Arbeitslosen- und Langzeitarbeitslosenanteil vor allem von ostdeutschen Frauen über die Jahre überdurchschnittlich erhöht.

Dass eine Deagrarisierung in Ostdeutschland zu enormen Arbeitsplatzverlusten geführt hat., konnte deutlich gezeigt werden. Ein Großteil der in der Landwirtschaft tätigen Frauen, die auf Grund betriebsbedingter Kündigungen der Agrarbetriebe freigesetzt wurden, fanden keinen Einstieg in neue Berufe und wurde somit längerfristig arbeitslos. Etwas bessere Chancen hatten diejenigen unter ihnen, die höher qualifiziert, jung, flexibel und mobil waren (siehe auch Kapitel 10.5.1).

Eine Beleuchtung der gegenwärtigen Erwerbsmöglichkeiten in der Landwirtschaft konnte geschlechtsspezifische Unterschiede aufzeigen. Während bei Frauen der größte Anteil als Familienarbeitskraft tätig ist, steht bei den Männern der Anteil als Betriebsinhaber an erster Stelle. Bezüglich der Einkommensverhältnisse gibt es in der Landwirtschaft sowohl Unterschiede zwischen Ost-West als auch zwischen den Geschlechtern.

Hinsichtlich der Bedeutung der Erwerbskombinationen im ländlichen Raum konnte gezeigt werden, dass vor allem für Frauen außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen einen zunehmend hohen Stellenwert einnehmen.

Bezüglich der Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft konnten die Auswirkungen des strukturellen Wandels deutlich gemacht werden. Der Dienstleistungssektor nimmt in Deutschland mit einem Anteil von zwei Drittel aller Arbeitsplätze den Spitzenplatz ein. Auch die Zahl der Erwerbstätigen im gewerblichen Sektor nimmt zu, bei gleichzeitiger Abnahme im Bereich der Land- und Forstwirtschaft.

Bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung der einzelnen Wirtschaftssektoren wurde festgestellt, dass Frauen mit einem Anteil von über 80% gegenüber dem Anteil der Männer von 55% im Dienstleistungssektor stark dominieren. Innerhalb der Wirtschaftssektoren können große Einkommensungleichheiten zu Ungunsten von Frauen festgestellt werden. Der Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen ist in Ostdeutschland mit 92% im Dienstleistungssektor höher als entsprechende Anteile von Frauen mit 77% in Westdeutschland. Insgesamt verdienen ostdeutsche Frauen im Dienstleistungsbereich trotz des relativ hohen Anteils am Männereinkommen noch immer nicht die Löhne der westlichen Kolleginnen, geschweige die der westlichen Kollegen.

Ein diesbezüglich vertiefender Blick auf die verschiedenen Berufe innerhalb eines Wirtschaftszweiges hat zusätzliche Geschlechterungerechtigkeiten zu Tage gebracht.

Es hat sich gezeigt, dass Frauen mehrheitlich in schlecht bezahlten Bereichen und Männer stärker in den gut bezahlten Bereichen vertreten sind. Diese Verhältnisse haben sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum Bestand. Eigene Auswertungen einer aktuellen Studie des BMELV ließen Aussagen zu den Nettogehältern von Frauen in ländlichen Räumen zu. Es stellt sich dabei heraus, dass Frauen im ländlichen Raum mehrheitlich Löhne niedriger Einkommensstufen erwirtschaften. Die Auswertung von Nettohaushaltseinkünften brachte zudem klare Ost-Westunterschiede hervor. Während die Anteile der westdeutschen Haushalte in den unteren Einkommensstufen geringer als die der ostdeutschen sind, übersteigen die Anteile westdeutscher Haushalte die der ostdeutschen ab einer Einkommensstufe von 2.000 € deutlich. Damit konnte im Rahmen dieser Arbeit die These bzw. Tatsache bestätigt werden, dass Lohnungleichheiten sowohl zwischen den Geschlechtern als auch zwischen Ost- und Westdeutschland in der Stadt und auf dem Land gleichermaßen Bestand haben.

Eine ganzheitliche Betrachtung der einzelnen in dieser Arbeit untersuchten Aspekte zeigt immer wieder Verknüpfungslinien zum Thema Erwerbstätigkeit und Einkommen auf. Nicht zuletzt sind Arbeits- und Einkommenssituationen für die individuelle Lebensbewältigung und -qualität maßgeblich. Umso verheerender erscheint die gegenwärtige Situation der Lohnungleichheiten. Da sich eine jahrzehntelange Aufrechterhaltung der Lohnungleichheiten jeglicher haltbarer Argumentationen und gesellschaftlicher sowie politischer Legitimation entzieht, fällt es schwer, an dieser Stelle nicht bereits in der Vergangenheit und Gegenwart ausgesprochene Handlungsempfehlungen zu geben, die eingeklagte Gleichstellungsziele vehement einfordern.

Generell kommt der verstärkten Sensibilisierung von Politik und Zivilgesellschaft für Fragen der Geschlechter(un)gerechtigkeit im Sinne einer konse-

quenten Implementierung von Gender Mainstreaming eine wichtige Funktion zu, um erfolgreiche und nachhaltige Veränderungen zu erlangen und zu stabilisieren.

Dabei spielt die grundsätzliche Infragestellung der geschlechter(un)gerechten Aufteilung der Versorgungs- und Familienarbeiten eine wesentliche Rolle, insbesondere die Auswirkungen ungerechter Geschlechterarrangements und dessen Auswirkungen auf die Lebensqualität und Selbstbestimmtheit der Frauen.

Diese konnten im Rahmen dieser Arbeit in nahezu allen lebensweltlichen Bereichen aufgezeigt werden, können jedoch an dieser Stelle angesichts der Komplexität des Themas nicht vollständig zusammengetragen werden (vgl. exemplarisch Kap. 10.5.3).

### **10.5.3 Arbeitspendeln im ländlichen Raum**

Eine Betrachtung des Unterthemas „Arbeitspendeln“ bringt weitere wichtige geschlechterrelevante Ergebnisse hervor. Vor allem die Tatsache, dass es in erster Linie die Männer sind, die für kurze oder längere Zeit (Fernpendeln) die Familie verlassen, um ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen, zeigt die geschlechterspezifische Komponente in der Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Mobilität. In den häufigsten Fällen übernimmt die Partnerin die Versorgung der Familie innerhalb der Woche allein. Frauen scheinen ihrer Berufstätigkeit demnach stärker durch ein tägliches Arbeitspendeln nachzugehen, um weiterhin unbezahlte Familien-, Erziehungs- und andere Versorgungsarbeiten leisten zu können.

Dies kann verschiedene Hintergründe haben: Zum einen ist der Hauptteil der reproduktiven Arbeit in der Familie gesellschaftlich noch immer den Frauen zugeschrieben. Trotz des Anstiegs der Zahl erwerbstätiger Frauen hat sich im Gegenzug die Zahl der Männer, die sich im Haushalt und für die Familie einbringen, nicht entsprechend erhöht.

Zum anderen besteht weiterhin die Einkommensfrage zwischen den Geschlechtern. Solange der Mann mit seiner Erwerbstätigkeit ein höheres Einkommen als die Frau erzielt, ist seine Erwerbstätigkeit für das Haushaltseinkommen unabdinglich. Würden Frauen und Männer gleichwertige Gehälter erhalten, wäre der Anreiz für ein neues Geschlechterarrangement größer und die Möglichkeit des Fernpendels zwecks Erwerbstätigkeit würde auch für Frauen verstärkt in Frage kommen.

Es zeigt sich nicht zuletzt an dieser Stelle, wie sehr sich die Frage der Lohnungleichheiten von Frauen und Männern bis in alle Bereiche der Alltagsorganisation auswirkt.

### **10.5.4 Arbeitslosigkeit**

Die Arbeit konnte herausstellen, dass die Arbeitslosigkeit in Regionen mit wirtschaftlichen Strukturproblemen am stärksten ausgeprägt ist. Vor allem in ostdeutschen Regionen ist die hohe Arbeitslosigkeit

ein drängendes Problem und nahezu doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Dies ist, wie gezeigt werden konnte auch dem Arbeitsplatzabbau im Zuge des ostdeutschen Strukturwandels geschuldet, der er führte am stärksten in den neuen Bundesländern zu einem drastischen Beschäftigungsverlust. Dabei kommen auch geschlechtsspezifische Folgen zum Tragen, denn bspw. traf das Wegfallen von eher unqualifizierten Arbeitsplätzen verschiedener Produktionsbereiche der ostdeutschen Industrie in erster Linie Frauen (Freisetzung von Frauenarbeitsplätzen in der Textilindustrie). Die Kluft zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen verstärkt weiterhin die sozialen Ungleichheiten, sowohl zwischen den Geschlechtern als auch unter den Frauen und Männern selbst<sup>28</sup>. Es wurde herausgestellt, dass unter den Frauen in erster Linie alleinerziehende Mütter überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Eine weitere Auffälligkeit stellt die überdurchschnittliche Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit von Ostdeutschen dar. Eindeutig kann resümiert werden, dass Arbeitslosigkeit bzw. fehlende Arbeitsplätze in der Region mit zu den Hauptursachen der Abwanderung zählen. Denn nicht alle Menschen im ländlichen Raum wollen oder können sich mit einem Fernpendeln oder der Annahme von Erwerbsmöglichkeiten unterhalb des persönlichen Qualifizierungsniveaus arrangieren.

Wie bereits in der Diskussion zur Erwerbssituation im ländlichen Raum aufgezeigt wurde, ist der Abbau von Arbeitslosigkeit durch die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze ein elementares Element für die Aufwertung der ländlichen Räume. Nur wenn dies gelingt, wird sich die Lebens- und Arbeitssituation im ländlichen Raum perspektivisch zum Positiven entwickeln können.

Auch an dieser Stelle ist eine Untersuchung der politischen und wirtschaftlichen Instrumente in Form von Förderungen, Programmen und Maßnahmen von herausragender Bedeutung. Die notwendige Überprüfung der den Instrumenten zugrunde liegenden Leitbilder und Ziele aus geschlechterkritischer Sicht, wie es für den zweiten Teil der Expertise vorgesehen ist, wird Abschätzungen zu den zu erwartenden geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Umsetzung von Maßnahmen ermöglichen. Vor allem ist dabei von Interesse, ob und in welchem Ausmaß das Prinzip von Gender Mainstreaming bei der Entwicklung von Strategien und Instrumenten zur Schaffung und Förderung von Arbeitsplätzen, Eingang gefunden hat.

### **10.5.5 Frauen und Männer im Ehrenamt**

Eine geschlechterkritische Untersuchung der Bedeutung des Ehrenamtes hat einige interessante Aspekte hervorgebracht. Demnach engagieren sich Frauen weniger in ehrenamtlicher Arbeit und investieren auch deutlich weniger Zeit in diese. Die Ursachen

<sup>28</sup> vgl. BMELV 2006, S. 115ff.

dafür sind in erster Linie vor dem Hintergrund der ungleichen Verteilung der Familienaufgaben zwischen den Geschlechtern zu sehen sind. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen wird auch in Zukunft ihre verfügbare freie Zeit weiterhin einschränken. Daher muss die geringere Beteiligung von Frauen an ehrenamtlichen Tätigkeiten weniger als Defizit gesehen sondern vielmehr im Kontext ihrer Mehrfach Tätigkeiten reflektiert werden.

Es hat sich auch herauskristallisiert, dass die Bereiche, in denen Frauen und Männer sich freiwillig engagieren, geschlechtsspezifisch unterschiedlich sind. Männer bevorzugen Bereiche mit berufsrelevanten Tätigkeiten und höherem Prestige und orientieren sich stärker an der öffentlichen Lebenswelt. Frauen hingegen sind zum Großteil in familienbezogenen Lebensweltbezügen, also in familiären oder sozialen Bereichen freiwillig tätig<sup>29</sup>.

Dies zeigt deutlich, dass damit eine Festschreibung der Geschlechterhierarchie gegeben ist: Die geschlechtsspezifische gesellschaftliche Arbeitsteilung führt auch zu einer Segmentierung der freiwilligen Tätigkeit. Ein weiterer wesentlicher Aspekt liegt in der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewertung der freiwilligen Arbeit von Frauen und Männern. Tätigkeiten in den eher männerdominierten Bereichen haben gesellschaftsbezogen häufig größere Wirkungen. Die sozialen, betreuenden und pflegenden Tätigkeiten der Frauen erhalten selten gebührendes Gewicht, da diese Arbeiten gesellschaftlich weniger sichtbar sind und geringer wertgeschätzt werden. Auch in ländlichen Regionen wird ein großer Teil gesellschaftlich und sozial wertvoller Arbeit von Frauen im Ehrenamt geleistet. Der LandFrauenVerband beklagt vehement die unzureichende Anerkennung und Würdigung dieser von Frauen erbrachten Arbeit.

Ein weiterer Grund für die unterschiedliche Repräsentanz von Frauen und Männern in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen liegt in der historischen Entwicklung begründet. Die organisatorischen, strukturellen wie auch zeitlichen Bedingungen sind in den von Männern dominierten Bereichen in erster Linie auch an deren Lebensgestaltung orientiert und ausgerichtet. Um Frauen den Zugang in diese Bereiche zu ermöglichen, sind neue strukturelle Ausgestaltung und der Abbau hierarchischer Strukturen notwendig.

## 10.6 Alter(n) im ländlichen Raum

Die Beschäftigung mit dem Thema „Alter(n) auf dem Land“ zeigte, dass dieses Feld bisher nur sehr lückenhaft untersucht wurde. Dabei wird deutlich, dass es sich hierbei um ein komplexes und, angesichts der prognostizierten demographischen Entwicklung, auch um ein brisantes Forschungsthema handelt. Sowohl für den städtischen als auch für den ländlichen Raum mangelt es an einer intensiven Betrachtung und Auseinandersetzung der Lebenssituation von alten Menschen insbesondere aus gleichstellungspolitischer Perspektive. Da jedoch der Alterungsprozess

selbst eine geschlechtsspezifische Komponente aufweist und Frauen auf Grund biologischer Gegebenheiten ungleich häufiger als alleinstehende alte Menschen zurückbleiben, ist die Berücksichtigung der Genderaspekte in diesem Bereich von hoher Bedeutung. Vor allem im ländlichen Raum, in dem das Altern auch stark mit Immobilität und somit einer erschwerten Erreichbarkeit zu Infrastruktureinrichtungen der Grundversorgung einhergeht, ist eine Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Betroffenheiten bei der Entwicklung und Umsetzung von (sozial-, gesellschafts-, und entwicklungs-) politischer Strategien und Maßnahmen unabdingbar.

Die Arbeit macht auch deutlich, dass allgemein vorherrschende Annahmen zur demographischen Verteilung älterer Bevölkerung und deren sozialer Eingebundenheit sowie Vorurteile bezüglich des Wohlstandes und der Gesundheit alter Menschen auf dem Land widerlegt werden konnten. Eine Analyse der Beweggründe für ein Zusammenleben in Mehrgenerationenhaushalten sowie der Dynamiken von Familienzusammenhängen auf dem Land relativieren erheblich die Vorstellung einer romantischen Landfamilie<sup>30</sup>.

Die Nachteile der Wohnstandorte im ländlichen Raum werden häufig erst mit zunehmendem Alter und der damit aus gesundheitlichen Gründen meist einhergehenden eingeschränkten Mobilität deutlich spürbar. Anders als in städtischen Bereichen nimmt die Versorgung der Dienstleistungen allgemeiner und altersspezifischer Art mit geringer werdender Zentrenhierarchie ab. Für ältere Menschen in dünn besiedelten Regionen kann bereits die Befriedung täglichen Bedarfs ein Problem darstellen. Nicht zuletzt wird dadurch die altersbedingte Vereinsamung erheblich begünstigt.

Um dem Anspruch der Gleichwertigkeit der Teilräume Deutschlands auch in Hinsicht auf die Lebensqualität und Grundversorgung von alten Menschen gerecht zu werden, ist es notwendig, innerhalb strukturell benachteiligter Regionen spezifische Aktionsräume für ältere Menschen zu gestalten und bedarfsgerechte Angebote einzurichten. Auch Aktionsräume, in denen junge und alte Menschen aufeinandertreffen und Gemeinsames erleben, bspw. im Sport- oder Kulturbereich sind von großer Bedeutung für den Transport und Austausch von Werten sowie für ein intergeneratives Verständnis und der Schaffung und Förderung einer gegenseitig respektvollen Toleranz.

Für die zukünftige Sozial- und Altenpolitik ist daher die Berücksichtigung der Besonderheiten der länderspezifischen Lebenswelt älterer Menschen von herausragender Bedeutung, um ihnen ein eigenständiges aber auch würdiges Leben im Alter zu ermöglichen.

<sup>29</sup> vgl. Zierau 1999

<sup>30</sup> siehe auch Schweppe 2005

Dabei müssten in Zukunft präventive und beratende Leistungen zur Vorbereitung und Unterstützung auf eines selbstbestimmten Lebens im Alter wichtiger Bestandteil sozial- und alten-politischer Maßnahmen sein. Auch muss auf den zunehmenden Bedarf an ambulanten und teilstationären Diensten u.a. auf Grund eines starken Rückgangs der von Angehörigen erbrachten Hilfe- und Pflegeleistungen entsprechend angemessen und rechtzeitig reagiert werden. Denn wenn die „ältere Generation“ erst einmal das „Hochbetagten-Alter“ erreicht hat, steigt die Anzahl der Pflegefälle drastisch an und auf die Gemeinden kommen hohe Belastungen ihres Sozialbudgets zu<sup>31</sup>. Der prognostizierte Anteil der Pflegebedürftigen im Jahr 2020 von 2,2 % der Gesamtbevölkerung macht die Brisanz der Notwendig einer Auseinandersetzung auf politischer Ebene mit dem Thema der Alterungsentwicklung hinsichtlich vorsorgenden Handelns aber auch nachhaltiger Finanzierbarkeit deutlich. Zum Tragen kommt dabei auch eine geschlechtsspezifische Komponente. Denn trotz des zunehmenden Anteils der pflegebedürftigen Männer sind ungleich mehr Frauen auf Grund der höheren Lebenserwartung in den letzten Lebensjahren, vor allem nach Ableben des Partners, auf sich allein gestellt. Sie sind im hohen Alter häufig auf eine Fremdversorgung angewiesen und in besonderem Maße von Mobilität sowie privater und sozialstaatlicher Pflegeleistung abhängig. Nicht unberücksichtigt bleiben darf bei einer Betrachtung der Situation von alten Menschen der Aspekt der innerfamiliär erbrachten Pflegeleistungen. Auch auf dem Land wird diese überwiegend von Frauen erbracht. Während ein Großteil der Pflegeleistungen gegenwärtig von (überwiegend weiblichen) jungen Familienangehörigen erbracht wird, so wird ein Rückgang der Zahlen dieser Generation im Jahr 2030 voraussichtlich zu einer sehr ungünstigen Pflegepotentialentwicklung führen. Für den ländlichen Raum bedeutet dies eine eindeutige Benachteiligung gegenüber dem städtischen Raum.

An dieser Stelle ist eine Spezialisierung der ambulanten und teilstationären Pflegeleistung für den ländlichen Raum zu empfehlen. Auch müssen Finanzierungsinstrumente mit den landspezifischen Bedingungen des peripheren Raumes in Einklang gebracht werden. In der Konsequenz bedeutet dies auch ein Umdenken im Umgang mit der Budgetierung von Pflegesätzen. Denn allein auf Grund der größeren Distanzen, die von den ambulanten Pflegekräften zur Erreichung der alten Menschen im ländlichen Raum zurückgelegt werden müssen, entstehen höhere Kosten, die jedoch von demselben bewilligten Pflegesatz zu decken sind. Eine Anpassung der Pflegesätze in Abhängigkeit zur Raumstruktur ist demnach sehr empfehlenswert.

<sup>28</sup> vgl. BMELV 2006, S. 115ff.

Des Weiteren konstatiert die vorliegende Expertise ein Gefälle der Einkommenssituation im Stadt-Land-Vergleich zu Ungunsten der älteren Landbevölkerung. Nicht zuletzt auch auf Grund der geschlechtsspezifischen Unterschiede der Erwerbsbiographie von Frauen und Männern gestaltet sich die Einkommenssituation von alten Frauen auf dem Land ungünstig (siehe auch Kapitel 9).

Eine ganzheitliche Betrachtung des Themas Alter(n) im ländlichen Raum zeigt, dass in Zukunft Veränderungen in dem Gefüge der privaten und staatlichen Altenpflege mit neuen Politiken begegnet werden muss. So stark wie nie zuvor erreichen seniorenpolitische und gerontologische Ansätze unter dem Druck der demographisch alternden Gesellschaft einen höheren Stellenwert. Diese Situation sollte verstärkt genutzt werden, für geschlechtsspezifische Aspekte nicht zuletzt durch eine konsequente Implementierung von Gender Mainstreaming in diesem Bereich zu sensibilisieren, um Altenpolitik sozial und damit auch geschlechtergerecht zu gestalten.

### **10.7 Probleme der wissenschaftlichen ländlichen Sozialforschung**

Mit zu einem wichtigen Ergebnis dieser Arbeit gehört die Feststellung, dass sich für eine wissenschaftliche Herangehensweise in der praktizierten ländlichen Sozialforschung ein grundsätzliches Problem ergibt. Der wissenschaftliche Zugang zum Dorf oder zu den im Dorf lebenden Menschen, bspw. durch Befragung, kann die tiefer liegenden, komplexen Zusammenhänge der dörflichen Sozialstrukturen nicht ausreichend aufdecken. Des Weiteren unterliegen ForscherInnen wie auch externe sogenannte DorfexpertInnen häufig Vorurteilen und stereotypen Vorstellungen, die der dörflichen Gesellschaft „übergestülpt“ werden. Dies verursacht nicht selten eine erhebliche Diskrepanz zwischen einer Binnenansicht und Außenansicht der dörflichen Sozialstrukturen.

Weit verbreitete Vorurteile bezüglich der Dominanz traditioneller und patriarchaler Strukturen werden den gegenwärtigen Zeichen für gesellschaftliche Veränderungen im ländlichen Raum nicht in ausreichendem Maße gerecht. Denn, wenn auch nicht in gleicher Geschwindigkeit wie in den urbanen Regionen spürbar, zeigen agrarsoziologische Studien neue Auf- und Umbrüche bezüglich der Geschlechterarrangements auf dem Land auf. Zudem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich das Maß an tatsächlich gelebter Geschlechtergleichstellung häufig „hinter den Kulissen abspielt“. Insbesondere für die Untersuchung des ländlichen Raumes spielt das Wissen um die bewusste Aufrechterhaltung der „patriarchalen Fassade“ eine große Rolle<sup>32</sup>.

Teilweise muss der tatsächliche Wahrheitsgehalt und die Repräsentanz wissenschaftlicher Studien mittels Befragungen und Erhebungen in Frage gestellt werden. Denn bezüglich Geschlechterverhältnisse müssen Forschungsfragen mit höchster Sensibilität

formuliert werden, um Auskünfte zu Geschlechterarrangements zu erhalten, da emanzipatorische und gleichstellungsorientierte Vereinbarungen, Arrangements und Ideale sich auch hinter dem „Schutzmantel“ traditioneller Geschlechterzuschreibungen verbergen und auch dort gelebt werden können. In ähnlicher Weise wird auch der Begriff des „relationalen Selbstbewusstseins“<sup>33</sup> verwendet. Er spiegelt die Tatsache wieder, dass Frauen in der Partnerschaft, welche in ländlichen Gesellschaften häufig auch eine Arbeitspartnerschaft bedeutet, integrativ ihre emanzipatorischen Beziehungsvorstellungen einbringen und leben. Für eine Betrachtung von außen sind diese im Privaten gelebten Arrangements jedoch auch nicht sichtbar. Diese Gegebenheiten müssen bei der Bewertung von Untersuchungen ländlicher Sozialstudien demnach immer mit berücksichtigt werden, um nicht, geblendet von der oberflächigen Bestätigung voreingenommener Erwartungen, die Nuancen und Abweichungen von Stereotypen zu übersehen.

### **10.7.1 Datengrundlage, Datenerhebung und wissenschaftliche Forschung**

Eine sehr eindeutige Erkenntnis dieser Arbeit ist, dass empirische Belege für die Situation der Frauen und Männer im ländlichen Raum auf beträchtliche Grenzen der verfügbaren Statistik stoßen.

Es konnte zwar beobachtet werden, dass Bestrebungen einer geschlechterspezifischen Datenerhebung in den verschiedenen Fachressorts und Planungsebenen durchaus in unterschiedlichem Umfang verfolgt wurden. Auch hat sich damit die Datenlage in den letzten Jahren grundsätzlich verbessert. Dennoch sind die qualitativen und quantitativen Unterschiede zum Teil so groß, dass vergleichende Analysen in Teilbereichen gegenwärtig nicht wissenschaftlich durchgeführt werden können.

Auch für zukünftige Forschungen muss der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, dass einer gendergerechten Datenerfassung auch immer eine gendergerechte Erhebung vorausgehen muss. Denn nur eine gendersensible Erhebung, welche geschlechtsspezifische Indikatoren, Kriterien und Bewertungen sowie Gewichtungen mitberücksichtigt, kann eine Datengrundlage liefern, die ihrerseits geschlechtsspezifische Auswertungen zulässt. Dies ist insofern von herausragender Bedeutung als dass nicht zuletzt Erfahrungen aus der feministischen Verkehrs- und Mobilitätsforschung gezeigt haben, dass die nichtgendergerechte Erfassung von Daten immer wieder von Neuem geschlechtsblinde Flecken produziert. In dieser Hinsicht müssen in Zukunft auf wissenschaftlichem Gebiet noch viele Anstrengungen unternommen werden, um die versteckte Reproduktion geschlechtsblinder Flecken auf Grund von veralte-

ter und nicht gendergerecht erhobener Datengrundlage zu vermeiden.

### **10.7.2 Probleme und Schwierigkeiten der aktuellen BMELV-Studie**

Ein hervorragendes Beispiel für die Probleme der ländlichen Sozialforschung bietet die von der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) durchgeführte Studie „Perspektiven und Probleme von Frauen in ländlichen Räumen“ (2006) im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV).

Zielsetzung dieser Studie war es, ähnlich der dieser Expertise, die Situation von Frauen im ländlichen Raum empirisch zu erfassen und auszuwerten. Ein entsprechendes Budget wurde für den Berichtszeitraum von 2002 bis 2005 zur Verfügung gestellt.

Eines der wertvollsten Ergebnisse dieser Studie ist die gelangte Erkenntnis bezüglich der Ursachen der Nichterreichbarkeit und Nichtbeteiligung an Interviews der Frauen, die für die Studie aus den EinwohnerInnenmeldeamtdateien ausgewählt wurden.

Vor allem sind die Gründe der Frauen für eine Verweigerung an Interviews für weitere Forschungsbestrebungen auf diesem Gebiet äußerst kostbar.

Drei dieser Gründe seien an dieser Stelle hervorgehoben:

1. Die Frauen fanden eine ausschließliche Konzentration des Themas auf Frauen unangemessen
2. Die Frauen fanden sich dem Konstrukt „Ländlicher Raum“ nicht zugehörig
3. Dem Auftraggeber, wurde als politische Instanz keine Problemlösungskompetenz zugesprochen

Die Studie weist nicht zuletzt durch die geringe Beteiligung von nur 33% der zu befragenden Frauen sowie durch noch geringere Beteiligungszahlen in den Validierungsrunden enorme Schwächen bezüglich der wissenschaftlichen Methodik und Durchführung auf.

Die geringe Beteiligungs- und die hohe Verweigerungsquote der Frauen weist u.a. darauf hin, dass die der Studie zugrunde liegenden Forschungsansätze und -fragen nicht entsprechend des Klientel und der notwendigen Sensibilität entwickelt und/oder angewendet wurden. Insbesondere die Abwehr, sich auf das Forschungsthema einzulassen sowie die mangelnde Identifikation mit „den ländlichen Frauen“ seitens der Befragten sind u.a. ein Zeichen dafür, dass keine vertrauensvolle Basis für die Mitwirkung an einer wissenschaftlichen Erhebung geschaffen und ein eventuell vorhandenes Misstrauen gegenüber staatlicher Aktivitäten nicht erfolgreich überwunden werden konnte.

<sup>32</sup> Zu Beweggründen und Nutzen eine Aufrechterhaltung der „patriarchalen Fassade“ siehe Modelmog 1994

<sup>33</sup> mehr zur Bedeutung des „relationalen Selbstbewusstseins“ in Inhetveen/Schmitt 2001c

Die gleichzeitige Erfassung lebensweltlicher Bedingungen von Frauen und Männern würde generell zu mehr Offenheit bei den Befragten führen und wäre im Sinne von Gender Mainstreaming eine zeitgemäße Herangehensweise.

Forschungen, die sich ausschließlich mit der Lebenswelt von Frauen beschäftigen sind nur dann für weitere Gleichstellungsbestrebungen wertvoll, wenn sie ein Gegengewicht zu bereits männlich dominierten Datengrundlagen bilden. In diesem Fall können sie einem Ungleichgewicht bei der Berücksichtigung der Geschlechter zu Ungunsten von Frauen in wissenschaftlichen Fragestellungen entgegenwirken.

Die Problematik der Nichtbeteiligung der Frauen weist auf einen weiteren sehr wichtigen Aspekt hin: Das Feld der Geschlechterforschung wird von einzelnen Befragten häufig als eine Tangierung oder gar Überschreitung der persönlichen Intimsphäre empfunden. Die eigene geschlechtliche, und damit zwingend auch gesellschaftliche Verortung, das Aushandeln von partnerschaftlichen Arrangements sowie der persönliche Umgang mit geschlechtsspezifischen Zuschreibungen, ggf. Benachteiligungen, sind mit großer Wahrscheinlichkeit Themen, die ungern der Forschung preisgegeben werden.

Die Tatsache stimmen, dass vonseiten der befragten Frauen der Politik wenig Vertrauen in Lösungskompetenzen zugeschrieben wird, sollte generell Beachtung finden.

Interessant wäre in dieser Hinsicht, ob Männer im ländlichen Raum diesbezüglich eine ähnliche Einschätzung abgeben würden. Darüber hinaus gibt diese Begründung für die Verweigerungshaltung auch Hinweise auf die Bedeutung der „Institution“ der ausführenden Forschung. Die Frage, „in wessen Namen“ und mit welchem Erkenntnisinteresse geforscht wird, hat offensichtlichen Einfluss auf die Beteiligungsbereitschaft der Befragten. Zu klären wäre an dieser Stelle auch, ob diesen Fragen ein generelles Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen und Aktivitäten zu Grunde liegt oder vielmehr ein reges Interesse an Politik und Gesellschaft bestehen.

### **10.7.3 Der Umgang mit gewonnenen Erkenntnissen**

Während auf der einen Seite ein Mangel an geschlechtergerechter Datenerhebung festzustellen ist, existiert auf der anderen Seite eine Vielzahl feministischer Studien, welche bereits in der Vergangenheit wertvolle Erkenntnisse und Belege für die lebensweltlichen Unterschiede von Frauen und Männern lieferten. Gleichzeitig ist dennoch festzustellen, dass die gewonnenen Erkenntnisse, wenn überhaupt, häufig

nur unzureichend Eingang in politische Diskussionen und noch seltener Berücksichtigung bei politischen Abwägungs- und Entscheidungsprozessen finden. Fernab der Notwendigkeit, die wissenschaftlichen Erkenntnisse in entsprechende Entscheidungsgremien hineinzutragen, fehlt es auch an einem Transport der Erkenntnisgewinne von der Wissenschaft in die Gesellschaft hinein, zu den Bürgerinnen und Bürgern selbst.

Auch der politische Umgang mit den Ergebnissen von Studien muss kritisch beleuchtet werden. Bei der Beurteilung der aus der Forschung gewonnenen Erkenntnisse muss immer das Erkenntnisinteresse des Auftraggebenden hinterfragt werden. Gerade auf dem Feld der Geschlechtergleichstellung gestaltet sich der politische Umgang mit wissenschaftlichen fundierten Erkenntnissen sehr ambivalent.

Diese Beobachtung stützt sich nicht zuletzt auf eigene Erfahrungen, die auf einer Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Agrargeschichte zum Thema „Frauen in ländlichen Gesellschaften“ gemacht wurden. Auf dieser wurden die Ergebnisse der hier beschriebenen Studie des BMELV „Perspektiven und Probleme von Frauen in ländlichen Räumen“ vorgestellt. Dabei traten erstaunliche Interpretationen zu Tage: Laut Aussagen des Referenten gestaltete sich die Lebenssituation von Frauen im ländlichen Raum gut, und Probleme seien nicht nennenswert.

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass bei einem intensiven Studium der o.g. Studie jedoch eher gegenteilige Schlussfolgerungen gezogen werden können. Dies weist in erster Linie auf die herausragende Bedeutung der subjektiven Interpretation von Ergebnissen durch den Leser/die Leserin hin und zeigt zudem, wie wichtig, neben der wissenschaftlichen Erhebung selbst der Umgang mit und der Transport von Erkenntnissen ist.

Auch die schriftliche Aufbereitung der Ergebnisse kann dazu beitragen, Schlussfolgerungen zuzulassen bzw. zu erschweren. Qualität und Aussagekraft visueller Darstellungen von gewonnenen Daten spielen eine große Rolle. Die Abbildungen 40 und 41 der vorliegenden Arbeit bieten eigene Darstellungen der Autorin an, deren Aussagen in dieser Form aus den Darstellungen der Studie<sup>34</sup> nicht ersichtlich wurden. Dies ist ein Beispiel dafür, wie wichtig ein entsprechender Umgang mit Daten für die Interpretation und Visualisierung von Ergebnissen ist.

<sup>34</sup> vgl. Darstellungen Abb. 3.10 und 3.11 in BMELV 2006, S. 123, S. 125

# 11. Fazit

Die vorliegende Expertise hat aufgezeigt, dass Frauen und Männer im ländlichen Raum nicht in allen lebensweltlichen Bereichen gleichgestellt sind. Eine Annäherung an für die Untersuchung von Geschlechtergerechtigkeit relevanten Themen deckte einige grundlegende geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf. Damit kann im Rahmen dieser Arbeit ein erster Eindruck für den aktuellen „Stand“ der Gleichstellung im ländlichen Raum gegeben werden. Gleichzeitig wurden Themenbereiche aufgezeigt, die aus geschlechterkritischer Sicht in Zukunft verstärkt zu beleuchten sind. Eine Bearbeitung dieser Themen in einer für eine fundierte Genderanalyse und vollständige Erfassung der Lebenssituation von Frauen und Männern erforderlichen Tiefe wird dabei empfohlen.

Im Rahmen dieser Arbeit wurde deutlich, dass die „klassischen“ Probleme des ländlichen Raumes durchaus geschlechtsspezifische Auswirkungen zeigen. Die Schwierigkeiten und Folgeprobleme von strukturschwachen Regionen in Deutschland werden dabei von Frauen und Männern verschieden bewältigt. Diese Unterschiede liegen darin begründet, dass häufig gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zum Tragen kommen. Deutlich wird gezeigt, dass für den ländlichen Raum spezifische Probleme wie bspw. eine schlechtere Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen, in erster Linie Frauen betrifft, da diese zum überwiegenden Teil Versorgungs-, Pflege- und Familienarbeit leisten und damit in erhöhtem Maße auf gut ausgebaute Infrastrukturbedingungen angewiesen sind. Auch das Fehlen von qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen betrifft Frauen und Männer unterschiedlich. Auch hier sind Frauen in besonderer Weise betroffen, nicht zuletzt weil sie darauf angewiesen sind, einen Arbeitsplatz in zumutbarer Entfernung zu finden, um ein Fernpendeln zu vermeiden und weiterhin den ihnen zugeschriebenen Versorgungspflichten in der Familie nachzukommen. Die Auswirkungen dieser gesellschaftlichen Zuschreibungen und die daraus resultierenden Doppelbelastungen für Frauen sind bei einer Betrachtung des ländlichen Raumes in vielen lebensweltlichen Bereichen in dieser Untersuchung deutlich zum Ausdruck gekommen.

Eine weitere Erkenntnis dieser Arbeit ist die ergebnisgestützte Untermauerung der These, dass Ungleichheiten nicht nur entlang der Geschlechterlinie existieren, sondern auch eine Ost-West-Dynamik aufweisen. Es hat sich gezeigt, dass sich die Lebenssituation von Frauen und Männern in ländlichen Regionen der neuen und alten Bundesländer signifikant unterscheiden.

Auch die spezifische Betroffenheit von Folgeproblemen der Strukturanpassungen im Zuge der Transformationsprozesse ostdeutscher Regionen weist sowohl eine geschlechtliche als auch regionale Komponente auf. Nicht zuletzt sind dabei gesamtäumliche Pla-

nungsversäumnisse und Defizite der Raumordnungspolitik deutlich spürbar.

Ersichtlich wird aber auch, dass die Ansätze hin zu einer verstärkten Umsetzung von Gleichstellungsbestrebungen auf einer Vielzahl von Ebenen noch zu suchen sind. Die oberste Ebene stellt dabei die Raumordnungspolitik dar. Hier sind Prinzipien von Gender Mainstreaming noch nicht weit vorgedrungen. Andere Handlungsansätze zeigen sich in den Zuständigkeiten einzelner Fachpolitiken. Sowohl die Verkehrs- und Arbeitsmarkt-, als auch die Alten- und Bildungspolitik seien exemplarisch genannt, die einer grundsätzlichen gendergerechten Neuorientierung bedürfen und, wie die vorliegende Arbeit zeigt, zudem einen großen Nachholbedarf bezüglich der querschnittsorientierten Implementierung von Gender Mainstreaming aufweisen.

Der konkreten Ausgestaltung durch die Politik mittels geschlechtergerechter Förderungen, Maßnahmen und Programme kommt dabei eine hohe Bedeutung zu und rückt somit verstärkt in den Mittelpunkt des weiteren Erkenntnisinteresses.

Daher bietet eine geschlechterkritische Analyse der für den ländlichen Raum relevanten politischen und wirtschaftlichen Instrumente und Strategien, wie sie für den zweiten Teil der Expertise vorgesehen ist, die in Bezugstellung der Gleichstellungsproblematik in den realpolitischen Kontext und kann damit einen unabdingbaren Beitrag zur Vollständigkeit des Expertisethemas leisten.

## 12. Abschließende Bemerkungen

Die Expertise hat allein durch eine schlaglichtartige Beleuchtung wichtiger Themen aufgezeigt, dass der ländliche Raum mit seinen vielfältigen Entwicklungen die Politik vor große Herausforderungen stellt. Probleme und Schwierigkeiten in der politischen und wirtschaftlichen Behandlung des ländlichen Raumes sind seit der Wiedervereinigung Deutschlands zumindest verstärkt in den Blick, wenn auch nicht ausreichend in den Aktionsradius, von EntscheidungsträgerInnen gerückt. Die Herausforderungen scheinen gegenwärtig der Politik neue innovative Lösungen abzuverlangen.

Die vorgefundene Situation verwundert insofern, als die Entwicklungen des ländlichen Raumes vorhersehbar waren und größtenteils auch noch immer sind. Doch im Kontext des Selbstverpflichtung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands gerät die Politik gegenwärtig immer stärker in Zugzwang.

Denn eines hat diese Expertise deutlich gemacht: In vielerlei Hinsicht ist der ländliche Raum ein benachteiligter Raum und ebenso in vielerlei Hinsicht ist der ostdeutsche ländliche Raum ein noch benachteiligter Raum. Wie die Entwicklungen zeigen, reichen Naturnähe und Erholungswert als proklamierte Vorzüge des Landlebens nicht aus, um existenzielle Probleme wie Perspektiv- und Erwerbslosigkeit in Kauf nehmen zu können.

Was eine geschlechterkritische Betrachtung des ländlichen Raumes angeht, zeigt sich, dass sich auch hier die Gleichstellung der Geschlechter auf ähnlichem Niveau wie in städtischen Gesellschaften befindet. Anders ausgedrückt; die Geschlechtergerechtigkeit ist im Stadt-Land-Vergleich in etwa identisch, wenn auch dies in unterschiedlichen Bereichen verschieden stark zum Ausdruck kommt.

Auch wenn die Expertise den Anspruch erhebt, nicht pauschalisieren zu wollen, so muss dar-auf hingewiesen werden, dass tendenziell ostdeutsche Frauen die unterste Stufe jeglicher Gefällestrukturen besetzen und westdeutsche Männer zu den am besten Gestellten gehören.

Seit Einführung des querschnittsorientierten Instruments des Gender Mainstreamings sollten eigentlich die Weichen für eine voranschreitende Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in allen lebensweltlichen Ebenen gestellt sein. Allein die Betrachtung der Ist Situation bezüglich der Gleichstellung im ländlichen Raum fernab der Beleuchtung politischer Maßnahmen hat ergeben, dass einige Kernthemen von einer (konsequenten) Geschlechtergleichstellung nach nicht tangiert werden. Dazu gehören der Komplex der ungleichen Einkommenssituation von Frauen und Männern und der daraus resultierenden ungleichen Lebensbedingungen sowie die Beibehaltung der Zuschreibung der Zuständigkeit von Versorgungs- und Familienarbeit an Frauen und deren Folgeprobleme der Doppelbelastung durch Vereinbarkeitszwänge von Beruf und Familie.

Die Tatsache, dass sich bezüglich der Einkommensunterschiede in Deutschland seit mehr als zehn Jahren eine konstante Lohndifferenz über 10 Prozent zu Gunsten der Männer aufrecht erhält, bedeutet nicht nur eine unhaltbare Diskriminierung der Frau sondern wirft auch Fragen nach potentiell vorhandenen patriarchal gestützten Strukturen durch die Politik auf. Denn Lohndifferenzen dieser Art, die weder in der marktbeherrschenden Gesellschaft der USA noch im wohlfahrtsstaatlich geprägten Schweden vorhanden sind, können in keiner Form plausibel erklärt werden. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass sich auch in Ostdeutschland, ausgehend von einer gegenüber der alten Bundesrepublik deutlich egalitäreren Einkommensverteilung in der DDR, diesbezüglich nach der Wende ziemlich schnell „westliche“ Verhältnisse eingestellt haben.

Obwohl die Existenz von elementaren geschlechtsdiskriminierenden Strukturen seit langem nicht mehr verleugnet sondern öffentlich diskutiert wird, ist es bisher nicht gelungen, diese durch politische und staatliche Maßnahmen abzubauen. Angesichts des als modern und demokratisch geltenden Politiksystems in Deutschland ist dieser Tatbestand nicht akzeptabel und nur schwer zu verstehen.

Die Ursachen für die Beibehaltung dieser diskriminierenden Umstände sind demnach offenbar verstärkt im Kontext von Machtverhältnissen und patriarchaler Politikstrukturen zu suchen und wie feministische Untersuchungen zeigen, auch zu finden. Denn nicht anders ist es zu erklären, dass grobe Diskriminierungen von Frauen trotz der seit 1981 völkerrechtlich in Kraft getretenen und von Deutschland im Jahr 1985 ratifizierten Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) noch immer in Deutschland Bestand haben.

Es ist daher empfehlenswert, neben den Gleichstellungsbemühungen und -maßnahmen der Politik, die politischen EntscheidungsträgerInnen stärker in die Pflicht zu nehmen, dafür zu Sorgen, den Verpflichtungen im Rahmen der CEDAW-Konvention in allen sozialen und ökonomischen Dimensionen beizukommen. International betrachtet hat sich dafür auch die Ächtung als ein wirksames Druckmittel erwiesen.

Es bleibt demnach zu hoffen, dass in Zukunft eine politische und gesellschaftliche Wertebasis geschaffen werden kann, die auf (Geschlechter-)Gerechtigkeit, Solidarität und einem gemeinsamen Verantwortungsgefühl gründet. Denn solange Leitideen der Nachhaltigen Entwicklung in Politik und Wirtschaft nicht im Selbstverständnis mit der Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit verknüpft werden, wird es aus gleichstellungskritischer Perspektive weder in naher noch in ferner Zukunft Gerechtigkeit geben.

## 13. Adressen- und Kontaktliste

Da die vorliegende Expertise in erster Linie auf Literaturbasis erstellt wurde, gab es wenig aktive Berührungspunkte mit den für das Expertisethema möglicherweise relevanten Behörden, Organisationen oder Vereinen. Es ist jedoch zu erwarten, dass sich diese dann ergeben, wenn eine vertiefende Analyse der für wichtig erachteten Themen im Anschluss an diese Expertise angestrebt wird. Ergänzend zu den aus der Literatur gewonnenen Erkenntnissen ist eine Kontaktaufnahme mit Betroffenen, AktivistInnen und Beteiligten durchaus sinnvoll und von großer Bedeutung.

An dieser Stelle bleibt die folgende Auflistung von Adressen hauptsächlich auf die einzelnen Plattformen des LandFrauenverbandes in den Bundesländern reduziert. Dennoch liefert dies für die weitere Behandlung des Themas „Gleichstellung im ländlichen Raum“ wichtige erste AnsprechpartnerInnen zur Erfassung der Situation von Frauen und Männern im ländlichen Raum auf länderspezifischer Ebene.

### **Deutscher LandFrauenverband Berlin**

Claire-Waldoff-Straße 7, 10117 Berlin  
Telefon 030/2 84 49 29 10, Fax 030/2 84 49 29 19  
info@LandFrauen.info

### **Niedersächsischer Landfrauenverband Hannover e.V.**

Johannsenstraße 10, 30159 Hannover  
Telefon 05 11/3 53 96 00, Fax 05 11/35 39 60  
nlv@landfrauen-nlv.de

### **LandFrauenverband Südbaden Haus der Bauern**

Friedrichstraße 41, 79098 Freiburg  
Telefon 07 61/2 71 33-28, Fax 07 61/2 71 33-1 45  
landfrauenverband@blhv.de

### **LandFrauenverband Württemberg-Hohenzollern im Landesbauernverband in Baden-Württemberg e.V.**

Gartenstraße 63, 88212 Ravensburg  
Telefon 07 51/36 07-60/61, Fax 07 51/36 07-80  
info@landfrauenverband-wh.de

### **LandFrauenverband Württemberg-Baden e.V., Bildungs- und Sozialwerk des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden e.V.**

Bopserstraße 17, 70180 Stuttgart  
Telefon 07 11/24 89 27-0, Fax 07 11/24 89 27-50  
info@landfrauen-bw.de

### **Landfrauengruppe des Bayerischen Bauerverbandes**

Max-Joseph-Straße 9, 80333 München  
Telefon 089/5 58 73-0, Fax 089/55 87 3-5 05  
Kontakt@BayerischerBauernVerband.de

### **LandFrauenverband Hamburg e.V.**

Brennerhof 121, 22113 Hamburg  
Telefon 040/784675, Fax 040-787699  
info@landfrauenverband-hamburg.de

### **Landfrauenverband Hessen e.V.**

Tanusstraße 151, 61381 Friedrichsdorf  
Telefon 0 61 72/7 70 73, Fax 0 61 72/7 70 75  
info@lfv-hessen.de

### **Landfrauenverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.**

Trockener Weg 1b, 17034 Neubrandenburg

Telefon 03 95/4 30 62 13, Fax 03 95/4 30 62 20  
info@landfrauen-mv.de, landfrauen-mv@t-online.de

### **Landfrauenverband Weser Ems e.V.**

Mars-la-tour Straße 6, 26121 Oldenburg  
Telefon 04 41/80 1-8 17, Fax 04 41/80 1-8 19  
lfv@lwk-niedersachsen.de

### **Westfälisch-Lippischer Landfrauenverband e.V.**

Nevinghoff 40, 48147 Münster  
Telefon 02 51/59 9-4 10, Fax 02 51/59 9-4 08  
info@wllv.de

### **Rheinische Landfrauenvereinigung e.V.**

Nevinghoff 40, 48147 Münster  
Telefon 02 51/59 9-0, Fax 02 51/59 9-4 32  
info@rheinische-landfrauen.de

### **Landfrauenverband Pfalz e.V.**

Röchlingstraße 1, 67663 Kaiserslautern  
Telefon 06 31/5 35 67-71, Fax 06 31/5 35 67-76  
info@landfrauen-pfalz.de

### **LandFrauenVerband Rheinhessen e. V**

Otto-Lilienthal-Straße 4, 55232 Alzey  
Telefon 06731/95 10 75 00, Fax 06731/95 10 75 10  
Landfrauen-Rheinhessen@t-online.de

### **LandFrauenverband Rheinland-Nassau e.V.**

Karl-Tesche-Straße 3, 56073 Koblenz  
endres@bwv-net.de

### **Landfrauenverband Saar e.V.**

**LandfrauenBildungseinrichtung**  
Heinestraße 2-4, 66121 Saarbrücken  
Telefon 06 81/6 44 23, Fax 06 81/9 06 76 85  
Saarlandfrauen@pulsaar.com

### **Sächsischer LandFrauenverband e.V.**

Klostergärten 4, 04720 Döbeln  
Telefon 0 34 31/70 47 90, Fax 0 34 31/71 01 31  
info@slfv.de

### **Brandenburger Landfrauenverband e.V**

Dorfstraße 1, 14513 Teltow-Ruhlsdorf  
Telefon 0 33 28/31 93 00, Fax 0 33 28/31 93 05  
blv\_ev@t-online.de

### **LandFrauenVerband Schleswig-Holstein e.V.**

Holstenstraße 106-108, 24103 Kiel  
Telefon 04 31/97 97-2 42  
moeller@landfrauen-sh.de

### **Thüringer LandFrauenverband e.V.**

Dammstraße 26, 98617 Meinigen  
Telefon 0 36 93/47 05 62  
Telefax 0 36 93/4 70 56  
thueringer-landfrauenverband@freenet.de

### **Landfrauenverein Bremen**

Falkenstr. 13, 27721 Ritterhude  
info@landfrauenverein-bremen.de

## 14. Quellenverzeichnis

- AGRARBÜNDNIS E.V. (HG.) (2001): Landwirtschaft 2001, Der kritische Agrarbericht, ABL Bauernblatt Verlag, Kassel.
- AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2005): Gender Mainstreaming und Mobilität in Niederösterreich, Schriftenreihe Niederösterreichisches Landesverkehrskonzept, Heft 22.
- AUGUSTIN, W. (1992): Ein Dorf – ein Betrieb – ein Schicksal. Die Transformation in der ostdeutschen Landwirtschaft. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt- Universität zu Berlin, Reihen Geistes- und Sozialwissenschaften, 41. Jhg. Heft 10, S. 37-43.
- ASG (AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT E.V.) (HG.) (1989): Frauen in alternativ bewirtschafteten landwirtschaftlichen Betrieben: eine qualitative Untersuchung, ASG-Kleine Reihe Nr. 37, Göttingen.
- BAND, HENRI; MÜLLER, HANS-PETER (2001): Lebensbedingungen, Lebensformen und Lebensstile. In: Schäfers, Bernhard; Zapf, Wolfgang (2001): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen, S. 427-435.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2005): Raumordnungsbericht 2005, Selbstverlag.
- BECKER, HEINRICH (1997): Dörfer heute – Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972 und 1993/95, Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, Bonn.
- BEETZ, STEPHAN, BRAUEN, KAI, NEU, CLAUDIA (HG.) (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- BEETZ, STEPHAN ET. AL (HG.) (2005): Zum Handwörterbuch der ländlichen Gesellschaft in Deutschland, In: Ders: Handwörterbuch der ländlichen Gesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. VII-IX.
- BEHER, LIEBIG, RAUSCHENBACH (1998): Das Ehrenamt in empirischen Studien- ein sekundäranalytischer Vergleich, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jungen, Band 163, Stuttgart, Berlin, Köln.
- BEHER, LIEBIG, RAUSCHENBACH (1999): Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess, Weinheim, München.
- BEKEMEIER, ANEMONE, DISCHERL, CLEMENS, HEIDTMANN, WILLI ET AL. (REDAKTIONSKREIS VON KIRCHE IM LÄNDLICHEN RAUM) (HG.) (2006): LandMann, Ökumenisches Fragen und Handeln, 4. Quartal/ 57. Jahrgang, Kirche im ländlichen Raum, Heft 04/2006
- BERTRAM, HANS/ BAYER, HILTRUD/ BAUERREIB, RENATE (1993): Familienatlas: Lebenslagen und Regionen in Deutschland. Opladen 1993.
- BERTRAM, HANS (1998): Lebensformen, städtische und ländliche. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt – soziologische Stichworte. Opladen, S.115-122.
- BEYER, WOLF (2003): 50 Jahre demographischer Wandel in Brandenburg. In: Landesumweltamt Brandenburg (Hg.) (2003): Demographischer Wandel im gemeinsamen Planungsraum Berlin-Brandenburg, S. 8-13.
- BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) (2006): Probleme und Perspektiven von Frauen im ländlichen Raum, Schriftenreihe des BMELV, Reihe A: Angewandte Wissenschaft, Heft 514, Landwirtschaftsverlag, Münser-Hiltrup.
- BMFUS (BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE UND SENIOREN (HG.) (1993): Hilfe- und Pflegebedürftige in privaten Haushalten. Bericht zur Repräsentativerhebung im Forschungsprojekt „Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung im Alter“ (MUGSLA), Band 20.2 der Schriftenreihe BMFuS, Stuttgart, Berlin, Köln.
- BMVBW (Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hg.) (2004): Mobilität in Deutschland, KONTIV-Erhebung 2002, Endbericht.
- BOESLER, K.-A. (1982): Raumordnung. Erträge der Forschung, Band 165. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- BRAUER, KAI (2002): Ein Blick zurück nach vorn. Generationenbeziehungen im Stadt-Land-Vergleich, In: Burkart, Günter/ Wolf, Jürgen (Hg.) (2002): Lebenszeiten. Erkundungen zur Soziologie der Generationen, Opladen.
- BRAUER, KAI /KÜNEMUND, HARALD/ SCHERGER, SIMONE (2004): Lebenszusammenhänge älterer Menschen im Stadt-Land-Vergleich, In: Laschewski, Lutz/ Neu, Claudia (Hg.) (2004): Sozialer Wandel in ländlichen Räumen, Theorie-Empirie-politische Strategien, Shaker Verlag, Aachen, S.13-32.
- BRENNECKE, HARALD (2007): Besondere erbrechtliche Regelungen im landwirtschaftlichen Bereich/ Altenteil, <http://www.brenneckepartner.de/default.php?ID=13722&Navtyp=0&Besondereerbrechtliche-Regelungen-im-landwirtschaftlichen-Bereich—Altenteil>, Zugriff am 01.06.07

- BRÖSCHEN, ERNST (1983): Die Lebenslage älterer Menschen im ländlichen Raum. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 137, Stuttgart u.a.
- BUCHER, H./ KOCKS, M (1994): Die privaten Haushalte in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland – Eine Prognose bis zum Jahr 2010. In: Informationen zur Raumentwicklung 12, S. 853-880.
- BÜHLER, MARIANNE (1995): Frauen, Kirche, Ehrenamt, Entwicklung und Perspektiven, Klens-Verlag Düsseldorf.
- BUNDESREGIERUNG (2005): Stellungnahme der Bundesregierung zum Raumordnungsbericht 2005 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (Kabinettsbeschluss vom 27. April 2005).
- BURGER, A. (HG.) (1983): Veränderungen von Werten und Normen im ländlichen Raum, Ulmer Verlag, Stuttgart.
- CORNELIßEN, WALTRAUD (HG.) (2005): Gender Datenreport erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München.
- CORNELIßEN, WALTRAUD/ DRESSEL, CHRISTIAN/ LOHEL, VERA (2005): Erwerbseinkommen von Frauen und Männern. In: CORNELIßEN, WALTRAUD (HG.) (2005): Gender Datenreport erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München, S. 159-222.
- DBV (Deutscher Bauernverband) (Hg.) (2006): Situationsbericht 2007, Berlin.
- DENEN, BERND VAN (1971): Neuere Entwicklungen bäuerlichen Familienlebens, In: Sociologia Ruralis 11 (1971), S.401-415.
- DIRSCHERL, CLEMENS (2006): „Liebe vergeht – Hektar besteht?“, In: Bekemeier, Anemone, Discherl, Clemens, Heidtmann, Willi et al. (Redaktionskreis von KIRCHE im ländlichen Raum) (Hg.) (2006): LandMann, Ökumenisches Fragen und Handeln, 4. Quartal/ 57. Jahrgang, Kirche im ländlichen Raum, Heft 04/2006, S. 14-17.
- DLV (Deutscher LandFrauenverband e.V.) (Hg.) (2007a): Häusliche Pflege stärken und Demenz-Kranke einbeziehen!, Pressemeldung vom 15.06.2007, www.landfrauen.info, Zugriff am 28.06.07
- DLV (Deutscher LandFrauenverband e.V.) (Hg.) (2007b):Gesetzentwurf zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements: LandFrauen fordern mehr Anerkennung für ehrenamtliche Tätigkeit, Pressemeldung vom 12.02.2007, www.landfrauen.info, Zugriff am 28.06.07
- DLV (Deutscher LandFrauenverband e.V.) (Hg.) (2007c): Hofnachfolge und Existenzgründungen in der Landwirtschaft: Abschied von der geschlossenen Gesellschaft, Pressemeldung vom 08.02.2007, www.landfrauen.info , Zugriff am 28.06.07
- DLV (Deutscher LandFrauenverband e.V.) (Hg.) (2007d): Projekt IT-LandFrauen: Projektbericht zur Eröffnung des Europäischen Jahres der Chancengleichheit, Pressemeldung vom 07.02.2007, www.landfrauen.info, Zugriff am 28.06.07
- DLV (Deutscher LandFrauenverband e.V.) (Hg.) (2006a): Für die Zukunft des Ehrenamtes im ländlichen Raum: LandFrauen fordern bessere Rahmenbedingungen, Pressemeldung vom 05.12.2006, www.landfrauen.info, Zugriff am 28.06.07
- DLV (Deutscher LandFrauenverband e.V.) (Hg.) (2006b): Die Zukunft liegt in den Regionen: LandFrauen fordern Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs, Pressemeldung vom 23.11.2006, www.landfrauen.info, Zugriff am 28.06.07
- DLV (Deutscher LandFrauenverband e.V.) (Hg.) (2006c): Übergabe der Erntekrone an den Bundespräsidenten: Enge Verzahnung von Stadt und Land, dlv-Präsidentin fordert moderne Arbeitsplätze für Frauen im ländlichen Raum, www.landfrauen.info, Zugriff am 28.06.07
- DLV (Deutscher LandFrauenverband e.V.) (Hg.) (2006d): dlv-Klausurtagung: Zukunftsperspektiven im ländlichen Raum, Pressemeldung vom 12.09.2006, www.landfrauen.info, Zugriff am 28.06.07
- Dressler, Christian (2005): Erwerbstätigkeit- Arbeitsmarktintegration von Frauen und Männern. In: Cornelißen, Waltraud (Hg.) (2005): Gender Datenreport erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München, S. 99-157.
- DYHYRENFURT, GERTRUD (1916): Ergebnisse einer Untersuchung über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Frauen in der Landwirtschaft, Jena.
- DZA (DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN) (1991): Alte Menschen in der Stadt und auf dem Lande, Berlin.
- DZA (DEUTSCHES ZENTRUM FÜR ALTERSFRAGEN) (HG.) (1998): Regionales Altern und Mobilitätsprozesse Älterer, Expertisenband 2 zum Zweiten Altenbericht der Bundesregierung, Campus Verlag, Frankfurt/New York.
- EGLITIS, ANDRI (1999): Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer, Persistenz und Wandel der dezentralen Versorgungsstrukturen seit der deutschen Einheit, Kieler Geographische Schriften, Band 100, Selbstverlag des Geographischen Instituts, Kiel.

- FAHNING, INES (2001): Frauen sind ein Gewinn, Beitrag der Frauen am landwirtschaftlichen Gesamteinkommen, Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Göttingen.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (1992): Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum in Brandenburg, Bonn.
- GENDER INSTITUT SACHSEN-ANHALT (HG.) (2002): Gender-Report Sachsen-Anhalt, Daten, Fakten und Erkenntnisse zur Lebenssituation von Frauen und Männern, dr.ziethen verlag, Oschersleben.
- GENSICKE, THOMAS (2005): Lebensqualität. In: Beetz, Stephan et al. (Hg.) (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 146-152.
- GORTHUES, RUDOLF (2006): Lebensverhältnisse und Lebensstile im urbanisierten ländlichen Raum, Westfälische Geographische Studien, Band 55.
- HAUTZINGER, HEINZ/ TASSAUX, BRIGITTE (1989): Verkehrsmobilität und Unfallrisiko in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsberichte der Bundesanstalt für Straßenwesen Heft 195, Bergisch-Gladbach.
- HENKEL, GERHARD (2004): Der Ländliche Raum, Studienbücher der Geographie, Gebrüder Borntraeger Verlagsbuchhandlung Berlin.
- HERRENKNECHT, A./ WOHLFARTH (1995): Das Dorf in den neuen Bundesländern. Pro Provincia Materialien, Heft 5, Boxberg-Wölchingen.
- HILDENBRAND, BRUNO (1997): Das drohende Ende einer Familientradition und dessen Korrekturversuch einer Psychose, In: System Familie 9(199), S. 28-31.
- HILDENBRAND, BRUNO (2005): Landfamilien und Bauernfamilien, In: Beetz et al. (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 122-128.
- HOPPE, HARALD (2005): Herausforderungen und Strategieansätze zur Entwicklung ländlicher Räume. In: LASA (Landesagentur für Struktur und Arbeit) Brandenburg GmbH (Hg.) (2005): Ländlich in die Zukunft, Rahmenbedingungen für ländliche Entwicklung an der Schwelle zur neuen EU-Strukturfondsperiode, LASA-Dokumentation Nr. 20, Potsdam, S.21-26.
- INFRATEST SOZIALFORSCHUNG (2001): Wohlfahrtsurvey-Trend 2001, Im Auftrag des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin, München 2001.
- INFRATEST SOZIALFORSCHUNG (2001): Kriminalitätsbelastung, München.
- INFRATEST SOZIALFORSCHUNG (2002): BBR Umfragen 2001/2002, Jährliche Umfrage zu den Wohn-, Wohnumfeld-, und Lebensbedingungen in Deutschland. Im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, München.
- INHETVEEN, HEIDE/ SCHMITT, MATHILDE (2001A): Vom Mythos des kontinuierlichen Abbaus bäuerlicher Familienbetriebe. Ergebnisse einer Bäuerinnenstudie. In: Agrarbündnis (Hg.) (2001): Landwirtschaft 2001, Der kritische Agrarbericht, Kassel, S. 250-256.
- INHETVEEN, HEIDE/ SCHMITT, MATHILDE (2001B): "Two-thirds emancipated." Persistence and change in action patterns of farm women on German smallholdings. In: Agricultural Research Institute (Hg) (2001): The New Challenge of Women's Role in Rural Europe. Proceedings of an International Conference, Nicosia, Cyprus, S. 301-307.
- INHETVEEN, HEIDE/ SCHMITT, MATHILDE (2001C): Zwischen Selbstbestimmung, Anpassung und Gottvertrauen. Handlungsräume und relationales Selbstbewusstsein von Bäuerinnen. In: Krappitz, Uwe/Kunze, Wolfgang/Rojas, Alvaro (Hg.) (2001): Selbstbestimmung statt Fremdsteuerung im ländlichen Raum. Technische Universität, Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (ZEL), München-Weihenstephan, S. 70-86.
- IÖR (LEIBNIZ-INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE RAUM-ENTWICKLUNG E.V.) (HG.) (2003): Bevölkerungsentwicklung und -prognose für periphere ländliche Gebiete in Ostdeutschland, IÖR-Texte Nr. 144, Dresden.
- JANSON, JENS (2006): Familie und Beruf – Auf den Weg vom Müssen zum Wollen!; In: Bekemeier, Anemone, Discherl, Clemens, Heidtmann, Willi et al. (Redaktionskreis von KIRCHE im ländlichen Raum) (Hg.) (2006): LandMann, Ökumenisches Fragen und Handeln, 4. Quartal/ 57. Jahrgang, Kirche im ländlichen Raum, Heft 04/2006, S. 48.
- KIUNKE, GABRIELE/ WITTMANN, SYBILLE (1995): „Es bleibt wirklich an den Frauen hängen...“: Rhöner Frauen im Gespräch über Direktvermarktung, Fremdenverkehr und Haushalt, Frankfurt a. Main.
- KUNERT, UWE (1992): Individuelles Verkehrsverhalten im Wochenverlauf. Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 130, Berlin.
- KUTTER, ECKHARD (1986): Definition der prognose-relevanten Bestimmungsgrößen (sozial und räumlich) der Verkehrsentstehung, Ermittlung der spezifischen Parameter von Mobilität und Verkehrsdurchführung und Entwicklung eines Prognosealgorithmus. Abschlussbericht zum Forschungsvorhaben des Bundesministeriums für Verkehr.
- LANDESUMWELTAMT BRANDENBURG (HG.) (2003): Demographischer Wandel im gemeinsamen Planungsraum Berlin-Brandenburg, Potsdam.
- LANGE, C., ZIESE, T. (2002): Frauen und Männer sind anders krank – geschlechtssensible Berichterstattung

in der Gesundheitsberichtserstattung des Bundes. Beitrag auf der Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Epidemiologie (DAE) am 9. bis 11.09.2002 in Berlin.

LAUFENBERG-BEERMANN, ANNE VON (2002): Auf eigenen Wegen. Begegnungen mit Agrar-Unternehmerinnen in Europa. 30 Porträts. Münster-Hiltrup. LASA (LANDESAGENTUR FÜR STRUKTUR UND ARBEIT) BRANDENBURG GMBH (HG.) (1996): Aktive Arbeitsmarktpolitik im ländlichen Raum, Integration ehemals in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen im Landkreis Ostprignitz-Ruppin, LASA-Studie Nr. 26, Potsdam.

LASA (LANDESAGENTUR FÜR STRUKTUR UND ARBEIT) BRANDENBURG GMBH (HG.) (2005): Ländliche in die Zukunft, Rahmenbedingungen für ländliche Entwicklung an der Schwelle zur neuen EU-Strukturfondsperiode, LASA-Dokumentation Nr. 20, Potsdam.

LDS (LANDESBETRIEB FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK) (2007): Arbeitslose in Brandenburg im Jahr 2005 nach Alter; <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/2006/home.htm>, Zugriff am 11.05.2007

MAIER, JÖRG (2005): Erwerbstätigkeit. In: Beetz, Stephan, Brauen, Kai, Neu, Claudia (Hg.) (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 72-80.

MASGF (MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, GESUNDHEIT UND FRAUEN DES LANDES BRANDENBURG) (HG.) (2003): Zwei Geschlechter – zwei Gesundheit? Bericht zur Gesundheit von Männern und Frauen im Land Brandenburg, Beiträge zur Sozial- und Gesundheitsberichterstattung Nr.2, Potsdam.

MEYER, K. (1964): Ordnung im ländlichen Raum. Stuttgart.

MEYER-MANSOUR, DOROTHEE, BREUER, MONIKA, NICKEL, BETTINA (1990): Belastung und Bewältigung. Lebenssituation landwirtschaftlicher Familien, Frankfurt a.M.

MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland, Beschluss der 33. Ministerkonferenz für Raumordnung am 30. Juni 2006 in Berlin.

MODELMOG, ILSE/ GRÄBEL, ULRIKE (1994): Konkurrenz und Kooperation. Frauen im Zwiespalt?, LIT Verlag, Münster/Hamburg.

MODELMOG, ILSE (1997): Frauen- und Geschlechterforschung, Standortbestimmung und Perspektive, Dokumentation der Frauenstudienwoche Universität Oldenburg.

MOTEL, ANDREAS (2000): Einkommen und Vermögen. In: Kohli, M; Künemund, H. (Hg.) (2000): Die zweite Lebenshälfte – Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey, Opladen, S. 41-101.

MÜLLER, KARIN (HG.) (2001): Arbeitsmarktrisiken und berufliche Chancen Jungendlicher in ländlichen Räumen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

MSGE (Der Minister für Soziales, Gesundheit und Energie des Landes Schleswig-Holstein) (1991): Ältere Menschen in Schleswig-Holstein, Eutin.

PANZIG, CHRISTEL (1992): Zur Arbeits- und Lebenssituation von Frauen in ländlichen Regionen Brandenburgs. Vergangenheit-Gegenwart-Perspektiven. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (1992): Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum in Brandenburg, Bonn.

PICOT, SIBYLLE (HG.) (2001): Freiwilliges Engagement in Deutschland, Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

PLANCK, ULRICH (1964): Der bäuerliche Familienbetrieb. Zwischen Patriarchat und Partnerschaft. Stuttgart.

PLANCK, U., ZICHE, J. (1979): Eine Einführung in die Soziologie des ländlichen Siedlungsraums und des Agrarbereichs. Stuttgart.

PLANCK, U., ZICHE, J. (1980): Die Landfamilie in der Bundesrepublik Deutschland, In: Claessens, D./ Milhoffer, P. (Hg.) (1980): Familiensoziologie, Königstein/Ts., S. 204-239.

PUTZING, MONIKA (2006): Ländliche Regionalentwicklung ist Frauen- und Männersache!, In: Bekemeier, Anemone, Discherl, Clemens, Heidtmann, Willi et al. (Redaktionskreis von KIRCHE im ländlichen Raum) (Hg.) (2006): LandMann, Ökumenisches Fragen und Handeln, 4. Quartal/ 57. Jahrgang, Kirche im ländlichen Raum, Heft 04/2006, S. 18- 22.

ROSENBLADT, BERNHARD VON (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Gesamtbericht, Band 1 der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Nr. 194.1, Berlin.

ROENMAYR, LEOPOLD (1992): Ältere und Alte in den Bereichen von Macht, Versorgung und Kultur auf dem Land. In: Langen, Ingeborg/ Schlichting, Ruth (Hg.) (1992): Altern und Altenhilfe auf dem Land, München, S. 22-241.

- SCHIER, B. (2001): Alltagsleben im „sozialistischen Dorf“. Verlag Waxmann. Münster.
- SCHMITT, MATHILDE (2005): Rurale Geschlechterforschung, In: Beetz, et Al. (Hg.) (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 210-217.
- SCHÄFERS, BERNHARD; ZAPF, WOLFGANG (2001): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen.
- SCHLIEBE, K. (1985): Raumordnung in Stichworten. Hirts Stichwörterbücher, Unterärgeri.
- SCHÜRT, ALEXANDER/ SPANGENBERG, MARTIN/ PÜTZ, THOMAS (2005): Raumstrukturtypen, Konzept, Ergebnisse, Anwendungsmöglichkeiten, Perspektiven, BBR-Arbeitspapier.
- SCHULTZ-NIESWANDT, FRANK/ WAHL, HANS-WERNER (2000): Aspekte und Dimensionen des Alters im ländlichen Raum. In: Zeitschrift für Sozialreform 50(2001) 9-10, S. 205-207.
- STIENS, G. (1988): Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Geographische Rundschau 40, Heft 1/1988, S. 54-59.
- SCHWEPPE, CORNELIA (1994): Altern auf dem Land – Über das soziale Märchen einen harmonischen Lebensabends. In: Neue Praxis 2(1994), S. 143- 153.
- SCHWEPPE, CORNELIA (2005): Alter(n) auf dem Land. In: Beetz et al. (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 8-16.
- SFZ (SOZIALWISSENSCHAFTLICHES FORSCHUNGSZENTRUM BERLIN-BRANDENBURG E.V.) (HG.) (2001): Sozialreport, Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Sonderheft 2/2001, Frauen in den neuen Bundesländern.
- STATISTISCHES AMT DER DDR (HG.) (1990): Statistisches Jahrbuch '90 der Deutschen Demokratischen Republik, 35. Jg., (Ost-) Berlin.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (HG.) (2004): Datenreport 2004, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland.
- ÜHLEIN, ASTRID/ EVERS, ADALBERT (2000): Entwicklung von Pflegeangeboten im Spiegel sozialpolitischer Rahmenbedingungen. In: Walter, Ulla/Altgeld, Thomas (Hg.) (2000): Altern im ländlichen Raum: Ansätze für eine vorausschauende Alten- und Gesundheitspolitik, Frankfurt a.M.
- UHLIG, H / LIENAU, C. (1972): Die Siedlungen des ländlichen Raumes. Materialien zur Terminologie der Agrarlandschaft II. Gießen.
- UK (UNIVERSITÄT KAISERSLAUTERN)/ FACHGEBIET VERKEHRSWESEN (HG.) (1996): Mobilität von Frauen im ländlichen Raum, Grüne Reihe Nr. 36, Kaiserslautern.
- VÄTH, W. (1980): Raumplanung. Probleme der räumlichen Entwicklung und Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Sozialwissenschaften, Königstein/Ts.
- VDA (VERBAND DER AUTOMOBILINDUSTRIE) (HG.) (2004): Pkw-Besitz nach Geschlecht, Auto Jahresbericht 2004, [http://www.vda.de/de/service/jahresbericht/auto2004/pdf\\_charts/3\\_81\\_2.pdf](http://www.vda.de/de/service/jahresbericht/auto2004/pdf_charts/3_81_2.pdf), Zugriff am 28.06.2007
- WAHL, HANS-WERNER/ SCHILLING, OLIVER/ OSWALD, FRANK (2000): Wohnen im Altersspezielle Aspekte im ländlichen Raum. In: Walter, Ulla/ Altgeld, Thomas (Hg.) (2000): Altern im ländlichen Raum: Ansätze für eine vorausschauende Alten- und Gesundheitspolitik, Frankfurt a.M.
- WEINBERGER-MILLER, P., BURKHARDT, U., BLÜMEL A. (1996): Der Beitrag der Bäuerin zur Existenzsicherung, Bayerische Landesanstalt für Ernährung, München.
- WILLNOW, VOLKER (2006): Landwirt sein – Mann sein?, Männlichkeit in der Landwirtschaft, In: Beke-meier, Anemone, Discherl, Clemens, Heidtmann, Willi et al. (Redaktionskreis von KIRCHE im ländlichen Raum) (Hg.) (2006): LandMann, Ökumenisches Fragen und Handeln, 4. Quartal/ 57. Jahrgang, Kirche im ländlichen Raum, Heft 04/2006, S. 11-13.
- WIMER, MARA (1998): Zweierlei Leut, Patriarchale Strukturen in landwirtschaftlichen Familien, Witzenhäusen.
- WONNEBERGER, EVA (1995): Modernisierungsstreß in der Landwirtschaft. Pfaffenweiler.
- ZEMAN, PETER (2000): Alter (n) im Sozialstaat, Deutsches Zentrum für Altersfragen e.V., Beiträge zur Gerontologie, Sozialpolitik und Versorgungsforschung, Band 9, Transfer Verlag
- ZIERAU, JOHANNA (1999): Genderperspektive- Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerliches Engagement bei Männern und Frauen. In: Picot, Sibylle (Hg.) (2001): Freiwilliges Engagement in Deutschland, Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, S. 15-110.